



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Konfliktdynamik im Tschad und im sudanesischem Darfur“

Verfasser

Mag.(FH) Hannes Nussgraber

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 307

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Kultur- und Sozialanthropologie

Betreuer:

Mag. Dr. Hermann Mückler

Vorwort

Die Konfliktherde auf dem afrikanischen Kontinent haben in den letzten Jahren aufgrund erschreckender Bilder in den Medien an Aufmerksamkeit gewonnen. Darüber hinaus trug die österreichische Beteiligung im Rahmen des EUFOR-Einsatzes im Tschad 2008 ihrerseits zum Einen zu einer Diskussion der europäischen Sicherheitspolitik und zum Anderen zu einer Sensibilisierung der österreichischen Bevölkerung auf die Probleme und Schwierigkeiten eines bislang marginalisierten Raumes bei. Ungeachtet dessen erfolgte die Berichtserstattung meist nur oberflächlich und fokussierte auf den Auswirkungen der bewaffneten Konflikte, deren historische Wurzeln weit zurückreichen, ohne die Ursachen diese Kontroversen sowie deren weitreichende Wechselwirkungen näher zu beleuchten. Im Folgenden soll dieses Manko ausgeräumt, weitläufige Irrtümer erläutert und die politische und humanitäre Vernetzung der Konfliktfelder im Tschad mit jenen im Sudan, speziell der Region Darfur, aufgezeigt werden. Die vorliegende Studie basiert nicht zuletzt auf persönlichen Erfahrungen die ich im Zuge des EUFOR-Einsatzes 2008 beziehungsweise des darauf folgenden MINURCAT-Einsatzes 2009 machen konnte, und welche auch mein persönliches weiterführendes Interesse an der Region, den Menschen und den Gründen für ihre Lage weckte.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Begriffsdefinition und wissenschaftliche Zugänge	3
3	Historisches Erbe und Konfliktgenese	6
3.1	Tschad	6
3.1.1	Allgemeines	6
3.1.2	Historische Aspekte	7
3.1.2.1	Kanem-Bornu	8
3.1.2.2	Wadai	10
3.1.2.3	Baguirmi	11
3.1.3	Kolonialzeit	12
3.1.4	Postkoloniale Entwicklungen	18
3.1.4.1	Ära Tombalbaye	18
3.1.4.2	Präsidentschaft von Malloum	23
3.1.4.3	Bürgerkrieg und Übergangsregierungen	26
3.1.4.4	Habrés Regime	31
3.1.4.5	Deby als Staatsoberhaupt	36
3.2	Sudan – Darfur	47
3.2.1	Allgemeines	47
3.2.2	Historische Aspekte	48
3.2.3	Kolonialzeit	52
3.2.4	Postkoloniale Entwicklungen	56
3.2.4.1	Die Herrschaft von al-Numeiri	59
3.2.4.2	Regierungsbildung und die folgende Machtübernahme al-Bashirs	63
3.3	Vernetzung und Parallelität zweier Konfliktregionen	85
4	Konfliktanatomie	91
4.1	„Alte“ versus „neue“ Kriege – Begrifflichkeiten	91

4.2	Charakteristika – „neuer“ Kriege	94
4.2.1	Staatszerfall	94
4.2.2	Verlust des Gewaltmonopols	98
4.2.3	Kriegsökonomie	100
4.2.4	Handlungsleitende Motive und Kriegsdauer	109
4.2.5	Einsatz von Kindersoldaten	116
4.2.6	Die Rolle der Frau in bewaffneten Konflikten	121
4.2.7	Flüchtlingsströme und internationale Hilfe	127
4.2.8	Regionale und internationale Akteure	130
4.2.8.1	Europa unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Frankreichs	130
4.2.8.2	Die Vereinigten Staaten	138
4.2.8.3	Afrika mit Fokus auf die Einflussnahme Libyens	142
4.2.8.4	China und asiatische Staaten	147
4.3	Die Konflikte im Tschad und im sudanesischen Darfur – ein „neuer“ Krieg?	150
5	<i>Zusammenfassung</i>	155
6	<i>Ausblick</i>	160
7	<i>Forderungen zur Konflikteinhegung</i>	162
8	<i>Anhang</i>	164
A.	Abkürzungsverzeichnis	164
B.	Literaturauswahl	169
C.	Internetquellen	184
D.	Abstract/Zusammenfassung	198
E.	Curriculum Vitae	200

1 Einleitung

Der Darfur-Konflikt im Westen des Sudan wurde, bedingt durch die zunehmende Medienpräsenz, im Herbst 2003 zu einem Synonym für Bürgerkrieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Flüchtlingsströme, womit eine Region welche seit der Unabhängigkeit von ständigen Konflikten zerrüttet war letztlich internationale Beachtung erlangte. Die vorherrschenden Antagonismen an sich, deren Bilder weltweit ein breites Echo hervorriefen, waren aber keineswegs neu sondern schwelten bereits seit der Selbständigkeit des Sudan unter der Oberfläche und wurden in weiterer Folge gefördert und verstärkt. Die Berichterstattung der Medien fokussierte einerseits auf groß angelegten Spendenaufrufen begleitet von erschreckender Bildern welche allgegenwärtig wurden, führten aber andererseits zu einer thematisch simplifizierten und geografisch begrenzten Darstellung des Konfliktes. Als Konsequenz daraus kam es zum Ausblenden bestehender Kontroversen, sowohl im benachbarten Tschad als auch der Zentralafrikanischen Republik, welche eng mit der Situation im Darfur verknüpft sind und letztlich zu einer Festschreibung und Reduktion der Konfliktursache auf die Dichotomie „Afrikaner“ gegen „Araber“. Eine derartige Betrachtung greift für eine Erklärung der Situation, und daraus abgeleitet für Maßnahmen einer nachhaltigen Schlichtung, nicht weit genug. Vielmehr muss der historische Werdegang, unter Einbeziehung aller Akteure ungeachtet von Staatsgrenzen, welche keinesfalls als Konfliktgrenzen verstanden werden dürfen, nachvollzogen werden, um die Komplexität der unzähligen miteinander verwobenen Konflikte welche die Region prägen, und aus westlicher Sicht meist unter dem „Darfur-Konflikt“ subsummiert werden, zu erfassen. Nachdem die mediale Präsenz des Darfur nach und nach verebbte, während die Konflikte jedoch ungeachtet dessen fortgeführt wurden, trat der Tschad 2007 infolge von Planungsmaßnahmen für eine europäische Militärmission in den Vordergrund des Interesses, wobei eine fundierte Berichterstattung die über triviale Betrachtungsweisen der Dynamik vorhandener Auseinandersetzung hinausging jedoch erneut unterblieb. Eine Analyse der regionalen Konflikte losgelöst von politischen Grenzen, unter Inklusion der in den diversen Auseinandersetzungen beteiligten Gruppierungen, deren Interaktionen und Wechselwirkungen, sowie den konfliktverschärfenden Faktoren, erfolgte bislang nur am Rande, und soll die wesentliche Leistung der vorliegenden Arbeit darstellen.

Als Bezugsrahmen für die Analyse und Beschreibung soll die These der „neuen Kriege“¹ dienen, anhand deren Charakteristika, nach einer historischen sozio-politischen Darstellung der Konfliktgenese, die Spezifika und Schnittstellen der gewalttätigen Konflikte in der Region dargelegt werden sollen.

¹ Die Begriffsbestimmung „neuer Kriege“ erfolgt in Kapitel 4.

2 Begriffsdefinition und wissenschaftliche Zugänge

Die vorliegende Studie will zu einem umfassenderen Verständnis über die Ursprünge, Problemfelder, Vernetzungen und Wechselbeziehungen der Konfliktsituation beitragen indem die Situation der bestehenden Konflikte im Tschad und im sudanesischen Darfur, sowie Wechselwirkungen mit anderen staatlichen Akteuren nicht isoliert, sondern in der Gesamtheit ihrer historischen Genese betrachtet werden. Dies macht vorweg die Klärung einiger wesentlicher Begriffe vonnöten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei jenem der Konflikte bei, welche gemäß dem Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung – HIIK (2003) folgendermaßen definiert werden:

„Konflikte sind Interessengegensätze (Positions differenzen) um nationale Werte (Territorium, Sezession, Dekolonisation, Autonomie, System/ Ideologie, Nationale Macht, Regionale Vorherrschaft, Internationale Macht, Ressourcen, Sonstiges) von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.“ Auf eine weitere Unterteilung von Konflikten anhand der vom HIIK entwickelten fünfteiligen Skala wird in der weiteren Arbeit bewusst verzichtet da die Intensität von Konflikten keine Konstante darstellt sondern variabel ist. So wurde die Situation im Tschad und im Darfur für 2008 vom Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (2008: 3) als Stufe 5 – Krieg² eingeordnet, wobei die Zuordnung allerdings nur den höchsten Intensitätsgrad binnen eines Beobachtungszeitraumes wiedergibt. Die Bezeichnungen Konflikt und Krieg werden in weiterer Folge für Zeitabschnitte welche von organisierter und systematisierter Gewalt sowie nachhaltiger Zerstörung begleitet wurden synonym verwendet. Dies erfolgt in Anlehnung an das HIIK welches Krieg als die höchste Ausprägung eines Konfliktes betrachtet.

Politische Grenzen, welche per Definition die territoriale Integrität eines Staates gegenüber seiner Nachbarstaaten sichern, und somit letztlich der exakten Bestimmung des räumlichen Geltungsbereiches der staatlichen Rechtsordnung dienen, offenbaren bei genauer Betrachtung die Unfähigkeit der angesprochenen Staaten ebendieses zu tun. Dies wiederum begünstigte das Aufkommen von asymmetrischen Kriegen in der Region welche entweder zwischen dem Staat und einzelnen Rebellengruppierungen

² Die Skala reicht dabei von den nicht gewaltsamen Formen, repräsentiert auf unterster Stufe durch einen latenten und in weiterer Folge eines manifesten Konfliktes, bis hin zu den gewaltsamen Konfliktausprägungen einer Krise, einer ernsten Krise bis hin zum Krieg (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (2008:3).

beziehungsweise entlang ethnischer Bruchlinien geführt wurden und werden, wodurch sich die Anforderung ableiten lässt, die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der Region zum Einen nicht unter dem Darfur-Konflikt zu subsummieren, und zum Anderen zu versuchen, vorhandene Schnittstellen anzusprechen. Die so gewonnen Erkenntnisse müssen dann in weiterer Folge als Ausgangspunkt betrachtet werden, um Möglichkeiten einer erfolgreichen Konflikteindämmung zu generieren.

In den letzten Jahren wurden Diskurse in der Friedens- und Konfliktforschung wesentlich von Begriffen wie „neue“ Kriegen, asymmetrische Kriege beziehungsweise low intensity conflicts geprägt (van Creveld 1998: 114ff). Die im Folgenden skizzierten gewalttätigen Auseinandersetzungen enthalten grundsätzlich viele Faktoren welche asymmetrischen Kriegen zugeordnet werden (Münkler 2004a: S.85ff, Lohmann 2004: S.57ff) und auf welche noch weiter eingegangen werden wird, jedoch unter der Prämisse dass asymmetrische Kriege kein neues Phänomen sind und Asymmetrie vielmehr jeder Form von Krieg zwangsläufig inhärent ist (Schmidl 2004: 121ff). Der von Münkler geprägte Begriff der „neuen“ Kriege, welcher erstmalig von Mary Kaldor 1999 im Kontext von Analysen zum jugoslawischen Bürgerkrieg aufgeworfen wurde, differenziert zwischen verschiedenen Charakteristika von Konfliktherden der letzten Jahrzehnte und subsummierte darin auch die Auseinandersetzung mit der Asymmetrie, sowie mit low intensity conflicts, weshalb dieser, trotz kritischer Stimmen, als Bezugsrahmen für die Konfliktanalyse dienen wird. Dies erfolgt jedoch nicht vorbehaltlos und wird deshalb, um aus Sicht des Autors speziell in der konkreten Arbeit wesentliche Kriterien erweitert, welche sich aus dem um das Konzept neuer Kriege geführten Diskurs ergaben.

Ausgangspunkt und handlungsleitend für die weitere Abhandlung der Thematik sind die folgenden Hypothesen:

- Die Konflikte im Tschad und im Darfur sind grenzübergreifend, sie bedingen einander und verstärken sich gegenseitig.
- Die Ethnisierung der Konflikte ist ein künstlich geschaffener und politisch instrumentalisierter Prozess.
- Die Einmischung externer staatlicher Akteure trug wesentlich zu einer Verschärfung innerstaatlicher Antagonismen bei.
- Die Konflikte im Tschad und im Sudan entsprechen in ihren Charakteristika dem Typus „neuer“ Kriege

Die einzelnen Konfliktherde und deren Entstehung werden zunächst in ihrer Entwicklung historisch, eingebettet in nationale Grenzen betrachtet, da jeder der behandelten Staaten, bedingt durch deren unterschiedliche historische Genese, differierende strukturelle, ethnische, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen hervorbrachte und differierenden Einflüssen unterworfen war, welche als Folge davon in Teilbereichen konfliktverschärfend beziehungsweise konfliktmildernd wirkten. Im Zuge der chronologischen Beschreibung innerhalb der Grenzen eines Nationalstaates, welche ein herausarbeiten von nationalen Konfliktwurzeln erlaubt, ergeben sich zwangsläufig Schnittstellen mit regionalen und überregionalen Akteuren welche die Dynamik lokaler Auseinandersetzungen beeinflussen und von einer staatlichen zu einer regionalen Betrachtung überleiten, anhand welcher, Wechselwirkungen beschrieben werden, und versucht wird festzustellen, ob und inwieweit ein Konflikt, als Faktor eines Anderen betrachtet werden kann oder auch muss.

Diese Betrachtungen erfolgen in Anlehnung an Charakteristika „neuer“ Kriege, wobei die dabei herausgearbeiteten Faktoren auch hinsichtlich ihrer potentiellen Einflussnahme auf Konflikttransformation hinterfragt werden.

Die geographische Einschränkung erfolgte basierend auf historischen und sicherheitspolitischen Gegebenheiten. Wissenschaftliche Arbeiten bezogen sich bislang in erster Linie auf die Darfur-Region beziehungsweise auf den Nord-Süd-Konflikt im Sudan, während der Tschad bislang weitgehend vernachlässigt wurde. Die bislang meist nur am Rande betrachtete Vernetzung des Tschads mit dem Sudan soll einen der Schwerpunkte der Arbeit bilden. Die Zentralafrikanischen Republik welche ebenfalls im Rahmen von Betrachtungen der regionalen Konfliktodynamik im Darfur und im Tschad inkludiert werden sollte wird im Zuge dieser Abhandlung weitgehend negiert da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde und diese eine vorwiegend passive Rolle innehat und von den Nachbarländern, Tschad und Sudan, dominiert wird.

3 Historisches Erbe und Konfliktgenese

Die Konflikte in den behandelten Räumen sind als Resultat eines dynamischen und historisch gewachsenen Prozesses zu verstehen dessen Wurzeln zum Teil in die präkoloniale Zeit zurückreichen. Zum Verständnis der gegenwärtigen Dynamiken ist es deshalb unabdingbar historische Aspekte in die Betrachtung aktueller Entwicklungen zu inkludieren und zu reflektieren.

3.1 Tschad

Der Tschad wird im Folgenden vorerst hinsichtlich geographischer und demographischer Gegebenheiten beschrieben, um anschließend die historischen Entwicklungen auf dem heutigen Staatsgebiet in präkolonialer, kolonialer und postkolonialer Zeit zu skizzieren.

3.1.1 Allgemeines

Die Republik Tschad ist ein Binnenstaat im Norden Zentralafrikas. Im Norden grenzt er an Libyen, im Osten an den Sudan, im Süden an die Zentralafrikanische Republik und im Westen an Kamerun, Nigeria und Niger. Das Land hat eine Ausdehnung von ca. 1.284.000 Quadratkilometern auf welchen die landschaftliche Vielfalt vom Hochgebirge, über Wüstengebiete bis hin zu äquatorialen Wäldern reicht. Im Grunde können drei verschiedene Klimaregionen unterschieden werden (Bissinger 2007: 40ff); der nördliche Teil des Staatsgebietes ist der Sahara-Region zuzuordnen, wo es wenig beziehungsweise kaum Niederschläge gibt welche nach Süden hin zunehmen bis sie auf der Linie Djourab-Depression bis zum Ennedi-Bergland auf 250-350 Millimeter jährlich ansteigen. Die harten klimatischen Bedingungen erlauben der Bevölkerung in dieser Region lediglich, in Anlehnung an Oasen, den Anbau von Hirsen sowie Getreide und Viehzucht. Südlich der Sahara-Region beginnt die Sahelzone welche vom Tschadsee im Westen bis zum Ouaddai-Bergland im Landesosten reicht und eine Nord-Süd-Ausdehnung von ca. 500 Kilometern hat. Die Niederschlagsmengen reichen hier bereits von 350 Millimeter im Norden und erhöhen sich nach Süden hin auf bis zu 750 Millimeter im Jahr, was sich auch in der Vegetation widerspiegelt welche von Akazien-Bäumen, dornigen Sträuchern und trockenfesten Gräsern bis hin zu Büschen und

kleinen Bäumen reicht. Bedingt durch die Flora ist in dieser Region die Viehzucht und der Anbau von Getreide und Datteln verbreitet. Südlich der Linie Pala-Lai-Sarh befindet sich die Sudan-Region wo sich die Niederschlagsmengen im Grenzbereich zur Zentralafrikanischen Republik auf bis zu 1200 Millimetern jährlich erhöhen. Die Vegetation wird von einer Feuchtsavanne mit tropischen und subtropischen Gräsern dominiert. Die klimatischen Voraussetzungen erlauben den Anbau von Getreide, Gemüse, Reis, Baumwolle und Erdnüssen. Speziell während der Trockenzeit halten sich zudem große Viehherden im Süden auf um dann, während der Regenzeit, gen Norden getrieben zu werden. Generell gibt es im Tschad eine Regenzeit, welche ihren Höhepunkt in den Sommermonaten aufweist und in ihrer Dauer von nicht vorhanden im Norden bis zu fünf bis sechs Monaten im Süden variiert.

Die Bevölkerung im Tschad beträgt nach Angaben des The World Factbook (2009) ca. 10,3 Millionen wovon etwa 60 Prozent davon in der Sudan-Zone, 35 Prozent in der Sahel-Zone und lediglich fünf Prozent in der Sahara-Region leben (Bissinger 2007: 69). Der Tschad zeichnet sich durch seine Vielfalt an ethnischen Gruppen aus deren Anzahl sich auf ca. 200 beläuft und welche mehr als 100 Sprachen sprechen, wovon Französisch und Arabisch die Amtssprachen sind. Bezüglich der ethnischen Gruppen werden an dieser Stelle nur die demographisch bedeutendsten, mit der zahlenmäßig größten beginnend, angeführt. Die Sara stellen mit etwa einem Drittel der Bevölkerung die größte Gruppe im Tschad dar, gefolgt von den Arabern mit ca. 22 Prozent. Es folgen Maba, Tubu, Mbum, Moundang, Tuburi und Zaghawa welche zahlenmäßig aber bereits weit unter den beiden Erstgenannten liegen (Azevedo 2004: 10ff).

3.1.2 Historische Aspekte

Die Besiedelung des Tschads geht wie historische Funde belegen bereits auf prähistorische Zeit zurück wobei die Gründung von zusammenhängenden Reichen erst später einsetzt. Die angesprochene Bildung von Königreichen erfolgte mit dem 9. Jahrhundert und setzte sich bis ins 17. Jahrhundert fort, wobei viele dieser Zusammenschlüsse Opfer ihrer Nachbarn wurden und letztlich nur wenige die Ankunft der Franzosen Ende des 19. Jahrhunderts mitverfolgten. Die Sahel-Zone entwickelte sich vor 2000 Jahren zu einem Kreuzungspunkt von Migrationsrouten und damit auch von Kulturen und Religionen, als deren Folge sich auch vermehrt Einwanderer in der Region ansiedelten (Azevedo 2004: 22). Im weiteren Verlauf entwickelten sich in

präkolonialen Zeit mehrere sahelische Großreiche welche ihren Wohlstand auf dem Handel oder, genauer gesagt, auf der militärischen Kontrolle von Handelsrouten begründeten (Nolutshungu 1996: 26). Gehandelt wurden vorwiegend Sklaven welche sie aus den im Süden an ihre Reiche angrenzenden Regionen raubten und über die Karawanenrouten in den Nahen Osten oder in den Mittelmeerraum verkauften. Die Sklavenjagden, die es bereits im 9. Jahrhundert gegeben hat, sind geprägt durch ihr brutales Vorgehen, welches von Morden, Verstümmelungen, Plünderungen und der Zerstörung von Feldern und Wohnstätten begleitet wird und die Legitimation durch den Islam erhält, „*which, in the name of Allah, authorized the faithful to enslave those of alien faiths or the idolatrous, as the Muslims called non-Muslims*“ (Azevedo 2004: 45). Bedingt durch diese gängige Praxis erklärt sich auch das damalige, von Feindschaft geprägte, Verhältnis der mächtigen Sahelreiche im Norden zu den segmentären, meist auf Ackerbau basierenden Gesellschaften im Süden. In der Zeit von 900 bis 1800 existierten mehr als zehn Reiche welche Großteils nicht nach Expansion trachteten und sich mächtigen Nachbarn unterwarfen, denen sie Tribut leisteten. Ihren Verpflichtungen konnten sie nur nachkommen indem sie andere Völker ausbeuteten (Azevedo 2004: 33). Die drei mächtigsten Sahelreiche auf welche in diesem Kapitel noch näher eingegangen wird waren, von Westen nach Osten verlaufend, Kanem-Bornu, Baguirmi und Wadai, welches im Osten an Darfur grenzte.

3.1.2.1 Kanem-Bornu

Die Region des Tschadsees wurde vor mehr als 2500 Jahren besiedelt wobei über die ursprüngliche Bevölkerung nur wenig bekannt ist. Nordöstlich des Tschadsees entwickelte sich mit der Ansiedelung der Zaghawa³ (Lange 1987: 445ff) welche mit der Unterstützung der Tubu die lokale Bevölkerung unter ihre Kontrolle brachten um 800 das Königreich Kanem⁴. Die Beni Sefi welche einem Zaghawazweig entstammten und fallweise auch als Duguwa bezeichnet werden, begründeten die erste herrschende

³ Ob das hier als Zaghawa bezeichnete sesshafte Volk die Vorfahren der heutigen Zaghawa, welche sich im Ost-Tschad und im Darfur befinden und Halbnomaden sind ist nachwievor umstritten.

⁴ Details zur Reichgründung sind nur fragmentarisch vorhanden und es existieren unterschiedliche Theorien welche hier jedoch nicht näher ausgeführt werden. Weite Teile der Geschichte basieren auf einer Kopie des Girgam, welches einer Chronik entspricht, die Heinrich Barth 1851 nach Deutschland brachte und in der unter anderem auch die Gründung Kanems Einwanderern aus dem Nahen Osten zugeschrieben wird.

Dynastie welche Mitte des 11. Jahrhunderts von den Sefuwa⁵ abgelöst wurde (Lange 1984: 239ff). Ausgehend von der Hauptstadt N'Jimi etablierten die Kanem eine strategische Position an der Handelsroute durch die Sahara welche den Tschadsee über verschiedene Oasen mit Tripolis verband und im Mittelalter die bedeutendste Route war um Waren wie Elfenbein, Sklaven, Pferde, Salz, Gold, Waffen, Kupfer, usw. zu handeln (Azevedo 2004: 25). Da das Reich danach trachtete, die Handelswege sicher zu machen, prosperierten diese und als Nebeneffekt des Warenaustausches verbreiteten nordafrikanische Kaufleute nach und nach den Islam welcher sich Beginn des 12. Jahrhunderts in der herrschenden Elite verankert hatte und auch in der allgemeinen Bevölkerung rasch Anhänger fand. Anfang des 13. Jahrhunderts war Kanem bereits ein mächtiges Reich welches im Norden den Fessan einschloss, im Osten nahezu bis Darfur reichte, sich im Süden bis etwa Fort-Lamy erstreckte und im Westen auch Teile Nigerias einschloss, da zum damaligen Zeitpunkt Bornu, westlich des Tschadsees gelegen, vermutlich bereits eine Provinz des Königreiches war (Lange 1984: 252). Die zuvor beschriebene Ausdehnung Kanems muss allerdings dahingehend relativiert werden, dass die Kontrolle über weit vom Zentrum entfernte Gebiete de facto nicht wahrgenommen wurde und sich die Leistungen der Beherrschten vorwiegend auf symbolische Handlungen und etwaige Tributeleistungen beschränkte. Die folgenden Jahre waren von Streitigkeiten und Machtkämpfen innerhalb der herrschenden Dynastie geprägt (Azevedo 2004: 27; Lange 1984: 248, 258), welche zum Teil in bürgerkriegsähnlichen Zuständen resultierten. Die interne Schwächung der Königsfamilie nutzten die Bulala, welche nicht gewillt waren, ihre Traditionen zu Gunsten des Islam aufzugeben aus und erhoben sich gegen die Sefuwa welche gezwungen waren Ende des 14. Jahrhunderts nach Bornu zu fliehen. Aus Bornu planten die Sefuwa die Rückeroberung ihres Reiches, was ihnen schließlich 1577 gelang. Die Hauptstadt des nun als Kanem-Bornu bezeichneten Reiches verblieb allerdings in Birni Ngazargamu, ihrem Herrschaftssitz in Bornu. Die Amtsgeschäfte in Kanem übergaben sie weitgehend an die Dalatoa welche als Statthalter fungierten. Das Reich sollte in den folgenden 200 Jahren eine weitere Hochzeit erleben, bis Anfang des 19. Jahrhunderts die Bedrohung durch die Fulani und die Tuareg Überhand gewann und die Sefuwa sich gezwungen sahen auf die Hilfe des religiösen und politischen Führers Shehu Mohamed el-Amin el-Kanemi zurückzugreifen. Diesem gelang es zwar die Fulani

⁵ Ob die Sefuwa bereits Teil der Bevölkerung Kanems waren oder aus einem anderen Raum migrierten ist unklar.

zurückzuschlagen, allerdings intrigierte er gegen die Sefuwa welche schließlich, in Folge eines Bürgerkriegs 1838, die Macht an el-Kanemis Sohn abgeben mussten (Azevedo 2004: 26). Kanemis Nachfolger regierten das Königreich bis 1893, der aus Ägypten stammende und den Mahdisten nahestehende, Rabah Fadlallah die Kontrolle über Kanem-Bornu an sich reißen konnte. Fadlallah versäumte es aber ein Arrangement mit Frankreich zu treffen, welches seine kolonialen Interessen bedroht sah und unverzüglich handelte (Olson 1991: 123). Am 22. April 1900 errang Frankreich unter Oberst Lamy in der Schlacht von Kousséri den entscheidenden Sieg über Fadlallah. Es folgte die Aufteilung des Reiches Kanem-Bornu unter den Kolonialmächten Frankreich, Großbritannien und Deutschland.

3.1.2.2 Wadai

Wadai, welches im Westen an Kanem-Bornu grenzte, entstand zu Beginn des 16. Jahrhunderts als ein von den Tundschur und den Maba gegründeter Ableger des Darfur-Sultanats, welche das Gebiet von den Daju eroberten. Anfang des 17. Jahrhunderts wurden die Tundschur welche das Reich regierten von Sultan Ab-del-Kerim II., möglicherweise mit Unterstützung der unzufriedenen Maba, entmacht (Azevedo 2004: 26; Nachtigal 1971: 205ff). Es folgte eine Blütezeit des Islam welcher vom neuen Herrscher gefördert wurde und durch Sufi-Missionare rasch Verbreitung fand. Während Ab-del-Kerim nach der Machtübernahme noch den benachbarten Sultanaten, Kanem im Westen und Darfur im Osten, tributpflichtig war, gelang seinen Nachfahren Ende des 18. Jahrhunderts die Freiheit von jeglichen Tributleistungen. Ähnlich wie in Kanem trugen auch in Wadai Handelsrouten wesentlich zum Aufstieg des Reiches bei. „*There were two major routes after 1810 one linking the Upper Nile with Darfur, and the other linking Abéché with Benghazi, through Oum-Chalouba, Ennedi, Koufra and Dajjo Oasis*” (Azevedo 2004: 26) Anfang des 19. Jahrhunderts befand sich das Reich am Höhepunkt seiner Macht und stellte die größte militärische Macht in Zentralafrika dar. Im Norden reichte das Herrschaftsgebiet bis weit in die Wüste, im Westen bis Kanem, im Süden bis Bahr es Salamat⁶ und im Osten bis Darfur (Reyna 1990: 146). Zudem mussten viele Völker im Süden, wie beispielsweise die Sarh oder die Moundang, den Herrschern Wadai Tribut, vorwiegend in Form von Sklaven und Elfenbein leisten.

⁶ Bahr es Salamat (arab.) bezeichnet den Fluss Salamat welcher nur saisonal Wasser führt und in Darfur entspringt von wo aus er über Mongororo und Am-Timan ca. 50 Kilometer nördlich Sarh in den Chari mündet.

Darüber hinaus befähigten die militärischen Kapazitäten des Reiches es zu Überfällen auf Nachbarreiche denen selbst Kanem-Bornu und Baguirmi nichts entgegensetzen konnten. Letztlich konnten aber auch Erfolge nach außen, interne Machtstreitigkeiten um die Thronfolge nicht hintanhaltend (Chapelle 1980: 207). 1909 versuchten die Wadai sich den vorrückenden Franzosen außerhalb der Hauptstadt, welche 1850 von Ouara nach Abéché verlegt wurde, entgegenzustellen, mussten sich aber in weiterer Folge zurückziehen. Als die Franzosen weiter Richtung Abéché vorrückten kapitulierte der amtierende Sultan am 12. Juni 1909. Es folgten der Aufbau einer Garnison sowie das Einsetzen eines zu Frankreich loyalen Herrschers. In den meisten Bezirken gab es keinen Widerstand, lediglich Teile der Bevölkerung von Dar Masalit setzten sich zur Wehr. Im Jänner 1910 holte Sultan Dudmurrah, ein Angehöriger der Königsfamilie von Wadai mit Unterstützung aus Darfur, zum Gegenschlag aus und massakrierte französische Truppen nahe Wadi Kadja. Eine darauf initiierte Aktion zur Bekämpfung der Aufständischen unter dem Kommando des tschadischen Territorialkommandanten erlitt im November 1910 dasselbe Schicksal. Erst ein Jahr später im Oktober 1911 konnte Sultan Dudmurrah schließlich zur Aufgabe gezwungen und die vollständige Kontrolle über das Gebiet von Dar Masalit erlangt werden (Chapelle 1980: 222).

3.1.2.3 Baguirmi

Die Gründung des Reiches Baguirmi geht auf die Barma zurück, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts südöstlich von Kanem an den Ufern des Chari lebten und ihre Hauptstadt in Massenya errichteten. Der Islam erreicht Baguirmi Mitte des 16. Jahrhunderts und fand Ende desselben, als der amtierende Herrscher sich zu diesem Glauben bekehrte und das Reich zum islamischen Sultanat erklärte, auch schnell Verbreitung innerhalb der Bevölkerung (Azevedo 2004: 29). Der Sultan selbst agierte als absoluter Herrscher und oberste politische und religiöse Instanz im Reich. Die Aristokratie lebte in Luxus und die Hauptaufgabe der Armee bestand in der Veranstaltung von Sklavenjagden, besonders unter den Sarh im Südosten um deren dekadenten Lebensstil aufrechterhalten zu können. Die Rolle des Sultanates sollte Zeit seines Bestehens im Kontext mit Bornu gesehen werden, welchem es nach Reichsgründung rasch tributpflichtig war. Lediglich am Höhepunkt des Reiches, zu Beginn des 18. Jahrhunderts, konnte es aus dem Schatten des nördlichen Nachbarn heraustreten und demgegenüber bestehende Verpflichtungen abstreifen. Zur Reichsblüte war das Sultanat in der Lage, Teile des

Handels im Bereich des Tschadsees zu kontrollieren und die Unterwerfung benachbarter Gruppen brachte zudem die Expansion des Reiches bis an die Grenzen von Wadai, von wo aus sie auch Raubzüge in die Peripherie unternahmen. Innerhalb dieser Periode nahmen die Überfälle durch Baguirmi, welche ohnehin in den Nachbarregionen allgegenwärtig waren, eklatant zu und raubten Sklaven, Pferde, Vieh, Silber und sonstige Wertgegenstände. Den Beraubten blieb keine andere Wahl, als sich den Invasoren zu beugen und den auferlegten Abgaben widerstandslos nachzukommen (Azevedo 2004: 30f). Diese Zeit währte aber nicht lange, sodass das Sultanat sich bereits Ende des 18. Jahrhunderts erneut den Forderungen Kanems beugen und zudem die zweimalige Einnahme ihrer Hauptstadt durch feindliche Truppen hinnehmen musste (Reyna 1990: 54). Die darauf folgenden Jahre waren zunehmend von Konflikten mit Wadai geprägt, welche wiederholt in Baguirmi einfielen und Bürger, Sklaven und Güter raubten, was in letzter Konsequenz in einer Tributpflicht von Baguirmi gegenüber Wadai endete. Die verheerendste dieser Plünderungen erfolgte 1870 als Wadai sich von Baguirmi betrogen fühlte da Wadai den auferlegten Tributverpflichtungen nicht entsprechend nachkam (Nachtigal 1971: 214). Das Resultat war die Zerstörung von Massenya und der Raub von ca. 30.000 Handwerkern des Sultanates. Noch immer von der Auseinandersetzung mit den Wadai geschwächt, war es somit ein Leichtes für den sudanesischen Warlord Rabah Fadlallah 1893 ebenfalls in das Reich einzufallen und die Hauptstadt niederzubrennen. Der amtierende Sultan suchte daraufhin bei den französischen Invasionstruppen um Unterstützung an, welche in Folge das Protektorat über das Baguirmi-Sultanat ausübten und es so faktisch in das französische Kolonialreich inkludierten.

3.1.3 Kolonialzeit

Die Anfänge der Kolonialzeit, im Raum des heutigen Tschad, waren vom raschen und zielgerichteten Handeln der Franzosen geprägt. Betrachtet man die Region aus damaliger Sicht, so stellt sich zwangsläufig die Frage worin Frankreichs Motivation zur Einverleibung der Region begründet lag, könnten doch bei näherer Betrachtung lediglich auf durch die Ausdehnung und klimatische Bedingungen basierende Schwierigkeiten, sowie die zahlreichen untereinander verfeindeten Ethnien, augenscheinlich gewesen sein. An dieser Stelle muss kurz auf die Situation Frankreichs, Ende des 19. Jahrhunderts, näher eingegangen werden. Nachdem Frankreich im

französisch-deutschen-Krieg 1870/71 den Preußen unterlag und diplomatisch, militärisch und wirtschaftlich geschwächt daraus hervorging, waren innerhalb der Bevölkerung Nationalismus und Revanchegelüste dominant. Nach den Erfahrungen in Algerien bot das Wettrennen um Ländereien in Afrika, Frankreich eine Gelegenheit die erlittene Schmach auszumerzen (Marx 2004: 124). Rohstoffe und mögliche Absatzmärkte für die industrielle Revolution mögen ebenso von Interesse jedoch angesichts der Länder auf welche die französischen Bemühungen abzielten, nämlich Mali, Mauretanien, Niger, Burkina Faso, Guinea, Tunesien, Tschad und die Zentralafrikanische Republik, eher sekundär gewesen sein. Hauptinteresse am Tschad dürfte aus heutiger Sicht die strategische Position im Herzen Afrikas gewesen sein, welche eine Brücke von Ost nach West und von Nord nach Süd darstellt. Das Rennen um Afrika gewann 1885, nach Beendigung der Berliner Kongokonferenz, welche vom deutschen Reichskanzler Bismarck mit dem Zweck eine Einigung über die Aufteilung Afrikas in Kolonien und deren Rahmenbedingungen herbeizuführen, initiiert wurde, noch weiter an Geschwindigkeit. Zudem brachte die Konferenz eine wesentliche Neuerung nämlich, dass das Hissen einer Flagge nicht mehr ausreichte um ein Gebiet zu beanspruchen, sondern, dass die Kolonialmacht nachweisen musste, dass sie im beanspruchten Land auch tatsächlich die staatliche Souveränität etabliert hatte.

„Aufgrund dieser Erwartung drangen die europäischen Kolonialmächte mit großer Härte militärisch in die von ihnen beanspruchten Gebiete vor, um ihre Herrschaft unter Beweis zu stellen. Kein Land konnte es sich mehr leisten, zwar formal Anspruch auf ein Gebiet zu erheben, es aber tatsächlich bei informeller Beherrschung zu belassen. Vielmehr wurde das Prinzip der modernen, staatlichen Territorialherrschaft zur allgemeinen Norm erhoben, auch wenn die Wirklichkeit oft hinter den Ansprüchen zurückblieb ...“ (Marx 2004: 134).

Nachdem Invasionstruppen am 22. April 1900 die aus Sicht Frankreichs größte Bedrohung in der Region die Armee Rabah Fadlallah bei Kusseri besiegten, stand der geplanten weiteren Eroberung des Nordens, inklusive des Tibesti, nichts mehr im Weg und es konnte die Geschwindigkeit zurückgenommen werden. 1910 erfolgte die Eingliederung der bereits in Besitz genommenen Gebiete des heutigen Tschad, in das Generalgouvernements Französisch-Äquatorialafrika⁷, dessen Sitz in Brazzaville war,

⁷ Der französische Kolonialstaat unterteilte die west- und zentralafrikanischen Besitzungen in zwei Generalgouvernements: Französisch-Westafrika, mit dem Senegal, Niger, Mauretanien, Französisch-Sudan (heute Mali), Guinea, Dahomey (heute Benin), Obervolta (heute Burkina-Faso) und der Elfenbeinküste und dem Verwaltungssitz in Dakar, und Französisch-Äquatorialafrika, bestehend aus dem Tschad, Ubangi-Shari (der heutigen Zentralafrikanischen Republik), Gabun und Mittelkongo (der heutigen demokratischen Republik Kongo) mit der Hauptstadt Brazzaville. Eine Unterteilung Ubangi-Sharis in den Tschad und Ubangi-Shari, bestehend aus dem Gebiet der heutigen Zentralafrikanischen Republik erfolgte 1920.

die noch bevorstehenden Eroberungen sollten folgen. Es kam daraufhin zur Eroberung von Borkou und Faya im November 1913 und 1920 wurden schließlich auch die Teda, eine Untergruppe der Tubu, welche in den Ausläufern des Tibesti-Gebirges lebte, unterworfen. 1929 folgte schließlich die Einverleibung des gesamten Tibesti, von wo aus die Senussi-Bruderschaft ihren Widerstand organisierte. Der Widerstand im Osten sollte nach der Eroberung von Abéché 1909 noch bis Oktober 1911, vorwiegend in Dar Masalit⁸, anhalten und vergleichsweise viele Opfer unter der Kolonialmacht fordern, welche als Konsequenz daraus nur umso brutaler gegen nachfolgende potentielle Bedrohungen der Ordnung vorging (Chapelle 1980: 222).

Resümierend kann über das Vorgehen der französischen Invasoren gesagt werden, dass dieses letztlich zum Ziel führte, allerdings forderten die militärischen Maßnahmen gegen unzählige Ziele und einen Feind der sich vielfach nicht an die konventionelle Methoden der Kriegsführung der damaligen Zeit hielt, auch einen ungewöhnlich hohen Blutzoll auf französischer Seite.

Der Tschad, kaum einverleibt in das französische Kolonialreich, und als Gebiet einem Vizégouverneur unterstellt, welcher wiederum der Verwaltung Französisch-Äquatorialafrikas untergeordnet war, wurde marginalisiert und vernachlässigt. Bis in die 1930er Jahre wurde die Verwaltung in die Hände von Militärs und abenteuerlustigen Beamten gelegt deren Befähigungen für eine ökonomische und nachhaltige Kolonialverwaltung nur schwach ausgeprägt waren. Die Situation gestaltete sich für die Kolonialmacht als noch vertrackter, als sie die vorherrschenden Rahmenbedingungen im Tschad zur Gänze erfassen konnte. Angefangen bei den, durch die Größe des Landes klimatischen und geographischen stark variierenden Bedingungen, der Knappheit an vorhandenen Ressourcen, enormen Schwierigkeiten beim Aufbau von Verbindungen und die Armut der Bevölkerung, zwangen die Kolonialmacht sich auf den südlichen Teil des Tschad zu konzentrieren, welchen sie dementsprechend auch als *Tchad utile* bezeichneten (Gerdesmeier 2008: 1). Bei der Durchsetzung ihrer kolonialen Interessen sahen sich die Invasoren im Norden zusätzlich mit mehr Widerstand konfrontiert als im Süden des Landes, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, dass die Bevölkerung im Norden muslimisch war und sie basierend darauf jeglichen französischen Einfluss als wider dem Glauben vehement ablehnte. Weitere ausschlaggebende Gründe waren, dass der Süden zum Einen im Gegensatz zum Norden über keine, beziehungsweise nur ansatzweise ausgeprägte, politische Strukturen und Netzwerke verfügte. Zum Anderen

⁸ Vgl. Kapitel 4.2.8.1.

stufte der Süden die Ankunft und folgende Herrschaft der Franzosen, basierend auf ihre bisherigen Erfahrungen, als geringere Bedrohung ein als die Fortsetzung der bisherigen Ausbeutung durch die mächtigen Sultanate (Azevedo 2004: 67f). Zu Konflikten⁹, welche meist gewalttätig verliefen von der Verwaltung jedoch da sofort niederschlagbar, heruntergespielt wurden, sollte es erst kommen als die Kolonialmacht, um Schwierigkeiten bei der Durchsetzung zu umgehen, die Last der Kolonialisierung, hinsichtlich Steuern, Arbeitsdienste, militärische Rekrutierung, usw., Richtung Süden verlagerte. „*As a result it [Frankreich] created, particularly in the south, conditions of permanent violence such as once existed in pre-colonial Central Sudan*“ (Azevedo 2004: 65). Die Folgerung aus den Gegebenheiten im Tschad lagen für die Kolonialverwaltung auf der Hand, nämlich den Norden rein militärisch zu verwalten und bescheidene Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen, in erster Linie auf den klimatisch und demographisch begünstigten Süden, wo unverzüglich der Baumwollanbau forciert wurde und große Teile der Bevölkerung, zwecks Zwangsarbeit in anderen Regionen Französisch-Äquatorialafrikas, verschleppt wurden. Hinzu kamen Zwangsrekrutierungen im Süden; die Hauptlast entfiel dabei auf die Sara, für militärische Unternehmungen speziell im Zuge des ersten Weltkrieges, des zweiten Weltkrieges (Chapelle 1980: 235) und im Zuge von Konflikten in Burma (Azevedo 2004: 73f). „*Somit wurde der Staat auch in der Kolonialzeit überwiegend als unterdrückende, Arbeitskraft und Menschen raubende Macht wahrgenommen.*“ (Gerdesmeier 2008: 1) Die Bemühungen und finanziellen Aufwendungen der Kolonialmacht im Tschad bei welchen der Süden präferiert wurde, gingen aber nicht ansatzweise weit genug um durch den Aufbau von Institutionen und die Förderung einer eingeschränkten Selbstverwaltung Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entlassung in die Unabhängigkeit zu gewährleisten. Die rechtliche Grundlage welche die Ausbeutung legitimierte war der *Code de l'indigénat*, welcher in Algerien entstanden, ab den 1880er Jahren auf jede hinzugewonnene Besitzung ausgedehnt wurde. Dieser rechtliche Rahmen „*erlaubte die Bestrafung von Afrikanern ohne vorherige Gerichtsverhandlung, womit Willkürhandlungen von Kolonialbeamten Tür und Tor geöffnet wurden. Afrikaner konnten dem nur entgehen, wenn sie den Status eines Evolué, eines anerkannten Mitglieds der Bildungselite, erworben hatten, was nur einer winzigen Minderheit gelang.*“ (Marx 2004: 167) Voraussetzungen um den Status eines *Evolué*,

⁹ Konflikte wurden nicht mit Angehörigen der französischen Kolonialmacht ausgetragen, sondern vielmehr zwischen dem von Repressalien Betroffenen, und einem mit der Durchsetzung kolonialer Interessen beauftragten Indigenen.

und damit französisches Bürgerrecht mit allen Rechten und Pflichten, zu erlangen waren die Kenntnis der französischen Sprache in Wort und Schrift, das Verständnis und das Leben der französischen Kultur und Werte, einhergehend mit der Aufgabe der eigenen, afrikanischen Wurzeln, und der Nachweis ausreichender finanzieller Mittel zum Selbsterhalt, Grundvoraussetzungen. Aber selbst wenn ein Tschader diese Voraussetzungen erfüllte, sah er sich einem selektiven Prozess konfrontiert. Der Tschad war 1940, unter Vizegouverneur Félix Eboué, das erste Land aus den Kolonien welches sich Charles de Gaulles Exilregierung unterstellte, weitere sollten folgen. Eboué wurde 1941 Gouverneur von Französisch-Äquatorialafrika wo er ein Programm zur Einbindung lokaler traditioneller Führungsstrukturen in koloniale erarbeitete, welches noch während des zweiten Weltkrieges zur Umsetzung gelangte. Dies brachte erste Verbesserungen für die Lebenssituation der Kolonien mit sich, welche sich 1946, als Dank für die Unterstützung im Krieg, mit der Abschaffung der Zwangsarbeit und der Ausweitung der Staatsbürgerschaft für alle Afrikaner, erneut besserte (Azevedo 2004: 74f). Inkludiert in die 1946 eingeleiteten Veränderungen war auch die Möglichkeit Parteien zu bilden und Vertreter, einerseits in eine Nationalversammlung und andererseits in einen überregionalen Rat, angesiedelt bei der Verwaltung Französisch-Äquatorialafrikas, in Brazzaville zu wählen. Ebenso wurde Angehörigen der Kolonien zugestanden Abgeordnete in die Nationalversammlung, den Senat und den Rat der Republik in Paris zu entsenden, allerdings unter der Einschränkung, dass dies bis 1956 nur auf der Basis eines dualen Systems, welches Europäer und Afrikaner trennte, erfolgte. Das 1956 verabschiedete Gesetz, das *loi cadre*, transferierte unter anderem Befugnisse an die territorialen Nationalversammlungen, und bildete die entscheidende Wende Richtung Unabhängigkeit (Marx 2004: 259). Die zu Gunsten der indigenen Bevölkerung getroffenen Maßnahmen veränderten die Rahmenbedingungen für die Kolonialmacht drastisch, weshalb diese Schritte ergriff um weiterhin die Kontrolle über die annektierten Gebiete aufrechterhalten zu können. Dies passierte zum Einen durch die gezielte Unterstützung von Parteien, welche im Gegenzug unter Bedacht auf koloniale Interessen agierten, und unter Aufbau einer starken Militärpräsenz in den Zentren.

Während Frankreich Ende der 1950er Jahre danach trachtete, Strukturen zu schaffen welche den französischen Einfluss in den Kolonien auch nach einer Entlassung in die Unabhängigkeit gewährleisten würden, und zu diesem Zweck die Bildung der

Communauté Française als Nachfolgeorganisation der *Union Française*¹⁰ forcierte, zeigte die zunehmende Bildung politischer Parteien bereits erste Anzeichen der nach wie vor bestehenden Kluft zwischen dem Norden und dem Süden des Tschad.

Die erste im Tschad gegründete Partei war die Parti Progressiste Tchadien (PPT) welche das Schwergewicht ihrer Wählerschaft aus dem Süden rekrutierte und mit ihrer nationalistischen, auf Selbstbestimmung abzielenden, Rhetorik speziell die nicht-muslimische Elite des Landes ansprach. Die Union Démocratique Tchadienne (UDT) war die zweite wesentliche Partei dieser Zeit, sie konnte in erster Linie auf die Unterstützung traditioneller Eliten und Muslime zählen, und hatte zudem den Vorteil sich auf Beistand seitens der französischen Kolonialmacht stützen zu können (Azevedo 2004: 75). Verzeichnete anfangs die UDT Wahlerfolge, setzte sich die PPT erst langsam durch und wurde schließlich nach Durchführung von Wahlreformen, welche den demographischen Vorteilen im Bezug auf die Wählerschaft gerecht wurden, bestimmende politische Kraft im Tschad (Decalo 1980 a: 36). Zusätzlich zu den genannten politischen Gruppierungen bildeten sich unzählige Kleinparteien, von denen einige auch bereit waren ihre politischen Ziele mit Gewalt zu erreichen, welche jedoch kein politisches Gewicht hatten. Gegensätzliche Interessen zeigten sich vorwiegend in Bezug auf die Erlangung der Unabhängigkeit. Während beispielsweise die PPT, und andere aus dem Süden stammende Parteien, danach trachteten den Prozess so weit wie möglich zu beschleunigen, und sich selbst an die Spitze des politischen Apparates zu setzen, versuchten jene aus dem Norden, den Weg in die Unabhängigkeit zu verlangsamen, um sich so in eine bessere Ausgangsposition zu manövrieren und ihre Vormachtstellung, welche sie in der Kolonialzeit eingebüßt hatten, wiederzuerlangen. Von französischer Seite gab es zwar in den letzten Jahren der Kolonialherrschaft Versuche die Differenzen und Vorurteile zwischen dem Süden und dem Norden aus der Welt zu schaffen, welche allerdings ergebnislos verliefen, und Fehler beziehungsweise Versäumnisse der Kolonialverwaltung nicht mehr korrigieren konnten.

„The atmosphere of distrust and recrimination was due mainly to adverse pre-colonial relationships and to regional, religious and ethnic divergences, all of which the colonial administration exploited to its advantage. Differences between the various ethnic groups in the colony, particularly between the Arabs with their Tubu allies, and the southern sedentary societies, especially the Sara, were heightened. As

¹⁰ Die 1944 gegründete *Union Française* war der erste Ansatz Frankreichs zur Bildung von Strukturen ähnlich dem britischen Commonwealth. Bedingt durch die Gründung der Fünften Republik 1958, und damit einhergehende Verfassungsänderungen, war eine Anpassung notwendig welche mit der Überleitung der *Union Française* in die *Communaute Française* erfolgte. Äußere Ähnlichkeiten zum Commonwealth waren nach wie vor angestrebt, allerdings sollte das potentielle Spektrum der Einflussnahme größer sein.

Chadianist scholar Lemarchand notes, the use of such terms as Christian and Muslim, nomad and farmer, civilized and uncivilized, nordiste (northerner) and sudiste (southerner), and fetishist or pagan, sharpened even further the existing social cleavages. It was clear that independence would not resolve the social and political problems that had divided Chad since the days of slavery and the introduction of 'attempted integrative colonialism'." (Azevedo 2004: 85f)

1958 trat der Tschad einem, von der Union Française geschaffenen, Staatenbund der sogenannten Communauté Française¹¹ bei, welche Frankreich die mögliche Einflussnahme auf die Kolonien auch nach deren Entlassung in die Unabhängigkeit sichern sollte. Letztlich wurde der Tschad am 11. August 1960, unter denkbar schlechten Voraussetzungen, in die Unabhängigkeit entlassen.

3.1.4 Postkoloniale Entwicklungen

Die postkolonialen Rahmenbedingungen waren weitgehend durch die französische Fremdherrschaft geprägt. Dies soll jedoch nicht dazu verleiten die Verantwortung für folgende Entwicklungen auf Frankreich abzuschieben da nichtsdestotrotz Möglichkeiten für ein Vorantreiben demokratischer Prozesse durchaus vorhanden gewesen wären.

3.1.4.1 Ära Tombalbaye

François Tombalbaye, Vorsitzender der PPT, welcher sich im Vorfeld vehement für das Abschütteln der französischen Fremdherrschaft und die Wiedergutmachung der Gräueltaten der Franzosen und vormaligen Machthaber aus dem Landesnorden einsetzte, führte als Premierminister der neuen Regierung den Tschad in die Selbstbestimmung. Am Folgetag wurde er mittels Abstimmung in der Nationalversammlung zum Präsidenten gewählt. Tombalbaye, von den Eliten des Südschad gestützt, setzte die präkoloniale beziehungsweise koloniale, totalitäre Praxis unvermindert fort und bereits zwölf Tage nach seiner Inauguration kam es zu ersten Verhaftungen von Regierungskritikern (Gerdesmeier 2008: 2). Die Situation spitzte sich 1962 zusätzlich zu, als er alle politischen Parteien, ausgenommen der PPT, verbot, eine Änderung des Präsidialsystems veranlasste und die Bevölkerung im Norden bei der Vergabe öffentlicher Positionen diskriminierte. Die Folge waren heftige Proteste, auf

¹¹ Die Bedeutung der Communauté Française begann rasch zu schwinden und ihre Organe nach und nach abgeschafft. Die offizielle Auflösung erfolgte zwar erst 1995, nichtsdestotrotz wurde ihre Rolle aber bereits 1970

welche die Regierung mit großangelegten Verhaftungen, legislativen Adaptierungen sowie der Einrichtung eines eigenen Strafgerichtshofes reagierte (Adloff, Thompson 1981: 28ff). Die Vergeltungsmaßnahmen von Tombalbaye forderten unzählige Todesopfer und richteten sich vorwiegend, aber nicht ausschließlich, gegen den muslimischen Norden. Letztlich führten die totalitären und willkürlichen Maßnahmen der Regierung zu einem Umdenken der politischen Opposition, hin zum bewaffneten Widerstand. Dieser manifestierte sich am 22. Juni 1966, mit dem Ziel das Regime im Tschad zu stürzen, in der Bildung der Front de Libération National du Tchad (FROLINAT), im sudanesischen Nyala. Die FROLINAT entstand aus einem Konglomerat gewaltbereiter muslimischer Parteien, nämlich der Front de Libération du Tchad¹² (FLT) mit der Union Nationale Tchadienne (UNT), deren Anhänger sich weitgehend aus den Ethnien Wadai, Zaghawa, Masalit und Araber rekrutierten (Decalo 1980 a: 41). Wiewohl festgehalten werden muss, dass sich beide Gruppierungen dennoch in ihrer Ausrichtung unterschieden. Während die FLT einen religiös motivierten Schwerpunkt setzte, basierte die politische Ausrichtung bei der UNT grundsätzlich auf einer sozialistischen, anti-imperialistischen und von Elementen des Pan-Afrikanismus geprägten Sichtweise. Verbindendes Element war der Kampf gegen die Willkür der Regierung, wobei separatistische Tendenzen von vornherein ad acta gelegt wurden, da sich die Beteiligten einerseits bewusst waren, dass die Hauptstadt und der Süden wirtschaftliches Zentrum waren, und folglich die Überlebensfähigkeit autonomer Regionen nicht gegeben wäre, und andererseits eine Rückbesinnung auf die vorkoloniale Zeit, mit im ständigen Kampf befindlichen Reichen, nicht zweckmäßig gewesen wäre. Das Koalieren beider Organisationen brachte nicht nur zwei Gruppierungen einander näher, sondern auch zwei Regionen da sich die UNT im Nordwesten entwickelte, während die FLT ihre Wurzeln im Osten des Landes hatte und beide sich auf die Unterstützung aus diesen Landesteilen stützen konnten. Dem Beispiel der FROLINAT folgend mobilisierten sich schließlich auch die Tubu¹³ und leisteten im Tibesti, im Besonderen im Aouzou-Streifen an der der tschadisch-libyschen Grenze, Widerstand. Zudem brachte die Bewegung auch erstmalig die Hilfe seitens externer Akteure, basierend auf der Existenz ethnischer Bande über Staatsgrenzen hinweg, beziehungsweise, dass im Exil lebende Tschader, welche Anfang der 60er Jahre

¹² Die FLT ging aus der, der Muslimbruderschaft, einer einflussreichen islamisch-fundamentalistischen Bewegung im Nahen Osten, nahestehenden Union Générale des Fils du Tchad (UGFT) hervor, und war die erste Organisation im Tschad die zum gewaltsamen Widerstand gegen das Regime Tombalbayes aufrief.

¹³ Unter Arabischsprachigen werden die Tubu auch als Goran bezeichnet.

aufgrund politischer Verfolgung gezwungen waren das Land zu verlassen, gegen Tombalbaye mobil machten. Die Rolle externer Akteure wie letztlich dem Sudan, Libyen, Ägypten oder der Zentralafrikanischen Republik, beschränkte sich zu diesem Zeitpunkt noch auf moralische Unterstützung und teilweise auf die Möglichkeit, sich auf deren Staatsgebiet aufhalten zu dürfen (Nolutshungu 1996: 56ff).

Zwar zersplitterte die Rebellenbewegung rasch, beziehungsweise wies FROLINAT eine hohe Fluktuation der beteiligten Kämpfer und Gruppen auf, aber sie sollte bezeichnend werden für die folgenden Jahrzehnte werden die von bewaffneten Gruppierungen geprägt werden, welche Allianzen bilden die wieder auseinanderbrechen, politische Programme verfassen die über allgemeine Floskeln nicht hinauskommen und letztlich nur zur Legitimierung des eigenen Handelns instrumentalisiert werden. Nichtsdestotrotz brachen, angesichts der Besetzung wichtiger Ämter in Verwaltung und Militär mit Sudisten¹⁴, willkürlicher Maßnahmen des Präsidenten sowie dem brutalen Vorgehen der Regierung gegen Kritiker, überall im Land Revolten aus, zu welchen die Gründung der FROLINAT einen wesentlichen Impuls beisteuerte. Es muss hier allerdings insofern relativiert werden, als dass der Präsident nicht die Intention hatte den muslimischen Norden aus seiner Politik auszuschließen, da während seiner gesamten Amtszeit der Vorsitzende der Nationalversammlung aus dem muslimischen Norden kam. Eine Verschiebung des Gleichgewichtes bei der Besetzung der höheren Beamtenposten zu Gunsten der Eliten aus dem Südwesten des Landes erfolgte erst Mitte der 60er-Jahre, als Reaktion auf den von dort ausgeübten Druck. Lediglich in den mittleren und unteren Positionen der Verwaltung waren nördliche und östliche Bevölkerungsteile von Beginn an, bedingt durch mangelnde Bildungseinrichtungen in diesen Regionen, unterrepräsentiert (Azevedo 2004: 98ff). Angesichts des Ausbruches von vereinzelten Revolten im Land, und der Tatsache, dass das organisierten Vorgehen der FROLINAT die Regierung zunehmend in die Defensive drängte, sodass zu erwarten war, dass der Staatsmacht lediglich die Kontrolle über die Ballungszentren verbleiben würde, sah sich Tombalbaye gezwungen, 1968 Frankreich um militärische Unterstützung zu ersuchen, welche 1969 auch vom französischen Präsidenten de Gaulle gewährt wurde (Azevedo 2004: 93). Der militärische Beistand Frankreichs war an die Umsetzung von Regierungsmaßnahmen gebunden, welche teilweise auch die Aufhebung von, willkürlich vom Präsidenten getroffenen, Entscheidungen nach sich zogen, welchen dieser aber, seiner Zwangslage gegenwärtig, zustimmte. Die tschadische Regierung

¹⁴ Bezeichnung für die Bevölkerung des Südens.

begann mit der Umsetzung der geforderten Maßnahmen während Frankreich die Operation „Bison“ initiierte. Paris entsandte etwa 2000 Soldaten zur Unterstützung der tschadischen Regierung welche es bis 1971 schafften, die Sicherheit im Land wieder weitgehend, ausgenommen der Tibesti Region, herzustellen. FROLINAT zerfiel in Fragmente, blieb aber weiter bestehen, wobei bereits Anfang der 1970er Jahre die FLT die Seiten wechselte und der Großteil der Kämpfer, ca. 500 Soldaten, in die tschadischen Sicherheitskräfte übernommen wurde. Zu guter Letzt blieb nur ein kleiner Kern von FROLINAT, unter der Führung von Hissene Habré, erhalten, welche sich in die Tibesti-Region zurückzogen von wo aus sie Angriffe durchführten (Decalo 1980 a: 42f). Ungeachtet dessen beendete Frankreich die Operation 1972, stellte jedoch ein Kontingent von etwa 600 Soldaten, stationiert in der Hauptstadt N'Djamena, der tschadischen Regierung als „Sicherheitsberater“ für den Aufbau der Armee zur Seite, und stationierte weitere 600 Soldaten für den Betrieb und die Sicherung eines Flughafens in Fort-Lamy. Über die tatsächlichen Hintergründe für den als voreilig erachteten Rückzug, welchen die tschadische Regierung nicht guthieß, existieren bei Noluthungu (1995: 70) zwei Erklärungen.

„One might be that French authorities, bearing the costs in mind, believed that the intervention had done what was necessary to pacify enough of the country for the Chadian army [...] to keep the rebellion, its back already broken, sufficiently at bay. [...] For the rest, it was up to Fort-Lamy [N'Djamena] to find political solutions and to implement reforms. Alternatively, Paris had decided to draw a line somewhere to the south of the Tibesti mountains [...] Chad, like the colony before it, could live with a semiautonomous distant province prone to turbulence that might be contained but could not be subdued.“

Weiters erschwerte die Situation, dass Tombalbaye 1971 angab einen Putschversuch vereitelt zu haben, den libyschen Führer Gaddafi der Mittäterschaft bezichtigte und unverzüglich jegliche diplomatischen Kontakte abbrach, woraufhin Gaddafi die Unterstützung für FROLINAT intensivierte. Frankreich war in einer komplizierten Lage weil der Rückhalt Libyens auf Seiten der Rebellen eine Befriedung des Gebietes sehr kostenintensiv machen würde, und eine Verstimmung mit Libyen das Verhältnis Frankreichs zu anderen arabischen Ländern gefährdet hätte. Das tschadisch-libysche Verhältnis normalisierte sich zwar im Folgejahr vordergründig, blieb aber unter der Oberfläche ein problematisches. Tombalbaye fuhr mit der Implementierung von Änderungen in der Verwaltung fort und forcierte zudem eine Politik welche im Tschad

als *authenticité* oder *Tchatitude*¹⁵ bekannt wurde und im Wesentlichen eine Rückbesinnung auf die afrikanischen Wurzeln bezeichnete, welche ihre Realisierung vorwiegend in der Umbenennung von westlichen Bezeichnungen der Orte, Namen, usw. in Afrikanische fand. Eine der Maßnahmen welche bei der Bevölkerung auf Unverständnis stieß und zum Ausdruck politischer Willkür avancierte war die Verpflichtung aller Bürger zwischen 16 und 51 Jahren sich dem *yondo*¹⁶, einem Initiationsritus der Sara, welches aber selbst hier nur einige Subgruppen traditionell praktizierten, zu unterziehen (Azevedo 2004: 94f).

Nach und nach verortete die Regierung ihre Gegner nicht mehr nur in FROLINAT und sonstigen rebellierenden Gruppen, sondern vielmehr in den eigenen Reihen und der Möglichkeit eines Putsches von innen wurde ein ebenso großes Bedrohungspotential eingeräumt wie jenem seitens der Rebellion. Das Misstrauen gegenüber dem eigenen Parteikader und seine neu proklamierte Philosophie der *authenticité*, veranlassten Tombalbaye letztlich seine eigene Partei, die PPT, welche er zuletzt als „*party of treason and conspiracy*“ (Nolutshungu 1996, 81) bezeichnete, aufzulösen, und an ihrer Statt die Mouvement National de Rénovation Culturelle et Sociale (MNRCS) ins Leben zu rufen. Deren Gründung brachte aber nicht den, vom Präsidenten gewünschten, Erfolg und sein Misstrauen weitete sich auf Militär und Polizei aus. Die folgenden Verhaftungswellen innerhalb dieser Organisationen lösten in der Bevölkerung, ebenso wie eine ausbleibende Reaktion des Staatsoberhauptes auf die Annexion des Aouzou-Streifens durch Libyen¹⁷, Unverständnis aus. Unterdessen gewannen die Rebellen im Norden und teilweise im Osten unter Einsatz von Guerilla-Taktiken wieder zunehmend an Boden. Die Situation innerhalb von FROLINAT war dabei infolge von ständigen Grabenkämpfen um die Führung zerrüttet, was in der Bildung von zwei starken, regional geprägten Gruppierungen resultierte, wovon eine vorwiegend im Norden und die andere im Osten operierte, und welche zunehmend autonomer wurden. Diese Zweiteilung hatte ihre Wurzeln 1969 in der Bildung zweier Armeen zur einfacheren Koordinierung militärischer Operationen; der Première Armée im Zentrum beziehungsweise im Osten, und der Deuxième Armée im Norden. Beim Versuch 1971

¹⁵ Als Vorbild für diese Politik haben Tombalbaye die Maßnahmen Mobutus in Zaire gedient welche er in Teilbereichen reproduzierte (Nolutshungu 1996: 81f).

¹⁶ Das *yondo* beinhaltete unter anderem die Circumcision bzw. die Klitoridektomy und ist nicht religiös zu verstehen sondern als Teil einer Afrikanisierung des Landes, bei welcher unter anderem auch Ortschaften, Strassen usw. umbenannt wurden.

¹⁷ Gerüchte über eine mögliche Abtretung der Region durch Tombalbaye an Gaddafi halten sich zwar beständig, stichhaltige Beweise liegen aber nicht vor.

beide Armeen wieder enger aneinander zu binden kam es zum Zerwürfnis und die Deuxième Armée unter Oueddei Goukouni und Hissène Habré sagte sich von FROLINAT los und wurde in das Conseil de Commandement Forces Armées du Nord (CCFAN) übergeführt. Die Folge waren Konflikte, welche fallweise auch gewaltsam ausgetragen wurden. Beide Gruppierungen zusammen verfügten ständig über ca. 3000 Kämpfer, welchen auf Seite der tschadischen Streitkräfte lediglich etwa 4000 Mann entgegenstanden, welche zudem keiner klaren Befehlskette unterstanden und über keinerlei Kapazitäten in der Luft verfügten, wodurch sie nur langsam und schwerfällig auf Überfälle der Rebellen reagieren, und diesen de facto nicht Herr werden konnten (Azevedo 2004: 96).

Tombalbayes Herrschaft steuerte Anfang der 70er-Jahre bereits unausweichlich einem Ende entgegen. Ausschlaggebend für seinen Sturz sollte letztendlich aber nicht die Rebellion sein sondern seine eigenen Sicherheitskräfte. Noch Ende März 1975 ließ er eine Reihe hochrangiger Offiziere der Armee, welche er der Verschwörung bezichtigte, internieren. Dies war sein letzter Coup. Am 13. April 1975 erfolgte ein, von Frankreich geduldeter, Putsch von Angehörigen der Polizei und der Armee, deren Kern der herrschenden Schicht der Sara angehörte (Adloff, Thompson 1981: 65), in dessen Zuge Tombalbaye getötet wurde (Nolutshungu 1996: 87f). Noch am selben Tag wurden von den, für den Umsturz verantwortlichen Personenkreis, General Félix Malloum, welcher hohes Ansehen sowohl im Militär, als auch in der Zivilbevölkerung und innerhalb FROLINAT genoss, zum Vorsitzenden eines Militärrates ernannt (Adloff, Thompson 1981: 65f). Innerhalb der tschadischen Bevölkerung wurde der Staatsstreich mit Euphorie aufgenommen. „*Yet the same crowd in Ndjamena that shouted ,Death to the tyrant!‘ on April 14 had participated by the thousands a week earlier in a massive demonstration of loyalty to Tombalbaye.*” (Adloff, Thompson 1981: 66)

3.1.4.2 Präsidentschaft von Malloum

Die Ernennung Malloums zum tschadischen Präsidenten, welche auch von großen Teilen der Rebellion frenetisch gefeiert wurde, ging mit der sofortigen Freilassung einiger politischer Gefangener, sowie mit der vermehrten Einsetzung politischer Würdenträger des Nordens ins neue Kabinett einher. Trotz aller Bemühungen sollte sich die Periode politischer Instabilität, welche den Tschad seit der Unabhängigkeit begleitete, aber auch unter Malloum fortsetzen, was zu einem raschen

Stimmungswechsel gegenüber dem neuen Regime beitrug. „*The public's tepid reaction, followed by its indifference if not hostility to the new regime, stemmed not from the CSM's [Conseil Supérieure Militaire – der Militärerrat] excesses but rather from the slow pace and incompleteness of its reforms.*” (Adloff, Thompson 1981: 66) Der eingesetzte Militärerrat wurde binnen zweier Monate in eine provisorische Regierung übergeleitet, wobei die einflussreichsten Ämter allerdings von Militärs besetzt wurden. Eine wichtige Rolle in der Zeit Malloums als Staatsoberhaupt, sollte der bereits 1974 erfolgten Entführung der französischen Archäologin Francoise Claustre, des Entwicklungshelfers Marc Combes sowie des Westdeutschen Arztes Christoph Staewen, durch die CCFAN, zukommen. Die Verschleppung brachte Goukouni und Habré zwar internationale Publicity und Lösegeldzahlungen, resultierte aber letztlich auch in deren Zerwürfnis, da beide sich nicht über die Vorgehensweise im Umgang mit den Geiseln einig waren und zudem konträre Standpunkte in der Frage des Umganges mit Libyen einnahmen. Während Habré die libysche Besetzung des Aouzou-Streifens streng verurteilte, vertrat Goukouni einen opportunistischeren Ansatz da er die Unterstützung Libyens im Kampf gegen die neue Regierung als essentiell beurteilte. 1976 führte dies schließlich dazu das Habré die CCFAN verließ und mit etwa dreihundert Kämpfern die Forces Armées du Nord (FAN) ins Leben rief. Das Kidnapping trübte nicht nur das Verhältnis zwischen den Verursachern sondern hatte auch Auswirkungen auf das französisch-tschadische Verhältnis als Malloum, nachdem Frankreich direkt mit den Entführern verhandelte, seine Autorität untergraben sah, woraufhin er kurzerhand die französischen Truppen mit Ausnahme weniger in einer Trainingseinrichtung im Süden im Herbst 1975 des Landes verwies (Nolutshungu 1996: 94). Derweil gab es auch zunehmend Proteste, Ausschreitungen und Attentatsversuche, da, wie Azevedo (2004: 101) beschreibt, „*most Chadians [...] viewed the regime as a mere re-play, a déjà vu, of the preceding one under different trappings.*“

Nachdem die Regierung auf den französischen Rückhalt verzichtet hatte, gewannen die Rebellen rasch an Boden und brachten die Regierungstruppen zunehmend in Bedrängnis. Malloum hatte zwar die Intention eine friedliche Einigung herbeizuführen, scheiterte aber daran, dass die Segmentierung von FROLINAT¹⁸ sich weiter fortgesetzt hatte, wodurch eine Einigung zunehmend unwahrscheinlicher wurde. Erfolge bei Verhandlungen wurden darüber hinaus durch Gaddafis Einfluss auf FROLINAT, und

¹⁸ Dies resultierte daraus, dass in der Kommandostruktur der regionale Ursprung abgebildet wurde sowie, dass Truppenteile vorwiegend regional rekrutiert wurden und somit diese ethnisch weitgehend homogen waren.

der auf Malloums Gesuch bevorstehenden erneuten Stationierung einer 2000 Soldaten umfassenden französischen Interventionstruppe im Tschad, erschwert. Letzteres war ausschlaggebend in den Verhandlungen mit Goukounis CCFAN welche auf die geplante Rückkehr der Franzosen in den Tschad mit groß angelegten Offensiven reagierten. Auf Drängen des Sudan und Frankreichs, welche danach trachteten ein Gegengewicht zu Gaddafis Einfluss auf FROLINAT und CCFAN zu schaffen, kam es im September 1977 und im Jänner 1978 zu Verhandlungen zwischen Malloum und Habré in Khartum, welche in der am 28. August 1978 verabschiedeten Charte Fondamentale de la République mündeten, und Habré den Posten als Premierminister sicherte, sowie die Eingliederung der FAT in die tschadischen Streitkräfte mit sich brachte (Azevedo 2004: 103; Nolutshungu 1996: 101f). Unterdessen verfolgte Goukouni weiter sein Ziel der Wiedervereinigung aller Rebellenorganisationen welche aus FROLINAT hervorgingen. 1978 erreichte er schließlich eine Einigung mit der unter dem Kommando von Ahmat Acyl stehenden und aus der Première Armée hervorgegangenen „Volcan“ und es entstand eine Allianz welche als Forces Armées Populaires (FAP) bezeichnet wurde und binnen kürzester Zeit, mit massiver Unterstützung Libyens, vollends die Kontrolle über die nördliche Hälfte des Tschads gewann. Das Verhältnis innerhalb der FAP war aber keineswegs ungetrübt da es immer wieder Konflikte zwischen Goukounis Tubus, welche im Zuge der Vereinigung zur Minderheit geworden waren, und Acyls Arabern gab, welche teilweise gewaltsam ausgetragen wurden. Hinzu kam, dass Goukounis Beziehung zu Gaddafi, im Gegensatz zu Acyl, angespannt war, da Goukouni zwar die Notwendigkeit der militärischen Unterstützung erkannte, sich jedoch seinen Kurs nicht aus Libyen oktroyieren lassen wollte. Diese Differenzen resultierten letztlich in einem Zusammenstoß zwischen Goukounis Kämpfer und Angehörigen der libyschen Streitkräfte bei Saya (Adloff, Thompson 1981: 80f; Nolutshungu 1996: 111). Damit gab es denkbar schlechte Voraussetzungen für die FAP aus welcher die „Volcan“, dem libyschen Rückhalt gewiss, die Konsequenzen zog und noch im selben Jahr die Allianz verließ. Die verbliebenen Teile führte weiterhin Goukouni unter Beibehaltung der Bezeichnung FAP.¹⁹ Als Folge der Allianz mit Habré gewann Malloum etwa 500 Soldaten der FAN aber die Hoffnung, dass er mit der FAN welche wie Habré mehrheitlich aus Tubu bestand, auch Sympathien im Norden beziehungsweise unter den Mitgliedern der CCFAN gewinnen würde, ging nicht auf (Decalo 1980 b: 505), vielmehr erhöhte er damit die Spannungen in der Hauptstadt.

¹⁹ Fallweise lässt sich auch die Bezeichnung FAP-FROLINAT finden.

„Indeed, Habre's meaningless appointment alienated both Muslims and southerners, while sharply polarising the administration and the armed forces between the President and the Prime Minister. The inevitable tug-of-war that developed in the capital - exacerbated by conflicting external pressures from France, Libya, and Frolinat - resulted in virtual governmental paralysis. Speculation that the crisis could only be resolved either by Malloum's removal of Habre, thereby admitting the failure of the experiment, or by an anti-Malloum revolt by the officer corps in order to give the Prime Minister greater manoeuvrability in office, was shattered by the unexpected initiative of Habre himself.“ (Decalo 1980 a: 53)

Habré manövrierte sich in Folge in die Rolle des Verteidigers der Bevölkerung des Nordens und von islamischen Werten, was letztlich einer der Hauptgründe war weshalb auf eine geplante gemeinsame Regierung, ein gegenseitiges Blockieren von Entscheidungen und offene Provokationen folgten. Habrés Rhetorik zielte dabei bewusst auf ethnische und religiöse Abgrenzung, um eine Basis der Unterstützung in N'Djamena zu begründen, weshalb die Eingliederung der FAN in die Armee, im Sinne von gemischten Truppenteilen, nie umgesetzt wurde. Die Situation entlud sich, als am 12. Februar 1979 Zusammenstöße an einer Schule zwei Tage anhaltende Kampfhandlungen in der Hauptstadt einleiteten, in deren Zuge Habré trotz Unterlegenheit die Kontrolle über weite Teile der Stadt erlangen konnte, während Malloum den Schutz der französischen Armee suchte. Ausschlaggebend für den Erfolg der FAN in N'Djamena, welcher schlussendlich den Ausgangspunkt eines langjährigen Bürgerkriegs bildete, war die Tatsache, dass die vor Ort befindlichen französischen Truppen nicht in die Kampfhandlungen eingriffen wobei es über die Ursache für die Passivität nach wie vor Spekulationen gibt (Nolutshungu 1996: 105ff, 113). Nichtsdestotrotz setzten sich die Kampfhandlungen in der Stadt zwischen den Regierungstruppen und der FAN unvermindert fort. Am 19. Februar griff auch die FAP, welche über Kanem nach N'Djamena vorrückte, auf Seiten Habrés in die Kampfhandlungen ein²⁰.

3.1.4.3 Bürgerkrieg und Übergangsregierungen

Französische Bestrebungen erreichten zwar am 22. Februar 1979 ein Waffenstillstandsabkommen mit den Konfliktparteien, konnten aber nicht den Massakern gegen beziehungsweise unter der Zivilbevölkerung Einhalt gebieten, welche seit dem Beginn der Kampfhandlungen ein integraler Bestandteil dieser waren, und

²⁰ Über die Wiedervereinigung von Habré und Goukouni existieren bis heute kaum Fakten sondern lediglich Mutmaßungen.

unter anderem zur Flucht von mehr als 50.000 Sudisten aus der Hauptstadt in den Süden führten. Angaben über Opferzahlen variieren stark wobei es aber im ganzen Tschad zu Ausschreitungen gegen ortsansässige Minderheiten kam, welche Azevedo (2004: 105) beschreibt als, „*an extension of the civil war in the south, between 5.000 and 10.000 northerners and Muslims were murdered in Moundou and Sarh reportedly by Sara commandos. This massacre was said to have been perpetrated in revenge for those committed against southerners.*“ Das Ergebnis der Geschehnisse führte zu einer weiteren Verfestigung der ohnedies schon bestehenden Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen Moslems und Christen beziehungsweise Animisten. Der Bürgerkrieg verschob die Einflussphären der im Raum befindlichen Kräftegruppierungen und resultierte letztlich quasi in einer Vierteilung des Tschads. Borkou-Ennedi-Tibesti (BET) befand sich in der Hand der Rebellion, die Hauptstadt und deren Einzugsgebiet unterstand der Regierung, welche aber nicht mehr handlungsfähig war, der Süden, in welchem kleine Gruppierungen, vorwiegend Sara, plündernd umherzogen beziehungsweise einige Gebiete von Oberst Kamougue, welcher bereits beim Sturz Tombalbayes involviert war und unter Malloum dem Militärrat angehörte, kontrolliert wurden, und zu guter Letzt der Aouzou-Streifen welcher noch immer von der libyschen Armee besetzt wurde. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Geschehnisse zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit die Machtverhältnisse zu Gunsten des Nordens verschoben hatten (Azevedo 2004: 105f). Die Nachbarstaaten und Frankreich drängten auf eine rasche Beilegung der Kontroversen und den unverzüglichen Beginn der Konsolidierung einer Übergangsregierung und initiierten, um dies zu gewährleisten, zwei Konferenzen in Kano, Nigeria, in deren Zuge sich Malloum rasch selbst aus dem Spiel nahm. Als Ergebnis der ersten Konferenz ist in erster Linie die Etablierung einer entmilitarisierten Zone im Großraum N'Djamena zu nennen, sowie die Entsendung nigerianischer Truppen zwecks Überwachung des Waffenstillstandsabkommens. Das Abkommen enthielt zwar weitere Punkte, welche allerdings nicht realisiert werden konnten. Am 24. März gelang die Aufstellung eines provisorischen Rates, unter dem Vorsitz von Goukouni, bestehend aus Vertretern von FAT²¹, FAP, FAN und MPLT (Mouvement Populaire pour la Libération du Tchad)²². Innerhalb kürzester Zeit vollendete der Rat

²¹ Forces Armées Tchadiennes – die legitimen tschadischen Streitkräfte; Kamougue, der zur zentralen Figur im Süden avancierte, war einer der beiden Vertreter der FAT

²² Die MPLT ging 1977 aus einer Splittergruppe der FAP hervor, bezeichnete sich vor der Umbenennung in MPLT als Troisième Armée (Dritte Armee) von FROLINAT, war vorwiegend im Gebiet des Tschadsees aktiv und unterstand Aboubakar Abderahmane. Sie nahm im Vorfeld lediglich eine

einerseits die Aufstellung von Sicherheitskräften, welche sich weitgehend aus Angehörigen der FAN und der FAP rekrutierten, und andererseits auch das legen eines Fundaments, das eine erneute Teilnahme des Südens im Konsolidierungsprozess ermöglichen sollte (Adloff, Thompson 1981: 92). Die zweite Konferenz in Kano, welche nahezu alle im Tschad aktiven Gruppierungen an den Tisch brachte, war geprägt von der Position Habrés und Goukounis welche die Einbeziehung kleiner Splittergruppen ohne politische und militärische Macht als Farce Nigerias und Libyens betrachteten, welche lediglich ihre eigenen nationalen Interessen vertreten wollten. Dies verhinderte letztlich auch wesentliche Ergebnisse. Kurze Zeit später proklamierte der Rat in N'Djamena die Einsetzung des Gouvernement d'Union Nationale de Transition (GUNT) mit Lol Mahamat Choua, einem Vertreter der MPLT, als Präsidenten, General Négué Djogo, einem vormaligen Angehörigen der FAT als Vizepräsidenten. Goukouni, als Führer der FAP avancierte zum Innenminister während sich Habré in die Position des Verteidigungsministers manövrierte (Nolutshungu 1996: 129). Während Nigeria und Libyen mit Protesten reagierten, wurde die Entscheidung vom Sudan und Frankreich, welche ohnehin eine Libyen skeptisch gegenüberstehende Regierung erhofft hatten, positiv aufgenommen. Pro-Libyen eingestellte Organisationen wie Acyls „Volcan“ schlossen sich als Reaktion auf die Geschehnisse, zwecks Bildung eines schlagkräftigen Gegengewichts zur Regierung, zur Front d'Action Commune Provisoire (FACP)²³ zusammen. Weit schwieriger gestaltete sich aber die Situation im Süden, wo durch Intrigen Kamougues, der zum Vertreter des Südens wurde und sich unverzüglich der libyschen Unterstützung mit Waffen versicherte, durch die Bildung einer Schattenregierung verschärft, separatistische Tendenzen die Oberhand zu gewinnen drohten (Dadi 1987: 76; Decalo 1980 a: 55). Kurze Zeit später flammten bereits Kampfhandlungen zwischen sich übergangen fühlenden Gruppierungen und der FAN/FAP auf, und Libyen stieß mit seiner Armee aus dem Aouzou-Süden weiter gen Süden vor. Nachdem Habré sich Kamougué im Süden geschlagen geben musste, während Goukouni im Norden gegen die libysche Armee die Oberhand gewann, offenbarte sich auch die Brüchigkeit deren Zweckbündnisses, da beide letztlich selbst nach der höchsten Position im Land strebten. Unterdessen arbeite Nigeria unaufhörlich an diplomatischen Lösungen und veranstaltete Konferenz um Konferenz im Lagos um

Randstellung ein und kam erst durch die Vermittlerrolle von Nigeria ins Spiel, von welchen sie unterstützt wurden.

²³ Die FACP wurde bereits mit Eintritt in die Regierung nur mehr als FAC (Front d'Action Commune) geführt.

letztendlich beim vierten Anlauf das ganze Spektrum militärischer und politischer Organisationen an den Verhandlungstisch zu bringen. Das Ende August 1979 getroffene Abkommen resultierte in einem Maßnahmenkatalog und brachte Goukouni an die Staatsspitze, mit Kamougué als Vizepräsidenten, und installierte ein Kabinett in welchem alle elf Fraktionen, neun gingen historisch aus der FROLINAT hervor, einen Repräsentanten wiederfanden, und es darüber hinaus auch gelang, die Balance in der Nord-/Süd-Problematik zu wahren²⁴ (Adloff, Thompson 1981: 94ff). War anfangs noch Optimismus vorherrschend, so sollte sich aber bereits Ende des Jahres zeigen, dass die eingesetzte Regierung de facto handlungsunfähig war da jeder einzelne persönliche Machtinteressen über eine funktionierende Regierung stellte.

„Bitter ethnic animosities, personal jealousies and competitions between segments of the victorious 'Liberation forces' triggered persistent bloody confrontations among undisciplined factions, underscoring the total lack of unity or ethnic cohesion of the forces that had emerged victorious in the civil strife.” (Decalo 1980b: 507)

Bereits zu Beginn des nächsten Jahres kam es zu Kampfhandlungen zwischen FAN und FAC in Wadai und im weiteren Verlauf weiteten sich kleine Scharmützel im Land Ende März 1980 erneut zu einem Bürgerkrieg aus, wobei FAN und FAP die meisten Gefechte untereinander austrugen und N'Djamena zum Hauptkampffplatz wählten, während andere Parteien sich nur in kleineren Rahmen daran beteiligten und dann die FAP unterstützten. Die Rolle des Südens war dabei vernachlässigbar da Kamougué sich, angesichts wachsender Opposition in den eigenen Reihen, abwartend verhielt. Frankreich, welchem die Kollaboration mit Habré unterstellt wurde, sah sich nach Protesten gezwungen im Tschad befindliche Truppenteile abzuziehen. Der FAP, welche zu diesem Zeitpunkt die Regierung repräsentierte, gelang es schließlich, mit dem von Goukouni ersuchten Eintritt der libyschen Armee in die Gefechte, die Oberhand zu gewinnen und Habré musste in den Sudan fliehen, von wo aus er schon während der Auseinandersetzungen mit militärischen Versorgungsgütern unterstützt wurde, und wohin ihm auch ca. 2000 seiner Kämpfer folgten (Nolutshungu 1996: 137ff). Ausgehend vom Sudan, speziell der Grenzregion im Darfur, organisierte er fortan mit Unterstützung des Sudan und Ägypten und der insgeheimen Zustimmung der USA, einen Guerillakrieg gegen Goukounis Regierung, in dessen Zuge er durch seine scharfe anti-libysche Rhetorik weitere Gruppierungen dazu bewegte die Seiten zu wechseln (Joffe 1981: 84, 96f).

²⁴ Dreizehn der Ministerposten wurden mit Nordisten und elf mit Sudisten besetzt.

Libyens Eingreifen in den tschadischen Bürgerkrieg löste einen internationalen Aufschrei aus, wobei Gaddafi sein Vorgehen mit dem Ansuchen von Goukouni welcher nach wie vor Staatsoberhaupt war, legitimierte. Am 15. Jänner 1981 erfolgte von beiden Staatsoberhäuptern die Unterzeichnung eines Abkommens der gegenseitigen Freundschaft, welches nebst anderen Punkten die militärische Beistandspflicht, die mögliche libysche Besiedlung des Nordtschads und die Anwesenheit von libyschen Sicherheitskräften im Tschad beinhaltete. Der Höhepunkt internationaler Bestürzung kam aber erst am 6. Januar 1981, als Libyen und der Tschad ein Abkommen bekanntgaben, welches das Aufgehen des Tschad als islamische Republik in Libyen vorsah²⁵. Während viele der Frankophonie angehörigen Staaten ein Eingreifen Frankreichs forderten, beschloss die Organisation of African Unity (OAU)²⁶ die Entsendung einer Friedenstruppe, mit der Aufgabe die Regierung zu stützen, verlangte aber zugleich den Abzug libyscher Truppen aus dem Tschad, welcher Gaddafi auch wider Erwarten nachkam. Über die Gründe für den libyschen Abzug wurde viel spekuliert wobei Noluthungu (1996: 154f) Gaddafis Wunsch den OAU-Gipfel zu veranstalten und damit prinzipiell einhergehend für ein Jahr den Vorsitz zu übernehmen, als wahrscheinlichsten Beweggrund betrachtet. Eine andere Begründung wäre, dass bei einem Nichtnachkommen eine internationale militärische Intervention bloß eine Frage der Zeit gewesen wäre, und zudem Kontroversen mit Ägypten sich ebenfalls zuspitzten. Die geplante 3000 Mann starke Friedenstruppe, welche sich vorwiegend aus Soldaten aus Nigeria zusammensetzte, konnte zwar binnen weniger Monate im Tschad stationiert werden, sah sich aber mit einer Situation konfrontiert welcher sie in keiner Weise gewachsen war. Unterdessen machte die FAN nicht zuletzt durch kräftige Unterstützung aus dem Ausland²⁷ beständig Gebietsgewinne und rückte über Abéché, Oum Hadjer und Ati Richtung N'Djamena vor. Am 7. Juni 1982 zerschlug Habré die FAP, eroberte die Hauptstadt, zwang Goukouni zur Flucht und ernannte sich selbst zum neuen Staatsoberhaupt (Azevedo 2004: 109).

²⁵ Wie auch immer eine Vereinigung aus Sicht Gaddafis ausgesehen hätte, als Fundament hätte prioritär die Islamisierung gedient.

²⁶ Die 1963 gegründete OAU hatte das Ziel die Einheit und Solidarität der afrikanischen Staaten zu bewahren und zu fördern. 2002 wurde die Organisation in die Afrikanische Union übergeführt.

²⁷ Habré wurde mittlerweile nicht nur vom Sudan, Ägypten und den Vereinigten Staaten, sondern auch von Frankreich und Saudia Arabien unterstützt.

3.1.4.4 Habrés Regime

Wenige Woche nach der Machtergreifung marschierte er mit der FAN, welche er in Forces Armées Nationales Tchadiennes (FANT) umbenannte²⁸, gen Süden und überrannte Kamougues Hauptquartier in Moundou, welcher anschließend ebenso den Rückzug ins Ausland antrat. Goukouni reorganisierte seine FAP mit Gaddafis Hilfe und alliierte mit „Volcan“ welche mittlerweile in Comité Démocratique de Révolution (CDR) umbenannt und, nach dem Tod von Acyl, von Acheikh ibn Oumar angeführt wurde. Aus der Not entsprungen, zeigte sich immer wieder die Brüchigkeit des Bündnisses, bedingt durch ethnische Spannungen einerseits, und durch die Rolle Libyens, welche zunehmend zu einem diplomatischen und militärischen Handicap wurde, andererseits (Nolutshungu 1996: 193) Die nächsten Jahre waren vorwiegend von Gefechten im Norden, welche phasenweise den Eindruck erweckten, dass Habré vorerst mit der Kontrolle der Gebiete südlich von BET leben könnte und politischem Stillstand, überschattet. Wesentliche Leistung Habrés in der Zeit nach seiner Machtergreifung war die Überzeugungsarbeit welche er an ehemaligen Kontrahenten leistete, welche sich letztlich überzeugen ließen ihn zu unterstützen. Ausschlaggebend dabei waren allerdings weniger ideelle Werte als vielmehr lukrative Posten beziehungsweise die Möglichkeit weiter an der Macht partizipieren zu können. Um sich der Unterstützung der Eliten im Süden zu versichern, welche er als unabdingbar für die Etablierung eines Verwaltungsapparates erkannte, gab er 1984 die Überleitung der FAN in die Forces Armées Nationales Tchadiennes (FANT) bekannt und äußerte zudem die Bildung einer neuen Bewegung – der Union Nationale pour l'indépendance et la révolution (UNIR). Die UNIR sollte dabei das Ziel der Errichtung einer demokratischen Ordnung zum Leitbild haben und jegliche Form von religiösem Fanatismus strikt ablehnen (Lanne 1984: 42ff). In der Praxis diente diese „Staatspartei“ im Wesentlichen dazu, eine Plattform zu bilden, welche die Assimilation bereits bestehender Parteien/Bewegungen und damit deren Kontrolle ermöglichte. Bedingt durch eine augenscheinliche Politik frei von Ideologien und Klassengedanken hing der Machterhalt zu einem großen Teil auf einer geschickten Positionierung von Personen innerhalb der Regierung, FANT und UNIR, welche dem neuen Staatschef durch Freundschaft beziehungsweise Herkunft verbunden waren, und ihm in der Realität bereits in der FAN unterstützt hatten und den Tubu entstammten, vorzugsweise seiner eigenen Subgruppe, den Anakaza (Nolutshungu

²⁸ Dabei handelte es sich auch um einen symbolischen Akt welcher die Inklusion bestehender Strukturen unterstreichen sollte. De facto konzentrierte Habré die militärische Macht aber nichtsdestotrotz bei Vertrauten aus der FAN (Foltz 1995: 22).

1996: 199f). Nachdem bereits einige Bewegungen aus dem Süden von der UNIR einverleibt wurden intensivierte Habré nochmals seine diplomatische Aktivitäten, welche ihm 1985 schließlich auch die Unterstützung von Négué Djogo und der von ihm kontrollierten Front Démocratique Tchadien (FDT), einem Konglomerat aus fünf im Süden entstandenen Parteien, sicherte, und 1986 letztlich auch Kamougue zu einem Eintritt in seine Regierung bewegen konnten. (Azevedo 2004: 111; Noluthungu 1996: 196f). Die FDT war die einzige Partei welche ein Ultimatum zur Erreichung einer demokratischen Ordnung stellte welchem Habré aber keine große Bedeutung beimaß, da er durch die Generierung der UNIR ein Ein-Parteien-System geschaffen hatte welches er vollständig unter seiner Kontrolle hatte und das auch bei Wahlen seinen Verbleib an der Staatsspitze garantieren könnte.

Unterdessen gelang es Goukounis Kräften, weiter Richtung Süden vorzurücken. Mit der zunehmenden Bedrohung der Hauptstadt traf Frankreich die Entscheidung einzugreifen und startete Anfang 1986 die Operation „Epervier“ (Lanne 2004: 219) mit deren Unterstützung es gelang die Angreifer in den Norden zurückzudrängen. Ende des Jahres brachen Streitigkeiten zwischen Acheikh ibn Oumar, welcher die Führerschaft für sich beanspruchte und Goukouni aus, die letztendlich im August 1986 zum Austritt der CDR aus der Rebellenallianz führten. In den folgenden Wochen eskalierte die Situation zunehmend und bei Kampfhandlungen zwischen FAP und CDR schlugen sich libysche Truppen auf Seite der CDR, was als Fortsetzung bereits latent vorhandener ethnischer Spannungen zu werten war²⁹. Die FAP fühlte sich von Libyen hintergangen und viele Kämpfer sind daraufhin zur FANT übergelaufen, mit welcher am 24. Oktober ein Abkommen unterzeichnet wurde. Zudem wurde Goukouni bei einem Aufenthalt im Oktober in Tripolis, als er von libyschen Sicherheitskräften inhaftiert werden sollte angeschossen (Bernstein 1987) Der Vorfall bot Anlass zu Spekulationen wobei eine schlüssige Erklärung für die Geschehnisse nach wie vor nicht gegeben ist. Trotz der Ereignisse verblieb die FAP mit Goukouni an der Spitze, wenn auch mehr auf dem Papier als tatsächlich am Schlachtfeld, in der Allianz, sollte sich aber in den Folgejahren gar nicht bis kaum an Kämpfen beteiligen. Der Beginn des Jahres 1987 brachte verheerende Verluste an Raum, Gerät und Soldaten für die libyschen Streitkräfte welche mit der Unterstützung der FAP auch jene Gruppierung „verloren“ die über die meisten Kämpfer verfügte und darüber hinaus auch mit dem Gelände, in dem die

²⁹ Da die CDR vorwiegend aus Arabern bestand, während die FAP sich Großteils aus Tubus rekrutierte, fiel den libyschen Soldaten die Identifizierung mit den Angehörigen der CDR von Grund auf leichter, was sich auch im Alltag wiederholt bemerkbar machte.

Kampfhandlungen stattfanden am Besten vertraut war. Die Folgerung daraus brachte Nolutshungu (1996: 218) wie folgt auf den Punkt.

„The Libyans had prepared for the wrong kind of war: one in which they would provide modern, conventional, ground and air support to a guerilla army native to the terrain. At war with the most effective guerrillas in the alliance, the FAP, and having weak links with what remained of the local population, their impressive military machine became woefully inadequate: without spies, without guides through the desert pathways, mountain passes, and treacherous dunes, they were easy targets.”

Nun startete Habré Offensive um Offensive und drängte die libysche Armee immer weiter in den Norden zurück, bis 1987 die Wiederinbesitznahme des Aouzou-Streifens zu einem Kernthema wurde. Die FANT welche, von ihren Erfolgen beflügelt, die libyschen Streitkräfte gänzlich aus dem Tschad werfen wollten, und in ihren Bestrebungen auch von Seiten der USA unterstützt wurden. Diese trachteten ihrerseits danach, Gaddafi so weit wie nur irgend möglich zu schwächen und so auch eine Unterstützung der, Gaddafi ablehnend gegenüberstehenden, Front for the National Salvation of Libya (FNSL) im Tschad förderten, scheiterten dabei am Widerstand Frankreichs, welches für Operationen im Aouzou-Streifen beziehungsweise auf libyschen Staatsgebiet jegliche Unterstützung verweigerten, sodass die tschadische Armee letztlich Stellungen im Norden bezog. Schwierigkeiten boten sich vorwiegend mit dem Sudan welcher in Folge ausweichender libyscher Truppen in erster Linie in die Provinz Darfur, Gefahr lief zum Raum von Gefechten werden. Dabei riskierte Habré, der enge Kontakte zu den Zaghawa im Darfur unterhielt, welche sich ihrerseits einem beginnenden Konflikt mit dominierenden Arabern, die eng mit der CDR verbunden waren, gegenübersehen, nach und nach in den Darfur-Konflikt hineingezogen zu werden. Ungeachtet dessen führte die FANT daraufhin mehrere Operationen auf sudanesischem Hoheitsgebiet durch um den Versuchen einer geplanten Offensive der libyschen Armee gemeinsam mit der CDR zu unterbinden (Nolutshungu 1996: 224ff). Mitte des Jahres 1988 kam es zum Bruch zwischen Gaddafi und Acheikh ibn Oumar welcher sich Ende des Jahres mit Teilen der CDR Habré anschloss und schließlich Anfang 1989 zum tschadischen Außenminister ernannt wurde. Seine erste Aufgabe war es unverzüglich mit Friedensverhandlungen zwischen dem Tschad und Libyen zu beginnen (Lanne 2004: 220; Nolutshungu 1996: 227). Obwohl im August 1989 ein Fortschritt erzielt wurde, indem festgelegt wurde, dass, falls binnen eines Jahres keine Einigung bezüglich des Aouzou-Streifens erreicht werden könne, sich beide Länder einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes beugen würden, waren vereinbarte Waffenstillstandsabkommen nur von sehr kurzer Dauer.

Zwischenzeitlich verlagerte Habré seinen Fokus auf innenpolitische Bedrohungen, da er ihm selbst antagonistisch gegenüberstehende Strömungen in der Armee verortete. Konkret befürchtete Habré die Vorbereitung eines Staatsstreiches angeführt von Idriss Deby und Hassan Djamous. Deby welcher eine Pilotenausbildung in Frankreich absolvierte und später zu einer der Stützen in der FAN avancierte, wurde mit Habrés Machtergreifung zum Oberbefehlshaber der FANT ernannt und verdiente sich Anerkennung bei Manövern gegen die Libyer. Ende 1985 erhielt Deby, nachdem er das Amt des Oberbefehlshabers der tschadischen Streitkräfte an Djamous abgegeben hatte, von Frankreich die Möglichkeit der Absolvierung einer zusätzlichen Ausbildung an der École de Guerre³⁰, nach deren Absolvierung ihn Habré zu seinem Militärberater ernannte. Wie es letztlich zum Bruch zwischen Habré und zwei seiner engsten Vertrauten kommen konnte ist nicht ganz klar. Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte gespielt haben, dass Habré von Frankreich Versäumnisse auf dem Weg zu einer geforderten Mehrparteidemokratie vorgeworfen wurden, und dieser basierend darauf eine französische Verschwörung mit Deby als Nutznießer befürchtete (Azevedo 2004: 111). Im Februar 1989 wurde Deby, gemeinsam mit Djamous und dem amtierenden Innenminister, von Habré bezichtigt einen Putsch gegen ihn zu planen, der die Angeklagten sowie Teile ihrer Gefolgschaft zwang in den Sudan zu fliehen. Von den Beschuldigten gelang nur Deby die Flucht während die Anderen gefangengenommen und getötet wurde. Habrés Vorgangsweise welche sich nicht nur gegen Mitverschwörer richtete sondern gegen die ganze ethnische Gruppe welcher die Delinquenten angehörten, nämlich den Zaghawa, war bezeichnend für andere ähnlich gelagerte Fälle, und wurde seitens Human Rights Watch (2003) wie folgt beschrieben. „*Hundreds were seized in raids, tortured and imprisoned. Dozens died in detention after horrible suffering or were summarily executed. The same methods had been used in dealing with the Hadjerai*³¹ in 1987. For Habré, responsibility was collective.“

Da der internationale Druck mittlerweile nicht nur bezüglich Friedensverhandlungen immer größer wurde, sondern auch im Bezug auf Fortschritte im Demokratisierungsprozess und einer Aussöhnung der handelnden nationalen und internationalen Akteure ständig wuchs, veranlasste die Regierung ein Referendum über einen Verfassungsentwurf, welcher ein Einparteiensystem unter der UNIR sowie

³⁰ Französische Militärschule in Paris

³¹ Ende 1987 gründeten Angehörige der ethnischen Gruppe der Hadjerai, welche grundsätzlich in der Guera-Region ansässig sind, eine Bewegung, die Mouvement pour le Salut National du Tchad (MOSANAT), welche Habré brutal niederschlagen ließ.

siebenjährige Amtsperioden des Präsidenten festschrieb. Das Referendum wurden mit einer großen Mehrheit von der Bevölkerung befürwortet und zeitgleich erfolgende Präsidentschaftswahlen bescherten Habré einen überzeugenden Sieg, allerdings waren beide Ereignisse in keinsten Weise dazu geeignet, die Erwartungshaltungen der Internationalen Gemeinschaft oder der tschadischen Bevölkerung zu befriedigen und trugen somit vorwiegend dazu bei die Unterstützung welche seine Feinde erfuhren, zu verstärken (Nolutshungu 1996: 236).

Nach seiner Flucht in den Sudan begann Deby, mit Unterstützung seiner Gefolgsleute sofort mit der Organisation einer Bewegung um Habré zu stürzen. Binnen kürzester Zeit begann er mit der Aufstellung der Forces Patriotiques pour le Salut (FPS), welche später unter dem Namen Mouvement Patriotique pour le Salut (MPS) bekannt wurde, deren Gefolgsleute er vorwiegend aus Angehörigen seiner Ethnie sowohl im Tschad als auch im Darfur rekrutierte, und mit ehemaligen Kämpfern der CDR welche eine Rückkehr unter Oumar nach N'Djamena abgelehnt hatten, ergänzte (Atlas, Licklider 1999: 45; Azevedo 2004: 112; Bawtree, Marchal 2006: 469f). Die notwendige militärische Unterstützung in Form von Waffenlieferungen erfolgte in erster Linie durch Gaddafi und ist ein weiteres Beispiel dafür, wie schnell sich aus opportunistischen Gründen Allianzen verschieben, und der Feind zum Freund werden kann. Während erst nur kleinere Zusammenstöße zwischen den Kräften Debys und der FANT tschadisch-sudanesischem Grenzraum erfolgten begann er am 10. November 1990 eine großangelegte Offensive über Tine und Abéché Richtung N'Djamena (Prunier 2006: 96f) welche nach Zerschlagung der FANT, zur Flucht Habrés nach Senegal führte und in der Einnahme der Hauptstadt am 2. Dezember ohne Widerstand resultierte, wo Deby bereits von einem teilweise von der französischen Armee organisierten Komitee aus Regierungsbeamten, die anboten bei der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung unterstützen zu wollen, empfangen wurde. Deby machte sich, legitimiert durch seinen militärischen Sieg über Habré, zum neuen Staatsoberhaupt. Libysche Soldaten beteiligten sich nicht an den Kämpfen und seitens der französischen Militärs wurden sogar existentielle Aufklärungsergebnisse zurückgehalten (Nolutshungu 1996: 237). „*Once again, the French simply looked on, claiming to uphold the principle of non-interference in Chad's internal affairs.*” (Azevedo: 2006: 112)

3.1.4.5 Deby als Staatsoberhaupt

Die USA standen dem Sturz Habrés und der Machtübernahme Debys zwar sehr skeptisch gegenüber und sahen darin vordergründig nur einen weiteren Versuch Gaddafis den Tschad zu destabilisieren, verlegten aber ihren Fokus, angesichts des Anfang August 1990 erfolgten Einmarsches der Iraker in Kuwait, in ebendiese Region. Die Machtübernahme Debys erfolgte zu einer Zeit als die Erwartungen an demokratische Bewegungen weltweit, durch die Geschehnisse in der UdSSR aber auch in vielen Ländern Afrikas, hochgeschraubt wurden. Ein Zustand welcher insofern auch für Deby Bedeutung hatte, da Frankreich jegliche Form der Unterstützung von der Fortführung eines Demokratieprozesses im Land abhängig machte. Obwohl Deby von Beginn an ein Ende institutioneller Repressalien gegen Kritiker und weitreichende Maßnahmen hin zu einer Mehrparteidemokratie versprach, musste er doch bald erkennen, dass mit seiner Machtübernahme das etablierte System von bewaffneten Milizen, welche Putsch als legitimes Mittel der Machtübernahme betrachten, nicht abgeschafft wurde, sondern lediglich die Plätze getauscht wurden. Die Folge waren vereinzelte Gefechte im Land und wiederholte Versuche von Staatsstreich in der Hauptstadt, bei denen Deby allerdings immer die Oberhand behalten konnte. Hervorzuheben wären dabei in erster Linie das, im Zuge eines Putschversuches von Militärs gegründete, Comité de Sursaut National pour la Paix et la Démocratie (CSNPD) unter dem Kommando von Moïse Kette welches vorwiegend im Südwesten operierte, die 1998 gebildete Mouvement pour la Démocratie et la Justice au Tchad (MDJT) unter Debys vormaligen Verteidigungsminister Youssouf Togoïmi mit Operationsraum Borkou-Ennedi-Tibesti, und die Mouvement pour la Démocratie et le Développement (MDD), die vorwiegend in der Region des Tschadsees aktiv war und ihre Wurzeln in Ablegern von FROLINAT, hatte welche durch Anhängern Habrés verstärkt wurde. Hinzu kam die, von Mahamat Abbo Sileck und Mahamat Garfa³² 1994 in Libyen gegründete, Alliance Nationale de la Résistance (ANR).

Besonders Anfang der 90er-Jahre sah Deby sich zudem einer Gratwanderung gegenüber, da er jene die ihn an die Macht brachten, die ethnische Gruppe der Zaghawa, speziell den Clan der Bideyat (Miles 1995: 58f), zwar mit hohen Positionen in Regierung und Militär versorgte, diese aber befürchteten, ihre errungene

³² Mahamat Garfa war die herausragende politische Persönlichkeit der ethnischen Gruppe der Tama, einer afrikanischen Gruppe, welche jedoch im Tschad und im Sudan als „arabisch“ wahrgenommen wird und ein Sultanat um Guéréda innehat. Die Tama sind sowohl im Osttschad als auch im Westsudan beheimatet und wurden von den Gräueltaten der Dschandschawid kaum betroffen. Speziell die sudanesischen Tama agierten auch aktiv als Teil der Dschandschawid.

Vormachtstellung angesichts des propagierten Mehrparteiensystem mittelfristig wieder einzubüßen. (Atlas, Licklider 1999: 46). Ungeachtet dessen sah sich die neue Führung in N'Djamena mit ökonomischen Versäumnissen konfrontiert, deren rasche Behebung existentiell für die Zukunft des Landes waren. Wachsende Verschuldung und die steigende Abhängigkeit von Hilfsorganisationen waren nur zwei der Probleme welche Deby mit Hilfe der Unterstützung des International Monetary Fund (IMF), unter der Auflage von tiefgreifenden Reformen in der öffentlichen Verwaltung und im Militär, welche zu Spannungen mit Betroffenen führten, in den Griff zu bekommen versuchte. Ölfunde im Südwesten des Landes sowie die Vergabe der Förderrechte in Kombination eines Pipelineprojektes, welches zu einem großen Teil aus Mitteln der World Bank finanziert werden sollten, versprachen zumindest mittelfristig Perspektiven, gaben aber andererseits auch Impulse die zu einer steigenden Anhängerschaft von separatistischen Bewegungen im Landessüden führten (Nolutshungu 1996: 247ff).

Nachdem sich die Verabschiedung der Bestimmungen für die Registrierung von Parteien, für die Einsetzung einer Übergangsregierung, Wahlen, usw. wiederholt verschoben wurden und das Image des neuen Regimes insofern bereits Schaden erlitten hatte, kam es im Oktober 1991 zur Bekanntgabe der Bestimmungen für die Gründung von Fraktionen, welche bei näherer Betrachtung allerdings strukturelle Nachteile gegenüber Debys MPS³³ aufwiesen. Die weitere Vorgehensweise wurde von Deby 1993, zu einem Zeitpunkt als bereits viele den Glauben an eine funktionierende Demokratie ad acta gelegt hatten, und weite Teile des Landes nur durch Einsatz des Militärs mehr oder weniger kontrolliert werden konnten, in einer nationalen Konferenz verlautbart. Unter Beisein zahlreicher Parteien und Vertretern der Regierung wurde interimsmäßig ein Premierminister bestimmt und unter anderem Wahlen für das Jahr 1995 festgelegt, welche später allerdings wiederholt revidiert werden mussten, sodass letztlich die Präsidentschaftswahlen 1996 und die Wahlen zur Nationalversammlung 1997 abgehalten wurden (Azevedo 2004:113). Erstere konnte Deby im zweiten Wahlgang gegen Kamougou, für sich entscheiden und bei den Wahlen zur Nationalversammlung erreichte die MPS mit 65 von 125 Sitzen eine absolute Mehrheit. Zwar wurde Deby, speziell bei den Parlamentswahlen, basierend auf diversen ernstzunehmenden Ungereimtheiten im Wahlgang, von internationalen Beobachtern des Wahlbetruges beschuldigt, allerdings blieben Konsequenzen aus während die Vorwürfe

³³ Mit der Machtübernahme wurden Teile der FPS/MPS in die Armées Nationales Tchadiennes (ANT) übergeleitet, während die Bezeichnung MPS allerdings als Benennung für die Partei Debys weitergeführt wurde.

sich von Wahl zu Wahl wiederholten (Eriksson, Hagströmer 2005: 26f). Der Präsident hat die seitens der tschadischen Bevölkerung und internationaler Beobachter geforderten Urnengänge zwar implementiert aber die Umsetzung offenbarte die Realität welche Handy (2007: 6) wie folgt treffend auf den Punkt brachte.

„Deby reintroduced a multi-party system, authorized the emergence of pluralist media, and allowed for the adoption of a new constitution in 1996. But the first pluralist elections in 1996 (presidential) and 1997 (legislative) clearly indicated that the ruling party MPS (Mouvement Patriotique du Salut), and its leader were still caught in the logic of the one-party system. In fact, Deby's apparent conversion to democratization was an authoritarian restoration under the facade of pluralism.”

Das Bild welches bei den ersten Wahlen unter Deby entstand verfestigte sich im Zuge der darauffolgenden Wahlen 2000 beziehungsweise 2001, welche von chaotischen organisatorischen Zuständen generell und darüber hinaus, von scheinbaren Irregularitäten geprägt waren. Angesichts dieser Situation und einer zunehmend totalitären Herrschaft, sowie einer augenscheinlichen Straffreiheit welche Angehörige der Ethnie des Präsidenten genießen, ließen viele latent vorhandene Antagonismen wieder aufleben, Angehörige aller gesellschaftlichen Schichten abtrünnig werden und letztlich die bewaffnete Opposition erneut erstarken. Die in der Verfassung verankerte Regelung, dass eine dritte Amtsperiode im Präsidentschaftsamt nicht zulässig ist sowie eine publizierte Äußerung Debys, dass er eine solche auch nicht anstrebe, trugen zwar etwas zur Entspannung bei, währten aber nicht lange.

Unterdessen entwickelte sich in der sudanesischen Provinz Darfur der bewaffnete Widerstand gegen die Zentralregierung und 2003 gingen aus losen Milizen die Justice and Equality Movement (JEM) und die Sudan Liberation Army (SLA) hervor. Die JEM rekrutierte ihre Anhänger vorwiegend aus Zaghawa und Masalit, wobei deren Führer Khalil Ibrahim den Zaghawa Kobe angehört, während die der SLA Angehörigen, ungeachtet einer Teilfraktion welche aus Zaghawa besteht, hauptsächlich den Fur zuzurechnen sind. Anfangs verfolgte Deby einen gemeinsamen Kurs mit dem sudanesischen Staatsoberhaupt al-Bashir und sie kooperierten eng mit dem Ziel beiden Rebellen Gruppen rasch Einhalt zu gebieten. Die Beweggründe für das Handeln des tschadischen Präsidenten lassen sich, abgesehen davon, dass der Sudan die wesentliche Unterstützung für seine Machtergreifung lieferte darin verorten, dass er in Khalil Ibrahim einen möglichen Konkurrenten sah und darüber hinaus der Verdacht möglicher Geldflüsse von al-Bashir zu Deby im Raum steht (De Waal, Flint 2008: 113). Diese Zusammenarbeit lässt sich gut am folgenden Beispiel erkennen; 2004 verließen Angehörige des Zaghawa-Clans der Kapka die JEM und gründeten die Mouvement

National pour la Réforme et le Développement (MNRD). Eine Schlüsselrolle dabei soll der Leiter der Agence de sécurité nationale Tchadienne (ANS), Mahamat Ismael Chaibo ein Kapka, innegehabt haben. Deby erhoffte sich von der Abspaltung die leichtere Beeinflussung der Führungsriege und versuchte vergeblich, die Bedeutung der MNRD zu Lasten der JEM zu propagieren (Bawtree, Marchal 2006: 472). Unterdessen erfolgten bereits Unterstützungsleistungen tschadischer Zaghawa an ihre Verwandten im Sudan welche Debys Verhalten in dieser Causa nicht nachvollziehen konnten. Hinzu kam, dass das von Deby gemachte Versprechen nicht länger an der Macht bleiben zu wollen, sich als Beschwichtigung herausstellte, als er im Zuge einer Sitzung der MPS eine Verfassungsänderung, welche ihm eine weitere Amtszeit zusichern würde, zum Hauptthema machte. Dies Ursachen und der Versuch seinen Bruder an die Spitze der Zaghawa Bideyat zu setzen, kulminierten letztlich in Plänen für die Absetzung Debys. Im April 2004 kam es zu einem Putsch aus dem Umfeld des Präsidenten, bei dem die Republikanische Garde eine entscheidende Rolle spielte, welcher zwar scheiterte, jedoch als Ausgangspunkt einer Welle von Überläufen zu den tschadischen Rebellen zu sehen ist³⁴.

Der versuchte Umsturz schaffte für Deby die nötigen Voraussetzungen seine, ohnehin bereits geplante Verfassungsänderung, welche unter anderem die Beschränkung des Staatsoberhauptes auf zwei Amtsperioden sowie die Altersbegrenzung abschaffte, in die Realität umzusetzen. Obwohl dies begleitet von Protesten der politischen Opposition und der Bevölkerung erfolgte, welche seitens der Regierung prompt mit der Androhung repressiver Handlungen beantwortet wurden, änderte dies nichts an der Zustimmung im Parlament (Boggero 2009: 24). Die aus Sicht des Sudans unzureichende Fähigkeit Debys die eigene ethnische Gruppe unter Kontrolle zu halten, nahm die sudanesishe Regierung schließlich zum Anlass um tschadische Rebellen aus Basen im Darfur zu unterstützen (Prunier 2006: 204f). Ziel des Sudans war es dabei, ein aus dessen Sicht nützlicheres Regime an die Macht zu bringen. Um dies zu gewährleisten forcierte al-Bashir die Unterstützung aller die zu einer Destabilisierung im Tschad beitragen konnten (Tubiana 2008b: 28). Hinzu kamen zunehmende Übergriffe der Dschandschawid³⁵ auf vorwiegend nicht-arabische Dörfer im Osttschad, welche die Zahl von 200 000 Flüchtlingen aus dem Darfur um etwa 170.000 Binnenflüchtlinge

³⁴ Der Putschversuch verlief mit wesentlicher Unterstützung der Republikanischen Garde. Als unmittelbare Folge davon erfolgte Ende 2005 die Auflösung dieser, und die Schaffung der Direction Générale de Sécurisation des Services et Institutions de l'Etat (DGSSIE).

³⁵ Bei den Dschandschawid handelt es sich um bewaffnete Milizen welche der sudanesischen Regierung nahestehen. Weitere Erläuterungen zu diesen erfolgen im Rahmen der Konfliktgenese des Darfur.

erhöhte. Die für die Überfälle verantwortlichen Gruppen stammten teils aus dem Sudan, teils aus dem Tschad, wobei letztere konträr zum Sudan auch einen großen Teil nicht-arabischer Kämpfer aufwiesen, da gezielt bereits bestehende lokale Antagonismen instrumentalisiert wurden (Tubiana 2008b: 12). Im Gegenzug zur sudanesischen Förderung tschadischer, gegen die Regierung kämpfender Milizen, begann die tschadische Regierung mit der militärischen Unterstützung der sudanesischen Rebellengruppen, allen voran der JEM, welche dafür Deby im Kampf gegen die tschadischen Rebellen unterstützen sollten. Von da begann für beide Länder ein Teufelskreis, ausgedrückt in einem Stellvertreterkrieg, welcher bis heute unvermindert anhält. Ende 2005 kam es zur Gründung zahlreicher tschadischer Rebellengruppen im Darfur, wo die Masse der Überläufer Schutz suchte.

Betrachten wir die Konfliktentwicklung im Tschad nach den Wahlen im Jahr 2000 so zeigt sich, dass diese Zeit von großen Gefechten verschont blieb. Im Süden kam es nach der Flucht General Bozizes aus Zentralafrika in den Tschad, zu Spannungen zwischen der Zentralafrikanischen Republik und dem Tschad, welche zu kleinen Gefechten entlang der Grenze führte, und sich erst nach nachdem Bozize im März 2003 die Macht in der Zentralafrikanischen Republik ergreifen konnte, wieder lösten. Im Norden setzte Deby den Kampf gegen die MDJT fort, welcher aber von beiden Seiten mit geringer Intensität geführt wurde. Unterdessen eskalierte nach und nach die Situation im Darfur wodurch die Sicherheitslage im Osttschad wesentlich beeinflusst wurde. Eine wesentliche Rolle dabei wurde Mahamat Nour Abdelkarim, einem tschadischen Tama der dem ANF-Führer Mahamat Garfa nahestand, zuteil. Mahamat Nour konnte 1998 vom sudanesischen Nachrichtendienst gewonnen werden und war ab 2003 für die Rekrutierung von, vorwiegend Tama, für die Dschandschawid-Milizen, sowie deren Führung gegen die Positionen der SLA im West-Darfur, verantwortlich (Tubiana 2008b: 32f). Nachdem Garfa 2003 Frieden mit Deby schloss, und dafür mit einem Ministerposten bedacht wurde, verblieb die Mehrheit der Kämpfer der ANR im Sudan. Mahamat Nour ergriff die Gelegenheit und setzte sich an die Spitze der Bewegung welche er in Rassemblement pour la démocratie et le libértés (RDL) umbenannte. Kurz darauf wurde die RDL personalstärkste Fraktion innerhalb der neu formierten Front der Uni pour le Changement (FUC), an deren Spitze Mahamat Nour stand und auf welche sich die sudanesische Unterstützung fokussierte (Bawtree, Marchal 2006: 12). Die FUC

setzte sich aus einem Konglomerat verschiedener Fraktionen und Ethnien³⁶ zusammen unter welchen allerdings die Tama dominant waren. Hinzu kam die aus Teilen der CDR entstandene Concorde Nationale Tchadienne (CNT), geführt von Hassan Saleh al-Gaddam³⁷, auch bekannt als al-Jineidi, der zum Vizepräsidenten der FUC avancierte. Angehörige der Ouaddai sammelten sich unter dem Kommando von Adouma Hassaballah Jedareb, welcher arabische Wurzeln hat. Die Zaghawa waren zum Einen durch das Rassemblement Populaire pour la Justice (RPJ), angeführt von Abakar Tolli³⁸ und zum Anderen durch Socle pour le Changement, l'Unité et Démocratie (SCUD) vertreten. Sowohl Mahamat Nour als auch die sudanesisische Regierung verhielten sich skeptisch gegenüber beiden Gruppierungen, welche sich vorwiegend aus tschadischen Deserteuren rekrutierten. Dies zeigte sich speziell gegenüber der von Debys eigenem Clan dominierten SCUD, welche von einer der Schlüsselfiguren innerhalb der ethnischen Gruppe der Bideyat, Yahya Dillo Djerou geleitet wurde, und zudem Tom und Timan Erdimi, Neffen und ehemalige Berater Debys, in ihren Reihen hatte. Dieses Misstrauen manifestierte sich bei der Vergabe wichtiger Positionen innerhalb der FUC bei welcher die SCUD übergegangen wurde (Tubiana 2008b: 34). Die FUC erreichte Anfang 2006 einen Personalstand von ca. 6000 Kämpfern, von denen etwa die Hälfte der CDR zuzurechnen war.

Am 8. Februar 2006 unterfertigten Deby und al-Bashir in Folge eines kurzen Gipfels das Abkommen von Tripoli welches den Konflikt zwischen dem Tschad und dem Sudan, welcher über unzählige Milizen geführt wurde, Einhalt gebieten sollte. Obwohl beide Staatsoberhäupter ihre guten Absichten beteuerten blieb es bei guten Vorsätzen, da beide Regierungen weiterhin die Rebellen des Nachbarstaates mit militärischer Ausrüstung versorgten. So setzte beispielsweise Khartum weiterhin alle Hebel in Bewegung um möglichst viele, der bislang weitgehend unabhängig agierenden tschadischen Rebellengruppen, unter der Schirmherrschaft der FUC zu sammeln. Darüber hinaus intensivierte der Sudan die Lieferung von Waffen und Fahrzeugen, wobei die RDL präferiert wurde, was zu FUC-internen Disputen führte (Tubiana 2008b:

³⁶ Unter dieser Gruppierung sammelten sich neben den Tama vorwiegend Maba (auch bekannt unter Ouaddai, wobei es sich dabei nur um eine geographische Zuschreibung handelt), Zaghawa Bideyat und Araber (vorwiegend Eregat aus dem Großraum Biltine), sowohl aus dem Tschad als auch aus dem Sudan.

³⁷ Tubiana (2008b: 34) zeigt das Ausmaß der Kontrolle dieser Gruppierungen durch die sudanesisische Regierung am Beispiel al-Jineidis und beschreibt, wie dieser infolge von Meinungsverschiedenheiten mit Khartum inhaftiert wurde und nach Freilassung unverzüglich mit militärischer Ausrüstung versorgt, ein wesentlicher Akteur der FUC wurde.

³⁸ Tolli selbst, sowie die Mehrheit seiner Kämpfer entstammt den Zaghawa Borogot, bei welcher es sich, wie bei den Bideyat, um eine Subgruppe der Zaghawa handelt. Sein Bruder ist Wudey Tolli, traditioneller Führer der Borogot.

34). Die Bemühungen Khartums welche auf den Sturz Debys abzielten, kulminierten im April 2006 im Vorgehen der FUC gen N'Djamena. Der Erfolg der Rebellenoffensive scheiterte allerdings durch die militärische Intervention französischer Truppen und mangelnde Vorbereitung³⁹ (Gerdesmeier 2008: 4; Tubiana 2008a: 3).

Der Misserfolg der FUC führte zum raschen Zerfall der FUC und dem Ausbleiben der sudanesischen Hilfe. Bereits kurz nach der Offensive lösten sich CNT und SCUD aus der FUC, rückten aber zugleich näher aneinander. Ein halbes Jahr später spaltete sich Adouma Hassaballah Jedareb mit den Ouaddai ab, und gründete die Rassemblement national démocratique (RND). Die Transformationen und Neubildungen von Rebellengruppen sowie die Schaffung von Allianzen verschaffte Deby eine kurze Atempause, bis Ende Oktober 2006 die neu gegründete Union des forces pour la démocratie et le développement (UFDD) erfolgreiche Angriffe im Osttschad durchführte. Die UFDD stand unter der Leitung von Mahamat Nouri einem Goran⁴⁰, welcher bereits Verteidigungsminister unter Habré und Deby war, und zuletzt als tschadischer Botschafter in Saudi Arabien fungierte. Im Sommer 2006 scharte er ein paar hundert Kämpfer und rief die Union des forces pour le progrès et la démocratie (UFPD) ins Leben. Der Sudan sah mit Mahamat Nouri erneut die Möglichkeit gekommen, die verschiedenen Akteure unter einer Schirmherrschaft zu einen. Dies geschah mit der UFDD welche in der ersten Phase eine Fusion von UFPD, CDR und RPJ darstellte. Angesichts der ersten Erfolge der UFDD kamen später noch die RND, sowie diverse kleine Fraktionen hinzu. Die verbliebenen Kämpfer der FUC lehnten eine Beteiligung an der UFDD ab. Die CNT und die RFC verblieben auch autonom, koordinierten aber nichtsdestotrotz Ende November in einer Rebellenoffensive im Osten, ihr Vorgehen mit der UFDD (Tubiana 2008b: 40). Das Ende des Jahres 2006 war darüber hinaus von Massakern an der Zivilbevölkerung geprägt, wobei es sich um Gräueltaten von Dschandschawid und fallweise von Rebellengruppen gehandelt hat, was wiederum das zu diesem Zeitpunkt offensichtliche Unvermögen der tschadischen Sicherheitskräfte die Situation zu kontrollieren widerspiegelt. Die Aktivitäten der Dschandschawid verstärkten das Misstrauen zwischen ethnischen Gruppen in der Grenzregion und führten so zu einer weiteren Ebene der Gewalt im Osttschad, nämlich Konflikten zwischen lokalen ethnischen Gruppen (Berg 2008: 8).

³⁹ Der Ansatz auf die Hauptstadt erfolgte nur mit etwa einem Sechstel der verfügbaren Kämpfer und Teile der FUC, respektive die SCUD, waren nicht in die Koordinierung einbezogen (Tubiana 2008b: 34f).

⁴⁰ Nouri ist der Subgruppe der Anakazza-Goran zuzurechnen. Die Goran werden auch als Tubu bezeichnet.

Der Beginn des Folgejahres brachte die, aus Sicht des tschadischen Präsidenten strategische Aussöhnung mit der FUC und Mahamat Nour, welcher zum neuen Verteidigungsminister ernannt wurde. Die unverzüglich geplante Integration der Kämpfer der FUC verlief allerdings nur schleppend und nicht spannungsfrei (Gerdesmeier 2008: 5).⁴¹ Mit der Vereinnahmung der FUC, in Kombination mit verstärkter militärischer Aufrüstung, verschaffte sich Deby die notwendige Zeit um die Situation im Osten wieder kontrollieren zu können (Berg 2008: 16). Anfang 2007 suchte Deby zudem den Diskurs mit der politischen Opposition wobei er auf verstärkte Integration setzte. Der zum Teil unter internationaler Supervision erfolgte Prozess mündete schließlich im Abkommen vom 13. August, welches im Kern wesentliche Adaptionen des Wahlrechts vorsah (Berg 2008: 17). Den UFDD ereilte unterdies rasch dasselbe Schicksal wie den FUC, und bereits im ersten Halbjahr 2007 zeigten sich die beginnenden Zerfallserscheinungen. Die beiden Araber Acheikh ibn Oumar, mit seiner CDR, und Abdelwahid Aboud Makaye, traten infolge von Zerwürfnissen mit Mahamat Nouri aus der UFDD aus, wobei die Mehrheit der arabischen Kämpfer die FUC mit ihnen verließ, und gründeten die UFDD-F (Union des forces pour la démocratie et le développement fondamentale). Im Gegensatz zu Mahamat Nour gelang es Mahamat Nouri allerdings, die Unterstützung des Sudans auch in den Folgejahren auf sich zu konzentrieren. Die fortwährende Instabilität und das Leiden der Zivilbevölkerung veranlassten den UN-Sicherheitsrat am 25. September 2007 zur Verabschiedung der UN-Resolution 1778, in welcher der Einsatz einer EU-Schutztruppe im Osttschad und im Norden der Zentralafrikanischen Republik, bis zur Implementierung der UN-Mission MINURCAT⁴² (Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad) welche von der EU-Truppe übernehmen sollte, autorisiert wurde.

Währenddessen intensivierte der tschadische Präsident seine Anstrengungen um weitere Fraktionen der bewaffneten Opposition in die Regierung beziehungsweise die Armee zu integrieren, wobei diplomatische Unterstützung von libyscher Seite kam. Während anfangs nur die Versöhnung mit kleinen Gruppierungen und Exilpolitikern gelang, kam es am 25. Oktober 2007 in Syrte, zu einem Abkommen zwischen der tschadischen

⁴¹ Viele Kämpfer der FUC lehnten eine Entwaffnung ab, beziehungsweise verweigerten eine Zusammenarbeit mit Zaghawa. Dies führte zu einer Konzentrierung dieser im Tam-Kernland und der Bildung von Tama-Milizen welche gewaltsam gegen andere ethnische Gruppen in diesem Gebiet vorgingen (Tubiana 2008a: 4).

⁴² Bei der Aufstellung von MINURCAT zeichneten sich von Beginn an, logistische, organisatorische und strukturelle Probleme ab, welche wiederholt zu Verzögerungen und Rückschlägen der Mission führten. So benötigte beispielsweise alleine die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding zwischen der UN und der tschadischen Regierung bis August 2008.

Regierung und der UFDD, UFDD-F, RFC und der CNT (International Crisis Group 2009a). Sowohl der Weg zum Zustandekommen des Vertrages, als auch der Vertrag selbst sowie dessen Realisierung ließen allerdings Zweifel aufkommen ob es sich um den ernsthaften Versuch einer Konfliktschlichtung oder um eine strategische Maßnahme, mit der Absicht Zeit zu gewinnen und die Front der Rebellen zu fragmentieren, handelte. Berg (2008: 16f) beschreibt beispielsweise

„dass aus Sicht des Regimes nicht etwa ein dauerhafter Frieden unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen Ziel der Verhandlungen war, sondern vielmehr die Absicherung der eigenen Herrschaft. Dies zeigt auch eine inhaltliche Analyse der Vertragstexte, die sich statt mit der Lösung struktureller Probleme des Landes ausschließlich mit der Frage der Straffreiheit für die Rebellen und deren Integration in Regierung und Armee befassen. Das Fehlen konkreter Absprachen zu diesen im Detail schwierigen Vorhaben ist nicht zuletzt ein Indiz für den fehlenden Willen ihrer Umsetzung.“

Infolgedessen war es für viele auch wenig überraschend, dass das Abkommen bereits fünf Wochen nach Abschluss wieder aufgekündigt wurde. Die RFC, mittlerweile geführt von Timan Erdimi, und die UFDD nahmen unmittelbar darauf wieder Kampfhandlungen im Osten des Tschad auf welche zahlreiche Opfer forderte, und zu einer Annäherung beider Gruppen führte. Wenig später erfolgte die Entlassung Mahamat Nour Abdelkarims aus der Regierung, womit auch die Reintegration der Angehörigen der FUC letztlich scheiterte und viele den Weg zurück in die Rebellion bestritten. Parallel dazu führte Deby Gespräche mit der CNT, der wichtigsten von Arabern dominierten Fraktion, welche die erhoffte Einigung brachte. Ausschlaggebend für die CNT war dabei, dass seitens des Sudans klargestellt wurde, dass diese keinen Araber an der Spitze des Tschads wollen, was sich wiederum gravierend auf dringend notwendige Unterstützungen auswirkte (Tubiana 2008a: 4). Anfang 2008 formierte sich aus den verbliebenen Teilen der UFDD, der UFDD-F und der neu aufgestellten Front pour le salut de la République (FSR)⁴³ die Alliance Nationale (AN), welche wiederum unter dem Kommando von Mahamat Nouri stand. Die RFC lehnte wie bereits zuvor bei der UFDD die Teilnahme an der AN ab, sagte jedoch zu bei einer Offensive eng mit der AN zu kooperieren. Die Offensive der Rebellen startete am 28. Januar 2008 als sich eine Kolonne von etwa 300 Pick-ups, mit 2000 Kämpfern, von deren Basis im Westdarfur in Marsch setzte und am 1. Februar Massaguet, 80 Kilometer nordöstlich von N'Djamena, erreichte, wo es zum Gefecht mit der tschadischen Armee kam. Die AN konnte die Oberhand behalten und erreichten am folgenden Tag die tschadische

⁴³ Die FSR untersteht Ahmat Hassaballah Soubiane, einem tschadischen Araber und ehemaligem Regierungsmitglied unter Deby, welcher seine Anhänger in erster Linie aus Quaddai rekrutierte.

Hauptstadt (Prunier 2008a; United Nations – Security Council 2008a: 2). Am 2. und 3. Februar kam es zu heftigen Gefechten in N'Djamena, welche hunderte Opfer in der Zivilbevölkerung forderten. Nach zwei Tagen gelang es schließlich dem tschadischen Militär, sich mit französischer und libyscher Unterstützung, durchzusetzen und die AN zum Rückzug zu zwingen (Berg 2008: 17; Tubiana 2008a: 9). Prunier (2008b) sieht im Scheitern der AN vorwiegend militärische Gründe, da diese über zu wenige Soldaten, panzerbrechende Waffen usw. verfügte, sowie mangelnde Vorbereitung und ein letztlich voreiliges Vorgehen. Die militärische Überlegenheit war eindeutig auf Seiten Debys, allerdings hat die AN im entscheidenden Moment auch zu lange gezögert, da sie bei Erreichen der Stadt, bereits siegessicher, sich in Diskussionen zwischen den Fraktionsführern verstrickte, welche bereits versuchten ihre Pfründe abzusichern. Selbst wenn es ihnen gelungen wäre, siegreich zu sein hätten, auf ethnische Herkunft gegründetes, Misstrauen und Machthunger eine fragwürdige Basis für die Zukunft gebildet (Tubiana 2008a: 6). Mangelnde Vorbereitung der Rebellion könnte insofern nahe liegen, da die Stationierung der EU-Truppen unmittelbar bevorstand, und alle Fraktionen von der Parteilichkeit zu Gunsten der tschadischen Regierung ausgingen. Die Rebellen verloren in den Kampfhandlungen bis zu 300 ihrer Kämpfer und zogen sich anschließend nach Massaguet zurück, wo sie sich reorganisierten und auf die 2500, bereits im Sudan in Marsch gesetzten, Soldaten warteten.⁴⁴ Um diese zu unterbinden war Deby auf Hilfe der JEM angewiesen, welche den Vormarsch der Verstärkung kurz nach überschreiten der Grenze in den Tschad stoppen konnte.⁴⁵ Den tschadischen Rebellen blieb nur der Weg zurück in den Sudan, wo die Allianz erneut zu bröckeln begann. Adaouma Hassaballah verließ die UFDD und gründet mit den Ouaddai die Union des forces pour le changement et la démocratie (UFCD). Nachdem Deby die Situation wieder unter Kontrolle hatte, begann er Vergeltungsmaßnahmen welche sich in erster Linie gegen die politische Opposition richteten. Diese hielt sich zwar bewusst aus dem Konflikt heraus, da sie die Machtergreifung der Rebellen lediglich als das Ersetzen eines Tyrannen durch einen anderen betrachten, allerdings fürchtete Deby die politische Instrumentalisierung politischer Fraktionen zur Legitimierung eines Machtwechsel seitens der bewaffneten Opposition, weshalb er ohne zu zögern handelte. In den folgenden Monaten wurden zahlreiche Personen von tschadischen Gerichten, für

⁴⁴ Die Organisation der Verstärkungskräfte erfolgte dabei direkt über die sudanesishe Armee (Prunier 2008c: 9).

⁴⁵ Das Eingreifen der JEM auf Seiten Debys löste im Darfur massive Vergeltungsmaßnahmen gegen Sympathisanten der JEM aus (Prunier 2008b).

die Unterstützung der Rebellion, zum Tode verurteilt (Amnesty International 2008: 3f, 14; Prunier 2008b). Dies war auch ein schwerwiegender Rückschlag für den zuvor initiierten politischen Prozess im Land. Zeitgleich zur Rebellenoffensive erfolgte der Aufbau der EU-Militärmission (EUFOR) im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik unter der Zielsetzung ein sicheres Umfeld zu schaffen, um so Flüchtlinge und Zivilisten zu schützen, sowie die Arbeit der im Raum befindlichen Hilfsorganisationen zu erleichtern. Nach Stationierung von EUFOR setzte Deby seine Politik im Umgang mit den bewaffneten Fraktionen fort. Er führte Gespräche mit den einzelnen Gruppierungen, vermied allerdings einen gemeinsamen Dialog mit allen Akteuren, wodurch er die Kluft zwischen den einzelnen Fraktionen vergrößerte, und es dem Sudan, welcher weiterhin die Rebellen unterstützt, erschwerte, diese zu einen (Tubiana 2008b: 50).

Am 15. März 2009 übernahm MINURCAT von EUFOR, welche bereits im Folgejahr wieder eingestellt werden musste. Beiden Militärmissionen gelang es letztlich nicht eine wesentliche Besserung der Sicherheitslage zu bewirken, wobei dies allerdings dahingehend zu relativieren ist, dass beide Missionen nur im Rahmen ihres Mandates agieren konnten, welches einen notwendigen politischen Prozess jedoch im Vorhinein ausschloss (International Crisis Group 2009a: if).

3.2 Sudan – Darfur

Der Sudan wird hier analog zum Tschad zuerst geographisch und demographisch erfasst und schließlich daran anschließend die historischen Gegebenheiten, unterteilt in einen präkolonialen, kolonialen und postkolonialen Abschnitt, dargestellt. Der Fokus der folgenden Abhandlungen liegt dabei in erster Linie auf der Region Darfur, weshalb wesentliche Aspekte den Sudan betreffend, beispielsweise der Nord-Süd-Konflikt, bewusst hintangehalten werden und nur insofern Erwähnung finden, als dass diese wesentlich für Darfur oder den Tschad sind. Entwicklungen die Regierung betreffend sich dabei insofern wesentlich als dass diese direkt oder indirekt auch Darfur tangieren.

3.2.1 Allgemeines

Die im Westen des Sudan gelegene Region Darfur⁴⁶ bezeichnet heute hauptsächlich den Raum der sudanesischen Provinzen Nord-, Süd- und Westdarfur. Das Gebiet grenzt im Westen an den Tschad, im Osten an die sudanesische Provinz Kordofan, im Süden an die Zentralafrikanische Republik beziehungsweise die sudanesische Provinz Bahr al-Ghazal und im Norden an Libyen. Der Name Sudan entstammt dem arabischen und bedeutet „Land der Fur“ (De Waal 2005: 181). Die Region hat gemäß Prunier (2006: 15) ca. sechs Millionen Einwohner und steht seit 2003 in der Weltöffentlichkeit stellvertretend für eine humanitäre Katastrophe, welche mittlerweile mehr als 300 000 Tote und mehr als zwei Millionen Vertriebene hervorbrachte. Inzwischen brachte der noch immer anhaltende Konflikt auch zahlreiche Studien und Abhandlungen hervor, welche aber nur eingeschränkt die Komplexität der Auseinandersetzungen erfassen konnten und so überwiegend eine Simplifizierung der Situation begünstigten. Darfur befindet sich in einer schwer zugänglichen Savannenregion in deren Zentrum das Djebel Marra, ein beherrschendes Gebirgsmassiv vulkanischen Ursprunges mit Erhebungen von knapp über 3000 Meter, erhebt. Bedingt durch die räumliche Ausdehnung von ca. 500.000 Quadratkilometern lassen sich, laut Braukämper (1992: 57f) verschiedene Landschaftszonen von Wüsten in den nördlichsten Bereichen, über Halbwüsten mit Dornen- und Grasvegetation, unterschiedliche Formen der Trockensavanne bis hin zur Baumsavanne und Grasbewuchs im südwestlichen Teil der Region, feststellen. Generell ist ein Gefälle der Fruchtbarkeit der Böden von Süd nach

⁴⁶ Nachdem die Teilung des Darfur in drei unabhängige Provinzen erst 1994 erfolgte, wird im folgenden Darfur häufig als Provinz bezeichnet, und somit die Zeit vor 1994 zum Ausdruck gebracht wird.

Nord und von West nach Ost festgestellt worden, wobei lediglich die Hänge des Djebel Marra, mit fruchtbaren Vulkanböden, eine positive Abweichung darstellen (Adelberger 1990: 25). Bezüglich der Niederschlagsmengen ist ein analoges Gefälle zu verzeichnen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass große Teile der Region mit unzureichenden Niederschlägen konfrontiert sind und zudem ein Trend hin zur Abnahme der durchschnittlichen Niederschlagsmenge zu verzeichnen ist (Braukämper 1992: 147). Die Kombination eines natürlichen Wandlungsprozesses der räumlichen Gegebenheit mit einem starken Anstieg der Bevölkerung hatte verheerende Auswirkungen. Die Überbevölkerung führte zur Übernutzung der ohnehin geringer werdenden natürlichen Ressourcen, zu einem beschleunigten Vordringen der Wüste und damit in letzter Konsequenz zu einer weiteren Reduktion des von Menschen nutzbaren Lebensraums sowie zu Konflikten zwischen den unterschiedlichen Nutzern (Böcker 2009: 36, Prunier 2006: 15).

3.2.2 Historische Aspekte

Ausgehend von der Frage nach der indigen Bevölkerung des Darfur stößt man sehr schnell auf Grenzen. Während die Bezeichnung Darfur sich aus dem arabischen ableitet und *Dar Fur* übersetzt für Land der Fur stehen würde so ist dies doch irreführend da die Bevölkerung, welche aktuelle unter Fur zusammengefasst wird, ein gewachsenes Konglomerat vorwiegend aus Arabern der Region darstellt, deren Homogenität historisch gewachsen und in erster Linie politisch determiniert wird und nur mehr entfernt mit den Fur des Dschebel Marra, auf welche noch näher eingegangen wird, zu vergleichen ist. Vor der Ankunft des Islam Ende des 14. Jahrhunderts war die Bevölkerung schriftlos und lediglich mündliche Überlieferungen und linguistische Ableitungen lassen Rückschlüsse auf die Einwanderung aus drei Räumen zu, welche zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert erfolgte.

„Von Nordwesten kamen Nilo-Saharer, die sich heute noch in den ethnischen Gruppen der Berti, Zaghawa und Bideyat erkennen lassen; von Nordosten, aus dem Niltal an der Grenze zu Ägypten, wanderten nubischsprachige Stämme wie die heutigen Birged oder Meidob ein; aus noch entfernteren nordöstlichen Gegenden (und möglicherweise direkt von Osten) machten sich arabische Gruppen wie die Ziyadiya, Ta'ischa, Beni Halba, Habbaniya und Rizzeiqat auf den Weg.“ (Prunier 2006: 18f)

Diese letztgenannten arabischen Gruppen, bei welchen es sich im wesentlichen um Nomaden handelte, welche teilweise sesshaft wurden, sind aber keinesfalls mit den

arabischen Migranten aus dem Niltal zu verwechseln welche im Folgenden besprochen werden. Die letzte große Bevölkerungsgruppe, welche erst im Laufe des 18. Jahrhunderts nach Darfur gelangen sollte waren die *aulad al-bahr*, sogenannte Flussaraber, von Stämmen wie den Danagla. Diese trafen nach und nach ein, waren mehrheitlich Prediger oder Händler, siedelten sich vorwiegend in Städten an und sollten während der Kolonialzeit die wesentlichen Machpositionen einnehmen und eine Elite bilden, welche sie auch heute noch stellen. Die Unterscheidung zwischen den *aulad al-bahr* und den „indigenen Arabern“ ist wesentlich zum Verständnis der lokalen Machtstrukturen und wird in weiter Folge noch näher beleuchtet werden. Allen diesen eingewanderten Gruppen war nichtsdestotrotz gemein, dass deren Migration zur Akkulturation führte (Mamdani 2009: 90). Darfur entwickelte, bedingt durch die geographische Isolation, früh ausgedehnte Karawanenrouten welche in erster Linie dem Handel mit Sklaven und Elfenbein dienten und so den Anschluss an die benachbarten Reiche sicherstellten. Die Grundstruktur der damaligen Ökonomie beruhte auf der Land- und Viehwirtschaft welche auch die Basis für die damalige Autarkie bildete. Der erste Zusammenschluss zu einer politischen Einheit erfolgte im 13. Jahrhundert mit der Bildung eines Sultanates in Darfur durch die Dadschu welche die Herrschaft nach Einwanderung der arabischsprachigen Tundschur im 14. Jahrhundert an letztere abgaben (Böcker 2009: 43). Generell ist nur rudimentär Wissen über das Sultanat vorhanden und die wenigen existenten Kenntnisse entstammen zu einem großen Teil Ethnographien, von Afrikaforschern wie beispielsweise Gustav Nachtigal, William George Brown oder Rudolph Slatin, in welchen mündlich tradierte Geschehnisse festgehalten wurden. Schriftliche Aufzeichnungen sind erst mit der Gründung des als Keyra Fur⁴⁷ bezeichneten Sultanats Anfang des 16. Jahrhunderts vorhanden. Bei den Fur handelte es sich um eine kleine ethnische Gruppe welche in der Bergregion des Dschebel Marra beheimatet war und welche das, durch den Zusammenbruch des Tundschur Sultanats entstandene, Machtvakuum nützte um ihre Vormachtstellung zu etablieren. Wesentliche Instrumente dieser Machtübernahme waren einerseits die Islamisierung, welche basierend auf der Schrift eine effiziente Verwaltung brachte und

⁴⁷ Über die Bedeutung des Beisatzes „*keyra*“ herrscht in der Literatur nachwievor keine Einigkeit was dazu führte, dass die Bezeichnung „Keyra Fur“ einmal als mit den Fur verwandter Stamm betrachtet wird und ein andermal als herrschende Schicht/Aristokratie der Fur. Die Erfahrungen von Prunier (2006: 18) bezüglich der noch heute gebräuchlichen Bezeichnung mancher Fur eher als „*Keyra*“ denn als „*Fur*“ kann vom Autor bestätigt werden und impliziert im alltäglichen Sprachgebrauch die historische Abstammung von herrschenden Eliten der Fur, weswegen im Folgenden unter „*Keyra Fur*“ die Aristokratie zu verstehen ist.

bedingt durch die Teilnahm an einer überregionalen Kultur der *umma*⁴⁸ auch den Aufbau ausgedehnter Handelsnetze begünstigte, andererseits Heiratsverbindungen zwischen den Eliten der Tundschur und jenen der Fur welche letztlich eine weitestgehend friedliche Machtübernahme ermöglichten. Heiratsbeziehungen sollten in weiterer Folge auch eine bedeutende Rolle bei der Expansion des Sultanats hin zu einem multiethnischen Reich spielen, da der Ausweitung der Grenzen durch Heirat klar der Vorzug vor militärischen Unternehmungen gegeben wurde (Böcker 2009: 44). Die Ausdehnung der Reichsgrenzen brachte intern laut Prunier (2006: 22) zwei Phänomene mit sich, nämlich erstens Verdrängung und zweitens Assimilation. Bedingt durch die Intoleranz der Eroberer speziell hinsichtlich der Religion wurden viele Stämme vor die Wahl gestellt, entweder zum Islam zu konvertieren oder auszuwandern. Jene die sich weigerten migrierten mehrheitlich in den Süden während jene die konvertierten, unabhängig ihrer bisherigen Stammeszugehörigkeit und ungeachtet tatsächlicher ethnischer Veränderungen, umgehend „Fur“ wurden (O’Fahey 1980: 76). Als unmittelbare logische Konsequenz wäre das Verschwinden traditioneller, vorislamischer Rituale naheliegend – aber das Gegenteil war der Fall. Der Sultan vereinigte in seiner Person sowohl die neuen Werte des Islams, als auch traditionelle afrikanische Werte, legitimierte dadurch zusätzlich seinen Herrschaftsanspruch (Streck 2007: 69) und förderte zudem die Ausprägung von Identitäten welche sowohl arabisch als auch afrikanisch waren (De Waal 2005: 184).

„Da die Bevölkerung des Königreichs weitgehend multi-ethnisch war (selbst nach der Fur-Assimilierung der ersten Jahre), wurde es durch ein kompliziertes System aus arabisch-islamischer Legitimität und sudanesisch-sakralem Ritual zusammengehalten. Alles war dualistisch.“ (Prunier 2006: 24)

Das 17. und 18. Jahrhundert war geprägt von der Fehde mit den Wadai, welche jedoch bedingt durch eine relative Ausgewogenheit der militärischen Stärke weder für die eine noch für die andere Seite nennenswerte Vorteile brachte. Eine nennenswerte Expansion des Sultanates, welches zum damaligen Zeitpunkt ca. 80 Prozent der Fläche des heutigen Darfur umfasste, gelang erst zwischen 1780 und 1785 als der damalige Sultan seine Bestrebungen gen Osten auf Kordofan, der Region zwischen Dschebel Marra und dem Nil richtete und lediglich von zusammenhanglosen kleinen Stämmen bewohnt war, welche immer wieder Raubzüge innerhalb des Territoriums des Sultanates unternahmen. Das Heer des Sultans errang einen leichten und schnellen Sieg und das

⁴⁸ „*umma*“ ist der arabische Begriff für Gemeinschaft und steht bezeichnend für die religiöse Gemeinschaft aller Muslime; korrekt auf Arabisch eigentlich *al-Umma al-islamiyya*

Territorium des Reiches wurde binnen kürzester Zeit nahezu verdoppelt. Das Reich befand sich am Höhepunkt seiner Macht bis die Truppen des Sultans 1821 in der Schlacht von Bara vom ägyptischen Invasionsheer, welches nach Süden vorstieß und dem sie militärisch nicht gewachsen waren, geschlagen wurden. Das turko-ägyptische Heer verzichtete auf ein weiteres Vordringen und gab sich vorerst mit der Einnahme von Kordofan zufrieden, begann aber rasch damit von Khartum ausgehend Expeditionen von Händlern zwecks Sklavenjagd in den Westen und den Süden auszusenden, welche mit äußerster Brutalität vorgingen und ein Netzwerk von Händlern in Darfur aufbauten, mit dessen Hilfe es einem davon letztlich 1874 gelang, nahezu zeitgleich mit der turko-ägyptischen Kolonialmacht, Al-Faschir einzunehmen und den letzten Sultans des Keyra Fur Sultanats zu stürzen (Prunier 2006: 29ff). Die turko-ägyptische Herrschaft sollte allerdings nicht von langer Dauer sein. 1881 wurde die Region von einem Aufstand erschüttert welcher in weiterer Folge als *Mahdiya* ⁴⁹ in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Ausgehend von der Selbsternennung des Gelehrten Muhammad Ahmad im Jahre 1881 zum Mahdi predigte er einen religiösen Reformismus und rief zum Aufstand gegen die turko-ägyptischen Besatzer und deren vom rechten Pfad abgekommene religiöse Praxis, sowie gegen Europäer und deren Einfluss in der Region auf (Böcker 2009: 45; Braukämper 1992: 137; Wendt 2007: 231). Vom Niltal ausgehend verbreitete sich die Revolte mit rasender Geschwindigkeit, bis schließlich im Jänner 1884 Darfur und weite Teile Kordofans in die Hände der Aufständischen fielen, und versucht werden konnte, ein neues politisches und religiöses System zu etablieren (Slatin 1997: 68ff). Der Mahdi lehnte das, von britischer Seite gemachte, Angebot als Sultan über Kordofan zu herrschen ab und belagerte Khartum und die verteidigenden britischen Truppen unter General Gordon, das sie nach monatelanger Belagerung schließlich auch eroberten (Wesseling 1999: 63f). Der Erfolg des Mahdi war aber nicht von Dauer da er noch im Jahr seines Triumphes aus ungeklärter Ursache verstarb, und es seinem Nachfolger dem Kalifen Abdullahi Muhamad nicht gelang, dessen Herrschaftsanspruch zu untermauern wurde das Land von einer Revolte nach der Anderen erschüttert, und die Mahdisten im Endeffekt als ebenso fremd wie ihre turko-ägyptischen Vorgänger betrachtet. Dies führte schließlich auch dazu, dass sie sich bereits 1898, der britischen Eroberungsarmee unter Lord Kitchener in der Schlacht von Omdurman, geschlagen geben mussten (Prunier 2006:

⁴⁹ *Mahdiya* bezeichnet die Zeit des *Mahdi* welcher in der Bevölkerung als eine „von gottgeleitete Person“ galt.

33). Dies markierte für den Sudan und damit Darfur den Beginn der britischen Fremdherrschaft.

3.2.3 Kolonialzeit

Die Briten deren Kolonialinteressen in Afrika sich vordergründig auf den Nordosten des Kontinents richteten, von welchem sie sich einerseits Rohstoffe und andererseits eine notwendige strategische Position, bezogen auf ihre Besitzungen in Indien, versprachen. Zudem strebten sie zu dieser Zeit eine Nord-Süd Verbindung ihrer afrikanischen Kolonien an, als deren Bestandteil sich auch die Bildung der Eisenbahnverbindung Kap-Kairo, eine Idee welche nicht nur Anhänger hatte und in erster Linie von Harry Johnston und Cecil Rhodes propagiert wurde, manifestiert hatte (Wesseling 1999: 144ff). Die Nord-Süd Idee kollidierte mit den Interessen der Franzosen welche ihrerseits eine Realisierung einer West-Ost Verbindung ihrer Kolonien anstrebten. Ein Interessenskonflikt der unter anderem für die Auslösung der Faschoda-Krise 1898 mitverantwortlich war bei welchen Briten und Franzosen dasselbe Gebiet am Nil beanspruchten. Die Krise traf beide Regierungen enorm, prallten doch immerhin wesentliche Kolonialinteressen aufeinander und ging es nicht zuletzt auch um Prestige. Erschwerend kam hinzu, dass beide Staaten um ihre gegenseitige Abhängigkeit auf dem europäischen Parkett wussten. Die Krise stellte einen Wendepunkt für beide Länder dar, da Frankreich endgültig in ihrer Kolonalkonzeption umschwenkte, das Interesse in Ägypten und Sudan hintanstellte, und künftig in erster Linie nach einer Verbindung der Besitzungen in Nord-Afrika mit jenen in Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika trachteten und sich auf das dafür essentielle Marokko konzentrierten, bei welchem die Briten ihnen im Gegenzug freie Hand einräumten. Die Krise schaffte darüber hinaus auch die Basis für die französisch-englische Entende-Cordiale von 1904, welche die kolonialen Einflussphären beider Länder einer faktischen Schlichtung zuführte (Marx 2004: 116; Wesseling 1999: 231ff). Nach dem Niedergang des Mahdismus wurden weite Teile des heutigen Sudans unter britische Verwaltung gestellt während Darfur, einerseits aus mangelndem ökonomischen Potential bei hohem Verwaltungsaufwand und andererseits aus der Befürchtung von diplomatischen Verstrickungen mit den Franzosen, welche ihrerseits im Westen im Begriff waren die Region des heutigen Tschad zu annektieren, nach entsprechender Loyalitätszusicherung Ali Dinar, einem entfernten Verwandten des letzten Keyra Fur Sultans, überantwortet

wurde. Ali Dinar trachtete danach, das Sultanat mit einem straffen und effizienten Verwaltungsapparat wiedererstarken zu lassen. Islamischen Entwicklungen und Strömungen gegenüber reagierte er mit großem Misstrauen. Prediger welche das geistige Erbe des Mahdis antreten wollten ließ er kurzerhand hinrichten, den Sanusiya⁵⁰ verweigerte er den Bau von Zawaya⁵¹, und einer Neuniederlassung bestehender Bruderschaften stimmte er nur nach strikten Beschränkungen und der Unterwerfung unter staatlicher Aufsicht zu. Die im Westen an das Sultanat angrenzenden Kleinstaaten Dar Sila, Dar Masalit und Dar Tama wurden von den expandierenden Franzosen einverleibt und in Folge gab es beim Versuch Ali Dinars Herrschaftsansprüche auf diese Kleinreiche geltend zu machen Geplänkel mit der französischen Kolonialmacht. Obwohl diese Kampfhandlungen kaum militärische Auswirkungen hatten, waren diese für Frankreich ausschlaggebend um auf diplomatischer Ebene Druck auf Großbritannien auszuüben und einen Einmarsch der Briten in Darfur zu fordern. Dadurch und durch den ausbrechenden ersten Weltkrieg, welcher die Befürchtung schürte, dass Darfur als Brückenkopf der Mittelmächte in Afrika dienen könnte, wurde das britische Kondominium schließlich veranlasst eine Militäraktion gegen Ali Dinar durchzuführen welche im Mai 1916 den zu erwartenden britischen Sieg bei Al-Faschir brachte (Prunier 2006:37f).

Dies beendete die Unabhängigkeit Darfurs und unterstellte die Geschicke des ehemaligen Sultanats der Lenkung aus Khartum, wahrgenommen von Vertretern des ägyptisch-britischen Kondominiums⁵². Betrachtet man die damalige Zusammensetzung des Verwaltungspersonals so ist rasch festzustellen, dass ägyptische Vertreter sich zu diesem Zeitpunkt bereits in allen Bereichen, britischen Interessen unterworfen haben. Eingegliedert in die britische Verwaltung trachtete die Kolonialmacht danach bestehende Strukturen zu erhalten, und Funktionsträger auf regionaler Ebene weitgehend in ihren Ämtern zu belassen. Umbesetzungen gab es lediglich bei entscheidenden Positionen welche mit Briten besetzt wurden. Die beschriebenen Maßnahmen verfolgten in letzter Konsequenz das Ziel den Weg für das System der

⁵⁰ Die Sanusiya sind eine islamische Bruderschaft welche von Sayyid Muhammad ibn Ali as-Senussi in Mekka gegründet wurde und ihr Zentrum nun in der Kyrenaika hat.

⁵¹ Zawaya sind Bauten der Sanusiya-Bruderschaft welche die Funktion eines Klosters, einer Religionsschule, einer Herberge für Reisende und auch einer Festung in sich vereinten und zudem ein Netz von Stützpunkten bis zu ihrem religiösen Zentrum bildeten.

⁵² Unter Kondominium ist die Herrschaft mehrerer Staaten über ein Territorium zu verstehen. Der Sudan war zwar rechtlich nicht dem Britischen Empire zuzurechnen, bildete infolge der Besetzung Ägyptens aber de facto eine Kolonie Großbritanniens (Pahl 2008: 33).

*Indirect Rule*⁵³ nach Lugard Frederick J.D. zu bereiten (Adelberger 1990: 39). Darfur fristete in Folge ein Dasein an der Peripherie, im Schatten von Khartum und der Provinz Blauer Nil, jene Regionen auf welche die Britten ihr Hauptaugenmerk legten. Besonders deutlich zeigte sich das Leben an der Peripherie an der Höhe der Investitionen welche in die neue sudanesishe Provinz flossen und lediglich einem Bruchteil jener entsprachen, welche in die Hauptstadt strömten. Dadurch wurde der Infrastrukturaufbau und eine Industrialisierung der Region von vornweg unmöglich gemacht. In der Kombination mit den nicht vorhandenen Bildungsmöglichkeiten verblieb nur das Verharren in traditionellen Strukturen (De Waal, Flint 2008: 11ff). Dies entsprach zur Gänze den britischen Vorstellungen, welche Konfliktmanagement und die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung über alles stellten und darin auch die wesentliche Leistung der Verwaltung durch traditionelle Eliten, welche ihre von den Briten gestützte Legitimation zunehmend auch zu deren eigenen Vorteil einsetzten, sahen. Die Folge der Politik der *Indirect Rule* war allerdings die Unfähigkeit lokaler Instanzen mit ökologischen Veränderungen sowie den wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen fertigzuwerden (Böcker 2009: 47f; Prunier 2006, 46ff). Hinzu kommt, dass bedingt durch die Marginalisierung der Provinz zu Gunsten Khartums bereits in der Kolonialzeit eine Trennung geschaffen wurde, welcher das Potential immanent war, zu einem künftigen Konfliktfaktor in der Region anzuwachsen (Roden 1974: 504ff). Die Anhängerschaft des Mahdi welche seit der Niederlage gegen die Briten und die gezielte Niederschlagung der Bewegung unter der Herrschaft von Ali Dinar im Verborgenen agierte und besonders unter der ethnischen Gruppe der Baggara hochgehalten wurde, wurde unter britischer Herrschaft zwar beobachtet, ihr politisches Potential aber unterschätzt. 1921 kam es bei Nyala zu Aufständen, welche auf benachbarte ethnische Gruppen überschwappten und neben religiösen Aspekten auch Ausdruck der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den britischen Kolonialherren war, welche als Invasoren wahrgenommen wurden und deren Ausbeutung in Form überhöhter Steuern den Hass noch zusätzlich schürte. Der religiöse Führer al-Sihyan konnte etwa 5000 Kämpfer um sich sammeln und attackierte das Fort von Nyala, musste aber letztlich sein Vorhaben aufgeben. Als unmittelbare Folge des Aufstandes

⁵³ *Indirect Rule* bezeichnet im weitesten Sinne eine Herrschaftsmethode bei welcher die Machtausübung über örtlich bestehende, traditionelle Instanzen erfolgt welche im Gegenzug von der Kolonialmacht gestützt werden. „*Indirect Rule kann man entweder als ein Paradebeispiel für Rassismus oder aber als die kulturell respektvollste Art kolonialer Politik betrachten*“ (Prunier 2006: 44)

kam es zu militärischen Verstärkungen in der Region und zur Hexenjagd nach den Führungspersönlichkeiten der Revolte (Ibrahim 1979: 458ff).

Während des ersten Weltkrieges, wurde mit Kriegseintritt der Türkei, das britische Protektorat über Ägypten ausgerufen, welches 1922 mit der Entlassung Ägyptens in die Unabhängigkeit wieder endete. In der Folge verschlechterten sich die Beziehungen beider Länder, was mit der Ermordung des britischen Generalgouverneurs im Sudan, durch ägyptische Studenten, einen Höhepunkt fand und die Briten zur Ausweisung aller Ägypter aus dem Sudan veranlasste, somit in der Beendigung ägyptischer Mitgestaltung im Sudan resultierte. Was folgte war eine Abschottungspolitik, welche den Landessüden isolierte und eine Aufspaltung des Landes mit sich brachte, in welchem die Provinz Darfur schlichtweg ausgeblendet wurde. Im Norden des Sudan entwickelten sich in der Zwischenkriegszeit zudem nationalistische Strömungen, angelehnt an islamische, religiöse Gemeinschaften, welche eine Zentralverwaltung unter der Führung des Nordens propagierten (Pahl 2008: 35f).

Im Zuge des zweiten Weltkrieges beteiligten sich sudanesischen Soldaten unter britischer Führung an afrikanischen Kriegsschauplätzen, wo sie vorwiegend gegen Italien zum Einsatz kamen. Bedingt durch den Krieg erhielt der afrikanische Antikolonialismus im Sudan, wie auch in den anderen Kolonien, einen enormen Auftrieb. Das Ende des Krieges brachte zudem generell eine deutliche Schwächung der europäischen Kolonialherren mit sich welche durch die Verknappung der Ressourcen, mittelfristig damit rechnen mussten ihr Kolonialreich nicht zusammenhalten zu können. Um afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen entgegenzuwirken starteten die Briten Programme welche auf eine Verbesserung der Infrastruktur abzielen sollten, erreichten damit aber bloß steigende Forderungen auf afrikanischer Seite, welche sich an europäischen Maßstäben orientierten, und von britischer Seite kaum zu erfüllen waren (Marx 2004: 249ff). Als maßgeblich für den sudanesischen Weg in die Unabhängigkeit sollte sich letztlich Ägypten herausstellen welches vehement für eine Vereinigung des Sudan mit Ägypten eintrat. Um dies hintanzuhalten wurde 1947 auf der Dschuba-Konferenz, zwischen den Vertretern des Nord-Sudan und der britischen Kolonialmacht, der Entschluss gefasst, dass der Sudan künftig geeint bleiben würde, womit separatistische Tendenzen, vorwiegend aus dem Süden, vorläufig vom Tisch waren. Als 1952 Nasser Ägypten durch einen Putsch in die Unabhängigkeit führte, und der Aufstieg Ägyptens zu einer den Briten unangenehmen regionalen Großmacht bevorstand, forcierten diese unverzüglich sudanesischen Unabhängigkeitsbestrebungen,

mit dem Ziel den Wunsch einer Vereinigung mit Ägypten innerhalb der sudanesischen Eliten möglichst gering zu halten. Englands Bestreben hatte insofern Erfolg als die 1953 in den ersten sudanesischen Wahlen unter al-Azhari als Sieger hervorgegangene *National Unionist Party NUP*⁵⁴, 1955 ihren Kurs von einem ägyptisch-sudanesischem Zusammenschluss zu Gunsten der sudanesischen Unabhängigkeit revidierte. Diese Entwicklungen sollten letztlich den ausschlaggebenden Impuls geben, welcher den sudanesischen Weg in die Unabhängigkeit ebnen und beschleunigen sollte (Pahl 2008: 36f; Marx 2004: 254f). Bedingt durch die schlechte wirtschaftliche Lage und den Wahlerfolg der vom Norden dominierten NUP, worin der Landessüden die fortgesetzte Bevormundung und Benachteiligung, durch den, beziehungsweise gegenüber dem Norden sah, kam es noch 1955 zu schweren Ausschreitungen welche nur durch massive Militärpräsenz eingedämmt werden konnten. Die Geschehnisse sollten bezeichnend sein für die kommenden Jahrzehnte welche geprägt waren vom Nord-Süd Konflikt und als Folge die Situation im Darfur lange Zeit lediglich zu einem Nebenkriegsschauplatz degradierten.

3.2.4 Postkoloniale Entwicklungen

Der Sudan wurde am 1.1.1956, mit einer, von den Briten ausgearbeiteten Übergangsverfassung, in die Unabhängigkeit entlassen. Darfur bemerkte von dieser Veränderung, nicht zuletzt durch die Entfernung zum Zentrum, wenig. Etablierte strukturelle Gegebenheiten der Kolonialherrschaft wurden unverändert übernommen und somit die Marginalisierung der Region verankert. Während im Norden der Baumwollanbau sowie britische Investitionen einen bescheidenen Wohlstand ermöglichten und bedingt durch die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten der Weg zur Etablierung eines Bürgertums und damit einhergehend politischer Strukturen vorgezeichnet war, sah die Situation im Darfur und im Landessüden gänzlich anders aus. Bildungsstätten waren kaum vorhanden, die wirtschaftliche Lage verheerend und der von Khartum nach der Unabhängigkeit fortgesetzte Zentralismus, welcher in Teilbereichen noch verschärft wurde, verstärkte die Unzufriedenheit an der Peripherie noch zusätzlich, wobei die Situation für den Süden sich noch schlechter darstellte als im

⁵⁴ Die NUP ist die älteste Partei im Sudan und rekrutierte ihren Führungskader zu dieser Zeit in erster Linie aus dem Norden und aus dem Niltal. Geschichtlich geht die Entstehung auf die Khatmiyya, einen islamischen Orden innerhalb des Sufismus zurück, welcher neben dem Mahdismus die zweite bedeutende islamische Sekte im Sudan war. Die Partei setzte sich vehement für die Einheit des Sudan und gegen die Autonomiebestrebungen des Südens ein und kooperierte eng mit den Briten.

Darfur (Mükusch 2008: 39ff). Nichtsdestotrotz setzte sich im Darfur, die bereits Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzende Assimilation an die herrschende Elite in Khartum und deren Werte unvermindert friedlich, und ohne äußeren Druck, fort (De Waal, Flint 2008: 13ff). Politisch waren die ersten Jahre der Selbstbestimmung von der Koalition der Umma⁵⁵ mit der NUP unter Premierminister Abdullah Chalil geprägt, deren Hauptanliegen die Einheit des Sudan und die Erstellung einer Verfassung, welche den Islam als Staatsreligion verankerte, waren (Warburg 2003: 144f). Die ersten Wahlen in der Unabhängigkeit wurden 1958 abgehalten und brachten der Umma einen Sieg über die NUP. Der Sudan befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits mitten in einer Staatskrise welche von eklatanten Rückschlägen in der Wirtschaftspolitik, der nicht funktionierenden Umsetzung politischer Strukturen, laufender Aufstände im Landessüden und sich hartnäckig haltender Gerüchte über eine mögliche Invasion durch Ägypten geprägt war. Bedingt durch die Unfähigkeit der Politik, die Situation zu bewältigen, wandte sich der Premierminister an das Militär. Die Folge davon war, dass die gewählte Regierung noch im selben Jahr praktisch widerstandslos zugunsten einer Militärdiktatur unter General Ibrahim Abboud abdankte (Sidahmed 2005: 30).

Die folgenden Jahre waren in erster Linie von Stagnation und von einem Arabisierungsb beziehungsweise Islamisierungskurs Abbouds geprägt, welcher in repressiven Maßnahmen vorwiegend gegen die Eliten im Südsudan abzielte (Mörz 2005: 9). Im Darfur verfestigte sich in dieser Periode zunehmend das Bewusstsein, lediglich Peripherie zu sein. An dieser Wahrnehmung sollte sich auch im Herbst 1964 nach der Wiederherstellung einer demokratischen Ordnung, als Folge massiver Bürgerproteste, wenig ändern. Bis zu Neuwahlen im Juni 1965 wurde eine Übergangsregierung eingesetzt, welche in erster Linie versuchte eine Aussöhnung des Südens mit dem Norden herbeizuführen. Als Sieger der Wahlen gingen erwartungsgemäß die Umma und NUP hervor womit grundlegende Veränderungen vordergründig hintangestellt wurden und der bestehende Kurs der Islamisierung, sowie laufende Autonomiebestrebungen grundsätzlich abgelehnt wurden. Traditionell hatte die Umma einen besonders hohen Wahlanteil im Darfur da deren politische Spitze auch dieser Region entstammt. Nichtsdestotrotz fühlte sich die Bevölkerung von „ihren“ Vertretern in Khartum im Stich gelassen da jegliche Verbesserungen der Situation ausblieben.

⁵⁵ *Umma* bedeutet frei aus dem arabischen übersetzt „Gemeinschaft“ beziehungsweise „Nation“ und steht hier für eine islamisch geprägte politische Partei im Sudan, deren politische Führung zu einem großen Teil von Nachfahren des Mahdis geprägt wird. Vgl. hierzu auch Warburg 2003:124ff.

„Die Anhänger der Mahdisten aus Darfur waren gerade gut genug, um in der Mahdi-Miliz als Speer- und Messerträger zu dienen, für die Umma-Partei zu stimmen und für einen Hungerlohn auf den Ländereien der ‚familieneigenen‘ Sekte zu arbeiten, hatten aber kein Recht, einen angemessenen Anteil am Etat der Regierung zu verlangen, zu deren Wahl sie entscheidend beigetragen hatten.“ (Prunier 2006: 57)

Eine zentrale Diskussion lösten die nach der Wahl beginnenden Erörterungen über den richtigen Verfassungstypus für den Sudan aus. Neben der Umma und der NUP beteiligte sich auch die in den 1960er-Jahren von mehreren Sufi-Orden gegründete, fundamentalistisch muslimische Islamic Charter Front (ICF), unter der Führung von Hasan al-Turabi, welche vehement für die Einführung eines islamischen Staates unter der Scharia eintrat. Dabei stieß die Version einer islamischen Verfassung nicht nur auf den zu erwartenden Widerstand aus dem Süden sondern auch aus Darfur und al-Bahr al-Ahmar⁵⁶, da selbst Muslime befürchteten, dass dadurch die Vorherrschaft Nordens und von Khartum weiter verfestigt und als unmittelbare Konsequenz daraus, die Marginalisierung von Bevölkerungsteilen im Landesosten, -westen und -süden verstärkt würde (Warburg 2003; 147ff). Dies war eines der ersten Indizien welches die beginnende Kluft zwischen Zentrum und Peripherie wiedergab und gleichzeitig den politischen Gebrauch des Islam durch Gruppierungen, welche sich um Macht und Reichtümer stritten und zugleich verwandtschaftlich verbunden sind, verurteilte. Den aulad-al-bahr, den Flussarabern, gelang es, ein Netzwerk verbunden durch familiäre Bande aufzubauen und innerhalb dieses Netzes die Aufteilung von Machtpositionen und Reichtümern im Land zu steuern und somit ein Zweiklassensystem im Land zu etablieren an deren Spitze sie selbst standen. Die Folge davon war unter anderem eine Differenzierung des Begriffes „Araber“. Als „Araber“ wurden nur mehr die Flussaraber welche die herrschende Elite bilden bezeichnet. Häufig findet für diese auch der Begriff aulad-al-beled, arabisch für die „Söhne des Landes“, Verwendung. Im Gegensatz dazu bürgerte sich der Ausdruck „eingeborener Araber“, „Stammesaraber“ beziehungsweise aulad-al-gharb⁵⁷ zur Benennung der nicht zur Führungselite gehörenden Bevölkerung ein (Prunier 2006: 58). Auf politischer Ebene wurde dieser zunehmenden Spaltung mit der Gründung der Darfur Development Front (DDF) durch Ahmed Ibrahim Diraige⁵⁸ Rechnung getragen. Eine ausschlaggebende Rolle für die noch bevorstehenden

⁵⁶ Die Region östlich des Nils und westlich des Roten Meers

⁵⁷ Aus dem arabischen; sinngemäß „Söhne des Westens“

⁵⁸ Ahmed Ibrahim Diraige ist der Sohn eines Führers der Fur und er gründete die DDF auf Basis einer ausschließlich regionalen Ausrichtung, mit dem Ziel, so die Auswirkungen des Zentrum-Peripherie-Gefälles mildern zu können. Die DDF verstand sich als eine Partei für alle Menschen des Darfur unabhängig einer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit (Bashir 1982: 127).

Entwicklungen sollte der Umma-Partei zukommen welche sich 1961, nach dem Tod von Siddiq Abd Ar-Rahman, mit Streitigkeiten um dessen Nachfolge konfrontiert sah, die in weiter Folge dazu führten, dass die Partei sich 1966 in zwei Lager aufspaltete. Eine Fraktion der Umma verblieb unter der Führung von Sayyid Sadiq al-Mahdi, während eine andere sich unter dessen Onkel Imam al-Hadi al-Mahdi sammelte. Darfur war traditionell eine Hochburg der Umma weshalb der Kampf um Wählerstimmen hier am Vehementesten erfolgte (Böcker 2009: 60). Ausgehend von demographischen Überlegungen im Darfur, schloss Sadiq al-Mahdi, aus wahltaktischem Kalkül, ein Bündnis mit der Darfur Development Front, um sich so die Stimmen der Fur sowie anderer „afrikanischer“ Gruppen sichern zu können. So in die Enge getrieben, blieb al-Hadi al-Mahdi nur, sich auf „arabische“ Stämme zu konzentrieren. Bedingt durch die miteinander eng verknüpften Wählerschaften trachteten beide Fraktionen aus wahltaktischen Überlegungen danach „[...] die rassistisch-kulturelle Rhetorik, die damals bereits im Ansatz bestand, überzubetonen.“ (Prunier 2006: 59) Die Wahl im Darfur brachte letztlich den erhofften Erfolg für Sadiq al-Mahdi aber der Preis war hoch, da mit der erfolgten Ethnisierung der Politik im Zuge des Wahlkampfes der Boden für kommende Konflikte aufbereitet wurde.

Gleichzeitig mit innerparteilichen Grabenkämpfen der Regierungsparteien und Machtkämpfen innerhalb der Regierung erfolgte eine zunehmende Internationalisierung des Nord-Süd-Konfliktes. Der Norden versicherte sich der Unterstützung Libyens, Ägyptens und Russlands in ihrem Kampf gegen die Rebellengruppen aus dem Süden, während diese ihrerseits massive Unterstützung von israelischer Seite fanden (Mückusch 2008: 44f). Die so entstandenen Wirren nützte General Dschafar Mohammed al-Numeiri am 25. Mai 1969 um die amtierende Regierung in einem Militärputsch zu entmachten und sich selbst an die Spitze eines Militärrates zu setzen.

3.2.4.1 Die Herrschaft von al-Numeiri

Al-Numeiri veranlasste bereits kurz nach seiner Machtübernahme die Verhaftung von Angehörigen der Führungsspitzen der Parteien und erließ ein Verbot für jegliche politische Parteien und Bewegungen. Arbeiten an der Verfassung fanden ein jähes Ende und jeglicher politische Prozess endete mit der Etablierung eines Einparteiensystems, mit der Sudanese Socialist Union (SSU) als einzige legitime Partei, abrupt (Salih 2005: 7). Die folgende Militärherrschaft wurde von der Ideologie des Sozialismus geprägt

welche Anfang der 80er-Jahre von einer zunehmenden Islamisierung abgelöst werden sollte (Mörz 2005: 6f).

Das libysche Staatsoberhaupt Muammar Gaddafi welcher als Vertreter des Panarabismus, und im Glauben an die arabische Überlegenheit⁵⁹, bereits tschadische Rebellengruppen bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützte, bot auch Numeiri seine Hilfe an da er unmittelbar nach dessen Machtergreifung gleiche Interessen zu erkennen glaubte. Nachdem Numeiri 1972 allerdings dem Süden weitreichende Autonomien zusicherte, welche das Ende eines beinahe 17 Jahre andauernden Konfliktes bezeichnete, zog Gaddafi jegliche Angebote zurück und begann im Gegenzug dazu im Darfur mit der Förderung „[...] einer militant, rassistischen, panarabischen Organisation, die den ‚arabischen‘ Charakter der Provinz betonen sollte“, welche sich *Tadschammu al-arabi*⁶⁰ nannte (Prunier 2006: 64). Nach der Freilassung Sadiq al-Mahdis aus dem Gefängnis fand dieser im libyschen Präsidenten rasch die notwendige Unterstützung im Kampf gegen das Militärregime. Er baute von Tripolis aus eine breite Oppositionsfront auf unter welcher die Democratic Unionist Party DUP, bestehend aus NUP und der People Democratic Party (PDP)⁶¹ sowie die Islambruderschaft ICF kooperierten. 1976 stieß schließlich eine in Libyen ausgebildete und mit militärischer Ausrüstung versehene, von der Tadschammu al-arabi im Darfur rekrutierte Miliz mit etwa 1200 Kämpfern, über den Südosten Libyens gegen Khartum vor. Es gelang ihnen kurzfristig die Stadt zu besetzen bevor sie in einem Gegenschlag vernichtend geschlagen wurden. Es kam zu Hinrichtungen unter den Gefangenenommenen und zu einer Hexenjagd nach Sympathisanten in Darfur. Ein Jahr später startete Numeiri einen Prozess der Versöhnung in dessen Verlauf er seine politischen Gegner und die Angehörigen ihrer Gruppierungen aufforderte, wieder in den Sudan zurückzukommen (Prunier 2006: 64ff, 71). Einer davon war Turabi; der Führer der ICF schloss ein Jahr nach der misslungenen Invasion seinen Frieden mit Numeiri verfolgte aber insgeheim seine Ziele weiter indem er eine islamistische Basis innerhalb der Streitkräfte etablierte (De Waal, Flint 2008: 22f). Nichtsdestotrotz trachtete Numeiri nach Vergeltung für die Rolle Gaddafis in der Angelegenheit, sodass er unverzüglich mit der militärischen

⁵⁹ Diese Einstellung sollte sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte drastisch ändern, als er sich nach erfolglosen Versuchen in der arabischen Welt eine Vormachtstellung zu erreichen, von dieser abwandte, sich auf seine afrikanischen Wurzeln berief, und fortan vehement als Sprachrohr Afrikas auftritt.

⁶⁰ Arabisch für „Arabische Union“

⁶¹ Die PDP spaltete sich ursprünglich von der säkular orientierten NUP ab und war stärker religiös ausgerichtet. Ende der 60er-Jahre einigten sich beide Fraktionen darauf, künftig wieder gemeinsam, bezeichnet als Democratic Unionist Party (DUP), unter der Führung Azharis, vorzugehen. Dennoch finden sich in der Literatur häufig auch über diese Jahre hinaus die Bezeichnungen NUP und DUP.

Unterstützung Habrés im Tschad begann, welcher vehement gegen Libyen mobil machte. In der Folge als Habrés FAN den Darfur als logistische Basis, Aufmarsch- und Rückzugsgebiet zu nutzen begannen, wurden sie unter der lokalen Bevölkerung zu einem ungern gesehenen Gast. Anhand der zuvor beschriebenen Rekrutierung für die *Tadschammu al-arabi* und der darauf folgenden Nutzung des Darfur als Raum für den Vergeltungsplan Numeiris lässt sich die der Provinz anheim fallende Rolle der folgenden Jahrzehnte festmachen. Nämlich jene, als relevanter Raum für die Hemmung beziehungsweise Unterstützung von Khartums Regionalpolitik einerseits und unter Einbeziehung des Osttschads, als zunehmend ethnisch und religiös motiviertes Gefechtsfeld im Spannungsfeld Libyen-Tschad-Sudan andererseits. Verschärfend für die Situation im Darfur wirkte sich zu dieser Zeit bereits der zunehmende ökologische Wandel aus, welcher im Zuge der zunehmenden Versteppung die ohnehin knappen Ressourcen weiter reduzierte und die Bevölkerung vor massive Probleme stellte. Sinkende Niederschlagsmengen, welche wie De Waal (2005: 83) beschreibt von 1976 bis 1986 um etwa ein Drittel rückläufig waren, betrafen die ganze Provinz, zeigten ihre verheerenden Auswirkungen aber besonders im ohnehin regenarmen Norden wo weite Gebiete letztlich nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden konnten, und die Provinzverwaltung mit einer, unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen kaum zu bewältigenden, Herausforderung konfrontierte. 1980 erließ Numeiri den Regional Government Act welcher sowohl legislative, politische und bürokratische Aspekte regelte und verwaltungstechnisch die Region Darfur in die Provinzen Nord- und Süd-Darfur gliederte (Gordon 1986: 24ff). Die Vorsitzenden einer Region beziehungsweise Provinz sollten bestimmungsgemäß eben jenem Raum entstammen welchen sie auch verwalteten, mit dem Ziel Bedürfnisse der Bevölkerung, zum Einen erkennen zu können und zum Anderen angepasste Lösungen zu finden. Einzige Ausnahme bildete die Region Darfur an deren Spitze ein Militär aus dem Niltal stand, welcher unter anderen die wichtige Aufgabe hatte tschadische Kämpfer im Darfur zu überwachen. Die Darfurer reagierten mit heftigen Protesten welche dazu führten, dass Numeiri, welcher nicht bereit war Störungen seiner antilybischen Operation zu riskieren, Ahmed Ibrahim Diraiqe ins Amt berief (Harir 1994: 158; Prunier 2006: 67ff). Diraiqe sammelte ein Kabinett aus Technokraten um sich und versuchte bei der Personalauswahl der Dichotomie Araber und Afrikaner, in welcher er eine wesentliche Herausforderung in der Zukunft erkannte, gerecht zu werden, indem er danach trachtete Vertreter aller ethnischen Gruppen in seine Arbeit zu inkludieren (Middleton, O'Keefe 2006: 547).

Nachdem sich 1983 die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser im Darfur zuspitzte und Hilfe von der Zentralregierung nach wie vor ausblieb, ging Diraige nach Khartum um das persönliche Gespräch mit dem Präsidenten zu suchen. Numeiri reagierte cholerisch und verwies Diraige des Raums. Kurze Zeit später entging Diraige, da er nach Saudi-Arabien flog, nur knapp den Folgen seiner seitens der Regierung in Khartum unerwünschten klaren Worte, sprich seiner geplanten Verhaftung (Prunier 2006: 71ff). In darauffolgenden Gesprächen mit Vertretern der internationalen Presse wurde das Problem Anfang 1984, als eine Leugnung nicht mehr möglich war, wiederholt heruntergespielt aber spätestens im Herbst desselben Jahres beziehungsweise 1985 war das tatsächliche Ausmaß der Situation nichtmehr zu beschönigen. Zwischen fünf und sieben Millionen Menschen sahen sich mit der Hungersnot konfrontiert, 50.000-150.000 erlagen den Folgen der Unterernährung, Schätzungen gingen von einem Fehl von ca. 1.9 Millionen Tonnen Getreide im Jahr aus und die Zahl der Binnenflüchtlinge stieg von Tag zu Tag (Boyd 1985; Bush 1988: 6). Die Situation, welche weltweit große Bestürzung auslöste, konnte mit internationaler Hilfe, vorneweg die USA⁶² eingedämmt werden blieb aber als Beleg für das Versagen Khartums im Bewusstsein der Bevölkerung Darfurs verankert. Die „Araber“ haben sich nicht um das Leid der Menschen Darfurs gekümmert welches ihr „afrikanischer“ Gouverneur zu verhindern suchte. So kamen nach und nach neue Aspekte hinzu welche letztlich zu einem Verfestigen von Fronten und einem Aufschaukeln der Lage beitrugen. Zudem veränderten Flüchtlingsbewegungen nachhaltig die demographische-ethnische Verteilung im Darfur. Generell zeichnete sich eine Abwanderung in den niederschlagsreicheren Süden ab, wodurch sich ein weiterer Raum für Spannungen auftrat. Für Numeiri bedeute die Krise das Ende seiner Amtszeit. Studenten und Gewerkschaften, welchen sich als der Umsturz bereits absehbar war, zwecks Interessenswahrung, noch Militärs anschlossen, vereinigten sich und stürzten nach fünf Tage dauernden Straßenkämpfen am 5. April 1985 das Staatsoberhaupt, welches die Flucht nach Ägypten antrat. Eine Übergangsregierung wurde eingesetzt und Wahlen für das nächste Jahr anberaumt, womit im Machtkampf um die Vorherrschaft ein neues Kapitel aufgeschlagen wurde (Salih 1990: 200f).

⁶² Die USA sahen damals im Sudan einen engen Verbündeten im Kampf gegen die Diktatur Gaddafis als auch den Kommunismus Äthiopiens (Prunier 2006: 72f).

3.2.4.2 Regierungsbildung und die folgende Machtübernahme al-Bashirs

Der bevorstehende Urnengang erhöhte die Bedeutung Darfurs wieder schlagartig, bildete die Region immerhin den größten zusammenhängenden Wahlblock im Sudan. Dieser Tatsache war sich Sadiq al-Mahdis UMMA durchaus bewusst. Darüber hinaus plante Sadiq aber auch die Instrumentalisierung der Region zum Lukrieren von Wahlkampfgeldern, welche aus Libyen kommen sollten. Wie Prunier (2006: 74) bemerkt betrachtete Gaddafi

„[...] Darfur immer noch als Sprungbrett in den Tschad und von da aus zu einem großen sahel-arabischen Reich .. . Dies ermöglichte es Sadiq, ihn mit dem Versprechen zu ködern, Darfur für einige Millionen Dollar an Wahlkampfgeldern an Libyen abzutreten, ohne im Geringsten daran zu denken, diese Abmachung jemals einzuhalten.“

Die Wahlen, welche infolge des 1983 wiederaufgeflamten Bürgerkriegs im Süden ohne dessen Beteiligung abgehalten wurden⁶³, brachten, sowohl im Darfur als auch im Sudan, den erwarteten Erfolg für Sadiqs UMMA. Sadiq koalierte im Anschluss mit al-Turabis National Islamic Front (NIF)⁶⁴ und der DUP womit sich eine erdrückende Mehrheit von 81 Prozent zu Gunsten der religiös orientierten Parteien ergab. Die Regierung, welche beunruhigt von militärischen Vorstößen, der 1983 im Süden gegründeten Sudan People's Liberation Army (SPLA)⁶⁵, in den Kordofan war, entsandte den Verteidigungsminister General Fadlalla Burma Nasir nach Darfur, wo es bereits erste Widerstände von Wehrpflichtigen gegeben hatte welche sich weigerten gegen ihre Brüder zu kämpfen. Der Verteidigungsminister hatte in erster Linie den Auftrag arabische Stämme im Darfur und im Kordofan, als parastaatliche Milizen im Kampf gegen die SPLA zu mobilisieren⁶⁶. Sie wurden mit Waffen und militärischen Versorgungsgütern aus Khartum und aus Libyen versorgt, und im Gegenzug wurde ihnen versprochen alle Besitzungen jener Nuba und Dinka, welche im Verdacht standen die SPLA zu unterstützen, einbehalten zu dürfen (De Waal, Flint 2008: 21, 23; Prunier 2006: 82). „*Known in official parlance as ‚friendly forces‘ and locally as Murahaliin*

⁶³ Die Ursache dafür war Numeiris Rückkehr zu einer Islamisierung des Landes, welche sich beispielsweise in der auf Drängen der UMMA eingeführten Schari'a äußerte und damit die Rückkehr in den Bürgerkrieg einläutete (Salih 1990: 212).

⁶⁴ Vor den Wahlen erfolgte unter Beibehaltung der politischen Ausrichtung eine Umbenennung der ICF auf NIF. Der Grund dürfte lediglich die versuchte Wiederbelebung der Bewegung gewesen sein.

⁶⁵ Die SPLA ist der militärische Arm der ebenfalls 1983 von John Garang ins Leben gerufenen Sudan People's Liberation Movement (SPLM). Verbreitet ist auch die Bezeichnung SPLA/M welche beide Institutionen umfasst. Spätestens mit der Gründung der SPLA/M zeigte sich auch ein Wandel der Argumentation südsudanesischer Eliten von Sezessionsbestrebungen hin zu einer Verbesserung der Gesamtsituation im Sudan, wodurch nicht zuletzt auch andere Ethnien zum Kampf gegen die Zentralregierung motiviert werden sollten.

⁶⁶ Massive Unterstützung erfuhr er dabei von Sadiq al-Mahdi (Peter 2004: 16).

(nomads) or Fursan (horsemen), these militias became synonymous with atrocity.” (De Waal, Flint 2008: 23). Hauptsächlich setzten sich die Murahaliin aus Angehörigen der Ansar und Baggara zusammen⁶⁷ (Mamdani 2009: 223). Die Gräueltaten welche von diesen Milizen verübt wurden, richteten sich dabei nahezu ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung und nicht gegen die SPLA. Profitgier war bald die vordergründige Motivation für deren Aktionen und begründete schließlich einen neuen Teufelskreis der Gewalt, da es nur eine Frage der Zeit war bis die Opfer sich ihrerseits zu wehren begannen (O’Fahey 1996: 265).

Unterdessen setzte Libyen sein Engagement im Darfur fort und sprach von der Annektierung als einzigem Weg um den Frieden in der Provinz wiederherzustellen. Sadiq welchem dieses Vorgehen zwar zunehmend missfiel wurde von Gaddafi, unter Bezugnahme auf ihren Handel und mit der Gewährung neuer Waffenlieferungen, aber wiederholt in die Schranken gewiesen (Prunier 2006: 83ff). Hinzu kamen zunehmend Kämpfe der tschadischen Armee mit tschadischen Rebellen, unterstützt von libyschen Kräften im Grenzgebiet, in deren Folge die Bevölkerung Darfurs wiederholt Vergeltungsmaßnahmen durch Habrés Kämpfer erdulden musste, sowie laufend Gefechte zwischen der tschadischen Rebellenorganisation CDR, welche von lokalen Arabern unterstützt wurde, und den Fur-Stämmen. Als direkte Maßnahme auf diese Gegebenheiten kam es zur Aufstellung einer Miliz der Fur, welche 1988 bereits eine Stärke von 12.000 Kämpfern erreicht hatte, und welche vom im Exil lebenden Diraige mit der Organisation militärischer Ausrüstung unterstützt wurde (Prunier 2006: 88f). Die Situation im Darfur wurde immer verworrener und die Anzahl der involvierten Gruppierungen, beziehungsweise Milizen immer größer, sodass es bereits schwierig wurde zu sagen, wer letztlich gegen wen kämpfte. Lediglich die sudanesishe Armee beteiligte sich nicht an Gefechten da diese in ihrem Kampf gegen die SPLA über keinerlei zusätzliche freie Ressourcen verfügte.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Regierung die Situation weitgehend entglitt und diese durch die Einflussnahme externer Akteure zusehends an Eigendynamik gewonnen hatte. Ein Zustand der, durch interne Streitigkeiten und die fragile Partnerschaft der Opposition, welche 1987 innerhalb nur weniger Monate, zweimal auseinanderbrach und dazu führte, dass die sudanesishe Regierung für nahezu ein Jahr in wichtigen Fragen nicht entscheidungsfähig war, die Lage zusätzlich

⁶⁷ Bei beiden Gruppen handelt es sich um arabische Viehzüchter welche im Vergleich zu anderen vergleichbaren Gruppen historischen Anspruch auf das Land haben auf welchem sie leben.

verschärfte (Salih 1990: 202ff). Hauptgründe für das Nichtfunktionieren der politischen Allianz waren zum Ersten opportunistische Sichtweisen der Parteiführung und damit einhergehende mangelnde Fähigkeit zur Konsensfindung und zum Zweiten die Uneinigkeit in der zentralen Frage des Arabisierung- und Islamisierungskurses, welcher im engen Zusammenspiel mit dem Nord/Süd-Konflikt zu sehen war (Mörz 2005: 13).

Nach einer zwischenzeitlichen Entspannung erreichte die Krise im November 1989 einen erneuten Höhepunkt, als die DUP mit der SPLM ein vorläufiges Friedensmemorandum unterzeichnete, dessen Anerkennung von den anderen Oppositionsparteien strikt abgelehnt wurde. Das politische Klima war zusehends von politischen Intrigen durchsetzt in welcher jede Partei für sich alleine stand. Ein möglicher Putsch war nur noch eine Frage der Zeit. Am 30. Juni 1989 war es dann soweit, eine Gruppe aus Offizieren, welche der NIF nahestanden, unter dem Kommando von Oberst Omar Hassan al-Bashir stürzte die Regierung und setzte sich selbst an die Spitze des Staates (Prunier 2006: 93). Die bestehende Mehrparteienregierung wurde umgehend durch das Revolution Command Council (RCC) ersetzt, Parteien, Gewerkschaften und sonstige Interessensgemeinschaften wurden verboten, deren Besitzungen beschlagnahmt und die Führer interniert, für die Presse notwendige Lizenzen wurden eingezogen und der Notstand ausgerufen. Al-Bashir wurde in Personalunion zum Präsidenten, Premierminister, Vorsitzenden des RCC, Verteidigungsminister und zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt (Salih 1990: 221ff). Bezüglich der Involvierung al-Turabis in den Putsch gibt es noch zahlreiche Ungereimtheiten beziehungsweise Spekulationen. Fest steht, dass al-Turabi seine Beteiligung am Umsturz verneinte und offiziell bis Jänner 1990 unter Arrest stand, jedoch in der Nacht an den politischen Sitzungen der neuen Regierung teilnahm.

„The NIF's ideology and political programme were implemented by President Bashir and his fellow-officers, while al-Turabi and his colleagues soon became the power behind the throne and many of them assumed leading positions both in the Civil Service and in academia.” (Warburg 2003: 206).

Prunier (2006: 93f) sieht in den Widersprüchen eine Vorsichtsmaßnahme der Junta, welche zu verschleiern versuchte, dass es sich um fundamental islamisches Regime handelte, um sich ungestört etablieren zu können. Das RCC von al-Turabi angeleitet, verfolgte in den kommenden Jahren einen fortschreitenden Kurs der Islamisierung, welcher Kampagnen gegen Andersgläubige miteinschloss und zunehmend eine ideologische Annäherung an den Iran brachte (Warburg 2003: 209). Al-Turabis religiöser Eifer verleitete ihn häufig zu einer weniger pragmatischen Politik als Bashir

sie vertrat. So beispielsweise als er sich nach der irakischen Besetzung Kuwaits für Saddam Hussein aussprach, und damit Tür und Tor für islamische Militanten der ganzen Welt öffnete und den Sudan in die politische Isolation manövrierte (De Waal, Flint 2008: 6)⁶⁸.

Das Verhältnis zu Libyen war nach wie vor durch eine Abhängigkeit hinsichtlich militärischen Geräts geprägt was Bashir im März 1990 dazu veranlasste, eine völlige Vereinigung des Sudans mit Libyen, binnen der nächsten vier Jahre zu verkündigen (Prunier 2006: 95f). Es folgten unzählige Reformen eine derer die Aufstellung der Popular Defense Forces (PDF) war, welche den finalen Schritt zur Militarisierung der Zivilbevölkerung markierte. Bashir sah in den PDF eine Kaderschmiede die sich aus arabischen Stammesmilizen, vorwiegend aus dem Darfur und dem Kordofan, Beamten und Freiwilligen der NIF zusammensetzte, welche bei Bedarf durch Zwangsrekrutierungen ergänzt wurden und vorwiegend an der Front im Südsudan eingesetzt wurden (Lesch 1998: 135f).

Die Lage im Darfur erfuhr 1989 zwar eine kurzfristige Entspannung als Stammesführer eine Konferenz der Versöhnung initiierten, deren Fragilität zeigte sich aber bereits wenige Monate später als nach erneuten Waffenlieferungen Libyens an arabische Stammesmilizen, die Kämpfe erneut aufflammten. Unterdessen machte sich die sudanesishe Unterstützung Debys, dem es gelang Habré zu stürzen, bezahlt, da der Sudan an seiner zerrütteten Westgrenze ein Khartum verpflichtetes Regime bekam. Die Hoffnung, dass mit dem tschadischen Umsturz alle tschadischen Gruppierungen Darfur verlassen würden ging aber nicht auf. 1991 wurde die Verantwortung für Darfur al-Tayeb übertragen, der nach einem weitgehenden Abzug der libyschen Truppen und der tschadischen Rebellen bereit war, auch mit Gewalt die Ordnung in der Provinz wiederherzustellen. Das Ergebnis war zwar eine scheinbare Ruhe im Darfur welche allerdings einer näheren Betrachtung nicht standhielt da Probleme und Spannungsfelder keiner Lösung zugeführt wurden und ungebrochen weiterexistierten. Hinzu kamen 1994 Verwaltungsreformen welche zu einer Dreiteilung des Darfur in die Bundesstaaten Nord-, Süd- und Westdarfur bedeutete, sowie eine weitgehende Wiederherstellung

⁶⁸ Anfang der 90er Jahre wurden unter anderem von hochrangigen Angehörigen des sudanesischen Sicherheitsapparat, allen voran der Nafie Ali Nafie, dem Leiter des Auslandsnachrichtendienstes, Trainingscamps für internationale Jihadisten betrieben. Nachdem die Spuren, der für einen Attentatsversuch auf den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak Verantwortlichen in den Sudan führten, und der Sudan infolgedessen vom UN-Sicherheitsrat als Unterstützer des internationalen Terrorismus gebrandmarkt wurde, ergriff Bashir Maßnahmen. Militante Ausländer, wie beispielsweise Osama bin Laden, wurden des Landes verwiesen und intern kam es zu Maßregelungen und strikten Vorgaben (De Waal, Flint 2008: 28f).

tribaler Verwaltungsstrukturen auf Kosten der bestehenden Strukturen. Das verfolgte Ziel bei der Revitalisierung tribaler Strukturen war es al-Turabis nach wie vor bestehenden Einfluss auf die UMMA und die DUP, deren Angehörige als gebildete Elite in Verwaltungsbehörden Verwendung fanden, einzudämmen (Gray, Kevane 1995: 275f). Dies funktionierte aber nur eingeschränkt, da die Gouverneure weiterhin von der Zentralregierung bestimmt wurden und diese die autochthone Struktur mittels der Einsetzung Verwandter und Freunde überlagerten, was zu Protesten der Bevölkerung führte (Prunier 2006: 102). Die Teilung des Darfur in drei Verwaltungsbezirke ging einher mit der Teilung von Darfurs größter ethnischer Gruppe, der Fur, sowie Umverteilungen von Land, welches ursprünglich den Masalit gehörte, zugunsten arabischer Gruppen. Beide Maßnahmen veranlassten die betroffenen Gruppen, Milizen, basierend auf historischen Mustern welche grundsätzlich der Jagd oder der Kommunalarbeit dienten, aufzustellen. Es folgten Guerillaaktionen welche von der Regierung mit massiven Vergeltungsschlägen beantwortet wurden (Mamdani 2009: 197f). Nachdem Bashir Ende 1993 das RCC aufgelöst hatte fanden 1996 die ersten Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen fernab jeglicher demokratischer Grundlagen statt, welche die zu erwartende Bestätigung der vorherrschenden politischen Landschaft brachte.

Der nächste große politische Schritt erfolgte 1998 mit der Verabschiedung der Verfassung welche auf den Grundfesten des Islam basierte, fortan jedoch wieder ein Multiparteiensystem und damit die Rückkehr der sudanesischen Parteien welche nahezu ein Jahrzehnt im Exil weitergeführt wurden, erlaubte. Ungeachtet dessen betrachtete die Opposition die gemachten Änderungen, welche aus Sicht der Regierung, den demokratischen Prozess fortsetzen sollten, als unzureichend (Warburg 2003: 213ff). Al-Turabi welcher seinen Einfluss seit der Machtergreifung Bashirs konsequent ausbaute, versuchte sich 1999 selbst die Präsidialmacht mittels Parlamentsbeschluss zu sichern. Bashir reagierte unverzüglich, rief den Ausnahmezustand aus, löste das Parlament auf und enthob al-Turabi jeglicher Kompetenzen. Hochrangige politische Funktionäre standen am Scheideweg, da sie sich für eine der beiden Seiten entscheiden mussten. Der Bedeutendste war Vizepräsident Ali Osman Mohammed Taha welcher Bashir vermutlich schon im Vorfeld unterstützte. Der Bruch zwischen Bashir und al-Turabi resultierte in weiterer Folge auch im Ende der NIF, welche sich in die National Congress Party (NCP), unter dem Vorsitz von al-Bashir und die von Turabi geleitete Popular Congress Party (PCP) splittete (Weber 2008: 77). Al-Turabi war damit aber

nicht zu einer Nebenrolle degradiert, sondern blieb ein Machtfaktor da er nachwievor über potente Geldgeber und Einfluss auf die arabischen Milizen (PDF) verfügte. Darüber hinaus konnte Bashir zwar die Mehrheit der Funktionäre im Niltal und in Khartum für sich gewinnen, aber die Parteikader der Provinzorganisationen, unter anderen auch des Nord-, Süd- und Westdarfurs, standen mehrheitlich loyal zu al-Turabi. Die Situation wurde immer absurder da die PCP sofort als Opposition zur NCP aktiv wurde und alles anprangerte, was sie zuvor gemeinsam innerhalb der NIF noch mitgetragen hatte (Prunier 2006: 112f).

Im Mai 2000 tauchten, ausgehend von der Moschee in Khartum, überall Kopien eines Buches, des sogenannten kitab-al-aswad⁶⁹ (The Black Book: Imbalance of Power and Wealth in Sudan) auf. Das Werk, welches ohne Angabe des Urhebers⁷⁰ unter die Bevölkerung gebracht wurde, beinhaltete eine Analyse der Situation im Sudan seit der Unabhängigkeit. Es wurde dokumentiert, wo die politische und wirtschaftliche Macht im Land liegt, wie seit dem Abzug der Briten drei ethnische Gruppierungen, welche an den Nilufern nördlich Khartums beheimatet sind, die Geschicke des Landes dominieren, nämlich die Ja'aliyin, die Shaygiyya und die Danagla. Zum Zeitpunkt der Publikation gehörte beispielsweise der Präsident der ersten, der Vizepräsident der zweiten und der Verteidigungsminister der dritten Ethnie an.

„Their meticulous statistics [jene der Verfasser] proved what everyone knew but never articulated: that the vast majority of government positions in Khartoum, from cabinet ministers to their drivers and all the bureaucracy in between, were held by members of three tribes which represented only 5.4 per cent of Sudan's population. Demanding 'justice and equality', time and again, the Black Book showed that northerners were overwhelmingly dominant in the police and military hierarchy, the judiciary, provincial administrations, banks and developmental schemes.” (De Waal, Flint 2008: 16f)

Die Publikation brach ein Tabu und führte in weiterer Folge zu Protesten und Unruhen welche allerdings keine Gefährdung für das Regime bedeuteten, und wenige Monate später im Dezember 2000 wurde al-Bashir bei Wahlen welche die Opposition mehrheitlich boykottierte, im Präsidentenamt bestätigt. Eine weit größere Bedrohung stellte ein am 19. Februar 2001 in Genf unterzeichnetes Memorandum, zwischen der SPLM/A und der PCP dar, welche sich auf ein gemeinsames friedliches politisches

⁶⁹ Einsehbar auf der Homepage der Justice and Equality Movement (JEM) unter http://www.sudanjem.com/2004/sudan-alt/english/books/blackbook_part1/book_part1.asp.htm

⁷⁰ Das Werk geht auf eine Gruppe zurück welche sich selbst als „The Seekers of Truth and Justice“ bezeichnete. Darüber hinaus wird der Führer der JEM Khalil Ibrahim häufig mit der Urheberschaft in Verbindung gebracht, allerdings gilt dies nicht als bewiesen. Entstanden dürfte das Buch bereits Anfang der 90er-Jahre sein.

Vorgehen gegen die Regierung verständigten, da die Folgerung aus dieser Bündelung von einander antagonistischen Polen innerhalb der politischen Landschaft des Sudans zwangsläufig nur im Versuch die Regierung zu stürzen resultieren konnte, handelte die Regierung ohne zu zögern. Al-Turabi wurde verhaftet, später, da al-Bashir keine gewaltsamen Auseinandersetzungen wollte, unter Hausarrest gestellt. Al-Turabi gelang es mit dem Abkommen zwar den Präsidenten unter Druck zu setzen, er war sich aber dennoch bewusst, dass in der von ihm gewählten Allianz die SPLM/A aufgrund ihrer militärischen Stärke, tonangebend war. Der Schluss lag auf der Hand, dass die PCP um zumindest als gleichberechtigter Partner wahrgenommen zu werden, einen militärischen Arm ausprägen musste (Prunier 2006: 114f). Hier kam Darfur ins Spiel wo zwischenzeitlich die Unzufriedenheit der Bevölkerung ein noch nicht dagewesenes Ausmaß erreicht hatte und al-Turabis Bruch mit der Regierung ihm Sympathien einbrachten.

Etwa zeitgleich dürfte der Grundstein des bewaffneten Widerstandes in Darfur gelegt worden sein als eine Gruppe der Fur und Zaghawa, zu welchen etwas später auch die Masalit stießen übereinkamen, gemeinsam gegen die Zentralregierung vorgehen zu wollen. Das Vorhaben wurde erst später publik gemacht als die notwendige politische und logistische Basis geschaffen und die notwendige Ausbildung⁷¹ abgeschlossen wurde (De Waal, Flint 2008: 82f). Erste militärische Aktionen gegen staatliche Stellen, Verwaltungseinrichtungen und Dörfer begannen, Ende Februar 2002 sah die Regierung in ihnen zwar eine ernstzunehmende Bedrohung der öffentlichen Sicherheit welche bekämpft werden musste, betrachtete die Urheber aber weiterhin als unorganisierte Banditen. Diese Sichtweise lässt sich angesichts der zu dieser Zeit stattfindenden Friedensgespräche zwischen der Regierung und der SPLM/A, welche zu einer damit einhergehenden Marginalisierung aller anderen Konfliktherde führten, erklären.

Am 26. Februar 2003 eroberten Kämpfer, welche sich selbst als Angehörige der Darfur Liberation Front (DLF) bezeichneten, unter dem Kommando von Abdel Wahid Muhammad al-Nur, einem Fur, und Minni Arkuwa Minnawi, einem Zaghawa, Gulu, die Hauptstadt der Provinz Jebel Marra im Westdarfur. In einem Statement welches nur kurze Zeit nach dieser militärischen Aktion erfolgte verlautbarten die DLF ihre

⁷¹ Die Ausbildung übernahmen Zaghawa, welche den tschadischen Präsidenten Deby von seinen Basen im Darfur bis zur Machtübernahme in N'Djamena begleitet hatten, und anschließend wieder in den Sudan zurückkehrten.

Umbenennung in Sudan Liberation Army (SLA) beziehungsweise Movement (SLM)⁷² (Mamdani 2009: 249ff, 254). Die Umbenennung der Bewegung erfolgte, um diese auf eine breitere politische Basis zu stellen und das mögliche Rekrutierungsbecken über die Grenzen Darfurs hinaus zu verlagern. Zeitgleich beanspruchte Khalil Ibrahim, Islamist und Freund von al-Turabi, den Verdienst die Revolte initiiert zu haben für seine bis dato kaum bekannte Bewegung, die Justice and Equality Movement (JEM), relativierte diese Behauptung aber wieder indem er schließlich angab, dass die JEM und die SLA kooperiert hatten. Fakt war, dass die JEM die SLA hauptsächlich in deren Schwachpunkten, nämlich in Fragen der Finanzierung und der Logistik unterstützte (Prunier 2006: 124f). Wie die SLA setzte sich die JEM aus einem Konglomerat verschiedener ethnischer Gruppen zusammen, von denen die Zaghawa Kobe⁷³ und die Meidob den größten Teil stellte. Beiden Organisationen war gemein, dass sie keine Separationstendenzen im Darfur verfolgten sondern einen geeinten demokratischen Sudan anstrebten, in welchem „Gleichheit und Gerechtigkeit“ die Fundamente bildeten. Dann hören die Gemeinsamkeiten aber bereits auf, da die SLA⁷⁴ für eine Säkularisierung und die Trennung von Religion und Staat eintreten, während die JEM die Frage des Islam in ihren Programmen ausklammert, jedoch, bedingt durch ihre Wurzeln in der NIF liegt der Schluss nahe, dass ein Kurs in Anlehnung an al-Turabi verfolgt werden würde (Salih 2005: 14-17). Die Allianz beider Organisationen war zweifelsfrei vorhanden, jedoch oft von Richtungsstreitigkeiten und Konkurrenzdenken geprägt, weshalb sie vorwiegend lose verlief und im Großen die Probleme widerspiegelte welche beide Organisationen auch intern beschäftigte. De Waal (2008: 95) beschreibt dies folgendermaßen am Beispiel der SLA:

„The SLA emerged into the political arena as a marriage of convenience rather than of conviction – a coming together of tribally organized armed groups on the basis of what united them, with very little discussion of what divided them. It was a recipe for disaster.”

Die JEM sah sich mit denselben Schwierigkeiten konfrontiert, jedoch aufgrund ihrer homogenen Zusammensetzung in einem geringeren Ausmaß als die SLA. Hinzu sollte ein weiterer Vorteil der JEM kommen nämlich, dass dieser, da der innere Kreis

⁷² Die Bezeichnung einerseits als SLA und andererseits SLM, erfolgte analog zur SPLA und soll einem militärischen und einem politischen Arm Rechnung tragen, allerdings hat sich vorwiegend die Verwendung von SLA eingebürgert, welche folglich beide Aspekte ansprechen soll. Gelegentlich ist auch die Bezeichnung SLM/SLA gebräuchlich.

⁷³ Die Zaghawa Kobe sind eine Subgruppe der Zaghawa welche im tschadisch-sudanesischen Grenzgebiet, nördlich der Masalit, beheimatet sind. Numerisch befindet sich die Mehrheit der Gruppe Angehörigen im Tschad.

⁷⁴ Minnawi Minni Arkou: Political Declaration auf <http://www.sudan.net/news/press/postedr/214.shtml>

politische Erfahrung aufwies welche bei der SLA nicht vorhanden war, auch zugetraut wurde einen politischen Wandel von innen herbeizuführen. Der Überfall auf Gulu brachte einen Kurswechsel gegenüber den Geschehnissen im Darfur, da sie aufgrund des Grades der Organisation, des militärischen Vorgehens und der Ausrufung einer revolutionären Bewegung von einer anwachsenden Bedrohung, nicht nur des Darfur sondern der Zentralregierung, ausgehen mussten. Verhandlungsversuche des Regimes erfolgten zwar, scheiterten aber letztlich weshalb al-Bashir beschloss, die verantwortlichen Gouverneure durch Hardliner, welche eine militärische Lösung präferierten, zu ersetzen.

Nach dem Scheitern mehrerer Verhandlungen zwischen den Rebellengruppen im Darfur und der Zentralregierung in Khartum blieb nur die militärische Intervention. Problematisch für al-Bashir war, dass zu diesem Zeitpunkt die Armee im Süden gebunden war weshalb er sich anderweitig nach Kämpfern umsehen musste. Die SLA rekrutierte vorwiegend bei Ackerbauern wie den Fur oder den Masalit während die JEM ihre Unterstützung überwiegend von Nomaden beziehungsweise Halbnomaden der Zaghawa bekam. Beide Gruppierungen fanden ihre Sympathisanten somit unter den nichtarabischen ethnischen Gruppen Darfurs weshalb al-Bashir sich hauptsächlich der Hilfe arabischer Stämme versicherte, auf welche er bereits Ende der 90er zur Bekämpfung aufständischer Masalit zurückgegriffen hatte. Konkret stützte er sich vorwiegend auf landlose Kamelnomaden im Norddarfur und kleine, ebenfalls landlose, Stämme im Süd- und Westdarfur welche er mit Waffen und Ausrüstung versorgte⁷⁵ (Mamdani 2009: 254f; Prunier 2007). Diese Milizen, welche als Dschandschawid bekannt wurden, hatten mehrere Ziele, nämlich den Kampf gegen südsudanesishe Milizen zu unterstützen, sowie die Basis der Umma-Partei zu zerschlagen (Peter 2004: 16). Im weiteren Verlauf der Kampfhandlungen wurden diese dann vorwiegend zur Zerstörung der lokalen Basis der JEM und der SLA eingesetzt, sprich durch Angriffe auf Dörfer in welchen Sympathisanten oder Unterstützer dieser Gruppen vermutet wurden sollten andere abgeschreckt werden ebenfalls die Rebellengruppen zu unterstützen. Der Plan der Regierung ging aber nicht auf da ein derartiges Vorgehen genau das Gegenteil bewirkte nämlich, dass die Gräueltaten der Dschandschawid die Bevölkerung letztlich den Rebellen in die Arme trieb, welche die Möglichkeit zur Rache versprachen (Streck 2007: 80).

⁷⁵ Die Baggara welche 1988 den größten Anteil an den Murahaliin stellten waren nicht unter den Dschandschawid vertreten (Prunier 2006: 129) was Mamdani (2009: 255) damit begründet, dass diese über ein Stammesgebiet geboten, welches ihnen auch gehörte.

„Bei der Auswahl der zu überfallenden Dörfer fragten die Janjawid bald nicht mehr, ob hier wirklich Verbindungen zur SLA oder zur JEM bestehen, sondern sie fragten nur noch nach der Ethnie. [...] Aus der Niederschlagung einer Bewegung von Aufständischen wurde mit diesen Kollektivmaßnahmen sehr schnell ein rassistisch motivierter, genozidaler Vernichtungsakt.“ (Streck 2007: 81)

Der Begriff Dschandschawid fasst viele Gruppierungen zusammen welche keineswegs unter der Kontrolle einer Ethnie stehen sondern autonom agieren und von der Bevölkerung als Kriminelle wahrgenommen werden. Die sudanesisische Regierung dementierte später zwar jegliche Verbindung mit den Dschandschawid, allerdings spricht die Beweislage klar dafür, dass die Regierung die Milizen als essentielles Werkzeug und Instrument der staatlichen Politik und militärischen Strategie eingesetzt hat⁷⁶.

Im Sommer 2003 eskalierte die Lage im Darfur und die von Khartum eingesetzten Mittel erreichten eine bis dato nicht gekannte Qualität und damit Brutalität, welche schwergewichtsmäßig auf die Zivilbevölkerung abzielte. Das typische Vorgehen begann mit dem Abwurf primitiver improvisierter „Streubomben“⁷⁷ aus Antonov-Transportmaschinen welche gegen zivile Ziele eine verheerende Wirkung hatten, gefolgt von einem Einsatz von Kampfhubschraubern oder Kampfflugzeugen welcher auf die vollständige Zerstörung von Gebäuden abzielte. Danach kamen die Dschandschawid, fallweise gemeinsam mit regulären Militäreinheiten sowie Angehörigen der PDF, und raubten, vertrieben, vergewaltigten, töteten, vergifteten die Brunnen und verhöhnten die Opfer als „Schwarze“ welchen es nicht mehr erlaubt war im Darfur zu leben (Prunier 2006: 132-136; Thielke 2006: 170). Die Maßnahmen al-Bashirs wurden von al-Turabis PCP stark kritisiert und auf regionaler Ebene wurden fallweise beide Widerstandsbewegungen unterstützt, wodurch im Gegenzug das Ansehen der PCP innerhalb des Darfurs gestärkt wurde Während die Regierung ihr Vorgehen im Darfur intensivierte befand sich die SLA bereits an einem Scheideweg, da ethnische Differenzen aufgrund deren innerhalb der Organisation in der Vergangenheit bereits Parallelstrukturen ausgebildet wurden, zum Zerwürfnis der Zaghawa unter dem Kommando von Minni Minnawi und der Fur, welche von Abdel Wahid Muhammad al-Nur angeführt wurden, führten (De Waal, Flint 2008: 108, 97ff). Nicht besser gestaltete sich die Lage innerhalb der JEM bei welcher die Macht in den Händen Khalil Ibrahims und seinem Machtzirkel, welcher in erster Linie aus Zaghawa Kobe bestand, lag. Eben

⁷⁶ Siehe dazu Human Rights Watch: Darfur Documents Confirm Government Policy of Militia Support.

⁷⁷ Diese bestanden aus einem Gemisch von Explosivstoffen und Metallschrott welcher in Ölfässern abgeworfen wurde.

diese Machtverteilung und das Festhalten an der politischen Linie al-Turabis resultierte Anfang 2004 in einer Absplitterung des vorwiegend im Tschad beheimateten Kapka-Clans der Zaghawas, unter der Leitung von Chalid Abdallah und Jibreel Abdel Karim ‚Tek‘, welche künftig als Mouvement National pour la Réforme et le Développement (MNRD)⁷⁸ auftrat. Diese Absplitterung war die erste nennenswerte und weitere sollten, nicht zuletzt aufgrund Ibrahims zentralistischen Führungsstils, folgen (De Waal, Flint 2008: 113ff; Prunier 2006: 204). Den zahlenmäßigen Verlusten bei der JEM wurde versucht, mittels Rekrutierungsmaßnahmen auf materieller Basis in der gesamten Region Darfurs und im Grenzland des Tschads, Herr zu werden.

Im August 2003 gab es Bemühungen der Afrikanischen Union (AU) und der internationalen Gemeinschaft mit dem Ziel; vorerst ein Waffenstillstandsabkommen zu erreichen und in weiterer Folge eine Lösung für den Konflikt herbeizuführen. Diese Unternehmungen wurden durch den Tschad anfangs unterstützt. Hinzu kam, dass Deby zu Beginn des organisierten Widerstandes im Darfur die sudanesisische Regierung in ihren Bemühungen uneingeschränkt unterstützte und dies mit der Entsendung von Truppen und Hubschraubern zur Rebellenbekämpfung auch unterstrich (Prunier 2006: 131). Das Verhalten des Tschad änderte sich jedoch schlagartig nachdem im Mai 2004 ein Putschversuch, angeblich wegen ausbleibender Besoldung in der Armee, geplant von Vertrauten Debys, vereitelt wurde in dessen weiteren Verlauf einige der Drahtzieher nach Darfur flüchteten, und von dort mit dem Aufbau einer bewaffneten Opposition begannen (Mamdani 2009: 253). Grundsätzlich ist es nicht falsch, dass es zu Zahlungsverzügen innerhalb der Armee kam, ein Problem welches bis heute im Staatsdienst immer wieder vorkommt, allerdings war dies nicht der Auslöser für das Versuchen eines Staatsstreichs, sondern vielmehr die unmittelbar bevorstehende Verfassungsänderung welche Deby eine weitere Periode in seinem Amt ermöglichen würde und in noch größerem Ausmaß, die Unzufriedenheit der Ethnie des Präsidenten mit dessen Unterstützung Khartums in der Darfur-Frage. Offiziell hieß es später von tschadischer Seite, dass der Putsch mit Erfolg niedergeschlagen wurde, tatsächlich gab der Präsident aber, um seine Position zu retten, den Forderungen der Aufwiegler in Bezug auf Darfur nach (Prunier 2006: 152). Deby etablierte fortan Verbindungen zu den sudanesischen Rebellen im Darfur, vorwiegend der JEM, mit der Absicht die Gruppe der Zaghawa zu einen, und damit sein eigenes Regime zu stützen (Mamdani 2009: 253).

⁷⁸ Der MNRD wird nachgesagt, dass sie auf Wunsch Debys initiiert wurde. Prunier (2006: 204) sieht in der Tatsache, dass sich die Bewegung einen französischen Namen gab einen weiteren Indiz für die Nähe zum Tschad.

Die Folgen der Geschehnisse waren zu dem damaligen Zeitpunkt noch nicht absehbar und entfalteten sich zu einem Großteil erst in den nächsten Jahren, obwohl mit der noch 2004 erfolgten sudanesischen Unterstützung der im Libyen stationierten tschadischen Rebellenbewegung Alliance Nationale de Résistance (ANR), unter der Federführung von Oberst Mahamat Abbo Sileck und Mahamat Garfa, welcher al-Bashir unter anderem rückwärtige Stützpunkte im Sudan offerierte, sich bereits das Anlaufen einer neuen Gewaltspirale abzeichnete (Prunier 2006: 152).

Im Herbst 2003 kursierten die Bilder der Gewalt im Darfur, das Leiden der Zivilbevölkerung und das Schicksal der unzähligen Flüchtlinge in Medien rund um die Welt und riefen ein entsprechendes Echo in der internationalen Gemeinschaft hervor, welche angesichts der laufenden Friedensgespräche zwischen der sudanesischen Regierung und der SPLM/A in Naivasha zunehmend besorgt wurde, da ein Eskalieren der Situation am vermeintlichen Nebenschauplatz schließlich alle laufenden Bemühungen für Frieden im Sudan zunichtemachen würde. Das steigende Interesse am Darfur führte in der sudanesischen Regierung dazu, dass die Lage im Darfur beschönigt und Konflikte fallweise gänzlich geleugnet wurden, sodass es für Beobachter letztlich schwierig war ein kohärentes Bild der Geschehnisse zu generieren. Erst im Februar 2004, nach einer Großoffensive der sudanesischen Armee im Darfur gab al-Bashir bekannt, dass er fortan Hilfsorganisationen den Zugang zur Region ermöglichen werde (Prunier 2006: 149). Von internationaler Seite folgten Forderungen nach Maßnahmen zur Einhegung der Gewalt, welche schließlich im April 2004 zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens in N'Djamena, sowie zur Aufstellung der African Union Mission in Sudan (AMIS) führte, welche beginnend im Juni 2004 mit der Entsendung von Beobachtern begann und bis Ende des Jahres auf etwa 3600 Mann anwachsen sollte. Die Zielsetzung der AU war nichtsdestotrotz politischer Art da sie mit AMIS lediglich Voraussetzungen schaffen wollte um letztlich alle Parteien an einen Tisch zu bekommen (Mamdani 2009: 39). Der Einsatz unter Federführung der AU, anstelle der Vereinten Nationen erfolgte auf den Wunsch Afrikas „eigene“ Probleme selbst zu lösen, womit sie den westlichen Länder entgegenkamen, welche seit dem Somaliaeinsatz 1993 ohnehin nur geringes Interesse an einem Einsatz in Afrika hatten (Thielke 2006: 69f). Unterdessen nahm die Gewalt trotz Waffenstillstandsabkommen unbeirrt weiter ihren Lauf und AMIS avancierte rasch selbst zum Ziel für die im Darfur operierenden Gruppierungen, welche ihrer Unzufriedenheit über die Stationierung der von der AU entsendeten Truppe offen Ausdruck verliehen und wiederholt versuchten Angehörige

von AMIS zu töten beziehungsweise zu entführen (Mamdani 2009: 41). Teilweise war diese Eskalation sicher auch von AMIS selbst zu verantworten da sie schlichtweg versagte und sich durch Untätigkeit, beispielsweise als die AU bereits Tage vor dem Massaker in der Stadt Khor Abeche von den vermeintlich bevorstehenden Ereignissen wusste aber nichts unternahm, den Unmut der Bevölkerung zuzog (Thielke 2006: 70). Ansteigend waren zwischenzeitlich auch die Vorstöße der Dschandschawid über die Grenze in den benachbarten Tschad, welche wiederum mit Gegenstößen von Tschadern, vorwiegend Zaghawa welche danach trachteten ihren sudanesischen Brüdern zu helfen, beantwortet wurden (Prunier 2006: 150). Als Mitte des Jahres Pläne über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Darfur an al-Bashir herangetragen wurden, spielte dieser auf Zeit und die Regierung veranlasste Maßnahmen zur Vertuschung. Prunier (2006: 151) führt diesbezüglich beispielsweise an, dass die Regierung damit begonnen hatte,

„[...] an verschiedenen Orten der Provinz Massengräber zu öffnen und die Leichen zum Verbrennen nach Kordofan zu schaffen. Einige Dschandschawid erhielten Kennnummern der Armee, und die diejenigen, die bei den Kämpfen umgekommen waren, wurden rückwirkend als korrekt ausgewiesene Armeeeopfer ‚regularisiert‘.“

Parallel dazu schaffte es die sudanesishe Regierung ungeachtet dessen, insgeheim ihre Interessen anhaltend durchzusetzen und dabei vordergründig gerade genug Maßnahmen internationaler Organisationen umzusetzen um keine weiteren und vor allem robusteren, Maßnahmen von internationaler Seite zu provozieren (International Crisis Group 2004). Hinzu kam dass al-Bashir rasch erkannte, dass der Friedensprozess mit dem Landessüden international priorisiert wurde und er folglich, solange er bereit war die Verhandlungen mit dem Süden fortzuführen, im Darfur mehr oder weniger freie Hand hatte.

Nachdem die Geschehnisse im Darfur am 24. Juni 2004 von Senat der Vereinigten Staaten als Genozid bezeichnet wurden, und dies eine Woche später von Präsident George W. Bush bestätigt wurde, erhöhte sich der Druck auf die Vereinten Nationen zunehmend, welchem diese im Oktober 2004, mit der ohnehin längst geplanten Implementierung einer Untersuchungskommission im Darfur, schließlich nachgaben. Deren Ergebnis wurde im Jänner 2005 veröffentlicht und besagte, dass die sudanesishe Regierung keine Politik eines Genozides verfolgte, allerdings Gewalt vorsätzlich, wahllos und unangepasst auch gegen die Zivilbevölkerung einsetzte und damit Verbrechen gegen die Menschlichkeit beging. Zudem hielt die Untersuchungskommission auch wiederholt Kriegsverbrechen auf Seiten der

Rebellengruppen fest (De Waal, Flint 2008: 150; Mamdani 2009: 42f; United Nations – International Commission of Inquiry 2005: 53ff). Als Folge der Untersuchung verabschiedete die UN im März die Resolution 1593 in welchem sie den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) anrief und diesem eine Liste mit 51 Namen von Vertretern aller beteiligten Konfliktparteien, zwecks einer Anklage für ihre Verbrechen, übergab (Streck 2007: 83). Dieses Vorgehen war aus zwei Gründen überraschend; zum Einen, da es erstmalig in der Geschichte der Vereinten Nationen zu einem Einschalten des ICC ohne die Zustimmung des betroffenen Landes kam, und zum Zweiten weil die Resolution von China, Russland oder Frankreich, welche im Vorfeld regierungsfreundlich agierten, nicht blockiert wurde. Die Jahre nach dem Konfliktausbruch brachten zwar unzählige Resolution der Vereinten Nationen welche allerdings allesamt weder eine Besserung der Situation im Darfur, noch die von internationaler Seite erhoffte und geforderte militärische Intervention brachten.

Als Ende des Jahres die Friedensgespräche zwischen der Regierung und der SPLM/A wieder eine Fortsetzung erfuhren, scheiterten SLM/A und JEM beim Versuch bei den Verhandlungen inkludiert zu werden. Die Positionen beider Gruppierungen hatten sich zu dieser Zeit bereits weit voneinander entfernt. Während die JEM im Gleichklang mit al-Turabis politischer Linie agierte und danach trachtete, eine Machtposition in Khartum einnehmen zu können, orientierte sich die SLM/A an den säkularen Haltungen der SPLM/A und der National Democratic Alliance (NDA)⁷⁹ und strebte zudem auch keine Rolle innerhalb der Zentralregierung an. Die teilweise antagonistischen Kursvorstellungen fanden ihren Ausdruck auf unterster Ebene bei der Aufteilung vom militärischen und erbeuteten Gütern und ufernten Ende 2004 in regelrechten Kämpfen beider Bewegungen aus (Prunier 2006: 160f).

Die Regierungsoffensiven 2003/2004 überzogen Darfur, aus welchem die Rebellion den Großteil ihrer Kämpfer rekrutierte, mit einer Spur der Verwüstung, und führten dazu, dass die Kämpfe von den Widerstandsgruppen in den Süden und den Osten des Landes getragen wurden, wodurch neue Konfliktfelder geschaffen wurden. Durch die Besetzung und Ausbeutung von Gebieten sowie ständigen Repressalien schürten sie ethnische Konflikte in einer Region, welche über eine lange Zeit hinweg ein fragiles Gleichgewicht ausbilden konnte. Speziell Minni Minnawis Zaghawa gingen unter

⁷⁹ Die NDA entstand mit der Machtübernahme al-Bashirs und stellte ein Konglomerat der mit der Einführung des Einparteiensystems verbotenen Fraktionen dar. Mit der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems 1999 schwand deren Bedeutung zwar zunehmend, stellte aber unabhängig davon eine wesentliche Organisationsplattform dar.

Einsatz massiver Gewalt vor und brachten so nicht-arabische Gruppen in diesen Regionen, welche zuvor friedlich mit arabischen zusammenlebten, in die Isolation. Al-Bashir nutzte die aufkeimende Feindseligkeit sofort und startete großangelegte PSYOPS-Maßnahmen⁸⁰ in der Region, mit dem Ziel sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern (De Waal, Flint 2008: 153ff). Im Dezember gelang es in Abuja die SLM/A, die JEM und die sudanesishe Regierung an den Konferenztisch zu bekommen aber die internationale Erwartungshaltung musste binnen kürzester Zeit mit dem Beginn einer neuen Offensive der Regierung im Darfur, wieder auf Null zurückgeschraubt werden. Wenig später, am 9. Jänner 2005 kam es zum Abschluss des international erwarteten Friedensabkommens zwischen der sudanesischen Regierung und der SPLM/A in Naivasha, dem Comprehensive Peace Agreement (CPA) aus welchem Darfur bewusst ausgeklammert wurde. Zusätzlich dazu erwähnte al-Bashir nach dem erfolgreichen Vertragsabschluss, dass derartige Zugeständnisse wie sie im CPA dem Süden gemacht wurden keinesfalls als Muster für andere Verhandlungen dienen würden (Tull 2005a: 1, 4ff). Inwieweit ein Vertrag, welcher lediglich zwischen al-Bashirs NCP und der SPLM unterzeichnet wurde und wesentliche sudanesisch Akteure negierte, geeignet ist, um die Basis für eine politischen Neuordnung des Sudan zu sein, bleibt abzuwarten. Nüchtern betrachtet, wurde zwar eine Teilung der Macht und des Wohlstandes geregelt, zeitgleich aber auch eine Weiterentwicklung hintangestellt, und eine Situation geschaffen welche Mamdani (2009: 291) auf den Punkt bringt. „[...] both leaderships decided against any internal reforms, including a process of democratization that would have gone beyond the holding of regular elections. Instead, each conferred impunity on the other in the name of reconciliation.“

Unabhängig davon wurde große Hoffnung in die im Vertrag festgelegte, Regierungsteilnahme der SPLM gesetzt, mit welcher auch eine Kursänderung in der Darfur-Frage erwartet wurde. Die Erwartungen in die neu geschaffene „Regierung der Nationalen Einheit“ erfüllten sich nicht und obwohl die Vertreter der SPLM in der Regierung in Khartum nichts taten um die Situation im Darfur zu verschärfen, so muss ihnen doch vorgeworfen werden, dass sie auf der anderen Seite auch nichts taten um dieser Einhalt zu gebieten. Betrachtet man die Opferzahlen welche der Konflikt bis Anfang 2005 forderte, so findet man sich höchst unterschiedlichen Zahlen konfrontiert

⁸⁰ PSYOPS-Psychological Operations: “Planned operations to convey selected information and indicators to foreign audiences to influence their emotions, motives, objective reasoning, and ultimately the behavior of foreign governments, organizations, groups, and individuals. The purpose of psychological operations is to induce or reinforce foreign attitudes and behavior favorable to the originator's objectives.” (Department of Defense: Dictionary of military terms)

welche jedoch eines gemeinsam hatten, sie wurden ständig nach oben korrigiert. Die UNO sprach 2005 bereits von mehr als zwei Millionen Vertriebenen und gemäß Prunier (2006: 195) etwa 300.000 Todesopfer⁸¹ und Lösungen scheinen noch in weiter Ferne. Nach dem Scheitern der Gespräche mit der JEM und der SLM/A begannen, auf Initiative der MNRD hin, Verhandlungen mit dem Sudan in N'Djamena. Wider Erwarten gab es binnen kürzester Zeit ein Abkommen, welches von Seiten der JEM aber lediglich als Inszenierung betrachtet wurde (Salih 2005: 19f). Der von Beobachtern als Teilerfolg gefeierte Waffenstillstand währte allerdings nur kurz und wurde bereits im Februar 2005, durch Angriffe der sudanesischen Armee auf die Stützpunkte der MNRD im Darfur, gebrochen. Angesichts der Bedrohung wandte sich die MNRD mit der Bitte um Hilfe an Deby, was vom Sudan wiederum als Anlass zur Vergeltung betrachtet wurde.

„Von rückwärtigen Stützpunkten in Darfur aus unterstützt sie [die sudanesischen Regierung] wiederum Rebellen gegen Deby, so dass ein Teufelskreis grenzüberschreitender Angriffe in Gang gesetzt wurde. [...] Von diesem Zeitpunkt an ging es mit den Beziehungen zwischen Khartum und N'Djamena bergab [...] und beide Länder glitten in einen unerklärten Stellvertreterkrieg ab.“ (Prunier 2006: 204f)

Dies brachte eine kurze Entspannung für Darfur, da sich die Gefechte kurzfristig auf die Grenzregion Tschad-Sudan konzentrierten. Bereits im Herbst zeigte sich allerdings, dass der Raum Darfur näher denn je am Abgrund stand und Gefahr lief in totaler Anarchie unterzugehen. Zu den bereits bekannten Kampfhandlungen zwischen den Dschandschawid, mit oder ohne Unterstützung der regulären Armee, und „afrikanischen“ Stämmen, sowie zwischen den Rebellenorganisationen und der Regierung beziehungsweise den Dschandschawid, kamen zusätzlich folgende Auseinandersetzungen (Prunier 2006: 215f):

- Kämpfe der Dschandschawid untereinander bei denen es im wesentlichen um Profit ging,
- Rebellen untereinander; diese wurden meist entlang ethnischer Linien, mit dem Ziel die Vormachtstellung zu erreichen, ausgefochten,
- Guerillas welche gegen die Zivilbevölkerung vorgingen,
- Politische Gegner Debys, welche ihr Rückzugsgebiet im Sudan hatten griffen Angehörige der JEM und der SLA an, in der Hoffnung so mehr Unterstützung von al-Bashir zu lukrieren,

⁸¹ Diese Zahl ist nichtsdestotrotz unsicher, stellt aber unter den schwierigen Bedingungen eine realistische Schätzung dar.

- Araber welche sich aufgrund der schwierigen Bedingungen (ökologische Veränderungen und damit kaum Weidefläche, Blockierung von Weidewegen durch bewaffnete Kämpfer, schwindende Viehbestände) untereinander bekämpften.

Angesichts dieser Lageentwicklung erschien auch die von UN-Generalsekretär Kofi Annan ausgesprochene Warnung vor Anarchie, und eines Darfur bar jeder Gesetze, keineswegs überzeichnet zu sein (IRIN: 2005). Unabhängig dieser Entwicklungen hielt die internationale Gemeinschaft an der Schaffung des Darfur Peace Agreements (DPA) fest und veranstaltete Verhandlungsrunde um Verhandlungsrunde in Abuja, bei welchen westliche Regierungen im Gegensatz zu den VN und der AU auf schnelle Ergebnisse drängten. Die Gespräche begannen am 20. November und sollten sich über Monate hinziehen, in welchen die Gefechte im Darfur ungeachtet der Verhandlungen fortgesetzt wurden. Erstmalig nahmen neben der JEM zwei SLA-Fraktionen, die SLA/Minnawi und die SLA/Abdel Wahid al-Nur, welche im Vorfeld die sich ohnehin bereits lange abzeichnende Abspaltung, vollzogen hatten⁸², an den Gesprächen teil (De Waal, Flint 2008: 164ff). Im Zuge der monatelangen Verhandlungen kam es zu einer weiteren Abspaltung. Khamis Abdullah Abkr, ein Masalit, sagte sich von al-Nur los und gründete mit Angehörigen seiner Ethnie einen dritten Flügel der SLA, womit letztlich jeder der drei großen „afrikanischen“ Stämme von einer separaten Splittergruppe repräsentiert wurde (Thielke 2006: 14). Die Gespräche selbst waren von der Hast mit welcher versucht wurde ein rasches Ergebnis zu finden gekennzeichnet (Gustafson 2010: 6). Dadurch wurde ein Friedensprozess nahezu unmöglich, und letztlich den Konfliktparteien das DPA zur Unterschrift vorgelegt – im Wesentlichen ein Produkt des Mediationsteams, welches den Forderungen der Rebellengruppen nicht ansatzweise entsprach und zudem entstand quasi ohne, dass sie in der Entstehung involviert waren (Nathan 2007: 262f; Mamdani 2009: 263f). Hinzu kam, dass den Widerstandsgruppen in der Frage der Machtteilung die Zugeständnisse der Regierung nicht weit genug gingen, und sie sich für Darfur ähnliche Rechte erhofften, wie dem Süden im CPA zugestanden wurden (De Waal, Flint 2008: 226). Dies war auch der ausschlaggebende Punkt weshalb die Rebellenführer, ausgenommen Minni Minnawi, die Unterzeichnung verweigerten (Mamdani 2009: 263f; Streck 2007: 83).

⁸² Die SLA bestand im Wesentlichen aus den Angehörigen dreier Ethnien; den Fur, den Masalit und den Zaghawa. Im Zuge der Spaltung sammelten sich die Fur und die Masalit um Abdel Wahid al-Nur während die Zaghawa Minni Minnawi folgten. Minnawi war aber auch innerhalb seiner ethnischen Gruppe nicht unumstritten da auch Strömungen existierten, welche mit einem Wiedererstarken der traditionellen Fur-Herrschaft im Darfur sympathisierten (De Waal, Flint 2008: 206).

Das DPA wurde somit am 5. Mai 2006 nur zwischen der sudanesischen Regierung der nationalen Einheit⁸³ und der SLA/Minnawi⁸⁴ unterzeichnet womit ein dauerhafter Frieden innerhalb des Darfur erneut in weite Ferne rückte. Die schlechte Stimmung nach der Unterzeichnung zeigte sich nicht zuletzt im Darfur selbst, wo in Flüchtlingslagern jene, die wohl am meisten an der Situation litten, Demonstrationen gegen das DPA abhielten. Zeitgleich mit den Protesten begannen auch die Dschandschawid wieder damit ihre Angriffe aufzunehmen (Prunier 2006: 232f). Minnawi selbst, welcher durch seine Allianz mit der sudanesischen Regierung gleichzeitig einen Bruch mit der JEM und dem tschadischen Präsidenten vollzog, wurde von al-Bashir zum Darfur-Sonderbeauftragten der Regierung ernannt und es wurden Pläne ausgearbeitet, seine Kämpfer, von denen viele zu anderen Rebellengruppen überliefen (Fadul 2007: 289), in die sudanesischen Armee zu integrieren. Das Resultat bereicherte das Spektrum kriegerischer Auseinandersetzungen in der Region um eine weitere Facette, nämlich um Zusammenstöße innerhalb der Ethnie der Zaghawa einerseits (Thielke 2006: 21) und zwischen den Rebellengruppen im Allgemeinen andererseits (Gustafson 2010: 6). Minnawi verlor innerhalb kürzester Zeit seine Rückzugsgebiete im Norden und seine Anhänger wurden immer weiter Richtung Süden gedrängt wo sie eine Spur der Verwüstung hinterließen und sich schließlich in von der Regierung kontrollierten Gebieten sammelten, welche in Folge dessen gleichfalls von Übergriffen heimgesucht wurden (De Waal, Flint 2008: 230f, 234ff; Timberg 2006). Die verbleibenden Widerstandsgruppen sahen sich nach dem DPA mit einer zunehmenden Segmentierung ihrer Gruppierungen konfrontiert⁸⁵, wodurch die Ausgangssituation für künftige Friedensprozesse erschwert wurde. Die so entstandenen Splittergruppen waren meist unbedeutend, brachten aber, da sie häufig kriminelle Nebentätigkeiten verrichteten, eine weitere Verschlechterung der Sicherheitssituation im Darfur (Berg 2008: 29f).

Wenige Wochen nach dem Abkommen wurde im eritreischen Asmara die Aufstellung der National Redemption Front (NRF), mit dem Ziel der Bekämpfung des DPA, bekanntgegeben. Federführend waren Khalil Ibrahim, welcher mit der JEM den

⁸³ Nach Schaffung der Regierung der nationalen Einheit gemäß den Vorgaben des CPA waren bei den Verhandlungen auch Vertreter der SPLM anwesend, welche die Linie al-Bashirs mittrugen (Prunier 2006: 231).

⁸⁴ Die Gründe warum Minnawi das Abkommen unterzeichnet hat sind nicht klar, als wahrscheinlich wird aber erachtet, dass er damit möglichen Maßnahmen des ICC entgegen wollte.

⁸⁵ Einige der militärischen Kommandanten der Rebellengruppierungen unterzeichneten nachträglich das DPA und wurden infolgedessen in die Armee übernommen. Dies stellte aber weder politisch noch militärisch eine signifikante Schwächung der Rebellion dar.

wesentlichen militärischen Teil beitrug, und Ahmed Diraige⁸⁶, welcher bereits Mitte der 90er-Jahre mit Unterstützung Eritreas die Sudan Federal Democratic Alliance (SFDR)⁸⁷ ins Leben rief, während Abdel Wahid al-Nur nach Gesprächen in Asmara, seine Beteiligung zurückzog, da er den Motiven für die Unterstützung Eritreas nicht traute, und Vorteile vorwiegend für die JEM verortete. Neben der JEM profitierte die NRF auch von der SLA/G19⁸⁸ welche zwar Bedenken über die politische Ausrichtung der Bewegung anmeldete, sich jedoch an den folgenden militärischen Operationen der NRF im Darfur beteiligte (Fadul 2007: 290). Mittels der NRF versicherte sich Khalil Ibrahim der Unterstützung Eritreas und machte gleichzeitig erste Schritte hinsichtlich eines von ihm beabsichtigen Kurswechsels, nämlich den Krieg fortan über die Grenzen Darfurs hinauszutragen, um so einen Regimewechsel zu erzwingen. Eben dies versuchten sie im Juli 2006, unterstützt von einem weiteren Ableger der SLA/Abdel Wahid al-Nur, der SLA/Unity⁸⁹ und obwohl sie nicht weit kamen, war die Botschaft des Vorstoßes für Khartum dennoch offensichtlich (De Waal, Flint 2008: 243f). Die Regierung reagierte Ende August, als sie in einer Offensive mit ca. 10.000 Mann, bestehend aus Angehörigen der Sudanese Armed Forces (SAF), der SLA/Minnawi und den Dschandschawid gegen die Rebellen vorging. Die Regierung unterlag in mehreren Gefechten und in Um Sidir gelang der SLA/G19 gemeinsam mit der JEM der größte militärische Triumph über Regierungstruppen seit der Eroberung des Flughafens al-Fasher im Jahr 2003.

Von diesen Siegen profitierten die Rebellen auf zweierlei Arten. Zum einen waren sie gut für die Moral der Kämpfer, während sie die SAF demoralisierten und zum anderen lukrierten sie bei jedem Sieg Waffen, Fahrzeuge, militärisches Gerät und Betriebsmittel womit sie letztlich in der Lage waren mehr Truppenteile aufzustellen (Fadul 2007: 290). Trotz der Kooperation beider Gruppierungen blieben Streitigkeiten aber nicht aus, da die JEM Erfolge für sich alleine beanspruchte und so kam es Ende des Jahres, als die JEM nach einem Sieg über die SAF kurzerhand mit dem Großteil des erbeuteten

⁸⁶ Diraiges Ablehnung gegenüber dem DPA erwies sich als stark genug um seine Divergenz gegenüber dem Islamisten Khalil Ibrahim zu überbrücken.

⁸⁷ Die SFDR erlang aber kaum Bedeutung. Sie operierte aus Eritrea und rekrutierte vorwiegend Darfuris welche im Osten des Sudan kämpften.

⁸⁸ Die SLA/G19 wurde von Khamis Abakir geführt und sagte sich während der Gespräche in Abuja von Abdel Wahid al-Nur los, da sie diesem nicht mehr vertrauten. Die Fraktion entstand aus dem Zusammenschluss von 19 Feldkommandanten, welche sich aus den Fraktionsstreitigkeiten der Widerstandsbewegungen heraushalten wollten (De Waal, Flint 2008:202f).

⁸⁹ Bis 2007 sammelte die SLA/Unity unter allen Fraktionen der SLA die meisten Kämpfer um sich.

militärischen Gerätes von dannen zog, zu einem jähen Ende der Kooperation (De Waal, Flint 2008: 245ff).

Etwa zur selben Zeit überfielen Reitermilizen in Armeeuniformen 47 Dörfer im Süddarfur wovon 45 vorwiegend von Zaghawas bewohnt waren. Die Aktion verlief gezielt gegen die Ethnie der Zaghawa was sich auch daraus ableiten lässt, dass in gemischten Dörfern nur Niederlassungen der Zaghawa geschliffen wurden und nur Angehörige dieser ethnischen Gruppe der Gewalt der Eindringlinge ausgesetzt waren (United Nations – High Commissioner for Human Rights 2006: 5ff). Die Gruppe, welche von den Ergebnissen in Abuja wohl am meisten schockiert war, blieb bisher vernachlässigt, nämlich die arabischen Ethnien Darfurs, welche sich von al-Bashir verraten fühlten, da er einen ihrer erbittertsten Feinde, Minni Minnawi, in die Regierung holte und seinen Kämpfern hohe Positionen in der Armee versprochen hatte. Gab es anfangs nur kleinere Anzeichen von Unzufriedenheit, so steigerten sich diese zunehmend und gipfelten im Oktober 2007 schließlich in der für die Regierung bedrohlichsten Form, als einer der bedeutendsten Dschandschawid-Führer kurzerhand die Seiten wechselte (De Waal 2007: 386f; De Waal, Flint 2008: 257). Innerhalb der arabischen Bevölkerung, speziell im Norden Darfurs, regte sich darüber hinaus ein politisches Bewusstsein, welches die Situation kritisch hinterfragte und die Zukunft des Darfur in Stabilität und Zusammenarbeit aller Ethnien sah. Die Regierung in Khartum war allerdings mehr besorgt über die Araber im Süddarfur welche weit zahlreicher und zudem untereinander besser verbunden waren, und reagierte mit der Manipulation traditioneller Instanzen, um die Bevölkerung mittels „divide et impera“ unter Kontrolle zu halten.

„Predictably this led to numerous disputes and violence among the Baggara Arabs. During 2007, Mahariya herders fought Terjem farmers, leaving hundreds dead; Habbaniya fought Salamat and Rizeigat; Fellata fought Habbaniya; Gimir, a recently Arabized tribe, clashed with Salamat and Fellata. Abbala herders cut off from their northern grazing cycles occupied southern lands, creating new tensions.“ (De Waal, Flint 2008: 259)

Ungeachtet der Maßnahmen der Regierung, forderten von nun an arabische Führer einen höheren Preis, in Form von militärischer Ausrüstung und Geld für deren Regierungstreue. Andere hingegen sympathisierten zunehmend mit der SLA von Abdel Wahid al-Nur, welcher von Beginn die Bedeutung einer Besserung des Verhältnisses zu arabischen Ethnien propagierte, beziehungsweise der SLA/Unity und teilweise wurden Dschandschawid in diese Organisationen inkludiert. Fadul (2007: 296ff) berichtet darüber hinaus, dass einige arabische Führer, im Zuge von, in der zweiten Jahreshälfte

2006 geführten, Interviews, sogar so weit gingen, zu sagen, dass die Ziel der Rebellion gerechtfertigt seien, während Gespräche mit Vertriebenen die Schuld nicht arabischen Milizen gaben, sondern der Regierung in Khartum.

Unterdessen stand für die Friedenstruppe AMIS fest, dass sich die Erwartung einer Verbesserung der Situation auch nach der Unterzeichnung des DPA nicht einstellen würde. Zunehmend zeigte sich bereits immer klarer, dass AMIS der Situation nicht gewachsen war und letztlich nicht nur nicht in der Lage war die Sicherheit der Bevölkerung, der NGOs (De Waal, Flint 2008: 178) sowie der Internally Displaced Persons (IDPs) (Mamdani 2009: 294) zu garantieren, sondern letztlich auch nicht deren eigene (De Waal, Flint 2008: 179). Die Absicht der Überführung der von der AU geführten Mission hin zu einer UN-Mission wurden schon lange vorangetrieben, scheiterte bislang aber am Fehlen eines als Basis gesehenen Friedensabkommens sowie der Zustimmung des Sudan. Die UN sah, nachdem im Frühjahr 2006 die sudanesishe Regierung die Zustimmung zu einer UN-Truppe, in Abhängigkeit von einem Verhandlungserfolg in Abuja, in Aussicht stellte, ihre Chance gekommen und einigte sich mit der AU über eine mögliche Übergabe von AMIS an die UN (De Waal, Flint 2008: 211). So zu Ergebnissen gedrängt, erklärt sich auch die Ungeduld im Zuge der Verhandlungsrunden welche in Teilbereichen zweifellos kontraproduktiv war. Bis zur konkreten UN-Resolution war es dennoch ein langer Weg und aus der geplanten UN-Mission, wurde nach dezidierten Vorgaben des Sudan, die AU/UN-Hybridmission⁹⁰ United Nation-African Union Mission in Darfur (UNAMID) geschaffen, welche am 31. July 2007, mittels UN-Resolution 1769⁹¹ implementiert wurde (Aboagye 2007: 9, 12ff).

Unbeantwortet bleibt allerdings bis heute die Frage, inwieweit es für ein Mandat zweckmäßig sein kann, darf oder soll, die Implementierung eines Friedensabkommens (des DPA) zu unterstützen welches nicht von allen im Raum agierenden Konfliktparteien akzeptiert wird.

Die Gesamtstärke für UNAMID wurde mit 26.000 Mann beziffert, wurde jedoch bis jetzt nicht annähernd erreicht. Binnen kürzester Zeit zeigten sich die Schwierigkeiten der UN/AU-Hybridmission an den Schnittstellen beider Organisationen, wo einfache organisatorische Maßnahmen zu schier unüberbrückbaren Hindernissen mutierten. Nach

⁹⁰ Al-Bashirs Ablehnung gegenüber einer reinen UN-Mission dürfte nach Aboagye (2007:9) auch im Kontext mit laufenden Anklagen beim ICC gesehen werden.

⁹¹ Ungeachtet dessen, dass es sich um ein Mandat gemäß Chapter VII handelt wurden mittels Resolution Beschränkungen im Waffengebrauch erlassen.

Übernahme der Mission durch UNAMID dauerte es zudem nicht lange bis die Bevölkerung erkannte, dass die neue Friedenstruppe weit näher an der Vorhergehenden angesiedelt war, als an einer erwarteten Nato-Truppe, wodurch Überfälle auf Angehörige von UNAMID rasch zum täglichen Bild wurden. Hinzu kam, dass die UN bedingt durch ihre größeren Ressourcen rasch das Szenario, zum Nachteil der AU, dominierte, und damit ein weiteres Konfliktpotential eröffnete. Parallel mit dem Missionsbeginn starteten auch erneute Bemühungen, die Friedensverhandlungen wiederaufzunehmen. Eine im August 2007 in Arusha anberaumte Konferenz scheiterte aber gleichfalls wie für im Oktober geplante Gespräche in Syrte, am Fernbleiben der wesentlichen Rebellengruppen (Berg 2008: 30).

Unabhängig der Bemühungen der VN gingen die Auseinandersetzungen weiter und erreichten spätestens am 10. Mai 2008, mit dem Angriff der JEM auf Khartum, einen neuen Höhepunkt. Nachdem sich die Kampfhandlungen bereits Anfang des Jahres intensiviert hatten, kam es Anfang Mai zu Gefechten zwischen Kämpfern der JEM und der SAF im Kordofan welche schließlich in einer Offensive der JEM Richtung Khartum resultierten (BBC–News: 2008). Es folgten Straßenkämpfe in Omdurman und Khartum welche letztlich am 12. Mai zum Rückzug und zur Konsolidierung der JEM in deren Rückzugsgebiet im Tschad führten. Die Regierung reagierte nach dem Zurückschlagen der JEM umgehend mit Vergeltungsmaßnahmen gegen mutmaßliche Sympathisanten welche in der Verhaftung von etwa 3000 Personen, vorwiegend Angehörige ethnischer Gruppen Darfurs und Parteimitglieder von al-Turabis PCP, gipfelten (Human Rights Watch 2008: 9f, 14). Unmittelbar zeigte diese Aktion keine Auswirkungen, obwohl der sudanesischen Regierung ihre Verwundbarkeit offenbart wurde. Beginn 2009 erfolgten auf Initiative Katars Gespräche zwischen der JEM und der sudanesischen Regierung, welche am 17. Februar in der Unterzeichnung eines Abkommens mündeten, welche vertrauensbildende Maßnahmen einleitete, ein Bemühen beider Seiten zeigen, und letztlich die Basis für künftige Friedensverhandlungen bilden sollten (Sudan Tribune 2009). Am 4. März erließ der ICC einen Haftbefehl für al-Bashir aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (BBC–News: 2009)⁹². Al-Bashir reagierte mit der Ausweisung von Hilfsorganisationen und führte dem ICC die Problematik der Exekution des Haftbefehls, anhand von Staatsbesuchen in Afrika und dem mittleren Osten vor Augen. Unterdessen erfuhren auch die Gespräche in Doha ein

⁹² Die zuständigen Richter befanden aufgrund der vorliegenden Beweise die Anklage al-Bashirs wegen Genozid als nicht zweifelsfrei gegeben (International Criminal Court 2009).

jähres Ende, nachdem es zu Streitigkeiten bezüglich der Modalitäten eines Gefangenaustausches kam, und die JEM vergebens forderte, dass den ausgewiesenen Hilfsorganisationen unverzüglich die Wiederaufnahme ihrer Arbeit im Sudan gestattet wird.

Die heutige Situation Darfurs ist von Fehlinterpretationen geprägt da aktuelle Gewalttaten zu einem großen Teil Banditen und Kämpfen der Rebellengruppen untereinander zugeschrieben werden können und die Opferzahlen der zweiten Jahreshälfte 2009 pendelten sich bei etwa 50 Opfern ein, wovon lediglich ein kleiner Prozentsatz den Kampfhandlungen zwischen der sudanesischen Armee und Aufständischen zugeschrieben werden kann (Gustafson 2010: 8). Zudem verliefen die, Mitte April abgehaltenen, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen überraschend friedlich. Al-Bashir wurde durch die Wahl in seinem Amt bestätigt, und die NCP erreichte in den Wahlen zur Nationalversammlung einen politischen Erfolg vor der weit abgeschlagenen SPLM, während die anderen Oppositionsparteien nur marginal die Gunst der Wähler errangen. Beide Urnengänge wurden zwar von westlichen Vertretern der EU und des Carter Centers als nicht westlichen Standards entsprechend bezeichnet, allerdings wurde gleichzeitig vom früheren US-Präsidenten Jimmy Carter klargestellt, dass unabhängig davon das Ergebnis anerkannt wird (Copnall 2010). Diese Tatsachen veranlassten internationale Vertreter zu einer erneuten Diskussion der Situation im Darfur welche sehr differierende Aussagen produzierte. Fest steht, dass obwohl die Lage im Moment eher ruhig ist, sich die grundsätzliche Situation nicht verändert hat, und weitreichende Schritte in einem Friedensprozess, mit der Fortschreibung der weitgehend im Amt bestätigten Regierung aus jetziger Sicht unwahrscheinlich erscheinen, und wenn, lediglich als temporäre, opportunistische Maßnahmen zwecks Fokussierung auf andere Konfliktfelder erfolgen wird.

3.3 Vernetzung und Parallelität zweier Konfliktregionen

Aus der separaten Betrachtung der Evolution beider Staaten ergeben sich zahlreiche Analogien, hinsichtlich derer weitere Entwicklung entschieden geprägt werden sollten. In präkolonialer Zeit war das Gebiet des heutigen Tschad ebenso wie die Region Darfur an einem Schnittpunkt der Routen nomadischer Völker bis es später von verschiedenen Großreichen beherrscht wurde, welche ihren Reichtum auf der Kontrolle über

Handelsrouten begründeten und zusätzlich regelmäßig ausgedehnte Raubzügen in den Süden unternahmen, wo sie die Bevölkerung der dort ansässigen animistischen segmentären Gesellschaften versklavten und dann verkauften. Die Bevölkerung selbst bestand aus einem komplexen ethnischen Mosaik und die Ausdehnung des Islam erfolgte ausgehend von Handelsrouten wobei das Auftreffen des Islam auf traditionelle afrikanische Werte nicht von Konflikten geprägt war, sondern dualistische Identitäten hervorbrachte, welche sowohl arabisch als auch afrikanisch waren, wobei ein Wechsel der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe durch diverse Zugeständnisse rasch und unkompliziert möglich war.

Der Dualismus sakraler Strömungen spiegelte sich speziell in der Person der Herrscher wieder welche durch die Verkörperung der Werte beider Einflüsse seine Legitimität unterstrich (Prunier 2006: 23ff). Die ethnische oder religiöse Zugehörigkeit trat dabei in der gesamten Region weitgehend zugunsten eines Herrschaftsverhältnisses, in welchem dem Beherrschten im Tausch gegen seine Produktivität der Schutz durch den Herrscher zuteil wurde, in den Hintergrund. Ein System, welches auch gewaltsame beziehungsweise gewaltfreie Machtwechsel nicht veränderten. Ethnische Gruppen lebten dabei zwar nicht immer in Frieden zusammen, bekämpften sich aber auch nicht ständig gegenseitig. Konfliktakteure waren dabei vorwiegend auch nur Segmente von Gemeinschaften, wobei Etikettierungen wie „Araber“, „Afrikaner“ oder eine Subsummierung unter den Bezeichnungen ethnischer Gruppen unterblieben, was wiederum ethnische Dispute hintanhalt und die Ausbildung von Ethnizitäten, welche sowohl afrikanisch als auch arabisch waren, ermöglichte (Cupido 2008: 24). Generell kann gesagt werden, dass die Ausgangssituation als die Großreiche zum Opfer des europäischen Imperialismus wurden, im Gebiet des heutigen Tschad und des Darfur nahezu ident waren. Französische und britische Interessen prallten in der Gebietsaufteilung aufeinander und wurden letztlich am grünen Tisch geregelt wobei die Grenzziehung bisheriger Großreiche beziehungsweise Siedlungsgebiete ethnischer Gruppen gänzlich vernachlässigt wurden.

Der Sudan und damit Darfur konstituierte sich unter einem britisch-ägyptischen Kondominium während der Tschad Französisch-Äquatorialafrika einverleibt wurde. Die darauffolgende Zeit unter Fremdherrschaft war zum Einen geprägt von der Marginalisierung ganzer Landstriche, einhergehend mit der Konzentration von Infrastrukturmaßnahmen auf punktuell als produktiv erachtete Gebiete und zum Anderen von der Förderung von Eliten, welche gewollt oder ungewollt in Anlehnung an

ethnische Bruchlinien erfolgte, in den Zentren Khartum und N'Djamena (Decalo 1980b: 495ff; Miller 2007: 116). Versuche, speziell im Tschad, die Kontrolle über das Ganze zu verwaltende Gebiet auszuüben scheiterten, während regionale Disparitäten stetig anwuchsen, und sich nicht zuletzt auch die bereits präkolonial existenten Nord-Süd-Konflikte verschärften. Kontraproduktiv auf die künftige regionale Entwicklung wirkte sich darüber hinaus, das Versäumnis sowohl der britischen als auch der französischen Kolonialmacht aus, einen nachhaltigen Aufbau fundamentaler Institutionen zu fördern und durch eine schrittweise partielle Eigenverwaltung Grundlagen für den Beginn der Eigenstaatlichkeit zu generieren. Die so angelegte Kolonialpolitik stellte für den Sudan und den Tschad eine schlechte Prämisse für die Entlassung in die Unabhängigkeit dar, wobei viele Problemfelder wie beispielsweise jenes der Grenzziehung unter Berücksichtigung regionaler Spezifika nie thematisiert wurden.

„For the nomadic, semi-nomadic, and transhumant peoples, in particular the Arabs and the Beri, the border has never existed: a person can be born in one of these countries and live in the other, and feel that they belong equally to both. Some groups are truly cross-border, while others were dispersed over considerable distances in east/west directions long before the colonial era and are now generally found at the same latitudes in Chad and Darfur, although their geographical locations today are sometimes a long way from the border.” (Tubiana 2008b: 12)

Der Beginn der Unabhängigkeit war gekennzeichnet von wirtschaftlichen Problemen, Stillstand im demokratischen Prozess und dem Festschreiben bestehender Machtverhältnisse wodurch bereits unter der Oberfläche schwellende Differenzen zunehmend an die Oberfläche kamen. Beide Staaten knüpften nahtlos an die präkoloniale und koloniale Zeit an indem sie die dort gängige repressive Praxis fortsetzten wodurch sich Gewalt im Tschad rasch als wichtigstes Instrument des politischen Repertoires etablierte und ihrerseits das Auftauchen bewaffneter, der Regierung gegenüber oppositionell eingestellter, Milizen ermöglichte. Die mangelnde Instabilität der Staaten führte in Folge zu wiederholten Regierungsumstürzen in Khartum und in N'Djamena, wobei eine Lösung der Kernprobleme und ein fortschreitender Demokratiesierungsprozesses stets ausblieben.

Während im Tschad die putschenden Führungspersonen häufig zuvor bereits hohe Regierungsämter innehatten, oszillierte die Macht im Sudan zwischen Zivilregierung und Militär mit der Konstante, dass die herrschende Elite den Flussarabern

entstammte⁹³. Die weitere Entwicklung im Darfur und im Tschad wurde wesentlich von externen Akteuren, allen voran Libyens Staatschef Gaddafi, bestimmt. Gaddafi, als Vertreter des Pan-Arabismus, begann unverzüglich mit der Unterstützung des tschadischen Widerstandes gegen die dominante christliche Regierung und förderte zeitgleich den Aufbau panarabischer Bewegungen und des Mahdismus im Darfur. Diese Maßnahmen leiteten zudem die Überschwemmung der Region mit Handfeuerwaffen ein und führten zu einer Vernetzung der tschadischen Rebellion mit Gruppierungen im Darfur⁹⁴, welche als Ausgangspunkt für die intensive Nutzung des Darfurs durch tschadische Milizen betrachtet werden kann, wodurch in weiterer Folge tschadische Probleme in das Nachbarland importiert wurden.

Im Darfur entwickelte sich in den 60er-Jahren im Rahmen der Wählermobilisierung eine rassistisch-kulturelle Rhetorik, deren Nährboden durch die fortwährende Marginalisierung und damit verbundener struktureller Probleme bereitet wurde. Der vom Zaun gebrochene Diskurs erlaubte Schuldzuweisungen und führte dazu, dass die Einen sich weiter von Khartum distanzieren konnten, während die Anderen, das sind der Großteil der arabisierten Stämme, sich, wenn auch nur symbolisch an die Flussaraber annähern konnten. Die dabei entstandenen Fronten wurden in weiterer Folge durch den Kampf der Mahdisten gegen Numeiri, veränderte ökologische Rahmenbedingungen und die Präsenz tschadischer Kämpfer im Darfur, welche dort auch Kämpfer rekrutierten, weiter verfestigt. Darfur erhielt dabei zusätzlich zur Vernachlässigung durch das Zentrum zunehmend den Charakter eines sudanesischen Schlachtfeldes im Kampf um regionalen Einfluss, deren Bevölkerung die Last sudanesischer, tschadischer und libyscher Interessen zu tragen hatte. Eine vergleichbare Etikettierung wie im Darfur erfolgte im Tschad lediglich im unmittelbaren Grenzgebiet, allerdings zeigte sich, dass jede Machtübernahme mit Umbesetzungen staatlicher Machtpositionen einherging welche dem Präsidenten zur Sicherung dessen Position diene und entlang ethnischer Gesichtspunkte erfolgte (Berg 2008: 13).

Der Einfluss Gaddafis wirkte auf latente Konflikte in der Region wie ein Katalysator wobei die Einwirkung westlicher Staaten eine gewisse Balance bewahren konnte. Die

⁹³ Wesentliche Machtpositionen wurden dabei an Personen verteilt, welche entweder von heiligen Würdenträger oder ihre Abstammung auf traditionelle Eliten zurückführen konnten. So trifft beispielsweise ersteres auf al-Turabi zu während letzteres für Numeiri galt (O'Fahey 1996: 261).

⁹⁴ Die Bedeutung Darfur für die tschadische Rebellion zeigt sich unter anderem auch darin dass die FROLINAT, eine Rebellenbewegung welche für lange Zeit im Zentrum des tschadischen Widerstandes stand, 1966 in Nyala im Darfur gegründet wurde (Berg 2008: 11) und dort auch rückwärtige Stützpunkte unterhielt (Prunier 2006: 62).

ökologischen Veränderungen im Darfur, sprich die zunehmende Versteppung und drastische Rückgänge der Niederschlagsmengen, verursachten Hungernöte und daraus resultierende Flüchtlingsströme und demographische Veränderungen wodurch die Situation durch die daraus resultierenden Spannungen weiter an Dynamik gewann. Dies in Kombination mit der politisch opportunen ethnischen Etikettierung, sowie der durch Khartum gesteuerten Bewaffnung arabisierte Gruppen⁹⁵ welche gegen den Süden eingesetzt werden sollten, führte letztlich zur schrittweisen Zuspitzung der Situation im Darfur, da die Milizen zur Selbstbereicherung auch vermehrt gegen die Bevölkerung Darfurs vorgingen. Als dies im weiteren Konfliktverlauf durch Khartum gefördert wurde führte dies zur Aufstellung von regionalen Milizen zur Selbstverteidigung, welche jedoch dazu führten, dass Spannungen mit benachbarten Gruppen, welche in der Vergangenheit mittels traditioneller Autoritäten geklärt werden konnten, zunehmend gewaltsam ausgetragen wurden. Diese Entwicklung griff auf Regionen im Ost-Tschad über, konnte dort aber noch eingedämmt werden.

Die Beziehung zwischen dem Sudan und dem Tschad war zum Teil großen Schwankungen unterworfen obwohl sie andererseits durch die Bevölkerung entlang der gemeinsamen Grenze, welche für diese praktisch nicht existent ist, eng miteinander verbunden sind, und reichte von gegenseitiger Unterstützung, über Versuche der Politik einer Nichteinmischung bis hin zur Unterstützung der Widerstandsbewegungen des Nachbarlandes, hat sich aber Anfang dieses Jahrhunderts insofern zugespitzt, als der Sudan und der Tschad in einen Stellvertreterkrieg abgerutscht sind welcher über die jeweiligen, der Regierung gegenüber oppositionell eingestellten, Milizen geführt wird, und zumindest eine permanente Destabilisierung des Landes beziehungsweise im besten Falle den Sturz der Regierung bewirken soll.

Die angesprochene Eskalation begründete sich dabei auf dem zunehmenden Druck der ethnischen Gruppe des Präsidenten und unterstreicht die Vernetzung beider Konflikte. Die Zaghawa sind auf beiden Seiten der Grenze beheimatet, weshalb eine Verschlechterung deren Lebenssituation zwangsläufig Auswirkungen im Tschad hat. Deby versuchte sich Appellen zur Intervention lange zu entziehen, lenkte aber als er erkennen musste, dass er im Begriff war seine Machtbasis zu verlieren, ein. Die jeweiligen Widerstandsgruppen bilden dabei nie geschlossene Front sondern sind durch das gegenseitige Dominanzstreben untereinander zerstritten was letztlich die

⁹⁵ Dabei wurden zuerst jene Gruppen rekrutiert welche von der Hungersnot und den veränderten ökologischen Rahmenbedingungen am stärksten betroffen waren. Die Ausdehnung auf im Süd-Darfur beheimatete arabische Gruppen erfolgte erst nach und nach.

Fragmentierung der Gruppierungen förderte, das Feld an Konfliktparteien unüberschaubar und geplante Friedensprozesse nahezu unmöglich machte. Ob schließlich zuerst der Tschad die sudanesischen Rebellen unterstützte oder der Sudan auf das Zögern Debys bereits zuvor mit der Förderung tschadischer Rebellen begann ist dabei sekundär, wesentlich ist, dass dies zu einer Situation führte in welcher sich eine Spirale entwickelte, welche die Lage für beide Länder kontinuierlich verschlechterte.

4 Konfliktanatomie

4.1 „Alte“ versus „neue“ Kriege – Begrifflichkeiten

Im Folgenden soll nun versucht werden, ausgehend von der historischen Genese der kriegerischen Auseinandersetzungen im Tschad und im Sudan, unter der Zuhilfenahme der Charakteristika „neuer Kriege“ als Bezugsrahmen eine Analyse beider Konflikte, unter spezieller Berücksichtigung der Schnittstellen durchzuführen. Dies macht zunächst eine kurze Annäherung an Transformationen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen sowie an den Begriff „neue Kriege“ vonnöten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges hegten zahlreiche Sozialwissenschaftler die Erwartung, dass dieses Ereignis das Ende kriegerischer Auseinandersetzungen darstellte und sahen den „ewigen Frieden“⁹⁶ nach Immanuel Kant bereits in greifbarer Nähe. Die Hoffnung war allerdings trügerisch, da lediglich die Ära der zwischenstaatlichen Kriege ein Ende fand, da diese bedingt durch die Fragilität moderner Gesellschaften und der Vernichtungskraft neuer Waffensysteme schlichtweg mehr kosteten als sie einbringen könnten. Der zwischenstaatliche Krieg hatte somit seine „[...] Attraktivität als Chance zur gewaltsamen Vergrößerung und Bereicherung von Staaten, wie als politischer Problemlöser verloren ..“ (Münkler 2004b). Die weitere Auseinandersetzung mit der Thematik im letzten Jahrzehnt führte innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung schließlich, ausgehend von den Arbeiten von Herfried Münkler und Mary Kaldor, zur Etablierung des Begriffes „neue Kriege“⁹⁷. Die „neuen“ Kriege werden dabei als eine Adaption an die Rahmenbedingungen unserer Zeit betrachtet, welche einerseits mit dem Schwinden der „alten“ zwischenstaatlichen Kriege⁹⁸, sowie andererseits mit einer Transformation deren Komplementärs, des Bürgerkriegs⁹⁹, einhergehen. Die

⁹⁶ Trotz der von Natur aus bestimmten Neigung des Menschen zu kriegerischen Auseinandersetzungen, erwächst im Menschen im Anschluss daran eine größere Eintracht welche nach unbestimmter Zeit im „ewigen Frieden“ gipfelt (Kant 1867: 19ff).

⁹⁷ Im weiteren Verlauf der Arbeit wird auf die Verwendung von Anführungsstrichen bei den Begriffen „alte“ beziehungsweise „neue Kriege“ verzichtet.

⁹⁸ Hier ist anzumerken, dass diese lediglich auf einen Kriegstypus fokussieren, nämlich den zwischenstaatlichen, und zusätzlich eine Referenz schaffen, welche lediglich in Europa und partiell in Nordamerika anzutreffen war, während neue Kriege sich auf gänzlich andere Regionen konzentrieren deren Geschichte gewaltsamer Konflikte gänzlich vernachlässigt wird.

⁹⁹ Der Bürgerkrieg wird in der Genfer Konvention als „nicht-internationaler bewaffneter Konflikt“ bezeichnet. Im Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 (Protokoll II) über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte erfolgt die Ausweitung der wichtigsten Grundrechte auf diese Kriegsform (vgl.

Verwendung des Begriffes Bürgerkrieg wird dabei von Kritikern des neuen Ansatzes oft als hinreichend zur Beschreibung vieler aktueller Kriege betrachtet, verstellt aber gemäß Münkler (2002: 44) infolge seiner politiktheoretischen Tradition,

„[...] den Blick auf das spezifische Neue an den Kriegen der letzten zwei Jahrzehnte, und das ist neben ihrer Eingebundenheit in den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung beziehungsweise der Schattenglobalisierung vornehmlich die Herausbildung von Interessenkonstellationen, die nicht an der Beendigung des Krieges, sondern seiner im Prinzip endlosen Weiterführung orientiert sind.“

Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass keine politischen Motive vorhanden sind sondern lediglich, dass durch die Verselbstständigung der Gewalt, mit zunehmender Konfliktdauer ideologische Gewaltmotive durch ökonomische Motive überlagert werden und folglich der Krieg zum Selbstzweck degeneriert (Heupel 2005: 25; Münkler 2002: 163).¹⁰⁰ Nichtsdestotrotz steht außer Frage, dass neue Kriege viele Elemente mit dem klassischen Bürgerkrieg gemein haben. Einen weiteren wesentlichen Aspekt neuer Kriege stellt dabei die stetig wachsende Privatisierung der Gewaltakteure dar, worunter allerdings nicht nur der Eingriff in das Kriegsmonopol des Staates zu verstehen ist, sondern auch der sinkende Organisationsgrad der Handelnden, welcher einerseits in einer Fragmentierung hierarchischer Strukturen resultiert und es einzelnen Kämpfern erlaubt, autark von der Führung zu agieren, sowie andererseits auch das Auftauchen zusätzlicher Akteure welche letztlich unabhängig voneinander handeln (Chojnacki 2004: 198; Heupel 2005: 24). Erschwerend kommt hinzu, dass neue Kriege oft Hand in Hand mit Prozessen der Kommunalisierung beziehungsweise der Autonomisierung der Gewalt gehen, wodurch in Räumen begrenzter Staatlichkeit, auch reguläre Streitkräfte in Konflikten, deren Charakter als legitime Akteure verlieren und somit wie paramilitärische Gruppierungen wahrgenommen werden (Chojnacki 2004: 199).

Konträr zu den Staatenkriegen stehen sich in den neuen Kriegen meist Akteure gegenüber welche durch fundamentale Ungleichheiten gekennzeichnet sind, welche sowohl im Bereich des Ressourcenzuganges und juristischer Legitimität bestehen (Feichtinger 2004a: 71).

Waren alte Kriege noch von der wechselseitigen Anerkennung als „Gleiche“ geprägt, worauf die Bezeichnung als symmetrische Kriege hervorgeht, ging diese Prämisse in

http://www.humanrights.ch/home/de/Instrumente/Humanitaeres_Voelkerrecht/Genfer_Abkommen/idcatart_5878-content.html).

¹⁰⁰ Diese Sichtweise wird von Mary Kaldor nur bedingt geteilt, da diese zwar zustimmt, dass sich bei neuen Kriegen die Gewaltmotive vermischen, in erster Linie aus ideologischen beziehungsweise identitätsbezogenen Motiven geführt werden (Kaldor 2000: 121ff).

den letzten Jahrzehnten zur Gänze verloren. Anstelle symmetrischer Kriege, die im Wesentlichen von Staaten geführt wurden, sind asymmetrische getreten,

„[...] in denen substaatliche Akteure, wie Warlords, Clanchefs, Milizenführer und terroristische Netzwerke, daneben imperiale Mächte, die sich als Exekutoren menschen- und völkerrechtlicher Prinzipien verstehen, und gelegentlich auch Staaten, die um die Wiederherstellung von Staatlichkeit in Bürgerkriegsgebieten bemüht sind, die entscheidenden Rollen spielen.“ (Münkler 2004a: 90f).

Die Verwendung von Asymmetrie im Kontext von Krieg wird oft generalisiert verwendet, weshalb sich die Differenzierung der Asymmetrie von Konflikten nach Feichtinger (2004b: 117ff), in eine politische, strategische, operativ-taktische und taktisch-gefechtstechnische Ebene, anbietet. Die Untergliederung dient nicht nur zur Analyse sondern erlaubt durch die Ebenenbildung auch das Erkennen einer sowohl symmetrischen als auch asymmetrischen Natur von bewaffneten Konflikten.

Der Gestaltwandel kriegesischer Gewalt offenbart sich besonders deutlich an den Kriegen in Afrika, welche die Welt mit einer neuen Ausdrucksform des Krieges konfrontieren. Staaten treten als Gewaltakteure zu Gunsten zahlreicher parastaatlicher Akteure zunehmend in den Hintergrund. Die finanziellen Mittel werden als Produkt des Krieges, durch diesen selbst, sowie durch die Ausbeutung der Zivilbevölkerung, Instrumentalisierung der Hilfsorganisationen und externe Akteure lukriert. Diese Kriegsökonomien sind dabei bedingt durch die Globalisierung in den internationalen Finanz- und Warenmarkt eingebunden und ihre Akteure verfolgen zunehmend ökonomische denn ideologische, politische Interessen. Leidtragende dieser Entwicklung ist die Zivilbevölkerung, welche, da sich die Handelnden in den neuen Kriegen von Normen des heutigen Völkerrechts, welches ursprünglich für die Regulierung von Staatenkriege generiert wurde, verabschieden (Münkler 2004b: 180), unter der exzessiven Gewaltanwendung am Meisten zu leiden hat (Münkler 2002: 28f). Weitgehend wird bei den Auseinandersetzungen auf hochtechnologisches Militärgerät verzichtet und die Konflikte werden mit automatischen Gewehren und leichten Antipanzern, unter Abstützung auf Pick-ups als Gefechtsfahrzeuge geführt. Die Vorteile liegen auf der Hand, billig in der Aufstellung und im Erhalt und letztendlich von jedermann, auch Kindern, zu bedienen.

Häufig wird kritisiert, dass Konfliktraspekte welche als neu verkauft werden in der Vergangenheit bereits aufgetaucht sind, dies wird in den Abhandlungen zu neuen Kriegen auch nicht bestritten, wesentlich ist allerdings, dass das Konglomerat mehrerer Faktoren, für sich genommen, zu einer drastischen Veränderung des Kriegsgeschehens

führt, welches als solches auch wahrgenommen werden muss. Ungeachtet dessen muss eingestanden werden dass die Dichotomie „alt – neu“ auf der Kriegsführung europäischer Staaten sowie Nordamerika beruht, welche das Referenzmodell für alte Kriege bildet.

Im Zuge der folgenden Betrachtungen tritt die Frage ob, beziehungsweise wie neu diese Kriege nun wirklich sind allerdings in den Hintergrund¹⁰¹.

4.2 Charakteristika – „neuer“ Kriege

Die einzelnen Charakteristika neuer Kriege dienen in der folgenden Abhandlung als Analyserahmen für die Untersuchung der zuvor in ihrer Genese beschriebenen Konflikte, wobei Kriterien neuer Kriege dabei zur Abgrenzung zu alten Staatskriege, um letztendlich auch eine Einordnung der vorliegenden Kontroversen zu ermöglichen, und gleichzeitig deren Nützlichkeit zur Analyse zu reflektieren. Das Schwergewicht soll dabei auf postkoloniale Entwicklungen gelegt werden, wobei größere historische Rückgriffe nur insofern gemacht werden um notwendige Argumentationslücken zu füllen. Zusätzlich erfolgt an dieser Stelle die Analyse hinsichtlich des Einflusses externer Akteure, welcher sich nicht zuletzt aus der historischen Betrachtung als wesentlicher und vor allem notwendiger Ansatzpunkt der Konfliktbetrachtung herausstellte.

4.2.1 Staatszerfall

Seitens vieler Autoren besteht eine enge Verbindung zwischen dem zunehmenden Staatszerfall und der Ausbildung neuer Kriege (Chojnacki 2004: 197; Eppler 2002: 42ff; Münkler 2002: 27). Spricht man von Staatszerfall so muss man sich zwingendermaßen auch mit Staatlichkeit befassen, wobei zwischen juristischer und empirischer Staatlichkeit unterschieden werden muss (Jackson 1982: 1ff). Juristische Staatlichkeit setzt ein Territorialgebiet, eine permanente Bevölkerung, eine effektive Regierung sowie die Fähigkeit Beziehungen mit anderen Staaten aufzunehmen, welche

¹⁰¹ Vergleiche diesbezüglich Schmidl (2004: 121ff).

zumindest teilweise die internationale Anerkennung als souveräner Staat impliziert¹⁰², voraus. De facto befasst sich die juristische Staatlichkeit mit Zuschreibungen von außen, sprich der internationalen Gemeinschaft. Mit der Dekolonialisierung wurden zahlreiche neue Staaten geschaffen welche primär durch die juristisch verliehene Staatlichkeit überleben, ohne jedoch staatsintern über eine entsprechende Glaubwürdigkeit beziehungsweise Legitimität zu verfügen. „*Chad is the paradigm case: a state which is virtually devoid of civic or socio-economic concreteness, and which survives almost entirely by external recognition and support.*“¹⁰³ (Jackson 1986: 27)

Analog dazu verhält es sich im Sudan wo der sudanesishe Staat zwar rechtlich gesichert ist, jedoch die innere Legitimität und der Herrschaftsapparat und deren Institutionen hinterfragt und bekämpft wird. Dies beschreibt die Bedeutung der subjektiven Wahrnehmung von innerer Legitimität innerhalb der Bevölkerung und der Fähigkeit der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben, sprich exakt den Kriterien für empirische Staatlichkeit (Bockwoldt 2007: 31ff). Illegitime Herrschaft, sprich Verlust der empirischen Staatlichkeit, schafft einen politischen Raum welcher parastaatlichen Akteuren Platz zum Manövrieren bietet (Schmidinger 2006: 203). Spricht man nun von Staatszerfall so bezieht sich dieser in Zentralafrika auf die empirische Staatlichkeit¹⁰⁴, welche auf innergesellschaftliche Aspekte fokussiert und bezeichnet den Verlust von Teilen dieser, wobei dabei der Begriff Zerfall, welcher semantisch die Degeneration eines zuvor bestehenden Zustandes ausdrückt und in diesem Kontext mit dem Sollstand gleichzusetzen ist auch darüber hinaus, über seine ursprüngliche Bedeutung hinausgeht. Dies ist insofern wichtig zu erwähnen da viele Staaten, wie beispielsweise der Tschad und der Sudan, welche Schauplatz neuer Kriege sind den Sollzustand nie erreicht haben. Am Endpunkt des Staatszerfalles welcher als Prozess zu denken ist, steht der Staatskollaps.

Im Tschad und im Sudan sind die Regierungen damit konfrontiert, dass die Bevölkerungen beider Länder deren Legitimation anzweifeln. Der Grund hierfür liegt hauptsächlich in deren Entstehung, an deren Beginn ein Dekolonialisierungsprozess stand, welcher sowohl im Sudan als auch im Tschad eine Regierung an die Macht

¹⁰² Die juristische Staatlichkeit deckt sich weitgehend mit der Definition des Staates in der Konvention von Montevideo vom 26.12.1933.

¹⁰³ Dies widerspiegelt die Situation Anfang der 80er-Jahre im Tschad, welche sich mittlerweile etwas verbessert hat, jedoch noch immer eines der großen Konfliktfelder Afrikas darstellt.

¹⁰⁴ Im Gegensatz zur ehemaligen UdSSR wo der Staatszerfall sich auf die juristische Staatlichkeit bezog, während die empirische Staatlichkeit aufrechterhalten wurde.

brachte, durch welche sich weite Teile der Bevölkerung nicht repräsentiert fühlten und so, simplifiziert, Gegenpole in Form bewaffneter Gruppierungen ausbildeten. *„Fehlende Integration der verschiedenen Regionen, Ethnien und Interessensgruppen innerhalb dieser Staaten verhinderten, dass sich die Grundlagen für eine Zivilgesellschaft herausbilden konnten.“* (Bockwohltdt 2007: 35)

Betrachten wir nun die Lage speziell im Sudan welche Schmidinger (2006: 189) als

„[...] ein Beispiel für den drohenden Staatszerfall als Folge eines (langfristig gescheiterten) Versuchs der Errichtung einer autoritären bis totalitären zentralistischen Staatsform, die es weder verstand, regionale Interessen und Klasseninteressen auszugleichen, noch integrativ auf unterschiedliche Ideologien, ‚ethnische Gruppen‘, tribale Einheiten und Religionsgemeinschaften zu wirken“

beschreibt. Bereits vor Ausrufung der Unabhängigkeit 1956, kam es im Jahr davor, bedingt durch die jahrelange Vernachlässigung der Region im Zuge der britischen *„Politik der getrennten Entwicklung“* (Peter 2004: 10) welche Investitionen im Zentrum Khartum zu Lasten der Peripherie forciert, zu heftigen Unruhen im Südsudan, welche zahlreiche Opfer forderten. Die Folge waren laufende militärische Konfrontationen verschiedener Guerillabewegungen des Südens, mit einer Regierung, welche politisch von Einflüssen religiöser Bruderschaften und regionaler, tribaler Autoritäten geprägt war. Hinzu kamen wiederholte Regimewechsel welche die herrschende Elite jedoch nur marginal betrafen. Der offene Konflikt zwischen der Regierung und dem Landessüden wurde zwar 2005 beigelegt, nichtsdestotrotz schwelt dieser aber unter der Oberfläche weiter, mit dem Potential erneut auszubrechen.

Darfur blickt, historisch betrachtet, auf eine lange Zeit der politischen und ökonomischen Marginalisierung zurück (Mamdani 2009: 163ff), wodurch die fragile Relation zwischen arabischen Nomaden beziehungsweise Halbnomaden und nichtarabischen Bauern allerdings unangetastet blieb. In den 1980er-Jahren begann allmählich eine politische Instrumentalisierung einzelner Stämme für überregionale Interessen auf welche später noch genauer eingegangen wird. Verschärfend wirkten sich der 1989 erfolgte Militärputsch al-Bashirs, da die von ihm initiierte neoliberale Wirtschaftspolitik das bestehende Zentrum-Peripherie-Gefälle noch vergrößerte und Trockenperioden aus, welche zur ökologisch bedingten Zwangsmigration vieler Nomaden gen Süden und zu einem immer heftigeren Wettbewerb um Ressourcen führte (Schmidinger 2006: 198f). Die Situation eskalierte und die Regierung reagierte mit repressiven Maßnahmen, welche die entstandene Gewaltspirale nur verfestigte, ohne die

in ihrem Verantwortungsbereich liegenden politischen Steuerungsmaßnahmen zu treffen, welche notwendig gewesen wären um die Lage zu deeskalieren.

Wenden wir nun dem Blick gen Tschad der 1960, unter den oben beschriebenen Prämissen unabhängig wurde. Bereits vor 1960 zeigte sich der Unmut der Bevölkerung im Landesnorden über die bevorstehenden Entwicklungen, welche jedoch nicht mehr aufzuhalten waren. Es folgte die rasche Einführung eines Einparteiensystems und die Dominanz des Südens in der Regierung führte rasch zu Protesten, diese wiederum zu gewalttätigem Vorgehen gegen diese. Es setzte sich eine Spirale der Gewalt in Gang welche Foltz (1995: 15) wie folgt artikuliert:

„Active revolt against the Chadian state began in 1965¹⁰⁵. Initially, it took the form of peasant jacquerie, a violent protest against an overbearing, venal and incompetent administration. At first a local affair, it quickly found echoes across the northern two-thirds of the country. As revolt produced reprisal in turn produced rebellion – then civil war, coups d'état, foreign military intervention, regional secession, and the division and recombination of alliances and futile governments. No part of the country escaped armed violence [...]“

Der Staat war nicht mehr länger existent. Kampfhandlungen überzogen das Land und die Bewegung, welche es schaffte, die Hauptstadt in ihren Besitz zu bringen, „legitimierte“ dadurch und durch ihre militärischen Kräfte den Anspruch auf das Land und die Bildung der Regierung. Es kam zur Bildung von Allianzen welche aber meist nur von kurzer Dauer waren. 1973 erfolgte die Besetzung des Aouzou-Streifens durch libysche Truppen wodurch die Konflikte im Tschad noch um eine zwischenstaatliche Facette bereichert wurden (Azevedo 2004: 97, 110). Die erste längere Regierungsphase begann 1982 mit der Machtübernahme von Habré und obwohl weite Teile des Landes nicht unter Regierungskontrolle standen und bewaffnete Gruppierungen unvermittelt die Regierung bekämpften, gelang in den Folgejahren zumindest die Umsetzung einiger wichtiger Maßnahmen, welche eine Rekonstruktion der Staatlichkeit zumindest an der Basis einleiteten (Foltz 1995: 20ff). 1990 wurde Habré von Deby gestürzt welcher bis jetzt an der Spitze der tschadischen Regierung steht. Der bewaffnete Widerstand besteht allerdings unvermittelt weiter und obwohl mittlerweile der Tschad wieder weitgehend vom staatlichen Sicherheitsapparat kontrolliert wird, steht noch ein langwieriger Prozess hin zu einem effizienten und stabilen Staat bevor, welcher die auch die Legitimation seitens der Bevölkerung findet.

¹⁰⁵ Erste Widerstände gegen die Regierung gab es bereits im September 1963, nach der Verhaftung populärer Politiker. Diese wurden unverzüglich mit Gegenmaßnahmen beantwortet, welche unzählige Tote unter den Protestierenden forderten (Azevedo 2004: 91).

Beide Staaten kämpfen mit der Schwächung des Staates, respektive mit der Auflösung der empirischen Staatlichkeit, welcher auf illegitime Herrschaft in Folge wiederholter Machtwechsel, sowie einem ineffizienten Staatsapparat fußt. Zwar etablierte sich eine mittlerweile relativ stabile Struktur der Herrschaft, jedoch ohne die Partizipation einer gesellschaftlichen Basis, welche die Etablierung einer organisierten Opposition unterbindet und in sich die latente Möglichkeit des Widerstandes trägt (Tetzlaff 2004: 550f).

Einen wichtigen Aspekt nimmt zudem das Gewaltmonopol des Staates ein auf welches im folgenden Kapitel im Detail eingegangen werden soll.

4.2.2 Verlust des Gewaltmonopols

Das Gewaltmonopol eines Staates gilt als Grundlage für das Funktionieren eines jeden Rechtsstaates, und bezeichnet das alleinige Recht dessen, Rechte und Ansprüche, unter Anwendung physischer Gewalt, seitens legitimierter staatlicher Vertreter, durchzusetzen (Weber 1980: 29f).

In neuen Kriegen ist dieses durch den fortgeschrittenen Staatszerfall entweder nur mehr partiell existent beziehungsweise funktionsfähig, oder hatte sich wie in vielen Staaten Afrikas nach der Unabhängigkeit lediglich rudimentär entwickelt. Dies hat zur Folge, dass sich nichtstaatliche Konfliktakteure in Folge kriegesischer Auseinandersetzungen permanent oder temporär Staatsgebiete aneignen und dort faktisch die Herrschaft übernehmen, welche sie, da nicht von den ansässigen Bürgern frei gewählt, mittels Waffengewalt durchzusetzen.

Seit der Entlassung in die Unabhängigkeit war der Sudan mit wirtschaftlichen und innenpolitischen Problemen konfrontiert, welchen er nicht gewachsen war. Das Land durchlief in der kurzen Zeit seines Bestehens drei zivile Regierungen, wovon jede von militärisch dominierten Kräften, mit der Begründung, dass diese nicht in der Lage sei die Probleme des Landes zu lösen, gestürzt wurde (Mörz 2005: 5ff). Der seit 1955 existierende Konflikt mit dem christlichen Süden gewann mit dem zunehmenden Organisationsgrad der Bewegung zunehmend an Brisanz, und unterstreicht, dass der Staat bereits seit seiner Gründung nicht in der Lage war sein Gewaltmonopol im gesamten Staatsgebiet durchzusetzen. Diese Entwicklung reflektiert darüber hinaus auch das Versagen der Regierung eine akzeptierte, repräsentative Führung zu manifestieren. Zur Instabilität trugen auch die sechs Regierungswechsel bei, wobei

darüber hinaus jedes einzelnes Regime von häufigen Kabinettsumbildungen geprägt war. Der internationale Fokus war vom Nord-Süd-Konflikt geprägt welcher dazu führte, dass andere Konfliktfelder, speziell im Landeswesten die Region Darfur, ausgeblendet wurden. Diese Sichtweise änderte sich erst 2003 als die Spirale der Gewalt nicht mehr zu kontrollieren war. Die sudanesischen Streitkräfte fanden sich von da an auch nicht mehr in der Lage das Gewaltmonopol in Darfur flächendeckend aufrechtzuerhalten. Räume begrenzter Staatlichkeit bieten die Voraussetzung dafür, dass auch die regulären Streitkräfte als Vertreter des Staates zunehmend Gefahr laufen ihre Legitimität, da sie an Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung und Plünderungen involviert sind, zu verlieren (Chojnacki 2004: 199). Damit wird die Unterscheidung zwischen staatlichen Akteuren und paramilitärischen Gruppierungen im Raum unmöglich, da für die Zivilbevölkerung letztlich von allen Seiten eine Bedrohung ausgeht, wodurch ein Bruch der staatstragenden Beziehung zwischen Bürger und Staat resultiert (Daase 1999: 53). Diese Entfremdung wird im Darfur durch von der Regierung gestützte Milizen, die zusehends selbstständiger agieren, sowie deren zunehmende Fragmentierung, zusätzlich intensiviert. Die Region nahm und nimmt darüber hinaus eine wichtige Rolle als Aufmarschraum und logistische Basis für tschadische Rebellengruppen ein, und stellte im tschadisch-libyschen Krieg phasenweise einen essentiellen Raum Libyens dar. Ungeachtet der sudanesischen Duldung dieser Gegebenheiten, auf welche in weiterer Folge noch weiter eingegangen wird, ist die Regierung auch gar nicht in der Lage ihre Grenzen entsprechend zu schützen.

Im Tschad gestaltet sich die Situation nicht wesentlich anders. Die Zeit seit der tschadischen Unabhängigkeit war gekennzeichnet von bewaffneten inneren Konflikten welche zu wiederholten Umstürzen führten, sowie vom Krieg mit Libyen. Keine Regierung erreichte jemals einen Zustand, in welchem der Staat real ein Gewaltmonopol über das gesamte Staatsgebiet ausüben konnte. Das gesamte Gebiet des Tibesti-Gebirges ist momentan fern jeglicher staatlicher Kontrolle.¹⁰⁶ Im Landesosten gelingt dem tschadischen Militär zunehmend die Kontrolle der Grenze, wodurch Übertritte tschadischer Rebellen frühzeitig erkannt werden können. Die effektive Bekämpfung dieser kann aber nichtsdestotrotz nur weit im Landesinneren erfolgen. Ungeachtet dessen wird der JEM vom tschadischen Präsidenten der Raum Biltine als Rückzugsgebiet und Aufmarschraum zugestanden (Berg 2008: 33f).

¹⁰⁶ Auch unter französischer Kolonialherrschaft konnte dieses Gebiet nicht kontrolliert werden und wurde in Folge dessen Unzugänglichkeit und Unproduktivität seitens der Franzosen ausgespart.

Die Probleme des Tschad und des Sudan sind, obwohl wesentlich komplexer im Sudan, ähnlich gelagert und jedes Land betreibt aktiv den Aufbau und Erhalt der Rebellengruppen des Nachbarlandes, welche sie so mittels Allianzen an sich zu binden hoffen. Beide Regierungen degradieren sich selbst zum parastaatlichen Akteur, indem sie das Gewaltmonopol, soweit vorhanden, auf die Erhaltung der eigenen Machtansprüche ausrichtet, und repressive Maßnahmen zum politischen Statement werden. Eine derartige Entwicklung wird von Schmidinger (2006: 204) auf den Punkt gebracht:

„Eine Regierung, die sich immer mehr als Warlord gebärdet, sorgt dafür, dass andere Warlords auf den Plan treten. Auch wenn die Regierung dabei als kurzfristig militärisch stärkster Akteur auftritt, reduziert sich die sudanesisches¹⁰⁷ Regierung selbst immer weiter zum parastaatlichen Akteur, agiert sie selbst als Warlord.“

Somit mutiert Gewalt auf allen Seiten letztlich zum Konfliktlösungsinstrument par excellence, und wird allgegenwärtig.

4.2.3 Kriegsökonomie

Als weiterer wesentlicher Punkt, welcher durch die Konflikttransformation an Bedeutung gewann, ist die Kriegsökonomie¹⁰⁸, welche schlichtweg die Art und Weise ausdrückt wie sich Konfliktparteien mit den für die Führung ihres Krieges notwendigen Ressourcen versorgen. Die Zeit postmoderner Globalisierung brachte wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen mit sich, worunter die über Kanäle der Schattenglobalisierung etablierte Verbindung mit der Weltwirtschaft, die gravierendste darstellt, da so ein ständig verfügbarer Markt für nötige Ressourcen vorhanden ist (Münkler 2002: 21). Devisen gestatten, den in Konflikten involvierten Parteien, die Entlohnung ihrer Kämpfer, die notwendige Partizipation an internationalen Märkten, zwecks der Beschaffung essentieller Ausrüstungsgüter und Dienstleistungen wie beispielsweise Waffen, Munition oder Söldner, und dienen nicht zuletzt auch der persönlichen Bereicherung (Brzoska, Paes 2007: 8f).

Staatliche Akteure verfügen, sollte das System dazu noch in der Lage sein, über den Weg Einkommen aus Steuern zu lukrieren. Hinzu kommt, basierend auf der juristischen

¹⁰⁷ Diese Feststellung trifft analog auch auf die tschadische Regierung zu.

¹⁰⁸ Zeitgleich mit der Verwendung des Begriffes Kriegsökonomie trat auch jener des Ressourcenkrieges zunehmend in Erscheinung, welcher darüber hinaus fallweise auch als neue Kriegsform betrachtet wurde (Ballentine, Nitzschke 2005: 11). Im Kontext neuer Kriege etablierte sich jedoch der breiter angelegte Begriff der Kriegsökonomie weshalb in weiterer Folge auf Ressourcenkriege nicht weiter eingegangen wird.

Staatlichkeit, die potentielle Möglichkeit der Generierung von Geldmitteln über die von außen legitimierte Vergabe von Förder- beziehungsweise Schürfrechten. Reichen diese Mittel nicht aus, so verfügt der Staat zur Fortsetzung seiner Aktivitäten darüber hinaus auch über die Finanzierungswege nicht-staatlicher Akteure. Diese sind die Umverteilung von Vermögenswerten, deren simpelste Form Raub und Plünderung sind,¹⁰⁹ sowie die Unterstützung durch externe Akteure. Parallel zum Staatszerfall kommt es zu einem Niedergang der Inlandsproduktion, wodurch Finanzmittel externer Akteure und damit auch eine Umstellung auf externe Versorgungsstrukturen zum lebensnotwendigen Faktor der Kriegsökonomien neuer Kriege werden. Diese Form der Unterstützung kann nach Kaldor (2000: 174) auf folgende Arten erfolgen:

- Hilfe durch ausländische Regierungen beziehungsweise Interessensgruppen war in erster Linie zu Zeiten des Kalten Krieges verbreitet und ist im letzten Jahrzehnt zwar zurückgegangen aber nicht versiegt und ist nachwievor speziell im zentralafrikanischen Raum verbreitet.
- Direkte Unterstützung einzelner Familien oder Gruppierungen durch Familienmitglieder beziehungsweise Diasporagemeinschaften, welche den Transfer von Geldern, Material und Knowhow betrifft.¹¹⁰
- Humanitäre Organisationen, welche Hilfslieferungen in die von Konflikten bedrohten Gebieten bringen, werden regelmäßig Opfer einer „Umleitung“ von Teilen dieser Güter in die Hände von Gewaltakteuren und leisten somit ungewollt einen Beitrag zur Erhalt der Kriegsökonomie.

Das Ende des Kalten Krieges brachte für viele Konfliktakteure eine drastische Reduktion der Unterstützung durch Großmächte da die Bedeutung vieler Regionen schlagartig schwand (Ballentine, Nitzschke 2005: 11). Die Folge war eine Adaption der Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen auf die gewandelten Umfeldbedingungen, welche rasch erfolgte und mit einem durch die Globalisierung ermöglichten Aufkommen transnationaler krimineller Handlungen, in erster Linie illegalen Handels mit Gütern wie Drogen, Diamanten, Elfenbein oder Edelhölzer, einherging¹¹¹

¹⁰⁹ Hinzu kämen noch Schutzgelderpressung, Menschenhandel, Herstellung und Verkauf von Drogen, Schmuggel, usw. auf welche aber nicht weiter eingegangen wird, da diese Formen der Kapitalbeschaffung in den behandelten Regionen untypisch sind.

¹¹⁰ Kaldor (2000: 174) unterscheidet zwischen der privaten Unterstützung einzelner Familien durch im Ausland arbeitende Familienmitglieder und zwischen der Hilfe von Diasporagemeinschaften. Dieser Unterscheidung wird hier nicht getroffen weil hinsichtlich der Stützung von Gewaltakteuren die Grenzen dieser Formen durchlässig sind.

¹¹¹ Maßnahmen zur Eindämmung eines derartigen Handels wurden im Zuge der in den letzten Jahren erfolgten Problemthematisierung getroffen und brachten beispielsweise im Bereich des Handels mit

(Bockwoldt 2007: 45ff; Jean, Rufin 1999: 24ff, 31). Bei den hier angeführten Beispielen handelt es sich um Güter welche verhältnismäßig einfach, technisch unaufwendig und billig von allen Konfliktakteuren, abseits legaler Märkte, zu Geld gemacht werden können, während andere Rohstoffe wie Erdöl oder Uran nur von Regierungen vermarktet werden können, da deren Ausbeutung sehr kapitalintensiv ist und der Verkauf von Förderrechten an Firmen der Legitimität eines Staates bedarf (Brzoska, Paes 2007: 22f).

Ein, häufig gemeinsam mit der Kriegsökonomie verwendeter, Begriff ist jener der Gewaltökonomie, welcher darüber hinaus die Möglichkeiten des Lukrierens von Mitteln zur Fortführung des bewaffneten Kampfes komplettiert. Beide Begriffe werden in der Literatur fallweise synonym verwendet, werden aber im Folgenden unterschieden. Die Gewaltökonomie, sprich die Aneignung von Sachwerten durch Konfliktakteure beruht auf der Instrumentalisierung von Gewalt, das heißt deren Androhung oder Anwendung.

„Voraussetzung ist der Defekt eines staatlichen Gewaltmonopols und die Entstehung ‚gewaltoffener‘ Räume, in denen die Ausübung von Gewalt weder durch traditionelle Kontexte noch sonstige Einhegungs-, Ordnungs- oder Routinemechanismen reguliert wird. Das Eigentum an Gütern oder Dienstleistungen wird nicht freiwillig getauscht, sondern durch Gewalt angeeignet. Ihr Entstehen ist dort besonders wahrscheinlich, wo „gewaltoffene Räume“ auf marktwirtschaftliche Strukturen treffen. Gehandelt werden nicht nur Waren bzw. Güter, sondern auch Ideologien, die dann besonders lukrativ sind, wenn sie zur Gewinnung ausländischer Unterstützung eingesetzt werden.“ (Chojnacki 2004: 200)

Betrachtet man dies genauer, so ergibt sich ein Beziehungsgeflecht aller im Raum präsenter Akteure in welchem diese Verhaltensweisen letztlich nicht nur vom staatlichen Zerfall begünstigt werden, sondern umgekehrt auch diesen beschleunigen und die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes mittel- und langfristig in den Ruin treiben. Da eine so in Gang gesetzte Abwärtsspirale binnen kurzer Zeit den Endpunkt erreichen würde, begründet sich die Notwendigkeit einer externen Zuführung von Ressourcen welche auf die eine oder andere oben beschriebene Art erfolgen kann, wie beispielsweise durch humanitäre Hilfe auf welche im weiteren Verlauf noch näher eingegangen wird (Bockwoldt 2007: 46f).

Während die Kriegsökonomie somit alle Möglichkeiten der Finanzierung, mit dem Zweck der Fortführung von Konflikten, umfasst bezeichnet die Gewaltökonomie somit nur einen Teilaspekt, nämlich den Transfer von Vermögen durch Gewalt.

„Blutdiamanten“, durch die Etablierung des Kimberley Process Certification Scheme, auch eine beträchtliche Verbesserung der Situation.

Die Region Darfur im Speziellen war seit der sudanesischen Unabhängigkeit mit bewaffneten Konflikten in angrenzenden Gebieten konfrontiert und avancierte rasch zum Hinterland für Rebellengruppen, besonders aus dem Tschad sowie für lybische Söldner, welche sich dort mit militärischer Ausrüstung und Lebensmitteln versorgten. Darfur wurde mit Kleinwaffen und Soldaten nahezu überschwemmt, während der Kampf um ökologische Ressourcen zunehmend erbitterter geführt wurde. Durch die Nutzung der Region seitens verschiedenster Gewaltakteure aus benachbarten Regionen wurde Darfur zu einem fixen Bestandteil deren Kriegsökonomie. Als al-Mahdi und einige Jahre später al-Bashir damit begann Milizen zu formieren, sie mit militärischer Ausrüstung zu versorgen (United Nations – International Commission of Inquiry 2005: 31) um sie für deren politischen und militärischen Zwecke zu instrumentalisieren, etablierten sich diese binnen kürzester Zeit zu Hauptakteuren welche sich durch Mord, Raub und Plünderung, unter dem Schutzmantel der Regierung, bereicherten (O’Fahey 1996: 265; Prunier 2006: 134f). Binnen kürzester Zeit führte die Bildung bewaffneter Milizen de facto zu einem kriminellen Bandenwesen, dessen Leidtragende die Zivilbevölkerung war.

Die Entdeckung von Ölvorkommen im Sudan hat zu einer bedeutsamen Veränderung des Konfliktes im Land beigetragen, da die Regierung so ihre Einnahmen gravierend erhöhen konnte, welche wiederum hauptsächlich der Kriegswirtschaft zugeführt wurden. Mit der 1998 einsetzenden Ölförderung konnte Khartum die bereits bestehende, strategische Asymmetrie zwischen den Streitkräften und oppositionellen Gruppen noch verschärfen (Peter 2004: 20).

NGOs und einige Regierungen begannen die indirekte finanzielle Unterstützung welche die sudanesishe Regierung durch die Ölkonzerne bekam, kritisch zu hinterfragen und lösten damit international Kampagnen aus, welche zum Rückzug einiger westlichen Firmen aus dem Sudan führte.¹¹² Der Abzug dieser wurde jedoch durch eine Ausweitung der Lizenzen von Ölfirmen aus China und Malaysia unverzüglich kompensiert (Brzoska, Paes 2007: 20). Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft erlaubten der sudanesischen Regierung Waffenimporte, welche in erster Linie aus Russland, Weißrussland, Iran und China kamen, zu steigern (Wezeman 2009: 6; Lee, Shalmon 2008: 113). Während die Importe von Großgerät wie Flugzeugen und Panzern aus Russland und Weißrussland dokumentiert sind, liegt die Einfuhr von militärischen

¹¹² Unter diesen Gesellschaften befanden sich unter anderen die Firmen Talisman aus Kanada, Lundin Oil aus Schweden oder die ÖMV aus Österreich.

Waffensystemen aus China weitgehend im Dunkeln obwohl Paraden deren Vorhandensein in den sudanesischen Sicherheitskräften belegen. Ungeachtet dessen sind China und der Iran als Hauptimporteure von Handfeuerwaffen und Munition bestätigt, wobei speziell von iranischer Seite auch finanzielle Mittel nach Khartum geflossen sind (Lewis 2009: 22ff). Darüber hinaus wird vermutet, dass diese Gelder auch in die Verbesserung und den Ausbau eigener Produktionsstätten geflossen sind (HSBA 2007: 4).

Mustern wir nun die beiden wesentlichen Rebellengruppen, SLM/A und JEM, hinsichtlich ihrer ökonomischen Aspekte. Die SLM/A bekommt seit Beginn der Bewegung finanzielle Zuwendungen seitens der Fur-Diaspora im Nahen und Mittleren Osten, welche allerdings nur einen Bruchteil der notwendigen Mittel darstellt (Prunier 2008c: 6). Der anfängliche Versuch der SLM/A eine Kooperation mit der SPLM/A zu etablieren und notwendige Mittel zu erhalten, scheiterte zwar am Dominanzstreben letzterer, nichtsdestotrotz hat es aber Unterstützungen in Form militärischer Ausbildung und fallweiser Waffenlieferungen gegeben (De Waal 2005: 92f). Hilfe in der Aufbauphase kam darüber hinaus auch aus Eritrea welches auch die SPLM unterstützte (Mamdani 2009: 250). Darüber wie groß beziehungsweise über welchen Zeitraum diese zuteil wurde ist nicht bekannt. Bedingt dadurch, dass viele Kämpfer zuvor in der tschadischen Rebellion tätig waren, verfügten diese über Kanäle zum tschadischen Militär welche sie auch zur Unterstützung nutzten. Der Beitrag hielt sich allerdings, ausgenommen der Zaghawa-Zweig der SLA welcher über verwandtschaftliche Bande mit der tschadischen Elite verbunden war, in Grenzen, da dieser nach Gründung der Gruppierung inoffiziell gegen den Willen des tschadischen Präsidenten erfolgte und sich nach Kurswechsel des Staatsoberhauptes rasch auf die JEM konzentrierte (Berg 2008: 34).¹¹³

Die Rolle Eritreas in der Unterstützung der SLA ist nicht ganz klar, wobei allerdings von einem fallweisen Beistand ausgegangen, während eine permanente Versorgung ausgeschlossen werden kann (Prunier 2008c: 6). Darüber hinaus gelang durch Überfälle auf Regierungseinrichtungen wie beispielsweise Polizeistationen im Darfur die Aneignung von notwendiger militärischer Ausrüstung (United Nations – International Commission of Inquiry 2005). Basisgüter wurden zum Großteil mit Gewalt beziehungsweise der Androhung dieser aus der Bevölkerung beschafft, wodurch sich

¹¹³ Die tschadische Versorgung der SLM/A konzentrierte sich auf den Zaghawa-Flügel unter dem Kommando von Minni Minnawi. Abgesehen von Waffen und Fahrzeugen erfolgten auch finanzielle Zuwendungen (Tubiana 2008b: 37).

letztlich weitere Konfliktfelder auftaten. Prunier (2007: 212) beschreibt diese für alle Gewaltakteure repräsentative Entwicklung am Beispiel der SLA/Minnawi.

„Die Bergid [ein afrikanischer Stamm], die die Zaghawa-Flüchtlinge während der Hungersnot 1984 freundlich aufgenommen hatten, wollten Minnis Schläger, die Steuern eintrieben, ihre Ziegen aufzehrten und ihren Frauen Gewalt antaten, nicht mehr ertragen; sie stellten sich auf Seite der Armee, um sie loszuwerden.“

Nach dem DPA kam es zu einer weiteren Fragmentierung der SLM/A welche mit dem weitgehenden Verlust der Unterstützung externer Akteure einherging, sodass letztlich nur die Unterstützung seitens der weltweiten Diaspora und von Teilen der Bevölkerung, welche allerdings wie das obige Beispiel untermauert, mehr und mehr schwand, erhalten werden konnte. Als direkte Konsequenz resultiert die Notwendigkeit einer intensivierten Gewaltökonomie beziehungsweise eines Ausbaues des Bereiches der Schattenwirtschaft, um die bestehende Fähigkeit als Akteur aufrechtzuerhalten.

Ähnlich der SLA gestaltet sich auch die Finanzierung bei der JEM, welche aber aufgrund ihrer ethnischen Zusammensetzung, vorwiegend Zaghawa, von Beginn an stärker auf die inoffizielle Unterstützung seitens der im Tschad lebenden Zaghawa zählen konnte. Nachdem Deby aus machtpolitischen Aspekten dem Druck seiner ethnischen Gruppe nachgab, begann der Tschad mit der Zurverfügungstellung von Waffen, Fahrzeugen, sowie Rückzugsräumen auf tschadischem Boden (De Waal 2005: 114f; Tubiana 2008a: 3). Eine, wenn auch nur geringfügige, Unterstützung der JEM durch die SPLM wurde seitens dieser von vorneherein abgelehnt da sie innerhalb der JEM keinen Verfechter des von der SPLM propagierten laizistischen Staatsmodells sahen (Berg 2008: 32). Bezüglich der Rolle Eritreas gibt es keine gesicherten Informationen, wobei Diskrepanzen mit der SPLM eher gegen diese sprechen würden, kann eine Versorgung der JEM mit Mitteln aus Eritrea nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Am wahrscheinlichsten ist allerdings, dass die JEM lediglich in der Anfangsphase 2003, über die SLM/A, von deren Unterstützung durch Eritrea, partizipieren konnte. Die Führung lebt zum Großteil in Europa von wo aus sie auch einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Gelder lukrieren (Prunier 2008c: 6). Darüber hinaus sind Fälle von Überfällen und Plünderungen dokumentiert, welche belegen, dass beide Gruppierungen, SLA und JEM, auch gegen ausschließlich zivile Ziele vorgegangen sind, mit dem Zweck sich mit Gütern einzudecken (United Nations – International Commission of Inquiry 2005: 77).

Wenden wir uns nun nach Westen gen Tschad so stellt sich ein Bild dar, welches sich nur bedingt vom Sudan unterscheidet. Die wirtschaftliche Lage des Landes bietet bis

2003 kaum Möglichkeiten Eigenmittel für die Kriegswirtschaft aufzubringen¹¹⁴, weshalb bis dahin jeder der Akteure in dem seit der Unabhängigkeit von bewaffneten Konflikten zerrütteten Land, zum Einen wesentlich von externen Quellen abhängig war und zum Anderen keine Regierung fähig war sich lange im Amt zu halten. Ölvorkommen im Tschad wurden bereits Anfang der 90er-Jahre im Südwesten des Landes, im Doba Bassin, entdeckt, die Förderung konnte jedoch erst nach Lösen des Transportproblems beginnen. Die Weltbank trat auf den Plan und finanzierte ein Pipeline-Projekt vom Tschad über Kamerun an die Atlantikküste bei Kribi. Zuvor forderte die Weltbank allerdings die Einhaltung zahlreicher Klauseln und Auflagen welche im „Revenue Management Plan“ festgehalten wurden und kurz gesagt die Widmung der Einnahmen zum Wohl der Bevölkerung des Tschad festschrieb. Allerdings zeigte sich bereits kurz nach Fertigstellung, dass das als Musterprojekt hochstilisierte Vorhaben viele Schwachstellen aufwies (Keenan 2005: 398), welche die tschadische Regierung binnen kürzester Zeit unterlief (Brzoska, Paes 2007: 24). Dies bescherte der Regierung ab 2003 eine signifikante Änderung hinsichtlich freier Mittel, welche die Anschaffung militärischen Geräts ermöglichte und damit den Druck Debys, Verhandlungen mit der bewaffneten Opposition zu führen, reduzierte. Die Weltbank versuchte zwar gegenzusteuern musste aber erkennen, dass die tschadische Regierung, durch das Interesse internationaler Akteure, allen voran China, mittelfristig die Oberhand hatte (International Crisis Group 2009b: 1, 8). Dem Tschad gelangen zudem die Ausweitung der Ölförderung in den letzten Jahren, sowie die Vergabe weiterer Förderlizenzen. Darüber hinaus lassen Probebohrungen sowie geologische Studien vermuten, dass der Tschad zu den Ländern mit den größten Erdölvorkommen in Afrika zu zählen ist. Inwieweit diese Ressource neben ihrer strategischen Bedeutung für die Regierung auch das Potential birgt, eine neue Ursache für Instabilität, gemäß der Theorie der „Dutch Disease“ zu werden, wird die Zukunft zeigen (De Soysa 2000: 120ff). Binnen der letzten Jahre sind Waffenimporte signifikant angestiegen. Besondere Bedeutung erlangte die Ukraine welche Deby mit Kampfhubschraubern (Mi-24 beziehungsweise Mi-24s), Kampfflugzeugen (Su-25 und Su-25s), Schützenpanzern (BMP-1 und BTR-3E), Gewehren und Munition versorgte. Weitere wichtige

¹¹⁴ Wichtigstes Exportgut war bis dahin Baumwolle und die Bevölkerung kann nur durch Subsistenzwirtschaft überleben.

Lieferländer sind zudem Frankreich (Schützenpanzer), Libyen (Munition), Belgien (Panzer) und Israel (leicht gepanzerte Fahrzeuge vom Typ RAM-2000).¹¹⁵

Die Bedeutung Chinas als Waffenmarkt ist seit August 2006, als der Tschad die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abbrach, im Anstieg begriffen¹¹⁶ (Wezeman 2009: 4ff). Darüber hinaus leisteten viele der bereits genannten Staaten Militärhilfe im Sinne von Training und Wissenstransfer, wie beispielsweise die USA im Zuge des International Military Education and Training (IMET) und der Trans-Sahara Counterterrorism Initiative (TSCTI).

„The Administration of President George W. Bush publicly explained its military support for Chad: despite concerns about poor governance, the Bush Administration considered the Déby Government to be an ally in the ‘global war on terror’, especially because Chad’s armed forces are fighting elements of the group al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM).” (Wezeman 2009: 6).

Ungeachtet dessen beinhaltete die Unterstützung nur am Rande Lieferungen militärischer Rüstungsgüter, sondern fokussiert auf den Einsatz von Militärberatern¹¹⁷.

Wenden wir uns den tschadischen Rebellengruppen zu, so ist wie bereits aus der historischen Betrachtung hervorgegangen ist der Beistand der sudanesischen Regierung existentiell. Obwohl der Sudan anfangs alle oppositionellen Gruppierungen im Tschad gleichermaßen mit militärischen Gütern unterstützte, konzentrierte dieser sich im weiteren Verlauf auf das Stützen eines „Dachverbandes“ mit dem Ziel; die Kräfte der unterschiedlichen Fraktionen im Kampf gegen Deby zu einen. Die Finanzierung der Bewegungen lässt sich dabei immer auf die eine oder andere Weise auf das Umfeld al-Bashirs zurückverfolgen (Prunier 2008c: 9). Ungeachtet dessen lukrieren die Gruppen, auch unter Zwang, Güter aus der Zivilbevölkerung zur Eigenversorgung. Zusätzlich bilden, ähnlich der regierungsfeindlichen Milizen im Darfur, im Rahmen von Gefechten erbeutete Ausrüstungsgüter beziehungsweise im Zuge von Überfällen auf staatliche Einrichtungen erbeutete Waffen einen bedeutenden Beitrag zur Versorgung dieser Gruppierungen.

¹¹⁵ Inwieweit Waffenlieferungen von EU-Mitgliedsländern mit dem Criterion 3 des EU – Code of Conduct on Arms Exports vereinbar ist, bleibt zu hinterfragen (http://ec.europa.eu/external_relations/cfsp/sanctions/codeofconduct.pdf).

¹¹⁶ Auf Staaten welche Taiwan anerkannten reagierte China grundsätzlich mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen, welche Hand in Hand gingen mit der Reduzierung der Wirtschaftsbeziehungen auf ein Mindestmaß.

¹¹⁷ Dies soll aber nicht bedeuten, dass die USA den Tschad nicht mit Waffen und militärischen Gerätschaften versorgte, sondern lediglich, dass diese im Vergleich zur Regierungszeit Habrés, seit der Machtübernahme Debys stark zurückgegangen sind. So kamen dem Tschad von den USA, in den Jahren 2002-2006 nur mehr Leistungen, in Form von Ausbildungen und Waffen, im Gegenwert von umgerechnet 7,5 Millionen USD mit dem Ziel der Terrorbekämpfung zugute (Gerdesmeier 2008: 12).

Eine Sonderstellung, im Vergleich zu den tschadischen und sudanesischen Rebellen, nehmen die Dschandschawid ein. Diese wurden und werden zwar vom Sudan bewaffnet und militärisch unterstützt, jedoch nahm bereits mit Aufstellung der Milizen die Gewaltökonomie eine höhere Bedeutung ein. Plünderungen und zum Teil auch die Inbesitznahme von Land sind dabei wesentliche Maßnahmen zum Erhalt der Gruppe und zur persönlichen Bereicherung (Tubiana 2008b: 51). Die bewaffneten Gruppierungen beider Staaten verfügen über eine aktive Diasporagemeinde welche mit Geld, Waffen und Know-how unterstützt und politisch mobilisiert. Dabei beziehen diese häufig die extremeren ideologischen Positionen als ihre Landsleute in der Heimat (Kaldor 2000: 146).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Kriegsökonomien in beiden Ländern nahezu kongruent sind. Während für die Regierungen Einkünfte aus dem Ölgeschäft den wesentlichen Beitrag der staatlichen Einnahmen darstellen, begründet sich die Finanzierung der Rebellen im Wesentlichen auf die Unterstützung des Nachbarlandes, während Gewaltökonomie vorwiegend zur Versorgung mit Basisgütern Anwendung findet. Womit das Verhältnis der sudanesischen Regierung zu den tschadischen Rebellen und umgekehrt am ehesten als Stellvertreterkrieg¹¹⁸ in der Tradition des Kalten Krieges zu verstehen und zu bewerten ist. Die im Gebiet agierenden Milizen gebrauchen Gewalt grundsätzlich zu deren Selbsterhaltung, sei es direkt im Sinne der Gewaltökonomie, oder indirekt indem sie eine Regierung destabilisieren, um von der anderen unterstützt zu werden.

Ein weiteres regionales Charakteristikum stellt darüber hinaus das von Tubiana (2008b: 36) beschriebene „Recycling“ dar. Der Begriff bezeichnet dabei nichts anderes als, dass die im Zuge von Gefechten mit Rebellen erbeuteten Waffen, Fahrzeuge, usw., direkt an die Rebellengruppen des Nachbarlandes übergeben werden. Über eine Beteiligung der Konfliktakteure in transnationale kriminelle Handlungen ist nur wenig bekannt. Zwar existieren bekannte Schmuggelrouten im Tschad und im Darfur, jedoch dienen diese nicht der Versorgung der Gewaltakteure weshalb eine wesentliche Bedeutung dieser

¹¹⁸ Bei der begrifflichen Verwendung von Stellvertreterkrieg muss allerdings eine Abweichung zur ursprünglichen Bedeutung gemacht werden. Das klassische Modell würde von den Staaten A und B ausgehen welche ihre Konflikte über die Unterstützung zweier Gruppierungen im Land C austragen. Würde dies beispielsweise noch auf die Unterstützung Habrés durch die USA und Frankreich gegen von Libyen unterstützte Widerstandsgruppen zutreffen so sieht die Situation heute anders aus, da der latente Konflikt zwischen dem Sudan und dem Tschad nicht in einem Drittland ausgetragen wird. Nichtsdestotrotz wird hier der Terminus Stellvertreterkrieg verwendet da auf eine offene Austragung von Kontroversen verzichtet und bereits bestehende Kontroversen zur Zielerreichung instrumentalisiert werden.

innerhalb der behandelten Kriegsökonomien verneint wird. Eine Umstellung der Kriegsökonomie auf externe Versorgungsstrukturen ist hingegen auf Seiten aller Akteure feststellbar wobei die damit einhergehende Dependenz bei den staatlichen Sicherheitskräften durch den erfolgreichen Start der Erdölförderung und eines damit einhergehenden Interesses von Nationalstaaten eine Minderung erfuhr (Tull 2005b: 6).

4.2.4 Handlungsleitende Motive und Kriegsdauer

Clausewitz hat in seinem Werk „Vom Kriege“ Staatenkriege beschrieben, welche durch ihren Zweck und ihr Ziel ein Rahmen übergestülpt wird welcher letztendlich, Art und Umfang der Mittel bestimmt, die notwendig sind um dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen. Dies hat sich bei neuen Kriegen gewandelt,

„[...] weil sie letztlich weder angefangen noch beendet werden; wie nahezu alle Beobachter der jüngsten Kriege konstatieren, beginnen diese irgendwie und enden irgendwann. Außerdem wird kaum eine der beteiligten Seiten klar und präzise angeben können, welche Zwecke und Ziele mit den kriegesischen Mitteln verfolgt werden sollen. Pointiert formuliert: Die neuen Kriege führen sich selbst, und die an ihnen Beteiligten werden geführt.“ (Münkler 2002: 60)

Münkler sieht in den Motiven neuer Kriege ein verworrenes Gemenge, bestehend aus ideologischer Überzeugung, Machtstreben, ethnischen Antagonismen und militärischer Gewalt, wodurch ein Friedensprozess erschwert wird. Ideologische Handlungslogiken treten dabei zunehmend zu Gunsten ökonomischer in den Hintergrund. Mit zunehmender Dauer des Krieges, welche in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts markant anstieg, steigt die Wichtigkeit wirtschaftlicher Aspekte weiter. Militärische Gewalt dient dann vordergründig dem Zwecke der Selbsterhaltung, da die Parteien, basierend auf den Rahmenbedingungen, keine Entscheidung des Konfliktes herbeiführen können oder überhaupt anstreben. Der Krieg verselbständigt sich und degeneriert letztlich zum Selbstzweck, dessen Beendigung die Akteure nur am Rande tangiert.¹¹⁹ Theoretisch hätte dies zur Folge, dass wenn hinreichend Ressourcen zugeführt werden können, der Konflikt endlos fortgeführt werden könnte. Die Intensität eines derartigen Konfliktes hätte sowohl Ruhephasen, in welchen Kampfhandlungen

¹¹⁹ Dies wird in der Literatur zunehmend kritisch hinterfragt, da ökonomische Aspekte vorwiegend als Grundlage für einen Konflikt und weniger als dessen Zweck wahrgenommen werden. Allerdings wird seitens Münkler auf die Verschränkung von ideologischen und wirtschaftlichen Motiven hingewiesen. Ideologische Beweggründe stehen dabei jedoch mit zunehmender Konfliktdauer hinter ökonomischen zurück (Münkler 2002: 149ff).

kaum vorhanden sein würden, und Gewaltspitzen.¹²⁰ Der bei klassischen Staatenkriegen vorhandene klare Anfang und Schluss, markiert durch eine Kriegserklärung und den Friedensschluss, ist dabei nicht mehr mit Bestimmtheit festzustellen (Münkler 2002: 26f). Ein derartiger Konfliktverlauf wäre sowohl im Tschad als auch im Sudan gegeben. In beiden Ländern schwellen latente Konflikte, bereits seit dem Übertritt in die Unabhängigkeit und selbst wenn die Bezeichnungen der paramilitärischen Akteure häufig wechseln, so ist doch deren Führung von einer Kontinuität hinsichtlich Personen oder Vorherrschaft ethnischer Gruppen geprägt. Beide Länder waren und sind auch geprägt von „Ruhephasen“ bewaffneter Auseinandersetzungen welche jedoch nicht mit Frieden gleichzusetzen sind, sondern vielmehr die Abwesenheit von Zusammenstößen der Konfliktakteure, in Folge notwendiger Konsolidierungsphasen beziehungsweise saisonaler Besonderheiten darstellen.¹²¹

Keen (2000: 23f) unterscheidet zwischen einer politischen und einer ökonomisch orientierten Funktion von Gewalt. Betrachten wir nun die Akteure in neuen Kriegen so ist im Regelfall ein Akteur der Staat, dessen vordergründiges Motiv auf der Hand liegt, nämlich die eigene Macht zu erhalten beziehungsweise weiter auszubauen. Auf der anderen Seite sind Milizen, welche gewaltsam danach trachten einen Wechsel in der Regierung, von Gesetzen, Verwaltungsregulativen, usw. herbeizuführen.

Die zweite Funktion von Gewalt dient dabei gemäß Keen der Befriedigung direkter Bedürfnisse, meist ökonomischer Natur. Gewaltakteure profitieren dabei, wie bereits angesprochen, von der Instrumentalisierung von Gewalt, wodurch die Befriedung umso schwieriger wird, da Beteiligten dadurch deren Einkommensquelle versiegen würde. Wesentlich dabei ist, dass die Beweggründe für Gewalt dabei nicht, entweder in der politischen oder in der ökonomischen Funktion verortet oder starr sind, sondern sich Anteile beider in einem Konflikt wiederfinden, welche sich zudem mit fortlaufender Konfliktdauer auch verschieben können (Keen 2000: 24f). Konfliktakteure bekennen sich dabei meist zu Ideologien, die häufig auf fundamentalistischen nationalen oder religiösen Wurzeln fußen, jedoch in unterschiedlicher Gewichtung, von kriminellen

¹²⁰ Einem derartigen Konfliktverlauf wurde mit der synonym zum Begriff der neuen Kriege verwendeten Bezeichnung als „low intensity wars“ Rechnung getragen.

¹²¹ Besonders deutlich zeigen sich saisonale Auswirkungen am Beispiel der Konflikte im Tschad. Viele der Rebellengruppierungen agierten beziehungsweise agieren aus einem Rückzugsgebiet im Sudan. Ein uneingeschränktes Überschreiten der Grenze ist nur außerhalb der Regenzeit, in welcher die Wadis gefüllt sind, möglich, wodurch sich ein saisonaler Konfliktverlauf ausprägte. Da sudanesischen Rebellen aus einem weiter im Norden gelegenen Raum im Tschad antreten sind diese davon nur am Rande betroffen.

Aspekten und jenen einer Kriegsökonomie überlagert werden (Eppler 2002: 31f), auf welche unter anderen Kaldor (2000: 131ff) näher eingeht.

Im Kriegsgeschehen der letzten Jahrzehnte beobachtet Kaldor (2000: 131f) eine Mobilisierung ethnischer, rassischer und religiöser Identitäten zum Machterhalt beziehungsweise Machterwerb, welche sie als „Politik der Identität“ bezeichnet.¹²² Die Etikettierung kann dabei sowohl angeboren sein oder durch Konversion beziehungsweise Assimilation erworben werden. Als Form der politischen Mobilisierung manifestiert die „Politik der Identität“ sich in einer, von oben geförderten, Initiative zur Etablierung und Intensivierung populärer Vorurteile. Das Schüren ethnischer Spannungen wird dabei zum politischen Instrument, wodurch Allianzen geschmiedet und Aktivitäten legitimiert werden können. Die ethnische Kategorisierung der Bevölkerung erfolgte oft artifiziell im Zuge der Kolonialisierung, allerdings kann dies ebenso erst unmittelbar vor oder bereits nach einem Konfliktausbruch erfolgen.

Der tschadische und sudanesishe Gang in die Unabhängigkeit war bereits von Parteien geprägt, welche sich entlang ethnischer Bruchlinien formierten und in denen der Machtzugang von der Stammeszugehörigkeit abhing. Die Regierungen beider Länder bekamen von den ehemaligen Kolonialmächten Spannungsfelder vererbt, welche sich einerseits auf die Schaffung von Eliten in deren Hände das Land letztlich übergeben wurde, und andererseits auf marginalisierte Gebiete und deren Bevölkerung welche von politischer Partizipation ausgeschlossen waren, begründeten. Durch die Nichterfüllung der mit der Unabhängigkeit einhergehenden Erwartungshaltungen, verfestigten sich diese und bildeten einen der Grundpfeiler für die bevorstehenden Antagonismen und die fortschreitende Polarisierung der Gesellschaft. So zeigte sich im Tschad bereits kurz nach Entlassung in die Selbstverwaltung unter Tombalbaye, die Instrumentalisierung der Vermischung von politischer Macht und ethnischer Zugehörigkeit (Berg 2008: 13), welche sowohl für den Tschad als auch den Sudan noch charakteristisch für die folgenden Jahrzehnte werden sollte. Bedingt durch die Schwäche des Staates gewinnt die Politisierung ethnisch-regionaler Gruppen, nicht zuletzt durch die damit einhergehende Stärkung regionaler Identitäten, weiter an Rasan (Bockwoldt 2007: 52). Besonders deutlich zeigte sich dies am Beispiel Darfurs, wo zum Teil künstlich geschaffene ethnische Unterschiede, sowie die Verstärkung bestehender Divergenzen,

¹²² Der Begriff der „Identität“ wird von Kaldor (2000: 131f) lediglich in einem eingeschränkten Sinne verstanden, nämlich als eine Form des Etikettierens.

in der Gründung unzähliger bewaffneter Milizen gipfelten. Dabei entwickelte sich das Gegensatzpaar „Araber“ und „Afrikaner“ erst in den 1980er-Jahren in Folge der Einflussnahme Gaddafis (De Waal 2004). Die Etikettierungsmaschinerie entwickelte daraufhin eine Eigendynamik in welcher bereits bestehende bewaffnete Gruppierungen diese zur Legitimierung ihrer Ziele instrumentalisierten. Dabei stellt sich zwangsläufig die Frage inwieweit die Ethnisierung als Konfliktursache betrachtet werden kann und darf, und nicht vielmehr als einer der zahlreichen Effekte von Staatszerfall. Die Aufstellung nahezu aller bewaffneten Gruppierungen im Tschad und im Darfur erfolgte mit der Proklamation den bestehenden Missständen, durch den Sturz des regierenden Regimes, ein Ende setzen zu wollen. Die bewaffneten Fraktionen bildeten im Zuge des Aufbaues einen Kern, bestehend aus Angehörigen vorwiegend einer ethnischen Gruppe, welche die Machtpositionen innehatte. Dies zeigte sich unter anderem am Beispiel der JEM mit den Zaghawa, der SLM/A mit deren entlang ethnischer Linien aufgestellten Subgruppen, der FUC mit den Tama oder der UFDD, welche sich um einen Kern aus Goran bildete. Dies erleichterte die Formierung, gewährleistete die Kontrolle der Bewegung, begründete die identitätsbezogene Rhetorik deren Führer und führte letztlich zu einem Teufelskreis, da die so rekrutierten Kämpfer nach einem erfolgreichen Putsch auch entsprechend an der Macht partizipieren wollten. Die Motive der im Raum befindlichen Gruppierungen sind vordergründig der Regimewechsel zum Wohle des Landes. Reflektiert man jedoch die Geschichte so zeigen sich wiederholte bewaffnete Umstürze welche zwar Wechsel an den Hebeln der Macht brachten, jedoch kaum zu einer Verbesserung der Gesamtsituation beitrugen.

Betrachten wir konkret den Tschad so zeigt sich, dass die Mehrheit der Rebellenführer bereits in der einen oder anderen Weise ein hohes Regierungsamt innehatte. Angesichts dessen und deren bisherigen Werdeganges in der Rebellion erscheinen deren Anprangerungen der Missstände der tschadischen Regierung sowie deren Forderungen nach einem fortschreitenden Demokratiesierungsprozesses vordergründig als taktisches Kalkül, welches lediglich dem Machthunger von Einzelpersonen oder Interessensgruppen dienlich ist. Ein Interesse der Gewaltakteure im Tschad an einer Fortführung des Konfliktes aus ökonomischen Kalkül ergibt vordergründig wenig Sinn, da der ökonomische Nutzen für die Führung der Gewaltakteure, basierend auf dem vorliegenden Material, verschwindend gering ist. Hinzu kommt, dass der Großteil der Unterstützung durch die sudanesisische Regierung erfolgt, welche ihrerseits Erfolge für deren Fortführung fordert. An dieser Stelle muss zudem ein Charakteristikum der

politischen Kultur im Tschad erwähnt werden, nämlich jenes des „Ralliement“, welches Berg (2008: 13) als eine kurzfristige, politische Allianz konkurrierender Gruppen beschreibt,

„[...] die weder auf der Gemeinsamkeit langfristiger strategischer Interessen noch auf einem echten Willen zur Zusammenarbeit beruht. Habré führte diese unter Rebellengruppen gängige Praxis auch als Instrument der Regierung ein, wobei die Einbindung meist durch die Vergabe eines Ministerpostens erreicht wird. Während dies nach Außen die Bereitschaft des Präsidenten zu Dialog und Kompromissen mit allen „vernünftigen“ Kräften des Landes unter Beweis stellen soll, erlaubt sie dem Regime durch die vorübergehende Neutralisierung eines Gegners die konzentriertere Bekämpfung der verbliebenen Rebellengruppen. Angesichts des völlig auf den Präsidenten ausgerichteten politischen Systems und den begrenzten legalen Handlungsmöglichkeiten eines Ministers ist mit dem ralliement keinerlei Richtungsänderung der Regierung verbunden.“

Der persönliche Nutzen der Rebellen ergibt sich dabei aus, für den mit dem Ministerposten einhergehenden Möglichkeiten der persönlichen Bereicherung für den Rebellenführer und für seine Kämpfer durch die Integration in die tschadische Armee sowie ausgehandelte Einmalzahlungen. Die seit Habré gängige Praxis ist bis heute politischer Usus und schafft meist kurzfristige Allianzen, welche die Beweggründe der Rebellion in einem anderen Licht erscheinen lässt. Dies ist zwar nicht völlig kongruent mit einem Wandel der Motive wie er in neuen Kriegen typisch ist, zielt aber im weitesten Sinne gleichfalls auf einen ökonomischen Vorteil ab. Ein weiteres Indiz dafür ist, dass es der tschadischen Opposition bislang nicht gelang ihre internen Konflikte und Machtkämpfe zu Gunsten der gemeinsamen Zielsetzung hintanzuhalten (Gerdesmeier 2008: 9). Auf Ebene der einfachen Kämpfer zeigt sich ebenfalls deutlich die Rolle wirtschaftlicher Faktoren für deren Kampf da diese häufig während der Regenzeit (Juni-Oktober), wo großangelegte Kampfhandlungen witterungsbedingt nicht stattfinden, von den Rebellengruppen zur Regierung überlaufen, während sich die Zahl der Überläufer von der Regierung zur Rebellion wiederum im Oktober ansteigt. Der Grund hierfür ist, dass die paramilitärischen Gruppen einen höheren Sold bezahlen, welcher jedoch während der Regenzeit üblicherweise eingestellt wird. Somit stellt für die einzelnen Kämpfer der zu erwartende Sold eine nicht zu vernachlässigende Größe in deren Entscheidungsprozess zum Anschluss an militärische Gruppierungen dar (United Nations – Security Council 2007: 7). Hinzu kommt, dass der Anschluss an paramilitärische Gruppen für jemanden der zuvor nichts besessen hat eine mögliche Option die zivilgesellschaftliche Struktur auf den Kopf zu stellen, und sich an jenen zu

bereichern, welche es schafften sich auf legalem Wege ein Einkommen zu sichern (Münkler 2002: 140f).

Betrachtet man die Lage im Darfur so muss zwischen verschiedenen Gruppen unterschieden werden. Zum Einen sind dies die Rebellen, zu welchen früher regionale Bewegungen¹²³ und heute die JEM, die SLM, sowie die unzähligen Splittergruppen dieser, zu rechnen sind und zum Anderen die Dschandschawid unter welchen unzählige bewaffnete Milizen ohne eine politische Agenda im Raum subsummiert werden¹²⁴. Die Rebellion geht zurück auf Bewegungen zur Selbstverteidigung welche sich in weiterer Folge organisierten, zum Teil verselbstständigten und von der Bevölkerung lösten. Während bis zum Aufbau der SLA und der JEM sezessionistische Tendenzen vorherrschend waren, vollzog sich mit deren Etablierung der Wandel hin zur Forderung der Demokratisierung des gesamten Sudan, und der Gleichheit dessen Bürger (Salih 2005: 7). Die Erreichung dieses Ziels ist nur durch den Sturz der im Amt befindlichen Regierung sicherzustellen.

Im Sudan ist „Ralliement“ weniger verbreitet, weshalb das Überlaufen von der Rebellion zur Regierung beziehungsweise umgekehrt nur in Ausnahmefällen passiert. Der zunehmende Zerfall der Fraktionen, vorwiegend aus machtpolitischen Aspekten, welcher in einer wachsenden Unübersichtlichkeit der Sicherheitslage resultierte, ging Hand in Hand mit der zunehmenden Involvierung deren Mitglieder in kriminelle Machenschaften (Berg 2008: 12). Die Grenze zwischen ideologischen Beweggründen und ökonomischen/machtpolitischen Faktoren ist zwar auch hier durchlässig, von einem Interesse an der Fortführung des Konfliktes auf Seiten der größeren Fraktionen in der Rebellion kann aber dennoch nicht gesprochen werden. Somit ist die Rebellion selbst, analog zum Tschad, wenig zur direkten persönlichen Bereicherung geeignet, wenngleich auch hier, wenn auch weniger ausgeprägt, persönlicher Machthunger eine Rolle spielt. Dieser läßt sich anhand laufender Führungsstreitigkeiten, und nicht zuletzt aus Minni Minnawis Arrangement mit al-Bashir folgern, welcher mittels einer Unterschrift, die ihm eine hohe Regierungsposition zusicherte, seine bisherigen „ideologischen“ Ziele vergaß und unmittelbar in Kampfhandlungen mit seinen

¹²³ Dies waren beispielsweise der Beja Congress, die General Union of the Nuba Mountains oder die Front for the Renaissance of Darfur, welche anfangs aus der Unzufriedenheit mit der Dominanz Khartums hervorgingen, jedoch nie überregionale Bedeutung erlangten (Salih 2005: 6f). Ende der 80er-Jahre kamen noch lokale Zusammenschlüsse zwecks der Selbstverteidigung hinzu.

¹²⁴ Da die Grenzen zwischen Dschandschawid und Banditen durchlässig beziehungsweise in vielen Fällen nicht existieren, werden diese im Folgenden als eine Gruppe behandelt.

ehemaligen Weggefährten trat und mit Gewalt gegen die Zivilbevölkerung vorging (Mamdani 2009: 265f).

Anders gestaltet sich die Situation für die Dschandschawid und kriminellen Banden, welche den rechtsfreien Raum zur persönlichen Bereicherung nützen. Die Dschandschawid, welche bereits vor Instrumentalisierung durch die Regierung in Form von Banden existierten, aufgrund der Berufung auf ihr „Arabertum“ seitens der Regierung toleriert und beginnend mit Ende der 80er-Jahre mittels materieller Unterstützung und einer, angesichts der Region guten Bezahlung, gefördert wurden. Hinzu kam die mögliche persönliche Bereicherung im Zuge von Plünderungen welche rasch zu einem Paradebeispiel von Gewaltökonomie avancierten und darüber hinaus auch darlegen, wie ökonomische Interessen an die Stelle ideologischer Motive treten können (Prunier 2006: 129ff).

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass die paramilitärischen Gruppen im Sudan, ausgenommen die Dschandschawid, und im Tschad, obgleich sie auch dem persönlichen Machtstreben ihres Führungskaders dienen, auch ideologische Ziele verfolgen. Beide Beweggründe sind in unterschiedlicher Ausprägung vorhanden und veränderbar, wobei dies allerdings nicht im Sinne Münklers (2002: 159ff), welcher von einer mit zunehmender Konfliktdauer einhergehenden Ökonomisierung spricht, zu sehen ist. Eine Verschiebung ist in beide Richtungen plausibel da eine solche von Individualismen der Kommandanten abhängig ist und die Lage der bewaffneten Akteure einer stetigen Transformation unterworfen ist, was zahlreiche Aus- bzw. Eintritte in Gruppen, Allianzen, Absplitterungen und Neugründungen belegen. Ein weiteres Charakteristikum neuer Kriege, nämlich die Verwendung militärischer Gewalt zum Zwecke der Selbsterhaltung ohne je eine militärische Entscheidung herbeiführen zu wollen (Münkler 2002: 26)¹²⁵, spiegelt die Realität im besprochenen Szenario nur unzureichend wieder. Der bewaffnete Widerstand in der Region ist seit der Unabhängigkeit allgegenwärtiger Begleiter in beiden Ländern, und war, wie die Geschichte belegt, mehrfach von Erfolg gekrönt. Betrachtet man die aktuelle

¹²⁵ Ergänzend zur Tatsache, dass der Willen der Konfliktparteien zur Beendigung eines Krieges nicht vorhanden ist geht Schulz (1985: 16ff) auch darauf ein, dass in einer Auseinandersetzung zwischen einem staatlichen und einem parastaatlichen Akteur auch ein langer Partisanenkrieg keine siegreiche Entscheidung herbeiführt. Die Entscheidung ist von einer außerhalb agierenden, stärkeren Macht abhängig, womit folglich ein Rückschluss von der Konfliktdauer auf den mangelnden Willen der Konfliktparteien zur Beendigung der Auseinandersetzung nicht zulässig erscheint. Die Ausführungen von Schulz beziehen sich zwar auf den Partisanenkrieg, allerdings scheint der Vergleich, ausgehend von der Kräftekonstellation und der von zahlreichen Autoren propagierten Nähe neuer Kriege zum kleinen Krieg, an dieser Stelle, als durchaus legitim.

Konstellation, so suchen die Rebellenbewegungen eine Entscheidung, wie beispielsweise der Angriff der JEM auf Omdurman oder jener der AN auf N'Djamena im Jahr 2008 untermauern, sind allerdings nicht in der Lage diese herbeizuführen. Dies stellt die Gruppierungen zunehmend vor ernste Schwierigkeiten, da ein militärischer Erfolg durch die mit Ölgeldern finanzierte Aufrüstung der jeweiligen Regierungstruppen in immer weitere Ferne rückt. Hinzu kommt, speziell auf Seiten der tschadischen Rebellen, der Erfolgsdruck da ein Ausbleiben notwendiger Fortschritte oder ein derzeit nicht absehbares politisches Abkommen beider Länder das Ende von Unterstützungsleistungen bedeuten könnte. Das Hauptmotiv der staatlichen Zentralmächte hingegen lässt sich klar im Machterhalt und der Vorherrschaft einer kleinen Elite festschreiben. Angesichts der ständigen Gefahr eines Umsturzes reagierten die Regierungen mit repressiven Maßnahmen gegen Regimegegner und mit einem Unterlaufen demokratischer Möglichkeiten eines Regierungswechsels. Beide Schritte waren nicht dazu geeignet große Teile der Bevölkerung hinter sich zu sammeln, während die mit der Verschlechterung der Sicherheitslage einhergehende Politik darauf abzielte, eine gemeinsame Front des Widerstandes zu unterbinden. Im Sudan führte dies schließlich zu einer zunehmenden Ethnisierung des Konfliktes und einer Kriegsführung welche feindliche Umfeldbedingungen für all jene schaffte, welche die Regierung nicht kontrollieren konnte. Ethnische Antagonismen werden dabei zwar als Legitimierung von Gewalt vorgeschoben, sind letztlich aber nicht deren Ursache sondern vielmehr nur ein weiteres verstärkendes Element.

4.2.5 Einsatz von Kindersoldaten

Eine besondere Bedeutung in neuen Kriegen kommt Kindersoldaten zu.

„'Child soldier' [...] is any person under 18 years of age who is part of any kind of regular or irregular armed force or armed group in any capacity, including but not limited to cooks, porters, messengers and anyone accompanying such groups, other than family members. The definition includes girls recruited for sexual purposes and for forced marriage. It does not, therefore, only refer to a child who is carrying or has carried arms.” (UNICEF 1997).

Das Erscheinen von Kindersoldaten auf Gefechtsfeldern stellt an sich kein neues Phänomen dar. Sie wurden beispielsweise im Dreißigjährigen Krieg oder im zweiten Weltkrieg eingesetzt, allerdings wird die Rolle dieser, sowie die Auswirkungen auf deren Entwicklung in den letzten Jahrzehnten zunehmend in der Öffentlichkeit thematisiert. Kindersoldaten werden entweder eingezogen um einen entstandenen

Mangel an Erwachsenen zu kompensieren oder sie werden gezielt rekrutiert weil sie noch Kinder sind, da ihre Persönlichkeit so noch nicht gefestigt, und Moralvorstellungen noch nicht ausgeprägt sind und sie leicht dazu gebracht werden können bedingungslos zu gehorchen. Darüber hinaus sind sie risikofreudiger, billiger, da sie weniger essen und nur einen Bruchteil des Solds von Erwachsenen bekommen (Russmann 2004: 207). Die Coalition to Stop the Use of Child Soldiers (2008: 93) untermauert diese Gegebenheiten anhand der Aussage eines ANT-Angehörigen, welcher folgendes Statement abgab: “[...] *child soldiers are ideal because they don’t complain, they don’t expect to be paid, and if you tell them to kill, they kill.*” Neue Kriege werden vorwiegend mit leichten Waffen¹²⁶ geführt welche einfach handzuhaben, so ohne längere Ausbildungszeit einsetzbar sind und bei hoher Kadenz¹²⁷ nur ein moderates Gewicht haben. Dadurch wurde der Einsatz von Jugendlichen und Kindern am Gefechtsfeld überhaupt erst möglich, führte allerdings zu einer Entprofessionalisierung und Entdisziplinierung militärischer Akteure (Eppler 2002: 75f; Kaldor 2000: 163; Münkler 2002: 36f, 134). Kinder konstituierten sich so nach und nach zu einem effektiven und vor allem billigen Instrument der Kriegsführung aller Beteiligten. Die Rekrutierung erfolgt entweder unter Zwang oder freiwillig als quasi beste Option und oft einzige Aussicht eines Reputationsgewinnes. Ein selbst gewählter Anschluss an bewaffnete Gruppen muss allerdings dahingehend reflektiert werden, inwieweit in einem sozialen Umfeld welches von Gewalt dominiert und wo die Zivilgesellschaft kein Überleben ermöglicht, noch von einer Freiwilligkeit gesprochen werden kann. Dabei betrachten Kinder Gewaltfraktionen aber nicht nur als Überlebenssicherung sondern auch als Maschinerie zum Lukrieren von sozialer Anerkennung und zur raschen Befriedigung mit Statussymbolen der westlichen Welt. Die Angst der Zivilbevölkerung vor ihnen vermittelt ihnen oft erstmalig das Gefühl, von Anderen respektiert zu werden (Münkler 2002: 138f). Kriegstreiber machen gnadenlose Killer, aus ihren Opfern Täter welche vor keinen Gräueltaten zurückschrecken. Kindersoldaten verlieren rasch nach ihrer Rekrutierung den Bezug zu ihrem ursprünglichen Umfeld, ein Prozess welcher durch Initiationsriten zusätzlich gefördert wird. So werden Kinder beispielsweise gezwungen Familienangehörige oder zur

¹²⁶ Die deutsche Bezeichnung leichter Waffen entspricht hier dem englischen Term small arms und ist nicht gleichzusetzen mit jenem der light weapons. Somit sind unter leichten Waffen all jene zu verstehen welche von einer Person bedient werden können. Dies umfasst im Wesentlichen automatische Waffen welche ein Kaliber von 12,7mm (.50) nicht übersteigen, Granatwerfer bis 40mm, sowie von einer Person bedien- und tragbaren Panzer- und Fliegerabwehrwaffen. Hinzu kommen noch diverse Minentypen.

¹²⁷ Schussfrequenz

Dorfgemeinschaft Gehörende zu töten. So soll endgültig der Bruch mit dem alten Leben vollzogen und die Möglichkeit der Rückkehr von vornweg ausgeschlossen werden. Zusätzlich zum Brechen zuvor bestehender Bindungen erfüllen derartige Initiationsriten den Zweck, sich von bereits etablierten Moralvorstellungen zu lösen und eine Dehumanisierung zu erreichen. Da Kinder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung noch nicht gefestigt sind, kann ihrerseits auch keine kritische Reflexion der von ihnen begangenen Taten erfolgen (Lichtenberg 2008: 43f). Zudem ist die Verwendung von Alkohol und Drogen verbreitet, welche die Abstumpfung, Verrohung und Aggression begünstigen. Diese zunehmende Entfremdung von moralisch ethischen Normen beschreibt der ehemalige Kindersoldat Ishmael Beah im Interview mit Kirsten Nadja (2007) folgendermaßen: *„Am Anfang war da ein starkes Gefühl, dass das, was gerade passierte, nicht gut war; dass wir dabei waren, in etwas Wahnsinniges hineinzusinken. Doch das verschwand dann, es gab keine moralischen Standards mehr, nur noch Gewalt.“* Vergleicht man Kinder mit Erwachsenen, so ist deren Selbsterhaltungstrieb deutlich reduziert, während sie in der der Gewaltanwendung hemmungsloser agieren. Darin sieht Ignatieff (2000: 161ff) auch einen wesentlichen Faktor für die Entzivilisierung des Krieges in welchem soldatische Disziplin gänzlich durch phallische Exzessivität überlagert wird, womit letztlich der vermehrte Einsatz von unter Waffen gestellten Kindern zum Absturz in die sexuelle Barbarei führt. Derartige Entwicklungen sind besonders augenscheinlich in Gebieten welche traditionell von einer restriktiv regulierten Sexualmoral dominiert werden.

Aufgrund der Traumata welche Kindersoldaten Tag für Tag in einem von Gewalt beherrschten Milieu durchleben, ist eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft nur schwer möglich (Russmann 2004: 207f). Einmal in diesen Sog geraten gibt es auch kaum einen Ausweg aus der Gewaltspirale. Fluchtversuche und andere Vergehen werden drakonisch bestraft, wobei jegliche Strafe bis hin zum Tod öffentlich, im Sinne von Foucault (1976: 14ff) als „peinliche Strafe“ vollstreckt und zum Spektakel der Entmenschlichung wird. Innerhalb der Strukturen werden Kinder seitens der Vorgesetzten als minder wertvoll betrachtet und entsprechend an besonders gefährlichen Frontabschnitten eingesetzt oder als Minensucher verwendet. Sollten die Konflikte beigelegt werden, so ergibt sich das nächste Problem, nämlich, dass Kinder im Zuge der Demobilisierung schlichtweg übergangen werden, da diese „offiziell“ ja ohnehin nie existierten. Weit drastischer zeigt sich dies noch an den in bewaffneten Konflikten beteiligten Mädchen (Russmann 2004: 208). Diese werden von jeglichen

Programmen und Demobilisierungsprozessen meist ausgeschlossen da sie nicht als „echte“ Soldaten galten. Konkrete Zahlen von Kindern welche als Soldaten weltweit in Konflikten eingesetzt werden variieren stark und Schätzungen sind schwierig da in den meisten Konfliktgebieten eine Erfassung demographisch nicht oder unzureichend erfolgt, weshalb auf die Angabe einer konkreten Zahl bewusst verzichtet wird.

Während es über die Thematik in Ländern wie Sierra Leone, DR Kongo, Ruanda, Uganda, Burma und Nepal bereits zahlreiche Untersuchungen gibt, sind der Tschad und das sudanesisches Darfur noch ein verhältnismäßig unbeschriebenes Blatt. Im Tschad existieren zwar innerhalb der tschadischen Sicherheitskräfte juristische Regulative welche bereits 1991 ein Mindestalter von 18 Jahren für den Eintritt in die ANT festschrieben. Nichtsdestotrotz sah der Verteidigungsminister die Notwendigkeit, im Herbst 2006 einen Befehl zu erlassen, welcher die Rekrutierung von Kindern definitiv untersagte. Insofern erscheint ein Statement der tschadischen Regierung vom Februar 2007, in welchem diese die Rekrutierung und den Einsatz von Kindersoldaten eingestand, auf den ersten Blick zwar verwunderlich, plakatieren aber letztlich ein treffendes Bild der Diskrepanzen zwischen Maßnahmen welche in erster Linie der Erfüllung internationaler Erwartungshaltungen dienen, und der traurigen Realität (Coalition to Stop the Use of Child Soldiers 2008: 92). Auch ein im Mai 2007, auf Drängen Frankreichs, unterzeichnetes Abkommen zwischen der Regierung und UNICEF mit dem Ziel der Demobilisierung von Kindersoldaten kann nach Aussagen von tschadischen Offizieren gegenüber Human Rights Watch (2007: 21) bereits jetzt als gescheitert angesehen werden. Abgesehen davon verfolgt die tschadische Regierung im Bezug auf Kindersoldaten die Linie, alles abzustreiten während sie ungeachtet internationaler Proteste mit der Rekrutierung fortfährt.

Die Rekrutierung erfolgt häufig unter Zwang und in erster Linie sind die Regionen Salamat, Ouaddai und Biltine betroffen, welche in den letzten Jahren auch zu den Hauptschauplätzen von Gefechten zwischen der ANT und den tschadischen Rebellengruppen wurden (Human Rights Watch 2007: 19ff). Zusätzlich davon sind Kinder auch in lokale Organisationen der Selbstverteidigung involviert, welche als Reaktion auf plündernde Dschandschawid im Osttschad entstanden und in weiterer Folge oft ganz oder teilweise in die reguläre tschadische Armee integriert wurden. Analog zur Situation in der ANT gestaltet sich die Lage in den verschiedenen bewaffneten Milizen. Offiziell wird die Verwendung von Kindersoldaten heftig dementiert aber Beobachtungen am Gefechtsfeld beziehungsweise danach in einem der

von NGOs betriebenen Spitälern wo die Verwundeten versorgt werden sprechen eine andere Sprache. So wurden beispielsweise Anfang Mai 2009 allein in Kämpfen zwischen der ANT und der Rebellenallianz bei Am Dam mehr als 80 Kindersoldaten der Rebellen gefangengenommen, welche im weiteren Verlauf an UNICEF übergeben wurden (Der Standard 2009). Besondere Bedeutung hatten Kinder in der FUC, welche diese im großen Maßstab gewaltsam rekrutierte, sodass diese letztlich mehr als ein Viertel der Kämpfer stellten (Coalition to Stop the Use of Child Soldiers 2008: 93). Zwar wurden einigen Minderjährigen nach der Einigung zwischen Deby und Nour öffentlichkeitswirksam eine Integration die tschadischen Streitkräfte verwehrt, ob und inwieweit dies allerdings auf alle Kindersoldaten der FUC zutraf ist nicht bekannt. Ungeachtet dessen halten die Anwerbung und die Verwendung von Minderjährigen für die tschadische Rebellion unvermindert an. Darüber hinaus stellt der Tschad einen wichtigen Raum für die Rekrutierung von Soldaten der sudanesischen Milizen, vorwiegend der JEM und der SLM/A dar, welche ihre Anhänger hauptsächlich unter sudanesischen Flüchtlingen anheuern. Dies erfolgt hauptsächlich um, beziehungsweise in, Flüchtlingslagern im Osttschad, unter der stillschweigend Duldung seitens lokaler tschadischer Autoritäten und fallweise auch mit deren aktiver Unterstützung (Coalition to Stop the Use of Child Soldiers 2008: 319; Human Rights Watch 2007: 17f; United Nations – Security Council 2008a: 4f).

Auf der sudanesischen Seite der Grenze zeigt sich dieselbe Situation und ganz Darfur dient der sudanesischen Armee, sowie diversen tschadischen und sudanesischen paramilitärischen Gruppen als Rekrutierungsbecken zur Verfügung. So konnten von Mitarbeitern der Vereinten Nationen 2008 beispielsweise nahezu 500 Fälle von Kindersoldaten dokumentiert werden, welche in den verschiedensten Organisationen, von den sudanesischen Sicherheitskräften, über Milizen zur Selbstverteidigung von Gemeinschaften, Rebellengruppen bis hin zu Dschandschawid und Banditen als Kämpfer verwendet werden (United Nations – Security Council: 2009a: 4f). Die Gesetzeslage im Sudan ermöglicht, basierend auf dem Wehrdienstgesetz von 1992, eine Einberufung im Alter zwischen 18 und 33 Jahren, während die Verfassung den Armeedienst als Ehre und Pflicht eines jeden romantisch verklärt. Maßnahmen zum Schutze von Kindern, welche deren Rekrutierung innerhalb des sudanesischen Sicherheitsapparates definitiv verbieten sollen, sind in Planung. Unter der Prämisse, dass die sudanesische Regierung auf dokumentierte Fälle der Verwendung Minderjähriger in den nationalen Streitkräften bislang lediglich mit Dementis reagierte,

erscheint aus heutiger Sicht, selbst wenn entsprechende Bestimmungen in der Nationalversammlung erlassen werden, eine Umsetzung dieser Regulative als unwahrscheinlich (Coalition to Stop the Use of Child Soldiers 2008: 316).

Seitens internationaler Organisationen, allen voran UNICEF, wurden bereits erste Schritte eines DDR-Konzeptes (Disarmement, Demobilization and Reintegration) für Kindersoldaten unternommen, eine nachhaltige Umsetzung gestaltet sich aber sowohl im Sudan als auch im Tschad als schwierig, da eine solche die Zusammenarbeit mit allen Akteuren bedingen würde. Die Kooperation beschränkt sich allerdings bislang auf das Signalisieren von Bereitschaft, mit dem Zweck Negativschlagzeilen hintanzuhalten, während Handlungen bislang ausbleiben. Generell muss zum Phänomen von Kindersoldaten in der behandelten Region angemerkt werden, dass das Verständnis für die Problematik kulturell bedingt wenig ausgeprägt ist, da speziell im Osttschad und in Darfur, Jungen ab der Pubertät von der Gesellschaft als Männer wahrgenommen werden, womit diese auch deren Pflichten, unter anderem den Schutz der Gemeinschaft, übernehmen. Damit ist eine, im Westen vorherrschende Stigmatisierung von Kindern am Gefechtsfeld nicht gegeben und ein Verständnis für das Anliegen internationaler Organisationen diese vom Schlachtfeld zu „verbannen“ wenig ausgeprägt (United Nations – Security Council 2007: 7). Hinzu kommt dass das Zusammentreffen des überproportional hohen Anteils an Jugendlichen an der Bevölkerung der behandelten Region mit einer am Boden liegenden Wirtschaft, welche zu struktureller Arbeitslosigkeit führt, diese in letzter Konsequenz von der Partizipation an der Friedensökonomie ausschließt, womit die wie auch immer geartete Teilnahme an der Kriegswirtschaft zu einer Option aufsteigt (Münkler 2002: 37).

4.2.6 Die Rolle der Frau in bewaffneten Konflikten

Neue Kriege sind generell von einem Anwachsen der Gewalt gegen Zivilisten geprägt.

„Die gegen die Zivilbevölkerung ausgeübte Gewalt der neuen Kriege ist vor allem eine Gewalt gegen Frauen. Die Gewaltpraxen reichen von Strategien ‚ethnischer Säuberung‘ die mit systematischen Praxen der Vergewaltigung verbunden sind, über die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts und der moralischen Normen einer Gesellschaft – durch die Vergewaltigung speziell der jungen Frauen werden diese stigmatisiert und zu Fremdkörpern in der Gemeinschaft gemacht – , bis zur Ausweitung des Beuteanspruches auf die Erzwingung von Sexualverkehr mit den Mädchen und Frauen in den gerade besetzten Gebieten.“ (Münkler 2002: 40).

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangte auch Kaldor (2000: 93) anhand ihrer Fallstudie zum Krieg in Bosnien-Herzegowina, in welchen sie Vergewaltigungen im großen Maßstab als einen auffallenden Bestandteil der ethnischen Säuberungen beschreibt und zu dem Schluss kommt, dass deren systematische Durchführung Teil einer bewussten Strategie war. Zu einem Negativbeispiel von sexueller Gewalt gegen Frauen als Kriegswaffe wurde die DR Kongo, wo sie selbst nach Beendigung der Konflikte unverändert fortgesetzt wurde, und der Körper der Frau schlichtweg zu einem Schlachtfeld degradiert wurde. *„Die Frau ist das Symbol der Moral und Ehre. Eine femme violée, eine Vergewaltigte, gilt als »beschmutzt« – für den Mann, die eigenen Kinder, die Gemeinschaft.“* (Böhm 2006). Die Folgen sexueller Gewalt sind für die Opfer verheerend und resultieren neben den physischen und psychischen Qualen zu einer Stigmatisierung und damit verbunden häufig zu einem Ausschluss aus deren sozialem Umfeld. Somit für die Gemeinschaft in einer Einschränkung deren Reproduktionsfähigkeit. Soziale Gemeinschaften werden aufgebrochen und die Generationenfolge wird unterbrochen, womit in letzter Konsequenz ethnische Gruppen zerschlagen werden. Gewalt gegen Frauen hat es bereits im Zuge von Staatenkriegen gegeben allerdings erreichte diese im Zuge neuer Kriege, nicht zuletzt durch eine mit dem Wandel im Kriegswesen einhergehende Entdisziplinierung der Gewaltakteure¹²⁸, eine bis dahin nicht dagewesene Qualität und Intensität. Von einer Begleiterscheinung bewaffneter Konflikte wurde sexuelle Gewalt zunehmend zu einem effektiven Instrument einer Kriegsführung welche auf Vertreibung von Teilen der Bevölkerung und ethnische Säuberung abzielt, womit Münkler (2002: 144f) Frauen nicht mehr nur als Ware, Trophäe oder Lustobjekt sieht, sondern darüber hinaus auch als wichtigstes Angriffsziel. Sexuelle Gewalt ist dann, *„[...] neben der Zerstörung von Kulturgütern und den Massakern an einem Teil der männlichen Bevölkerung, das dritte Element einer politisch-militärischen Strategie, die großräumig auf ‚ethnische Säuberungen‘ abzielt.“* (Münkler 2002: 145; Schäfer 2009: 5) Ein derartiges Vorgehen generiert Angst, demoralisiert die Bevölkerung und veranlasst diese nach und nach ihre Heimat zu verlassen. Letztlich resultiert daraus eine Funktionalität von sexueller Gewalt, verstärkt von einer zuvor angesprochenen Instrumentalisierung von

¹²⁸ In klassischen Staatenkriegen erfüllte sexuelle Gewalt keine vom Kriegszweck abzuleitende Funktion und war kontraproduktiv da diese die Kampfmoral untergraben und einen raschen, geordneten Vorgehen von militärischen Verbänden entgegengestanden hätte. Dies und das Zuwiderlaufen gegen Bestimmungen des Kriegsvölkerrechtes veranlassten militärische Kommandanten zu einer rigorosen Ahndung derartiger Vorgehen welche die Gewalt gegen Frauen erfolgreich einhegte.

Geschlechterstereotypen, welche nicht nur deren Unterbindung an Kriegsschauplätzen, sondern darüber hinaus auch deren bewussten Einsatz und Organisation, begründet.

Nicht immer basiert sexuelle Gewalt auf strategischen Kalkülen und so muss eine weitere Dimension in die Überlegungen inkludiert werden, welche auch dem funktionalen Ansatz inhärent ist, nämlich jener der Vergewaltigung als Preis des Siegers. Diese ökonomische Ebene, welche Teil jeder auf den Körper der Frau abzielenden Strategie ist, wobei sie dort eine untergeordnete Rolle einnimmt, kann auch zunehmend in den Mittelpunkt treten wobei sie Zeugnis einer totalen Sexualisierung der Gewalt abliefern und gemäß Münkler (2002: 151) einen libidinös besetzten Vorgang widerspiegelt. Während sexueller Sadismus einerseits Teil jeder ethnisch motivierten Gewalt ist, bedingt dieser andererseits keine strategischen Weisungen, um in Konflikten in Erscheinung zu treten. Um ein Fortführen von Gewalt gegen Frauen nach einer Konfliktbeilegung hintanzuhalten, ist die Ahndung von im Krieg begangenen Gewalttaten wesentlich, da ein Ausbleiben von gesetzlichen Schritten zur Legitimierung von Gewaltakten führt, wodurch die Gefahr besteht, dass diese Gewaltmuster auch in Friedenszeiten weiterpraktiziert werden (Schäfer 2008: 269).

Vorherrschende Geschlechterdifferenzen können sich auf vielfältige Art und Weise auf Konflikte auswirken, und haben nicht nur während, sondern auch vor und nach bewaffneten Auseinandersetzungen Einfluss auf den Gewaltverlauf. Dies manifestiert sich häufig in der Instrumentalisierung von Geschlechterstereotypen. Ein Beispiel dafür wäre die Verklärung der Frau als Bewahrerin der Tradition und Ikone ethnischer Einheit, welche einhergehen würde mit einer engen Beschränkung der Handlungsoptionen. Gleichzeitig mobilisierten Gewaltakteure die männliche Kampfbereitschaft durch Manipulation kultureller Vorstellungen, indem sie „[.] *Militarismus als Messlatte für Männlichkeit nutzten.*“ (Schäfer 2009: 3).

Zusätzlich zeigen sich, in von bewaffneten Konflikten betroffenen Regionen Veränderungen klassischer Rollenverteilungen da Frauen, grundsätzlich Männern zugeschriebene Pflichten übernehmen müssen, welche oft auch nach Konfliktende beibehalten werden. Eine gleichzeitige Verschiebung der sozio-kulturellen Stellung geht damit nicht einher, woraus zusätzliche Spannungsverhältnisse in Familie und Gesellschaft resultieren (Kirsten A. 2007: 3). Darüber hinaus werden Frauen beziehungsweise Mädchen häufig verschleppt und gezwungen sich paramilitärischen Verbänden anzuschließen wo ihr Aufgabenspektrum von sexuellen Handlungen, über die Sicherstellung der täglichen Grundversorgung, bis hin zur Teilnahme an

Kampfhandlungen reicht. Fallweise wird auch von freiwilligen Eintritt in Milizen berichtet welche in erster Linie als Flucht vor häuslicher Gewalt beziehungsweise vor arrangierten Ehen zu sehen sind, und zumindest eine weitgehende Versorgung mit Grundgütern sicherstellt (Lichtenberg 2008: 35ff, 49f). Während für staatliche Sicherheitskräfte vorwiegend Männer beziehungsweise Knaben rekrutiert werden, ist die Verwendung von Frauen beziehungsweise Mädchen in paramilitärischen Verbänden durchaus üblich, wobei diese Milizen sich fallweise bis zu 30 Prozent aus weiblichen Angehörigen zusammensetzen (Rusmann 2004: 207). Schwierigkeiten ergeben sich allerdings im Rahmen der Demobilisierung bei welcher Frauen und Mädchen schlichtweg übersehen, weshalb diese nachwievor auf männliche Kriegsteilnehmer fokussiert und folglich auch entsprechende Programme und Camps dementsprechend konzipiert. Weibliche Konfliktakteure werden dabei vorwiegend als Angehörige männlicher Kämpfer betrachtet und sind folglich von Fördermaßnahmen ausgeschlossen während sich deren Ausbeutung fortsetzt. Konfliktverschärfend ist fallweise auch die Präsenz von internationalen Truppen, wenn diese sexuelle Dienstleistungen mit finanziellen Mitteln oder Nahrung vergüten womit sich weitere Spannungsfelder eröffnen (Schäfer 2009: 6f).

Die hier beschriebenen Facetten neuer Kriege rückten vorwiegend durch deren Zügellosigkeit in Afrika ins Licht der Öffentlichkeit und spielen auch in der Region Darfurs und des Tschad eine bedeutende Rolle.

„I was sleeping when the attack on Disa started. I was taken away by the attackers, they were all in uniforms. They took dozens of other girls and made us walk for three hours. During the day we were beaten and they were telling us: ‚You, the black women, we will exterminate you, you have no god.‘ At night we were raped several times. The Arabs [damit sind hier vor allem Nomaden zu verstehen deren erste Sprache Arabisch ist] guarded us with arms and we were not given food for three days.”

Diese Aussage stammt aus einem Interview von Amnesty International (2004: 3) im tschadischen Flüchtlingslager Goz Amer. Die Frau flüchtete vor der Gewalt im Darfur in den Tschad und beschreibt einerseits exakt die zuvor skizzierte Instrumentalisierung sexueller Gewalt, zu deren Angriffsziel der weibliche Körper avanciert und andererseits die Auswirkungen einer politischen Mobilisierung auf Basis von künstlich generierten ethnischen Differenzen (Amnesty International 2004: 3). Dabei handelt es sich, wie unzählige Berichte von Journalisten und Mitarbeitern von NGO's belegen, keineswegs um einen Einzelfall sondern vielmehr um einen Teil eines Gewaltmusters für welches anfangs die Dschandschawid und das sudanesisches Militär verantwortlich zeichneten,

während mittlerweile auch diverse in der Region agierende bewaffnete Oppositionsgruppen sexuelle Gewalt in ihr Repertoire aufnahmen wobei die Grenzen zwischen zweckgerichteter und wahlloser Gewalt sich zunehmend auflösten (Mamdani 2009: 34f, 272). Vergewaltigungen gehören mittlerweile zum traurigen Alltag, in einem von sexueller Entdisziplinierung geprägten Konflikt, in welchem jegliche Grenzen aufgehoben zu sein scheinen (United Nations – Security Council 2009a: 7).

Betrachtet man die Dschandschawid so erscheint eine strategische Auslegung der Gewalttaten gegen Frauen durchaus plausibel, obwohl durch deren zunehmende Fragmentierung ein Konglomerat aus funktioneller und ökonomischer sexuell motivierter Gewalt entstand, während es sich bei den Oppositionsgruppen sowohl im Sudan als auch im Tschad in erster Linie um libidinös besetzte Gewalttaten handeln dürfte. Hinzu kommen zahlreiche Entführungen von Frauen und Mädchen, welche im Zusammenhang mit sexueller Gewalt zu stehen scheinen. Signifikant erweist sich auch die Häufigkeit von Minderjährigen unter den Opfern welche seitens United Nations – Security Council(2006: 11) mit 40 Prozent und weiter ansteigend angegeben wird. Der Grund dafür ergibt sich wohl aus der traditionellen Arbeitsteilung bei welchen Mädchen für das Sammeln von Feuerholz oder das Wasserholen verantwortlich sind. Beide Tätigkeiten implizieren notgedrungen ein Entfernen von Gruppen welche einen gewissen Schutz bieten, womit sie zu leichten Opfern werden. Problematisch gestaltet sich auch die Lage in den Flüchtlingslagern in Darfur welche zu etwa 80 Prozent aus Frauen und Kindern bestehen, diesen jedoch nicht den notwendigen Schutz bieten können und zunehmend militarisiert und zum Schauplatz von Vergewaltigungen werden. Von 2003 bis 2008 sind mehr als 142.000 Mädchen und Frauen vor Menschenrechtsverletzungen im Darfur, in der Hoffnung auf Sicherheit und Schutz, in den angrenzenden Tschad geflohen. Den erhofften Schutz in den osttschadischen Flüchtlingslagern fanden sie allerdings nicht, denn Gewalthandlungen sind auch dort omnipräsent (Amnesty International 2009: 3). Erschwert wird die Situation darüber hinaus durch die Untätigkeit von tschadischen und sudanesischen Sicherheitskräften, welche selbst wenn Täter bekannt sind, weitgehend in Untätigkeit verharren. Diesem Zustand sollte im Tschad mit der Aufstellung eigener Sicherheitskräfte im Raum der Flüchtlingscamps begegnet werden.

Die als *Détachement Intégré de Sécurité* (DIS) bezeichnete Truppe wurde von der tschadischen Regierung unter Supervision von MINURCAT ausgebildet und im April 2009, mit einer Gesamtstärke von 850 Personen, in zwölf Flüchtlingslagern und sechs

Städten im Osttschad zum Einsatz gebracht (United Nations – Security Council 2009b: 6ff). Während MINURCAT geringe Rückläufe der Verbrechenzahlen als Erfolg verkauft, herrscht allerdings seitens der Schutzbefohlenen nachwievor Skepsis gegenüber der DIS, welche wiederholt selbst zum Ziel von Überfällen wurde und zudem fallweise für Gewalttaten erwiesenermaßen selbst verantwortlich zeichnete (Amnesty International 2009: 4).

Generell konzentriert sich die sexuelle Gewalt, nachdem die Aktivitäten von Dschandschawid im Osttschad zurückgingen, hauptsächlich auf die direkte Umgebung von Flüchtlingslagern. Die Rebellengruppen im Tschad konzentrieren sich in ihren Offensiven auf militärische Ziele, und die vereinzelten vorhandenen Berichte welche von Gewalttaten an Frauen sprechen, wurden mehrheitlich in deren Sammelräumen im Darfur verübt. Nichtsdestotrotz sind Rebellenoffensiven im Tschad regelmäßig von Überfällen begleitet, da Banditen die so entstehenden Wirren für deren eigene Beutezüge missbrauchen, wobei sich erfahrungsgemäß auch viele Frauen unter den Opfern befinden (Amnesty International 2009: 10). Eine Rekrutierung von Mädchen in die tschadischen oder die sudanesischen Streitkräfte ist bislang nicht dokumentiert, obwohl Frauen, vor allem im Tschad, vereinzelt im Militärdienst zu finden sind. Im Gegensatz zu Ländern wie der DR Kongo oder Äthiopien ist der Einsatz von Mädchen innerhalb der Rebellengruppen des Tschad und des Sudan nur in einem geringen Ausmaß existent (United Nations – Security Council 2007: 6).

Allerdings existieren zahlreiche Berichte von NGOs welche die erschreckende Häufigkeit von Fällen sexueller Gewalt sowohl im Tschad als auch im Sudan belegen. Dabei handelt es sich lediglich um Hilfsorganisationen zur Kenntnis gebrachte Fälle handelt, deren Dunkelziffer durch die drohende Stigmatisierung der Opfer, welche bedingt durch die omnipräsenten kulturellen Werte des Islam meist zu einem Verstoß dieser aus deren Umfeld führt, allerdings weit höher sein dürfte. Die Situation wird zudem dadurch verkompliziert dass die Thematik in der Gesellschaft eine Tabuisierung erfährt (Cupido 2008: 91f). Die Folgen derartiger Übergriffe sind, unabhängig davon ob als Kriegsstrategie angewandt oder nicht, verheerend und gehen durch sozio-kulturelle Faktoren weit über körperliche und seelische Traumata hinaus. Verheiratete Frauen werden nach einer Vergewaltigung meist von ihren Ehemännern verstoßen, während Unverheirateten die Möglichkeit auf die Ehe so von vornherein unmöglich wird, weshalb viele der Opfer verschweigen, dass ihnen Gewalt angetan wurde. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Kriegsverbrechertribunale und diverse Kommissionen

zur Bewahrung eines meist fragilen Friedens keine Foren bieten, um sexuelle Gewalt aufzuarbeiten. Hinzu kommen der eklatante Mangel an Anlaufstellen für Gewaltopfer und die notwendige Einbeziehung von Frauen in Demobilisierungsprozesse.

„Der UN-Sicherheitsrat hat die zentrale Bedeutung sexualisierter Gewalt als Kriegsstrategie und die komplexen Folgeprobleme für Nachkriegsgesellschaften erkannt. Die Mitte Juni 2008 verabschiedete UN-Resolution 1820 verurteilt diese Gewaltakte als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Seitdem ist die Staatengemeinschaft gefordert, Vergewaltigungen Einhalt zu gebieten, Frauen und Mädchen zu schützen und Täter strafrechtlich zu verfolgen. Es soll keine Generalamnestien mehr geben – auch nicht um einen labilen Frieden zu sichern.“ (Schäfer 2009: 5)

Die Herausforderungen, welche sich aus genderspezifischen Aspekten in bewaffneten Konflikten ergeben, sind in den letzten Jahren zunehmend thematisiert worden, allerdings gestaltet sich die Realisierung notwendiger Maßnahmen weit komplexer wodurch es wenig verwunderlich erscheint, dass in den zwei Jahren welche seit der Verabschiedung der UN-Resolution 1820 vergangen sind, effektive Schritte bislang ausgeblieben sind.

4.2.7 Flüchtlingsströme und internationale Hilfe

Sowohl im Darfur als auch im Tschad ist das tägliche Leben bereits seit Jahren untrennbar mit Hilfsorganisationen verbunden, welche sowohl Flüchtlinge als auch die lokale Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs versorgen. Die existentielle Bedeutung dieser für die Betroffenen soll hier keineswegs hinterfragt werden, noch sollen deren mögliche Auswirkungen auf die Konfliktdauer thematisiert werden (Shearer 2000: 189f). Es soll lediglich auf mit ihrer Präsenz einhergehende potentielle Spannungsfelder sensibilisiert werden. Für Milizen ist die internationale Hilfe für die notleidende Bevölkerung häufig bereits zum Bestandteil deren Kriegsökonomien geworden. „*Was Hunger und Elend lindern soll, wird zu einer Ressource des Krieges.*“ (Münkler 2002: 36) Hilfsgüter werden dabei entweder gestohlen oder im Zuge ihres Transportes an die eigentlichen Bedarfsträger „besteuert“¹²⁹ (Shearer 2000: 190f). Viele der so lukrierten Güter finden in weiterer Folge ihren Weg auf den lokalen Markt, wo sie sich nachteilig auf lokale Produzenten auswirken und eine ohnehin bereits angeschlagene Ökonomie in den Ruin treiben können (Münkler 2002: 156). Im Tschad und im Darfur prägten in den letzten Jahren Überfälle auf Angehörigen von

¹²⁹ Unter der „Besteuerung“ von Hilfslieferungen ist die eingeforderte Abgabe von Teilen der Güter zu verstehen, welche notwendig ist, um einen unbehelligten Weitertransport zu erreichen.

Hilfsorganisationen, welche auf den Raub der Ausrüstung und Fahrzeuge abzielen die in der Region einen beträchtlichen Wert darstellen. Dabei ist die Tendenz zu Gewalttaten gegenüber Mitarbeitern von internationalen Organisationen tendenziell ansteigend¹³⁰ (United Nations – Security Council 2008b: 5; United Nations – Security Council 2009d: 2). Zu den Indikatoren neuer Kriege zählt, dass sie binnen kurzer Zeit eine große Anzahl an Flüchtlingen¹³¹ hervorbringen welche sich zwar meist unter der Schirmherrschaft von Hilfsorganisationen in Camps an den Konfliktländern sammeln, jedoch nachwievor Teil existenter Kriegsökonomien bleiben. 2009 existieren im Tschad mehr als 50 Flüchtlingslager im Osttschad welche ca. 500.000 Flüchtlinge¹³² beherbergen und einen wichtigen Rekrutierungspool für in der Region operierende Milizen darstellen, welche dort teils freiwillig teils unter Zwang, Kämpfer einziehen (United Nations – Security Council 2009c: 4, 8).

Wenden wir uns dem Darfur zu so stellt sich die Sachlage grundsätzlich analog jener im Tschad dar. Lediglich die Gewichtung der Bedeutung der Flüchtlingscamps für die paramilitärischen Verbände, welche sich beiderseits der Staatsgrenze befinden, erfuhr eine Verschiebung. Mitte der 70er-Jahre überwog infolge des tschadischen Bürgerkrieges der Flüchtlingsstrom vom Tschad in den Sudan (Mamdani 2009:217), während sich eine Trendumkehr erst nach 2000 abzeichnete. Damit einhergehend überwog lange Zeit die Rekrutierung von tschadischen Migranten in den Flüchtlingslagern Darfurs. Versuche internationaler Organisationen dies zu unterbinden blieben bislang weitgehend erfolglos, wobei es den Erfolg der letzten diesbezüglichen Initiative, nämlich der Aufstellung der DIS, einer Sicherheitstruppe welche die Bewachung in den tschadischen Flüchtlingscamps gewährleisten soll, abzuwarten gilt. Da es sich bei den Camps um permanente Einrichtungen handelt die von den Hilfsorganisationen versorgt und von Kampfhandlungen weitgehend verschont werden, werden diese häufig nicht nur als Rekrutierungsbecken, sondern darüber hinaus auch als

¹³⁰ Ungeachtet dieser Entwicklung ist die Lage noch weit entfernt von jener in Somalia welche eine nahezu lückenlose Einbettung von NGOs in die Kriegsökonomien der Warlords hervorbrachte. Die Warlords waren die einzigen welche über die für Hilfsorganisationen notwendige Transportkapazität verfügten, weshalb sie für den Transport der Hilfsgüter bezahlt wurden. Zusätzlich fielen Kosten für den Schutz der Transporte an für dessen Bereitstellung die Milizen ebenfalls entlohnt wurden. Nichtsdestotrotz verschwanden ganze Lieferungen spurlos bis sie Tage später an lokalen Märkten wieder auftauchten. Die Milizenführer stärkten mit jeder Lieferung deren Stellung und die internationale Hilfe avancierte zum Finanzier von regionalem Terror (Münkler 2002: 155f).

¹³¹ Migration welche aus ökologischen Veränderungen beziehungsweise Hungersnöten hervorgegangen ist und speziell im Darfur teilweise zu einer Verschärfung der Situation beigetragen hat wird an dieser Stelle nicht thematisiert.

¹³² Dabei werden unter dem Begriff Flüchtlinge Migranten aus dem Darfur und der Zentralafrikanischen Republik sowie tschadische IDPs subsummiert.

Rückzugsgebiet für Milizen und Versteck beziehungsweise Umschlagplatz von Waffen genutzt, womit deren Schutzfunktion ad absurdum geführt wird (Götze 2004: 213). Eine derartige Instrumentalisierung der Einrichtungen dürfte zwar aufgrund der vorliegenden Informationen im Tschad nicht an der Tagesordnung stehen, jedoch sind diese wie ein Bericht über das Camp Oure Cassoni¹³³ zeigt, welches seitens sudanesischer Rebellen als Rückzugsraum genutzt wird, nichtsdestotrotz existent (UNHCR 2006). IDP-Camps im Darfur spiegeln bereits eben jene Situation wieder, vor welcher die Flüchtlinge zu entkommen trachteten. Arabischen IDPs wird seitens anderer im Camp befindlicher Ethnien unterstellt, die Regierung zu unterstützen, während diesen wiederum die Kooperation mit Rebellengruppen angelastet wird. Darüber hinaus fällt jedes Camp aufgrund der örtlichen Lage unter den Einflussbereich eines Rebellenführers wodurch das ohnehin von gegenseitigem Misstrauen geprägte Klima zusätzlich belastet wird. Rebellen und Banditen nutzen die Lager zur Rekrutierung und als sicheres Rückzugsgebiet wobei diese nach und nach mit Waffen überschwemmt werden. IDPs welche den Führungsanspruch lokaler Warlords nicht anerkennen unterliegen Repressalien welche bis zur Tötung vermeintlicher politischer Opponenten reichen (International Crisis Group 2007: 6f). Al-Bashir reagierte auf die Missstände mit heftigen Protesten welche seinerseits mit der Freigabe finanzieller Mittel einhergingen und forderte von den Hilfsorganisationen die Intensivierung der Bemühungen zur Rücksiedlung der IDPs, wobei das Ergebnis für viele bereits vorneweg absehbar war, jedoch erneut die Komplexität der Situation vor Augen führte.

„Government efforts have failed, due to the complete mistrust of the IDPs, many of whom have said they will not go home until those they do trust say it is time. This can mean internationals, but also leaders such as Abdel Wahid, who still commands great popularity among Fur IDPs, despite a less than stellar political record.” (International Crisis Group 2007: 7).

Ein weiterer Effekt von Flüchtlingsströmen ist dass sie örtlich begrenzte Kriege entweder ausweiten, oder allein durch deren Präsenz in einer Region zu einer Veränderung der regionalen, ethnischen Zusammensetzung führen können, was folglich bereits in sich, ein latentes Konfliktpotential birgt. Studien über mittel- und langfristige Auswirkungen der demographischen Verschiebung von Anteilen ethnischer Gruppen in einem Gebiet existieren nicht, allerdings erscheinen Spannungen in einem Umfeld mit spärlich vorhandenen Ressourcen nur eine Frage der Zeit. Dies zeigt beispielsweise

¹³³ Das Flüchtlingslager Oure Cassoni ist das nördlichste der Camps im Osttschad und befindet sich lediglich sieben Kilometer von der Grenze zum Sudan. Es beherbergt etwa 30.000 sudanesishe Flüchtlinge.

auch das gewaltsame Vorgehen von Tama-Milizen gegen sudanesische Beri¹³⁴, welche sich im Kounoungou-Flüchtlingslager, welches sich im Raum des Tama-Kernlandes befindet, angesiedelt hatten (Tubiana 2008: 4).

4.2.8 Regionale und internationale Akteure

Die Konflikte im Tschad und in Darfur sind bislang in erster Linie als nationale Probleme betrachtet worden, um so nationale Ursachen besonders hervorheben zu können. Darüber hinaus wurden wesentliche Vernetzungen der Konflikte im Tschad und im Sudan, welche ohnehin nicht isoliert voneinander betrachtet werden dürfen, angesprochen. Zusätzlich stehen die bewaffneten Auseinandersetzungen des behandelten Raumes aber nicht isoliert nebeneinander, sondern werden von Krisen in deren Nachbarländern und den Ambitionen der dortigen Führer, sowie von Interessen regionaler und internationaler Akteure erheblich tangiert. Diese Zusammenhänge, die wesentlichen Akteure und die Konsequenzen deren Einflussnahme auf den Konfliktverlauf sollen in diesem Kapitel Beachtung finden. Regionale und internationale Akteure wurden bereits teilweise im Kapitel über Kriegsökonomien erwähnt, wobei an dieser Stelle in erster Linie imperialistische Tendenzen behandelt, sowie deren Auswirkungen auf die Konfliktregion beleuchtet werden sollen. Auf die Einbeziehung der mit der Region interagierenden internationalen Organisationen, wie beispielsweise die Vereinten Nationen oder die Afrikanische Union, wird hier bewusst verzichtet.

4.2.8.1 Europa unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Frankreichs

Mit dem Ende der europäischen Kolonialreiche¹³⁵ und der Selbstbestimmung der daraus hervorgegangenen afrikanischen Staaten, begann für diese eine Suche nach Identität und Zusammenhalt. Diese Zeit war im Wesentlichen von Instabilität geprägt, welche aus mangelnder Verfestigung politischer Strukturen und aus der künstlichen Festlegung

¹³⁴ Beri ist die Eigenbezeichnung für die ethnische Gruppe der Zaghawa Bideyat, während Zaghawa Bideyat die arabischen Fremdbezeichnung ist. In der Literatur erfolgt darüber hinaus häufig die missbräuchliche Verwendung des Begriffs, um die gesamte ethnische Gruppe der Zaghawa zu bezeichnen.

¹³⁵ Auf eine Analyse der Auswirkungen der Kolonialzeit auf die Entstehung aktueller Konflikte wird hier bewusst verzichtet. Teilaspekte und wesentliche Implikationen wurden zudem bereits im Rahmen der Konfliktgenese angesprochen.

politischer Gebilde ohne innere Kohärenz resultierte. „*Künstlich sind viele postkoloniale Staaten, weil sie durch Grenzen definiert werden, die die früheren Kolonialherren ohne Rücksicht auf ethnische, kulturelle und religiöse Bedingungen festlegten.*“ (Wendt 2007: 347). Der Tschad und der Sudan dienen als Musterbeispiel dieser Instabilität welche, nach dem Rückzug Frankreichs beziehungsweise Englands, binnen kürzester Zeit zu bewaffneten Konflikten führte. In den folgenden Jahren begann ein Tauziehen um die ideologische Orientierung der postkolonialen Staaten welche sich für Europa und somit die USA, oder für die UdSSR entscheiden konnten.

Aus geostrategischer Sicht nahm die Bedeutung Afrikas mit dem Ende des Kalten Krieges aus europäischer Sicht allerdings wieder ab. Ein gemeinsames Engagement Europas beziehungsweise der EU in der Region gelang nur 2008 im Zuge der Entsendung einer EU-Militärmission in den Tschad und die Zentralafrikanische Republik, während anderwärtige Interessen bislang lediglich von Einzelstaaten verfolgt wurden. Eine 2005 verabschiedete Afrika-Strategie der EU, stellt zwar einen Schritt in die richtige Richtung dar (European Union 2005: 1ff), geht aber gleichzeitig mit der Gefahr einher, dass einzelne Mitgliedsländer diese instrumentalisieren um die finanzielle Last ausschließlich nationalstaatlicher Interessen auf alle EU-Staaten aufzuteilen.

Betrachten wir den Tschad, so war dieser auch nach Entlassung in die Unabhängigkeit stark den Einflüssen französischer Afrikapolitik unterworfen. Mittels Kooperationen in nahezu allen Bereichen versuchte Frankreich seine ehemaligen Kolonien an sich zu binden und offerierte diesen auch bilaterale Verteidigungsbündnisse welche den französischen Militärbeistand auf Anfrage bieten sollten und regen Zuspruch fanden. Zusätzlich dazu wurden Abkommen geschlossen, welche Hilfestellung im Aufbau, der Ausbildung und der Restrukturierung des Militärs vorsahen (Lellouche, Moisi 1979: 112ff). Der Tschad unterzeichnete all diese Abkommen weshalb Frankreich seit 1960 über eine nahezu durchgehende Truppenpräsenz im Tschad verfügt¹³⁶ und die Sicherung der territorialen Stabilität und Integrität des tschadischen Staatsgebietes bis

¹³⁶ 1965 forderte Tombalbaye als Folge einer Reihe von Missverständnissen und Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich den Abzug aller französischen Truppen, welche er aber bereits 1968 mit dem Ansuchen um militärische Unterstützung im Kampf gegen Rebellen wieder ins Land holte. 1975 musste das französische Truppenkontingent auf Aufforderung Malloums erneut aus dem Land abziehen und erneut kamen sie auf dessen Gesuch 1978 wieder zurück. Ungeachtet der Abzüge größerer Kontingente zu welchen es auch in den Folgejahren kam, bestand allerdings eine durchgehende Präsenz kleinerer Truppenteile, Militärberater und in weiterer Folge auch Fliegerkräfte.

heute den offiziellen Standpunkt Frankreichs darstellt¹³⁷ (Gerdesmeier 2008: 14). Die Wirtschaftsübereinkommen ermöglichten zudem die Aufrechterhaltung einer französischen Vormachtstellung in den Wirtschaftssystemen der vormaligen Kolonien und damit lange Zeit auch einen nahezu exklusiven Zugang zu strategischen Mineralien. In den Jahren der tschadischen Selbstbestimmung stellten sich französische Truppen wiederholt als entscheidender Faktor im militärischen Kampf um die Präsidentschaft dar. Zur größten Intervention kam es 1983 als die französische Regierung, um die bevorstehende libysche Annexion des Nord-Tschad zu verhindern, die (Algerien ausgenommen) größte Militäroperation (Operation „Manta“) in Afrika startete und etwa 3500 Soldaten, unterstützt von Kampfflugzeugen, in den Tschad schickte (Azevedo 2004: 138ff), womit Frankreich letztlich auch den Druck der USA zu einer raschen Intervention nachkam. Als entscheidender militärischer Faktor erwiesen sich dabei französische Fliegerkräfte, welche in Kombination mit Habrés Bodentruppen nach und nach die libyschen Kräfte zurückdrängten. Nach einer diplomatischen Einigung mit Gaddafi wurde der Großteil der entsandten Truppenteile jedoch 1986 wieder abgezogen und die Operation „Manta“ durch die Operation „Epervier“ ersetzt, welche bis heute im Tschad verblieben ist. Generell funktionierte die französische Politik der Kooperation ausgezeichnet und Frankreich konnte seine Einflußsphäre weitgehend aufrechterhalten. Ein Ergebnis, welches nicht zuletzt auf die Förderung einer französisch sprechenden afrikanischen Elite zurückzuführen ist. Die direkten Auswirkungen auf den Tschad waren mannigfaltig, wobei allerdings die Intention zur innenpolitischen Stabilität beizutragen, verfehlt wurde, da die französischen Truppen zwar stark genug waren um Staatsoberhäupter an der Macht zu erhalten, allerdings nicht stark genug waren, beziehungsweise es politisch nicht gewollt war, die Souveränität des tschadischen Staatsgebietes wiederherzustellen. Hinzu kommen Spekulationen über die Kämpfe von 1979 und 1980 in N'Djamena, bei welchen das französische Militär nicht eingegriffen hat (Azevedo 2004: 104f, 108) und Frankreich insgeheim bereits Habré, welcher eine vehemente Position bezüglich der Übernahme der Tibesti-Region einnahm, favorisierte (Adloff, Thompson 1981: 131). Mit der Passivität infolge eines potentiellen politischen Vorteils ist die propagierte französische Präsenz, welche der Stützung einer schwachen Regierung dienen sollte, zu hinterfragen. Betrachten wir die Regimewechsel im Tschad, so ist festzustellen, dass sowohl der Putsch gegen Tombalbaye, als auch die

¹³⁷ 1976 unterzeichnete der Tschad darüber hinaus ein bis heute gültiges Militärabkommen in welchem in erster Linie nachrichtendienstliche Unterstützungen und logistische sowie medizinische Unterstützungen geregelt sind (Koungou 2008).

Machtergreifung Habrés und in weiterer Folge dessen Sturz durch Deby, zumindest mit französischer Duldung erfolgten. Auf diplomatischer Ebene wurde dies seitens Frankreichs mit einer Politik der „Nichteinmischung“ in innenpolitische Angelegenheiten argumentiert, „[...] die Beobachter jedoch als ‚diplomatische Persiflage‘ bezeichnen“ (Gerdesmeier 2008: 14), da dies mit einer Sicherung der territorialen Stabilität nicht zu vereinbaren ist und nationales Kalkül als handlungsleitendes Interesse nahelegt. Das zunehmende Ausdehnen der russischen Einflußsphäre auf den afrikanischen Kontinent wurde von Frankreich als eine direkte Bedrohung deren Interessen wahrgenommen, welcher Präsident Giscard mit einer Erneuerung und Intensivierung wirtschaftlicher und militärischer Bindungen mit dem frankophonen Afrika begegnete (Lellouche, Moisi 1979: 121f). Direkte Auswirkungen auf den Tschad hatte dies nur dahingehend, dass größere Ressourcen für militärische Operationen im Tschad frei verfügbar waren und speziell die Anzahl an Militärberatern aufgestockt wurde. Ungeachtet politischer Erfolge in Teilen Afrikas riskierte Frankreich mit seiner Politik, welche das Ergreifen von Positionen in lokalen afrikanischen Konflikten bedingte, in eben jene hineingezogen zu werden, was im Tschad, im Zuge des Zusammenstoßes mit Libyens imperialistischen Interessen, auch geschah.

Als schwierig erweist sich zudem Frankreichs Vergangenheit als Kolonialmacht welche im Kontext mit deren bestehendem Engagement seitens der tschadischen Bevölkerung als Neokolonialismus wahrgenommen wurde und zu Aversionen führte. Die militärische Konzeption im Tschad, welche auf dem Training und der Ausbildung des tschadischen Militärs gründete, um dieses zur Wahrnehmung der Kernaufgaben zu befähigen, gelang selbst nach Jahren nicht, weshalb wiederholt auf die nächste Stufe des Maßnahmenplans, nämlich den Einsatz der auf Basen im Tschad befindlichen französischen Soldaten, zurückgreifen musste. Sollte auch dies nicht ausreichend sein so muss auf Ressourcen aus Frankreich zurückgegriffen werden, wobei allerdings spätestens hier die Partizipation an lokalen Konflikte ein Ausmaß erreicht hat, welche zu einem Reflektieren der ursprünglichen Intention in den ehemaligen Kolonien führen muss. Ein derartiges Hineinziehen Frankreichs in regionale Konflikte erfolgte im Tschad in der Konfrontation mit Libyen wo die Situation mehr oder weniger entglitten ist, und Frankreich letztlich in einem Konflikt stand, welcher angesichts des Mitteleinsatzes weit über ursprüngliche Planungen hinausging (Lellouche, Moisi 1979:

127ff).¹³⁸ Die Lehre aus den gemachten Erfahrungen bestand in einer Kursänderung Frankreichs hin zu einem multilateralen Ansatz, welcher einerseits die Unterstellung neo-kolonialer Interessen hintanhaltend sollte und andererseits einen bisher allein im Sinne des Westens ausgefochten Stellvertreterkrieg auf eine breite Basis stellen würde, ohne dabei die Dominanz Frankreichs in der Region zu gefährden (Lellouche, Moisi 1979: 130). Trotz aller Bemühungen eine derartige Entwicklung voranzutreiben, scheiterte Frankreich aber letztlich und verharrte mehr oder weniger im bestehenden System.

Wie bereits angesprochen verliefen die gewaltsamen Machtwechsel im Tschad mit der Duldung Frankreichs wofür auch die Machtergreifung Debys ein gutes Beispiel darstellt. Als Deby am 10. November 1990 mit seinen Truppen die Grenze zum Tschad überschritt, wurde er zuerst von französischen Kräften abgewehrt, welche in weiterer Folge aber passiv blieben, wodurch ihm die Inbesitznahme Tines, sowie am 29. November die Einnahme Abéché gelang und er schließlich am 2. Dezember in N'Djamena einmarschierte. Seitens Frankreichs wurde das Verhalten ihrer militärischen Kräfte wie bereits zuvor mit der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten begründet¹³⁹. Diese Begründung erscheint jedoch doppelbödig, betrachtet man die zahlreichen französischen Unterstützungsleistungen für das jeweilige Regime, wie beispielsweise die französischen Militärinterventionen gegen die Tubu 1968 (Decalo 1980: 43), gegen tschadische Rebellen und libysche Kämpfer 1983 (Azevedo 2004: 110) oder wesentlicher Unterstützungen während der Rebellenoffensiven auf N'Djamena 2006 und 2008 (Koungou 2008), bei welchen die Franzosen neben logistischen Leistungen auch wesentliche Aufklärungsergebnisse in Form strategischer Luftbilder bereitstellten¹⁴⁰ (Berg 2008: 36f). Zusätzlich bestand während der

¹³⁸ 1978 waren 18 Angriffsflugzeuge Jaguar, 12 Mehrzweckkampfflugzeuge Mirage III, 12 Transportflugzeuge Transall und 4 Langstrecken-Aufklärungsflugzeuge Breguet Atlantic in die Militäroperation im Tschad involviert. Betrachtet man diese Zahlen in Relation zur Gesamtanzahl in der französischen Luftwaffe verfügbarer Flugzeuge so erkennt man, dass mehr als 10 Prozent der vorhandenen Angriffsflugzeuge oder beispielsweise 25 Prozent der Transall Transportflugzeuge im Einsatz waren. Ein Anteil welcher noch weit höher ist wenn man die Anteile vom tatsächlichen Klarstand berechnet. Unter Klarstand ist die Zahl tatsächlich einsatzbereiter Flugzeuge, sprich abzüglich jener an welchen planmäßige oder außerplanmäßige Wartungen durchgeführt werden, zu verstehen.

¹³⁹ Inoffiziell wurde wiederholt die Unzufriedenheit Frankreichs mit Habré als Grund für das Ausbleiben französischer Unterstützung genannt. Darüber hinaus soll Deby bereits im Vorfeld von französischer Seite als Nachfolger Habrés aufgebaut worden sein (Azevedo 2004: 111).

¹⁴⁰ Zusätzlich gibt es Berichte, dass die französische Unterstützung auch darüber hinaus ging und französisches Militär im Raum des Flughafens, welcher Deby als Landeplatz seiner Kampfhubschrauber diente, in Kampfhandlungen mit Rebellen verwickelt war. Die französische Sicherung des Flughafen ermöglichte Deby auch die dringend notwendige Versorgung mit Munition, speziell für die Kampfpanzer welche eine entscheidende Rolle in den Kampfhandlungen einnahmen (Leymarie 2008; Tubiana 2008: 55).

Kampfhandlungen regelmäßiger Kontakt zwischen Deby und dem französischen Präsidenten Sarkozy welcher jegliche Unterstützung zur Verhinderung der Machtübernahme durch die Rebellen versicherte (Gerdesmeier 2008: 14). Somit werden Phrasen wie die „Nichteinmischung in innere Angelegenheit“ letztlich zu Argumentationswerkzeugen einer verdeckten Durchsetzung nationaler Interessen degradiert.

Die eigentliche Intention Frankreichs, die Stabilität in den ehemaligen Kolonien fördern und den Aufbau demokratischer Strukturen unterstützen zu wollen, wurde es bislang nicht gerecht. Im Gegenteil verfolgt Frankreich seit der Machtergreifung Debys dessen Unterstützung, ohne Rücksicht auf einen politischen Prozess. Diese Position wurde nicht zuletzt, als der französische Staatssekretär für Entwicklungszusammenarbeit Deby zu seiner demokratisch fragwürdigen und innenpolitisch umstrittenen Verfassungsänderung gratulierte, welche ihm eine dritte Amtszeit als Präsident ermöglichte, untermauert (Bawtree, Marchal 2006: 474f). Dabei handelt es sich aber keineswegs um einen Einzelfall, da in den vergangenen Jahren viele hochrangige französische Politiker nach Verfassungsänderungen beziehungsweise umstrittenen Urnengängen durch öffentliche Erklärungen letztlich zur Legitimierung einer fragwürdigen Regierung beitrugen. Während der französische Beistand im Zuge der Gefechte Ende Jänner 2008 noch unter vorgehaltener Hand erfolgte kann sich dies in Zukunft ändern da die Vereinten Nationen am 4. Februar 2008, einem französischen Antrag folgend, eine Deklaration¹⁴¹ verabschiedeten welche die Taten der Rebellen verurteilte und UN-Mitgliedsstaaten aufforderte den Tschad zu unterstützen, womit letztlich auch dem französischen Verlangen nach einer Multilateralisierung entsprochen wurde, wenngleich das gemeinsame Vorgehen anderer Länder, ausgenommen Frankreichs, mit dem tschadischen Militär gegen die Rebellion, unwahrscheinlich erscheint (Tubiana 2008b: 11f).

Die Versicherung des französischen Rückhalts war und ist für Präsident Deby existentiell und erlaubte ihm durch das Fokussieren auf militärische Aspekte, die Situation zunehmend zu kontrollieren, wodurch allerdings die Etablierung eines internen nationalen Dialogs sowie diplomatischer Bemühungen einer Konfliktbeilegung hintangestellt wurden. Der Antrag Frankreichs an die UN und die darauffolgende Deklaration trugen zusätzlich zur Stärkung der Position Debys bei. Derzeit verfolgt Frankreich erneut eine Umstrukturierung der französischen Afrikapolitik, welche als

¹⁴¹ Dem Antrag Frankreichs eine Resolution zu verabschieden wurden nicht entsprochen.

Reaktion auf deren nationale und internationale Diskreditierung zurückzuführen ist, und auf eine multilateral ausgerichtete sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Afrika abzielt und mit parallel mit einer zunehmender Europäisierung einhergehen soll, welche mittelfristig zu einem Instrument der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden soll (Tull 2005a: 1f). Die Motive hinter dem französischen Engagement sind nach dem Rückzug der französischen Konzerns ELF aus einem Öl-Konsortium mit Shell und Exxon nur schwer zu verorten, und erscheinen unter Berücksichtigung, dass der französische Konzern „Total“ Förderrechte im Sudan hält eher dort gegeben. Die diplomatischen Beziehungen zu Khartum, welche in den 90er-Jahren eng waren, haben allerdings bereits mit der zunehmenden Normalisierung der Beziehungen zu den USA und in weiterer Folge mit der tschadischen Unterstützung sudanesischer Rebellengruppen zunehmend abgekühlt. Fest steht dass Frankreich an seinem vermeintlichen Status als Großmacht weiterhing festhalten will, wodurch die Wahrung französischer Einflussphären in Afrika, speziell in den früheren kolonialen Besitzungen, unumgänglich wird und weitere Interventionen, prioritär unter der Schirmherrschaft der EU, nötigenfalls aber auch im Alleingang, wahrscheinlich erscheinen.

Basierend auf der United Nations Security Council Resolution 1778 initiierte die EU, nicht zuletzt auf Drängen Frankreichs, eine EUFOR-Mission im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik, welche als temporäre einjährige Überbrückung bis zur Übernahme durch MINURCAT dienen, sowie zu einer Stabilisierung der fragilen Sicherheitslage beitragen sollte und im Februar 2008 in den Tschad verlegte. Da mehr als die Hälfte der europäischen Soldaten von Frankreich gestellt wurde und deren Entsendung kein Ende der bereits im Tschad befindlichen französischen Mission „Epervier“ nach sich zog, herrschte vor der Verlegung von EUFOR in den Einsatzraum Verunsicherung, speziell unter den tschadischen Rebellen, welche ein Eingreifen von EUFOR auf Seiten Debys befürchteten, weshalb auch Spekulationen, dass die unmittelbar bevorstehende Truppenstationierung wesentlich zur Rebellenoffensive 2008 beigetragen hat, als durchaus plausibel erscheinen (Berg 2008: 47). Die Conclusio aus europäischer Sicht kann nur die Emanzipierung von einer französischen Afrikapolitik sein welche mit einer Ausweitung diplomatischer Beziehungen zu regionalen Akteuren einhergeht.

Im Vergleich zu den frankophonen Staaten Afrikas welche seit der Unabhängigkeit eng mit der ehemaligen Kolonialmacht verbunden sind, gelang den anglophonen Nationen

die Abnabelung, wodurch in der Zeit nach der Unabhängigkeit eine spürbare Einflussnahme Großbritanniens vordergründig nicht gegeben war und die ursprüngliche Kolonialmacht, im Gegensatz zu anderen afrikanischen Ländern, lediglich in Rahmen von Friedensbemühungen im Sudan in Erscheinung trat. So resultierten beispielsweise die Vermittlungsbemühungen von Großbritannien, Norwegen, Italien und der USA, gemeinsam mit der Regionalorganisation IGAD (Intergovernmental Authority on Development), in der Einhegung des sudanesischen Nord-Süd-Konfliktes in Naivasha. Nichtsdestotrotz ist Großbritannien das Land innerhalb der EU, welches den größten Einfluss auf den Sudan und damit Darfur hat und die britische Bereitschaft sich in Afrika und damit im Sudan zu engagieren ist innerhalb der letzten zehn Jahre wieder tendenziell gestiegen, wobei sich aktuelle Bemühungen auf die Konfliktlösung im Darfur und auf das bevorstehende Referendum im Südsudan konzentrieren¹⁴². Der Grund dafür liegt, ähnlich zu Frankreich, im steigenden nationalen Interesse am afrikanischen Kontinent, welchem wachsende strategische Bedeutung beigemessen wird, welche sich nicht zuletzt auf die Involvierung britischer Firmen in die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen im Sudan zurückführen lässt. Im Vergleich zu Frankreich hat Großbritannien allerdings eine Truppenpräsenz in Afrika vermieden und zeigt bislang auch wenig Interesse einer britischen Truppenbeteiligung an UN-Missionen in der Region. Seitens der Regimegegner im Sudan, konkret von Vertretern aus dem Südsudan und Darfur, wurde Großbritannien darüber hinaus nachgesagt eine Politik zu verfolgen, welche die Augen vor Menschenrechtsverletzungen durch die sudanesishe Regierung verschlossen, internationale Maßnahmen aufgrund geostrategischer Interessen abgeschwächt und letztlich zu einer Aufrechterhaltung der Missstände im Sudan beigetragen haben soll¹⁴³ (Peter 2004: 23). Auch hier wird die Diskrepanz zwischen der europäischen Sudan-Politik, welche auf strikter Neutralität im Umgang mit den Konfliktprotagonisten und Zusagen für Entwicklungsprojekte im Anschluss an die Konfliktbeilegung fußt, und britischen Außenpolitik deutlich (Lewis 2004: 19ff). Letztere orientiert sich im Allgemeinen eher an den USA als an einer EU-orientierten Afrikapolitik (International Crisis Group 2002: 179f), weshalb das Beispiel des Sudan

¹⁴² So ist beispielsweise auch das Engagement der UN in Afrika in der letzten Dekade gestiegen, welches sich anhand deren Friedensoperationen festmachen lässt. Betrachtet man, dass die wichtigsten Gebernationen in den Vereinten Nationen die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, China und Kanada sind, unter denen Frankreich und Großbritannien die europäischen Mitglieder des Sicherheitsrates darstellen, so ist eine Verbindung zwischen dem zunehmenden Engagement der UN und dem wachsenden Interesse der angesprochenen Nationalstaaten ableitbar (Bergholm 2009: 2, 5).

¹⁴³ Der gleiche Vorwurf wurde auch gegen die politische Linie Frankreichs, welchem ohnehin durch die Involvierung in regionale Konflikte eine Sonderstellung zukommt, und Italien erhoben.

erneut die Notwendigkeit einer einheitlichen europäischen Außenpolitik illustriert, durch welche Missverständnisse präventiv hintangehalten, Synergieeffekte generiert und Friedensinitiativen forcierten werden könnten.

4.2.8.2 Die Vereinigten Staaten

Die Rolle der USA in der Region ist ambivalent und war speziell gegenüber dem Sudan einem starken Wandel unterworfen, deren Auswirkungen Darfur nur am Rande tangierten. Bis 1971 hatte Khartum gute Beziehungen zur Sowjetunion, auf welche die USA mit Misstrauen reagierte. Zum Bruch mit Moskau kam es nach einem gescheiterten Putschversuch von Kommunisten welcher in einem Bruch mit der UdSSR gipfelte, der in einer Öffnung gen Westen und damit einhergehender amerikanischer Finanzhilfen gipfelte (Mückusch 2008: 46). Der sudanesishe Präsident al-Numeiri rutschte immer mehr in die Abhängigkeit der USA, welche so zunehmend deren Einfluss im Land ausdehnen konnten (Daly 2010: 235). Die Unterstützung der USA erreichte trotz einiger Rückschläge Mitte der 80er-Jahre ihren Höhenpunkt als der Sudan zum größten Empfänger amerikanischer Militärunterstützung sowie Entwicklungshilfe im Subsahara-Afrika avancierte¹⁴⁴ (Dagartz 2009: 1f) und allein im Jahr 1985 mehr als 250 Millionen US-Dollar lukrierte (Daly 2010: 235). Darfur war davon insofern betroffen, dass die Region als Rekrutierungspool für paramilitärische Organisationen diente, welche zur Umsetzung staatlicher Interessen, hier jener der USA und des Sudan, gefördert wurden und gleichzeitig deren Ausbildungslager beheimatete¹⁴⁵. Ferner betroffen war der Westsudan von amerikanischen Aktivitäten im Sudan im Rahmen der 1983 beginnenden Hungersnot, deren Existenz al-Numeiri lange Zeit geleugnet hatte, wodurch die Bevölkerung dringend benötigte Lebensmittellieferungen erst Ende 2004 erhielt, welche in erster Linie über die United States Agency for International Development (USAID) erfolgten (De Waal 2005: 206ff).

Im benachbarten Tschad traten die Vereinigten Staaten unterdessen erst Anfang der 80er-Jahre auf den Plan, nachdem Gerüchte über eine geplante Gründung einer neuen islamischen Republik, bestehend aus Libyen und dem Tschad auftauchten und deren

¹⁴⁴ Die Beziehungen der USA zum Sudan erfuhren auch 1973 durch die Ermordung des US-Botschafters in Khartum, begangen von der palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“, oder durch den Militärputsch 1985 keinen nennenswerten Rückschlag.

¹⁴⁵ Bei der Rekrutierung wurde auf die Verwendung der etwa 16.000 Tschader welche zwischen 1979 und 1982 nach Darfur geflüchtet waren fokussiert (Mamdani 2009: 222).

Interessen durch die 1973 erfolgte Besetzung des Aouzou-Streifens, wo einerseits große Uranvorkommen vermutet wurden und von wo aus andererseits der libysche Zugang nach Darfur sichergestellt war, ohnehin bereits bedroht waren (Mamdani 2009: 213f). Die USA waren zu diesem Zeitpunkt zusätzlich von der expansiven Politik der UdSSR beunruhigt welche eng mit Verbündeten wie Libyen verknüpft war, weshalb derartige Nachrichten, sowie die Besetzung des Nordtschad durch libysche Truppen auch zwangsläufig eine Reaktion in Washington hervorrufen mussten. Es wurde prompt reagiert und nachdem die USA die richtige Person zur Wahrung ihrer Interessen in der Person von Habré fanden, begannen sie mit einem IMET-Programm und der Hochrüstung des Tschads.¹⁴⁶

Parallel dazu verfolgte Washington eine Politik welche zu Libyens Isolierung in der arabischen Welt führen sollte, weshalb sie militärische und wirtschaftliche Allianzen mit Ägypten und dem Sudan forcierte, deren wichtigster Beitrag von sudanesischer Seite die Zurverfügungstellung rückwärtiger Basen für Habrés Truppen im Darfur war¹⁴⁷, wodurch letztlich die Überschwemmung der Region mit Handfeuerwaffen einen wesentlichen Impuls erhielt (Foltz 1995: 19; Mamdani 2009: 214). Als 1983 ein Vorgehen libyscher Truppen aus dem Aouzou-Streifen nach Süden erfolgte drängten die Vereinigten Staaten Frankreich zu einer Militäroperation. Dies ging so weit, dass Amerika damit drohte, selbst die Initiative im Tschad zu ergreifen wodurch Frankreich ein wesentlicher Imageschaden in den ehemaligen französischen Kolonien entstanden wäre und sie letztlich dem Drängen der USA, aber auch frankophoner afrikanischer Staaten, nachgaben und die Militäroperation Manta ins Leben riefen (Azevedo 2004: 147f, 152f). Bedingt durch amerikanische Waffenlieferungen, unter anderem „Redeye“-MANPADS¹⁴⁸, in Kombination mit der französischen Luftunterstützung gelang es Habré rasch, libysche Soldaten zurückzudrängen. Nach dem Libyen zurückgedrängt war, wurde der Tschad aus amerikanischer Sicht wieder zu einem Nebenschauplatz wo das Interesse selbst nach dem Sturz von Habré nur marginal gegeben war. Dies zeigte sich unter anderem auch darin, dass die Unterstützung von Rebellengruppen, konkret der MDD, gegen Deby nur von kurzer Dauer war. Zwischenzeitlich kam es 1989 zum

¹⁴⁶ Habré erhielt über nachrichtendienstliche Kanäle finanzielle Mittel in Millionenhöhe transferiert und darüber hinaus mit militärischen Gütern, welche hauptsächlich aus ägyptischen beziehungsweise sudanesischen Beständen kamen, unterstützt. Im Gegenzug nutzte die CIA den Tschad in weiterer Folge zur Ausbildung libyscher Kriegsgefangener zu Contras, welche Libyen von innen bekämpfen sollten (Azevedo 2004: 152ff; Mamdani 2009: 215).

¹⁴⁷ Die USA überwachten und koordinierten durch die CIA die Unterstützung für Habré wozu sie einen Stützpunkt in Al-Faschir betrieben (Prunier 2005: 67f).

¹⁴⁸ Man-Portable Air-Defense Systems

Bruch der Beziehungen zwischen dem Sudan und den Vereinigten Staaten als Oberst Omar Hassan al-Bashir sich mit Hilfe der Islamisten an die Macht putschte, woraufhin die USA den Sudan systematisch zu isolieren begannen, was wiederum durch die im Sudan zu beobachtende zunehmende islamische Radikalisierung beschleunigt und intensiviert wurde. „*Sudan unterstütze die Invasion Kuweits durch den Irak und bot Rückzugs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Terrorgruppen an: So lebten Osama bin Laden, ‚Carlos‘ und Abu Nidal Mitte der 90er Jahre in Khartum.*“ (Dargatz 2009: 2).

Die Neuausrichtung des Sudan, welche al-Turabi vehement vorantrieb, veranlasste die USA schließlich am 12. August 1993 den Sudan auf die Liste der „State Sponsors of Terrorism“ zu setzen, auf welcher er sich auch heute noch gemeinsam mit Syrien, Kuba und dem Iran befindet. Die Beziehungen beider Länder spitzten sich weiter zu, sodass die Vereinigten Staaten 1997 Wirtschaftssanktionen gegen den Sudan verhängten, welche sich letztendlich allerdings als nutzlos erwiesen haben und 1998 die pharmazeutische Industrieanlage al-Shifa in Khartum bombardierten, von welcher sie behaupteten, dass sie Waffen für terroristische Gruppen erzeuge¹⁴⁹ (Daly 2010: 256; International Crisis Group 2002: 62). Im Jahr 2000 erfolgte schließlich wieder eine vorsichtige Annäherung, als von beiden Ländern ein Dialog zur Zusammenarbeit gegen den Terrorismus begonnen, welcher nach den Anschlägen auf das World Trade Center 2001 intensiviert wurde¹⁵⁰, wobei der Sudan jedoch eine Ausweitung dieser außerhalb seiner Staatsgrenzen, was gleichbedeutend mit der Beendigung der öffentlichen sudanesischen Unterstützung internationaler terroristischer Organisationen wäre, nach wie vor ablehnt und sich das Land deshalb unverändert auf der Liste der „State Sponsors of Terrorism“ befindet. Aus amerikanischer Sicht ist diese Kooperation bis heute wesentlich und als logische Folgerung der wichtigen geopolitischen Lage des Sudans für die Terrorismusbekämpfung zu sehen, welche in dessen Rolle als Transitland zwischen Subsahara-Afrika, Nahost und dem Horn von Afrika herrührt (Dargatz 2009: 2).

Analog zum Sudan erfolgt auch im Tschad nach dem 11. September 2001 eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung welche

¹⁴⁹ Bis heute gibt es allerdings keine gesicherten Fakten welche die Produktion von Sprengstoffen im Industriekomplex belegt hätten. Der Angriff auf den Industriekomplex ist darüber hinaus auch als Reaktion auf Bombenanschläge in US-Botschaften in Daressalam und Nairobi zu verstehen.

¹⁵⁰ Dies zeigte sich an der Wiederöffnung des CIA-Büros im November 2001 in Khartum und der darauf folgenden engen Kooperation zwischen dem CIA und dem sudanesischem NISS (National Intelligence and Security Service) (LeMelle 2009: 64ff).

sich dort vorwiegend durch die TSCTI und IMET-Programme niederschlug. Die Terrorismusbekämpfung stellt eines der Hauptinteressen der USA im Tschad dar. Ferner betrachten die Vereinigten Staaten den Tschad als einen wesentlichen Faktor für die Stabilisierung der Lage im Darfur, während mit der Präsenz der amerikanischen Ölkonzerne Exxon Mobil und Chevron im Tschad auch wirtschaftliche Aspekte einfließen. Beide Konzerne benötigen zur Sicherung ihrer Investitionen und zur Ausbeutung der Ölfelder langfristige Stabilität in der Region (Gerdesmeier 2008: 12). Während die Zusammenarbeit zwischen den USA und dem Sudan im Bereich Terrorismusbekämpfung mehr und mehr fruchtete, schlitterte die USA mit der Eskalation im Darfur zunehmend in ein moralisches Dilemma, da der innenpolitische Druck den Missständen Einhalt zu gebieten tagtäglich anwuchs¹⁵¹. 2004 bezeichnete General Colin Powell die Zustände bereits als Genozid und löste damit nicht nur in den USA heftige Diskussionen aus, welche letztlich zur Intensivierung von Vermittlungsversuchen und 2007 in einer Ausweitung der Wirtschaftssanktionen für Darfur resultierten, welche vor allem Einschränkungen von Geldtransfers zur Folge hatten und das Kernstück der sudanesischen Wirtschaft – das Ölgeschäft – und damit auch Wirtschaftsinteressen der USA nur am Rande tangierten (Daly 2010: 294). Leidtragende der Sanktionen war im Endeffekt die Bevölkerung Darfurs da Geldüberweisungen der Diaspora an deren Familien im Darfur nahezu unmöglich wurden. Die heutige Situation beider Länder wirft viele Fragen auf, allerdings scheinen die Beziehungen von Washington und Khartum, ungeachtet schwieriger Rahmenbedingungen, nachwievor intakt, wofür der folgende Zwischenfall, welcher sich 2009 im Ostsudan ereignete, stellvertretend steht.

„Erst über Zeitungsberichte wurde Monate später bekannt, dass israelische Kampfflieger auf sudanesischem Territorium Waffenlieferungen aus dem Iran für die Hamas bombardierten. Der Aktion fielen mehrere Menschen zum Opfer. Der Angriff war zwischen Israel und den USA abgestimmt und anscheinend auch mit der Regierung in Khartum, die zunächst schwieg und anschließend dementierte.“ (Dargatz 2009: 3).

Die USA setzten 2009 General Scott Gration als Special Envoy für den Sudan ein wodurch die Gespräche, welche sich zuvor meist hinter verschlossenen Türen abspielten, wieder in die Öffentlichkeit gerückt wurden (Baker 2009). Allerdings lässt die derzeitige US-Regierung eine einheitliche Linie in der Darfur-Frage vermissen und Diskrepanzen im eher nachgiebigen Kurs von Gration und der als Hardlinerin geltenden

¹⁵¹ Maßgeblich für den heftig geführten Diskurs der Darfur-Frage in den USA war die Save Darfur Bewegung, welcher es gelang, eine breite Basis zu mobilisieren.

Susan Rice, US-Botschafterin zu den Vereinten Nationen, zu erwarten sind, wodurch die Festlegung einer eindeutigen Policy künftig an Bedeutung gewinnen wird (MacFarquhar 2010). Fest steht, dass die USA die diplomatischen Bemühungen zur Konfliktbeilegung im Darfur weiter vorantreiben wollen und diese Maßnahmen von Entwicklungshilfemaßnahmen flankiert sein werden, da dem Sudan diesbezüglich in Afrika oberste Priorität eingeräumt wurde (Dargatz 2009: 4). Die Rolle der Vereinigten Staaten im Tschad erscheint hingegen, obwohl die USA offen die Regierung Debys unterstützen, im Vergleich zum Sudan untergeordnet und weniger initiativ. Inwieweit es in der US-Politik für den Tschad angesichts des wachsenden Einflusses Chinas im Tschad zu einer Bedeutungsverschiebung dieser kommt wird sich in Zukunft zeigen, während das geostrategische Interesse der Vereinigten Staaten an Afrika, einerseits für den Kampf gegen den Terrorismus und andererseits zur Sicherung strategischer Ressourcen, weiter an Bedeutung gewinnen wird. Ein Fakt, welcher nicht zuletzt durch die Schaffung eines militärischen Regionalkommandos für Afrika (AFRICOM – Africa Command) untermauert wird und als Mittel verstanden werden kann, einen Ausgleich zur wachsenden Einflussnahme anderer Staaten auf dem afrikanischen Kontinent zu schaffen (Kinzel, Lange 2007: 1ff). Darüber hinaus wird zur Unterstützung neokonservativen Afrikastrategie vermehrt die Einrichtung von Militärbasen und damit die Erhöhung der Truppenpräsenz gefordert welche auch die Option unmittelbarer Militäroperationen zur Interessenswahrung inkludieren würde (LeMelle 2009: 63).

4.2.8.3 Afrika mit Fokus auf die Einflussnahme Libyens

Die Rolle afrikanischer Staaten und deren direkte und indirekte Auswirkungen auf die Konflikte im Tschad und im Ostsudan erfolgten weitgehend im Zuge materieller Unterstützungsleistungen für einzelne Konfliktakteure, welche meist als Werkzeug der Etablierung hegemonialer Interessen zu verstehen sind, beziehungsweise im Rahmen von Friedensgesprächen in welchen Staaten durch die Mediatorrolle deren Bedeutung als Regionalmacht zu unterstreichen suchten. Die Bedeutung von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union tritt zumeist zu Gunsten einzelstaatlicher Bemühungen in den Hintergrund und wurde in der Vergangenheit in erster Linie durch die Vereinten Nationen beziehungsweise westliche Länder ins Spiel gebracht. In weiterer Folge wird auf Libyen, Ägypten und Eritrea näher eingegangen

werden, da dies jene Nationen sind, deren Handlungen erheblich den Konfliktverlauf der Region bestimmt haben.

Libyen ist seit der Unabhängigkeit des Sudan und des Tschad eine bedeutende Regionalmacht welche die Entwicklungen in beiden Ländern von Beginn an mitbestimmt hat. Dies zeigte sich besonders deutlich ab 1969, nach der Ausrufung der Arabischen Republik Libyen und der Machtübernahme Gaddafis. Gaddafi verfolgte dabei im Gegensatz zu anderen Ländern keine Politik der Sicherung strategischer Rohstoffe, sondern fokussierte als Vertreter des Pan-Arabismus auf die Verbreitung des Islam in Sub-Sahara Afrika, wobei ihm besonders daran lag, seinen Einfluss im Tschad und Darfur auszuweiten und Verbindungen mit lokalen arabischen Nomaden zu etablieren (Tubiana 2008b: 20). Der Tschad rückte rasch ins Zentrum seines Interesses, da die arabische Bevölkerung des Nordtschads von der Dominanz des christlich beziehungsweise animistischen Südens bewahrt werden musste und darüber hinaus auch ein alter Grenzstreit¹⁵² zwischen Libyen und dem Tschad um den Aouzou-Streifen wiederbelebt wurde (Joffe 1981: 91; Prunier 2006: 62f). Noch im November erhielt die tschadische Widerstandsbewegung FROLINAT rückwärtige Basen in Libyen und die libysche Regierung startete in den Medien eine Kampagne gegen den tschadischen Präsidenten Tombalbaye, während er parallel dazu auch danach trachtete das sudanesishe Staatsoberhaupt zu unterstützen. Letztendlich brach Gaddafi seine Versuche eine Allianz mit Numeiri zu bilden allerdings wieder ab als der sudanesishe Staatschef 1972 in Friedensverhandlungen mit dem christlichen Südsudan eintrat, was aus Gaddafis Sicht einem Verrat gleichkam. Von der Haltung Numeiris enttäuscht, gründete er 1972 die Islamische Union welche als Instrument der Islamisierung der Region gedacht war und unterstützte im Darfur militant rassistische panarabische Organisationen, welche dazu dienten den arabischen Charakter Darfurs zu unterstreichen (Prunier 2005: 64). Nachdem Numeiri die Annäherung an den Tschad suchte unterstützte Gaddafi eine Miliz aus Mahdisten, welche in Libyen ausgerüstet und ausgebildet wurden und 1976 aus dem Südosten Libyens direkt auf Khartum vorstieß wo sie nach heftigen Gefechten letztlich unterlag. Die Folge waren Hinrichtungen welche auch zahlreiche Opfer unter den als Sympathisanten bezeichneten Bewohnern Darfurs forderten (Daly 2010: 205). Unterdessen hatte Gaddafi 1973 den Aouzou-Streifen militärisch besetzt und die militärische Unterstützung für FROLINAT weiter

¹⁵² 1935 wurde zwischen Frankreich und Italien ein Abkommen über die Grenzziehung beschlossen welches 1938, basierend auf größeren Gebietsforderungen Italiens, von Italien einseitig aufgekündigt wurde. Gaddafis griff diese Forderung erneut auf und begründete so libysche Gebietsansprüche.

forciert¹⁵³, wodurch es der Bewegung letztlich 1979 gelang, die Regierung zu stürzen und Goukouni an die Macht zu bringen. Es folgten ein tschadisch-libysche Kooperationsabkommen welches zur Stationierung von etwa 4.000 libyschen Soldaten in N'Djamena führte, und schließlich 1981 in der Bekanntmachung eines Abkommens mit dem Zweck beide Länder zu vereinen, gipfelte (Azevedo 2004: 144ff). Internationale Proteste veranlassten Libyen zum Rückzug der Soldaten aus der Hauptstadt, während die fortwährende Besetzung im Nord-Tschad zur Involvierung Frankreichs und zur Stärkung der bewaffneten Opposition des Tschad, in der Person Habrés beitrug, welcher seit der fehlgeschlagenen Mahdisten-Offensive, auf die Unterstützung Numeiris zählen konnte, welcher militärische Ausrüstung und militärische Basen im Darfur offerierte, wodurch es wiederholt zu Konflikte der als „Araber“ wahrgenommenen tschadischen Kämpfer mit der Lokalbevölkerung kam. Die geplante libysche Annexion des Nordtschad wurde daraufhin von Frankreich unterbunden, ein bilaterales Abkommen beider Länder jedoch durch das weitere erfolglose Vorgehen Libyens wieder gebrochen. Gaddafi reagierte mit der zunehmenden Involvierung Frankreichs und speziell der USA in Regionalkonflikte in Zentralafrika, mit einer Stärkung der Beziehungen zur Sowjetunion¹⁵⁴ und mit einer Neuausrichtung der Vorgehensweise libyscher Interessensdurchsetzung, welche direkte Konfrontationen zu Gunsten eines Systems von Stellvertreterkriegen vermied (Mamdani 2009: 216). Das Ergebnis war ein Konflikt aus welchem Libyen zunehmend eigene Soldaten abzog, während es sich zunehmend durch die Unterstützung einer Seite hervortat während Frankreich die andere Seite militärisch stützte (Berg 2008: 36). Nach der Machtübernahme Habrés im Tschad und dem Sturz Numeiris im Sudan konzentrierte Libyen sich auf den Westsudan welcher sich als Raum zur Unterstützung tschadischer Rebellen anbot, und wo Gaddafi im Gegenzug für Waffen- und Öllieferungen nach Khartum, bestimmt für den Krieg im Süden, freie Hand im Darfur zugesichert wurde (De Waal, Flint 2008: 48). Die Distribution von Kleinwaffen an tschadische Milizen führte mittelfristig zu einer Involvierung dieser in lokale Konflikte, welche ebenso wie Gaddafis Verteilung von Waffen an Nomaden beziehungsweise Halbnomaden im Darfur, latente Konflikte in der Bevölkerung verschärfte und zu einer regionalen Verschlechterung des ethno-politischen Klimas entschieden beitrug (Mamdani 2009:

¹⁵³ Seitens FROLINAT wurde die libysche Besetzung tschadischen Territoriums zwar nicht gutgeheißen allerdings bestand aufgrund des Abhängigkeitsverhältnisses der Widerstandsbewegung von der libyschen Unterstützung keine Alternative als sich mit der Situation stillschweigend abzufinden (Joffe 1981: 92).

¹⁵⁴ 1984 befanden sich bereits etwa 2000 russische Militärberater in Libyen (Mamdani 2009: 216).

220f). Als besonders problematisch erwies sich die Parteinahme der Libyer auf Seiten der arabischen Stämme der Region und das Vorantreiben der „Libysierung“ des Darfurs. Libyen setzte einerseits auf die Unterstützung der CDR, welche wiederholt von den tschadischen Streitkräften geschlagen wurde, wobei die Gefechte nach und nach auch im Darfur stattfanden und andererseits auf die Aufstellung einer Miliz aus sudanesischen und tschadischen Milizen, welche allerdings im Zuge eines tschadischen Präventivschlages im Darfur weitgehend zerschlagen wurde (Prunier 2005: 66, 77, 82ff). Die Situation im Darfur eskalierte zusehends und die Opfer waren vorwiegend unter der Zivilbevölkerung zu beklagen wobei die Auseinandersetzung zwischen dem Tschad und Libyen zusehends als Bürgerkrieg im Darfur manifestierte. Nachdem die CDR einen Handel mit der tschadischen Regierung getroffen hatte, fokussierte Gaddafi seine Unterstützung auf, den vor Habré in den Westsudan geflüchteten, Deby, welchem es letztlich auch gelang Habré zu stürzen, wodurch das libysche Interesse am Darfur schlagartig abebbte. Die Besetzung des Aouzou-Streifen durch libysche Soldaten blieb bis 1994 aufrecht als der Internationale Gerichtshof den Grenzverlauf zugunsten des Tschads festlegte und Gaddafi letztlich den Abzug anordnete. Die so geschaffene Konstellation ist bis heute weitgehend ident.

„Gaddafi verfolgt seither in der Region eine weniger territoriale Strategie, versucht aber weiterhin – wie etwa die Unterstützung für Debys Machtübernahme 1990 zeigt – seinen Einfluss auf benachbarte Regierungen zu maximieren. Seine oft schwer verstehbare Politik hat zumindest eine Konstante, nämlich seinen Wunsch, als einer der führenden Politiker in der Region, wenn nicht ganz Afrika respektiert zu werden.“ (Berg 2008: 36)

In den letzten Jahren ist eine wechselseitige Annäherung Libyens und Frankreichs zu verzeichnen, wobei es bei Interessenskongruenz auch zu Kooperationen, wie beispielsweise die tschadische Rebellenoffensive 2008 auf N'Djamena zeigte, wo Frankreich Munition aus Libyen an Deby lieferte und beide einen entscheidenden Beitrag zur Stützung Debys leisteten (Berg 2008: 36; Tubiana 2008b: 55). Ungeachtet dessen verfolgen beide Länder aber ihre nationalen Interessen. Zwar gibt es unzählige Mutmaßungen welche, von den nachwievor existierenden guten Verbindungen Gaddafis zu den Milizen im Tschad und im Sudan, auf dessen direkte Unterstützung dieser schließen, da allerdings nur unzureichende Fakten dies auch belegen, wird dies hier nicht weiter verfolgt. Gaddafis Position ist heute geprägt von einer vehementen Ablehnung der Internationalen Gemeinschaft, deren Aktivität seine Bedeutung in der Region unterlaufen würde und von Mediationsbemühungen im Tschad und im Darfur, deren Erfolge sein Ansehen untermauern würden. „*To a large extend, the war in Darfur*

has provided a window of opportunity for Libya to reshape its policy towards Khartoum and N'djamena, and reassert itself as the indispensable broker.” (Marchal 2007: 180f).

Daraus abgeleitet profitiert das libysche Staatsoberhaupt am meisten von einer Fortdauer der Konflikte während der Einhegung seine Stellung als unverzichtbarer Mittler bagatellisieren würde.

Libyen stellt gewiss den wichtigsten afrikanischen Akteur dar, obwohl auch andere Staaten wiederholt auf die Konfliktentwicklung Einfluss nahmen. Betrachten wir konkret Ägypten so geht dessen regionales Gewicht im Sudan zurück auf die Kolonialzeit unter dem ägyptisch-britischen Kondominium¹⁵⁵, wobei die Bedeutung im Vergleich mit den Briten eher gering, und in erster Linie im Landesnorden bestand. Ägyptens Interesse an der Region fußt auf der Tatsache, dass der Sudan ein wesentlicher Nil-Anrainerstaat ist, und der Fluss für Ägypten als letzter Anrainer von enormer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Hauptanliegen ist es, vordergründig eine Teilung des Sudan in Nord- und Südsudan hintanzuhalten, um die Gründung eines weiteren Nil-Anrainerstaates welcher die Frage um die Wassernutzungsrechte am Nil weiter verkomplizieren würde, zu verhindern (Peter 2004: 22). Daraus resultiert das ägyptische Bemühen Kontakte nach Khartum zu intensivieren und Verhandlungen voranzutreiben, welche neben dem Nord-Süd-Konflikt zwangsläufig auch Darfur betreffen müssen, damit dort mögliche Autarkiebestrebungen, welche zu einem Präzedenzfall für den Süden werden könnten, frühzeitig unterbunden werden können, sowie den Handlungsspielraum der Regierung in Khartum für den Konflikt im Süden zu erweitern. Während Ägypten in den 60er und 70er-Jahren eine durchaus aktive Rolle, häufig in Kooperation mit den USA, in der Region innehatte, verlor das Land danach zunehmend an Gewicht. Im Moment zeigen sich zwar Bestrebungen, dies zumindest im Sudan wieder wettzumachen, allerdings muss dabei jede Maßnahme im Darfur-Friedensprozess hinsichtlich der Regierung in Khartum reflektiert werden um nicht das fragile Gleichgewicht Khartum-Kairo zunichte zu machen, womit einschneidende von Ägypten initiierte Fortschritte unwahrscheinlich sind.

Abschließend soll noch der Rolle Eritreas Rechnung getragen werden, dessen Einflussnahme, analog jener Ägyptens, mit Schwergewicht den Sudan tangiert. Eritrea hat sich im Zuge des Grenzstreites mit Äthiopien zunehmend in eine regionale Isolation begeben, auf welche sich auch die Unterstützung von im Südsudan und im Darfur

¹⁵⁵ Ägyptisch-sudanesischen Verbindungen existierten bereits vor dieser Zeit durch den Handel, sowie in weiterer Folge durch die ägyptisch-osmanische Besatzung auf welche hier jedoch nicht weiter eingegangen wird.

operierenden Milizen nicht zuträglich auswirkte. Die Unterstützung der Rebellion im Darfur, wie beispielsweise der JEM oder 2008 der NRF, verfolgte dabei im Wesentlichen das Ziel, sich selbst als regionalen Faktor, ebenbürtig dem Rivalen Äthiopien, zu positionieren (Tanner, Tubiana 2007: 35; Tubiana 2008b: 21, 64). Die Stabilisierung der Situation im Sudan wirkt sich durch die Allianz zwischen Khartum und Addis Abeba direkt in einer Minderung der regionalen Relevanz Eritreas aus, weshalb das Land ebendies zu verhindern sucht. Ein Beispiel für so geartete Schritte stellt unter anderem die 2006 erfolgte „Belohnung“ der Vereinigung von Darfur-Milizen zwecks Nutzenmaximierung durch Waffenlieferungen dar (Bawtree, Marchal 2006: 472f), oder 2007 erfolgte eritreische Waffenlieferungen an die JEM in den Tschad (Lewis 2009: 48). Diesbezüglich erscheint mittelfristig auch eine Änderung, aus Mangel an Optionen, unwahrscheinlich. Um die Auswirkungen der angesprochenen Nationalstaaten auf die behandelten Konflikte zusammenzufassen, war die Zeit von der Entlassung in die Unabhängigkeit bis in die 90er-Jahre, im Tschad und im Sudan, weitgehend von der direkten Unterstützung der Konfliktakteure in Form von Waffenlieferungen, Finanztransfers, der Bereitstellung von Rückzugsgebieten oder militärischer Ausbildungen geprägt, während diese in der letzten Dekade zurückging und Staaten zunehmend auf Mediationsbemühungen fokussierten, wobei die dahinterstehende Motivation jedoch unverändert im Herausheben der regionalen Gewichtung lag. Die Friedensinitiativen wirken sich allerdings kontraproduktiv auf die Gesamtlage aus, da ihnen ein Konkurrenzdenken zugrundeliegt, welches in einer Fragmentierung der Konfliktgruppen kulminiert, da jedes Gastgeberland von Friedensverhandlungen sich auf einzelne ihr nahestehende Milizen konzentriert und seinen Einfluss geltend macht um diese von einer Teilnahme an Gesprächen anderer abzuhalten, was einen Dialog aller Konfliktparteien weitgehend ausschließt und sich darüber hinaus kontraproduktiv auf die Bemühungen internationaler beziehungsweise regionaler Organisationen auswirkt.

4.2.8.4 China und asiatische Staaten

Asiatische Länder nehmen vorwiegend in wirtschaftlicher Hinsicht, bedingt durch die steigende Nachfrage ihrer expandierenden Volkswirtschaften, eine rasch an Bedeutung gewinnende Stellung in der Region ein. Diesbezüglich ist allen voran China, gefolgt von Indien, Malaysia und Indonesien zu nennen. Diese Staaten sind in der Exploration von

Erdölförderstätten, der Ölförderung selbst, sowie der folgenden Verarbeitung und des Exportes tätig, spielen eine wichtige Rolle als Waffenlieferanten sind darüber hinaus wichtige Kreditgeber und sorgen für dringend nötige FDIs (Foreign direct investment) in der Region. Die ergiebigsten Erdöllagerstätten im Sudan befinden sich im Südsudan und im Süddarfur, da die Regierung selbst aber nicht in der Lage ist die Vorkommen eigenständig zu fördern hat sie bereits im großem Maßstab Konzessionen an internationale Konzerne veräußert, wobei westliche Firmen ihre Beteiligungen, in Folge des mit Menschenrechtsverletzungen in der Region einhergehenden Drucks von NGOs, weitgehend an asiatische Konzerne wie die chinesische CNPC (China National Petroleum Corporation), die malaiische Petronas oder die Indian Oil Corporation abtraten (Brzoska, Paes 2007: 20; Kollmer 2008: 187f). Als Hemmschuh erwies sich dabei, dass Konzessionsgebiete sich fallweise nicht unter der Kontrolle der sudanesischen Regierung befanden, woraufhin diese ihre militärischen Anstrengungen zur Kontrolle dieser Gebiete intensivierten und sich dabei lokaler Milizen bedienten, welche hauptsächlich im Darfur mittels Gelder aus dem Ölgeschäft rekrutierten wurden und schlussendlich die Gewaltspirale im Darfur beschleunigten (Peter 2004: 27). China konzentriert das Engagement im Sudan vordergründig auf wirtschaftliche Interessen, und avancierte binnen der letzten Jahre zum wichtigsten Handelspartner des Sudan, wobei das Land potentielle Einschränkungen präventiv blockiert, was sich nicht zuletzt auch daran zeigt, dass China in den letzten Jahren wiederholt Sanktionen gegen das sudanesisches Regime im Sicherheitsrat blockierte¹⁵⁶ (Gerdesmeier 2008: 12), woraus sich auch Pekings Priorität bei der Sicherung energiepolitischer Interessen, welche über jene der Einhegung lokaler Konflikte gestellt werden, ableiten lässt (Müller 2006: 14). Ungeachtet dessen sollte aber erwähnt werden, dass die sudanesischen Regierung ihre Zustimmung zur AU-UN Hybridmission UNAMID erst nach erheblichem Druck seitens Chinas gab (Berg 2008: 30), während nicht außerachtgelassen werden darf, dass China darüber hinaus an der Betrachtung der Darfur-Problematik als rein innerstaatliches Thema festhält, um eine Involvierung externer Akteure weitestgehend hintanzuhalten (Tull 2005b: 21).

¹⁵⁶ Die Begründung für ein derartiges Vorgehen liegt bei näherer Betrachtung auf der Hand. Das Erdölprojekt im Sudan war zu diesem Zeitpunkt das prestigeträchtigste Auslandsprojekt der staatlichen CNPC und ging Hand in Hand mit Infrastrukturmaßnahmen wie dem Bau von Raffinerien, Pipelines (unter anderem der Bau einer 1.500 Kilometer langen Pipeline zum Roten Meer) oder wesentlichen Hafenausbauten welche die Langfristigkeit des chinesischen Engagements im Sudan nahelegten, auf welche sich das Mittragen einer westlichen Linie im UN-Sicherheitsrat kontraproduktiv auswirken würde, welche letztlich unter Umständen zu einer Blockade eigener Interessen im Raum führen könnte (Tull 2005b: 20b).

Zusätzlich zu Waffenimporten in die Region hat China wesentlich zum Aufbau einer sudanesischen Waffenindustrie beigetragen über deren derzeitiges Leistungsvermögen wenig bekannt ist, wobei Berichte allerdings belegen, dass Handfeuerwaffen aus Eigenproduktion, wenn auch zu einem kleinen Prozentsatz, bereits im Einsatz sind (Large 2007: 5f). Neben der herausragenden Stellung im Ölsektor und bei Waffengeschäften nehmen China, aber auch Malaysien, eine herausragende Rolle als Kreditgeber für die Modernisierung des Landes ein, und tausende NIF-Angehörige nutzten zusätzlich Ausbildungs- und Trainingsangebote in Malaysien (International Crisis Group 2002: 68f). Darüber hinaus hat sich der Einfluss Chinas in der Region vor allem durch die Kursänderung des Tschads in der Taiwan-Frage zusätzlich erhöht. Bestand bis 2006 zwischen dem Tschad und der Volksrepublik China eine diplomatische Eiszeit da Tschad Taiwan offiziell anerkannte, so änderte sich dies mit der Ausweisung taiwanesischer Staatsbürger schlagartig, sodass China bereits im Folgejahr mit dem Kauf von Konzessionen im Tschad begann¹⁵⁷ (Gerdesmeier 2008: 12f). Über die Gründe des Tschad für die neue Ausrichtung wurde viel spekuliert wobei aber unbestreitbar ist, dass Debys Annäherung an China für den Tschad den Zugang zu chinesischen Rüstungsgütern bot, welchen tschadischen Rebellen bereits über die sudanesischen Regierung hatten (Tubiana 2008b: 36f) und darüber hinaus auch durch chinesische Investitionen der Spielraum im Umgang mit der Weltbank erhöht wurde, welcher wiederum durch Ölgelder finanzierte Waffenimporte erleichterte. Als unmittelbare Folge der Normalisierung der diplomatischen Verhältnisse beider Länder erfolgte eine Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit welche sowohl Waffenlieferungen als auch die Präsenz chinesischer Militärberater im Tschad einschloss (Wezeman 2009: 6). Ferner erlaubte die wachsende chinesische Präsenz im Tschad Deby, zunehmend die Unterstützung der USA für sein Regime einzufordern, da China direkter Konkurrent um strategische Ressourcen in der Region ist (International Crisis Group 2009b: 15). Prinzipiell kann gesagt werden, dass China, ähnlich anderen asiatischen Ländern, diesen dabei jedoch weit voraus, sich in der Region als Alternative zum Westen positionierte, wobei deren oberste Direktive der Verteidigung des Souveränitätsprinzips *„[...] dazu beiträgt, die Handlungsspielräume autoritärer*

¹⁵⁷ Zwar bestand bereits 2004 ein Abkommen zwischen einem Konsortium, bestehend aus der chinesischen CNPC, der kanadischen Encana und der britischen Cliveden, mit der tschadischen Regierung über die Exploration und Förderung tschadischen Erdöls, allerdings begannen wesentliche Infrastrukturmaßnahmen und die Forcierung des chinesischen Vorgehens erst nach der tschadischen Kursänderung in der Darfur-Frage (Poirson 2005). 2007 verkaufte Encana seine Anteile am Konsortium an CNPC welches somit zum dominanten Einflussfaktor wurde (International Crisis Group 2009b: 5f).

afrikanischer Regierungen gegenüber den Interventionsversuchen westlicher Staaten zu erweitern“ (Tull 2005b: 6), wodurch es sich eine prioritäre Stellung als Partner sichern konnte. Die Isolation, welche die Region durch Sanktionen und Negativschlagzeilen seitens westlicher Länder erfährt, wird dabei zum Wettbewerbsvorteil Chinas welches ihre Interessen so ohne nennenswerte Konkurrenz und ohne Restriktionen durch politische Bedenken verfolgen kann (Böge, Fitzpatrick, Jaspers, Paes 2006: 64). Dass chinesische Interessen dabei fallweise in einer Verschärfung regionaler Konflikte wie im Tschad und dem Westsudan niederschlagen, wird dabei bewusst in Kauf genommen. Andere asiatische Staaten werden ebenso nach einer Intensivierung ihres Engagements in der Region streben, allerdings wird deren Vorgehen weniger offensiv als das der Volksrepublik China erfolgen.

4.3 Die Konflikte im Tschad und im sudanesischen Darfur – ein „neuer“ Krieg?

Lassen wir die einzelnen Charakteristika neuer Kriege hinsichtlich ihrer Einbettung in die konkreten Konfliktszenarien im Tschad und im Darfur Revue passieren, so fällt auf, dass zahlreiche Aspekte dieser Konflikte stellvertretend für Kriegsschauplätze auf der ganzen Welt herangezogen werden können und letztlich in vielen Aspekten auch exakt der von Münkler (2002) skizzierten neuen Kriegen entsprechen. Der Sudan und der Tschad sind geprägt von einem Verfall empirischer Staatlichkeit welcher sich in einer defizitären Effizienz sowie Legitimität der etablierten politischen Ordnung manifestiert, wobei sekundär ist ob nun neue Kriege in einem Staatszerfall resultieren oder ob der wachsende Staatszerfall neue Kriege initiiert und nährt.

Während in präkolonialer Zeit Nord-Süd-Konflikte die wesentliche Gewaltachse darstellten, kam es unter Kolonialherrschaft in beiden Ländern dahingehend zu einer Verschiebung dieser, sodass sowohl Frankreich als auch Großbritannien abgelegene Regionen, zu Gunsten der Zentren und der daran unmittelbar angrenzenden Peripherie, marginalisierten, während sie die Zentren und somit die in der Region dominanten ethnischen Gruppen präferierten, womit sie die Grundlage für die Instabilität der Staaten in der Unabhängigkeit legten. Die Kombination aus diesem kolonialen Erbe, das Unvermögen zur Durchsetzung des Gewaltmonopols und die Fortschreibung einer von den Kolonialherren geschaffenen Elite welcher die Regierungsgeschäfte nach der

Dekolonialisierung zufließen, womit eine Legitimität dieser in der gesamten Bevölkerung nicht gegeben war, waren denkbar schlechte Prämissen. Maßnahmen wie im Tschad 1962 das Verbot aller Parteien, ausgenommen der Partei des Staatsoberhauptes, trugen dabei keinesfalls zu einer Verbesserung der Lage bei, sondern schufen ein System politischen Klientelismus. Letztendlich führten die angesprochenen Ursachen, vorneweg das mangelnde Vertrauen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu einer repressiven Politik, welche in Kombination mit dem Versäumnis wirtschaftliche Probleme in den Griff zu bekommen, alsbald zu einem Umsturz in Khartum und in N'Djamena führten, und im wesentlichen ethnisch homogene Eliten an die Macht brachten. Im Tschad konkurrierten von da an, um Ethnien entstandene Rebellengruppen um die Macht,

„[...] zeigen jedoch kein Interesse an einer demokratischen Reform des autoritären Präsidialsystems. Machtwechsel waren daher seit der Unabhängigkeit immer die Folge militärischer Gewalt, führten aber bei Beibehaltung des politischen Systems lediglich zum Austausch der herrschenden Elite und damit bis heute zu einem ungebrochenen Teufelskreis von Unterdrückung und Gewalt.“ (Berg 2008: 8)

Die jetzigen Staatsoberhäupter, al-Bashir und Deby, gründeten ihre Herrschaft auf einem gewaltsamen Sturz der vorangegangenen Regierung und versuchten in weiterer Folge durch innenpolitische Maßnahmen welche quasi-demokratische Prozesse vorgaukelten eine Legitimation zu erreichen, beraubten sich damit aber letztlich der Chance auf eine ebensolche, wobei sie einer flächendeckenden Ausübung des Gewaltmonopols über das gesamte Staatsgebiet immer noch hinterherhinken. Diese Politik war es auch, welche schließlich im Darfur zu einem der verheerendsten Konflikte dieses Jahrhunderts führte und im Tschad eine Destabilisierung mit sich brachte, welche einen demokratischen Prozess bereits im Keim erstickte. Soweit decken sich die bewaffneten Konflikte im Darfur und im Tschad hinsichtlich staatlicher Rahmenbedingungen mit dem Profil neuer Kriege, wobei die weiteren Charakteristika sich mehrheitlich auf Konsequenzen, abgeleitet aus der Verfehlung des Staates seines Aufgaben entsprechend wahrzunehmen, beziehen.

Die ökonomischen Aspekte spielen eine erhebliche Rolle im Rahmen der Illustration neuer Kriege, wobei das wesentliche Charakteristikum, welches den Abgang von Staatenkriegen ausmacht, nicht die Kriegsökonomie darstellt, welche jeder Form von Konflikt zwangsläufig inhärent ist, sondern die Gewaltökonomie, welche jegliche Form von Gewalt als essentielles Mittel zur Versorgung der Gewaltakteure und daraus gefolgert, zur Norm der Einkommenserzielung erhebt. Plünderungen stellen für die

Milizen beider Länder ein einträgliches Geschäft und einen Aspekt der internen Versorgungsstruktur dar, wobei diese aber nichtsdestotrotz speziell im Bereich militärischer Ausrüstungsgüter in einem erheblichen Maß von externen Akteuren abhängig sind. Diese Dependenz ist gleichzusetzen mit einer Umstellung auf externe Versorgungsstrukturen welches wiederum ein Indikator für neue Kriege ist. Eine derartige Abhängigkeit hatte über lange Zeit auch für die tschadische und die sudanesischen Regierung Gültigkeit, verlor jedoch mit Anlaufen der Ölförderung zunehmend an Bedeutung als diese aus Gründen geopolitischer Natur vermehrt von Regierungen umworben werden, wodurch eine einseitige Abhängigkeit de facto verloren ging, während die für neue Kriege bezeichnende Kriegswirtschaft mit den Facetten der Erwirtschaftung von Gewinnen im Zuge illegaler Machenschaften und im Zuge von Gewaltökonomie weder im Tschad noch im Sudan vorherrschend sind. Durch die enge Verknüpfung der sudanesischen und tschadischen Regierung welche die entsprechenden Rebellengruppen stützen reduziert sich auch bei den Milizen die Bedeutung der Gewaltökonomie, verschwindet aber keineswegs, wobei deren Bedeutung für den Fortbestand von Gruppe zu Gruppe großen Schwankungen unterworfen ist.

Die Gewaltmotive werden in neuen Kriegen durch die ansteigende Ökonomisierung, einhergehend mit dem sinkenden Interesse an der Konfliktbeendigung charakterisiert, wobei deren Legitimierung zunehmend unter Bezugnahme auf ethnische Identitäten erfolgt. Bezogen auf die Region Tschad und Darfur kann nicht behauptet werden, dass die Konfliktakteure nicht ein Konfliktende suchen, jedoch wird diese Beendigung seitens der Rebellengruppen weitgehend auf eine militärische Lösung reduziert. Das Suchen von Äquivalenten der in früheren Zeiten Usus gewesener Entscheidungsschlachten wird dabei zwar gesucht¹⁵⁸, jedoch sind die Milizen militärisch betrachtet unterlegen und die staatlichen Sicherheitskräfte auf der anderen Seite nicht stark genug diese nachhaltig zu zerschlagen, weshalb diese Gefechte nicht zwangsläufig in einem Konfliktende resultieren.

Eine wachsende Signifikanz ökonomischer Aspekte zu Lasten ideologischer bei Rebellenmilizen ist vordergründig nicht gegeben da aus einer solchen eine Transformation im strategischen Handeln und eine neue Zielsetzung resultieren würden welche nicht feststellbar sind. Nicht außer Acht gelassen werden darf dabei, dass

¹⁵⁸ Dies zeigte sich in den letzten Jahren deutlich an den Angriffen der tschadischen Rebellen auf N'Djamena in den Jahren 2006 und 2008 beziehungsweise im Zuge der 2008 erfolgten JEM-Offensive auf Khartum (Amnesty International 2008: 4ff; BBC – News 2008; Tubiana 2008b: 14f).

idealistische Statements und Programme jedoch nicht über die dahinterstehenden Machtinteressen hinwegtäuschen können, welche in permanenten internen Führungsstreitigkeiten und in der Funktionsfähigkeit eines Systems wie des Ralliement zum Ausdruck gebracht werden. Die bewusste Förderung ethnischer Antagonismen ist im Darfur nicht von der Hand zu weisen während Indikatoren für eine gezielte Förderung dieser im Tschad nicht als gegeben erscheinen. Ein präsender Klientelismus organisiert entlang ethnischer Bruchlinien sowie Spannungen zwischen ethnischen Gruppen im Landesosten um knappe Ressourcen sind zwar präsent, erreichten aufgrund der differenten Rahmenbedingungen jedoch nie auch nur annähernd jene Zustände im Darfur. Dazu hat mit Sicherheit auch das, seit Habré zur politischen Kultur im Tschad gewordene System des Ralliement beigetragen, welches bewaffneten Gruppen, die sich meist um einen ethnisch homogenen Kern organisierten erlaubte, an der Macht zu partizipieren, selbst wenn der Präsident die Kontrolle nicht aus der Hand gab.

Hauptleidtragende der gewaltsam ausgetragenen Kontroversen war die Zivilbevölkerung allen voran Kinder welche ungeachtet ob sie sich auf der aktiven oder auf der passiven Seite befinden, immer als Opfer der Konflikte zu betrachten sind. Deren Verbreitung ist bei paramilitärischen Fraktionen tendenziell höher wobei dies aber nicht gleichbedeutend damit ist, dass die staatlichen Sicherheitskräfte keine Kinder unter Waffen stellen, sondern vielmehr deren Versuche reflektiert, die Präsenz von Kindersoldaten in den nationalen Armeen nicht publik machen zu wollen, um so den Forderungen internationaler Organisationen nachzukommen. Der Einzug von Kindersoldaten auf den Gefechtsfeldern im Tschad und im Darfur ist ein Momentum neuer Kriege welches häufig gekoppelt an die steigende Dehumanisierung auf den Schlachtfeldern unserer Zeit. Diese Evolution wird darüber hinaus in Form sexueller Gewalt repräsentiert welche im Osttschad und im Darfur allgegenwärtig sind, wobei diese jedoch nicht im Sinne einer systematischen Durchführung mit der strategischen Zielsetzung einer ethnischen Säuberung, wie Kaldor (2000: 93) sie am Beispiel des Krieges in Bosnien-Herzegowina illustriert, zu sehen sind.

Eine grundlegende Signifikanz externer staatlicher Einflussnahme erschließt sich bereits bei Betrachtung der Kriegsökonomien, geht jedoch darüber hinaus, da speziell Libyen eine Dynamik im Bereich der wachsenden Ethnisierung des Konfliktes, sowohl begünstigte als auch förderte, deren drastische Folgen besonders im Darfur deutlich wurden. Die Auswirkungen der geopolitischen Interessen anderer Staaten führte dabei zumeist zu einer Bewahrung eines fragilen Kräftegleichgewichtes welches lediglich

geringfügige Schwankungen erlaubte, somit zwar die Konflikte von außen nährte und die Fragmentierung der Bewegungen oft förderte, jedoch zugleich eine nachhaltige Konfliktbeilegung unmöglich machte, was sich beispielhaft nach jedem Putsch in N'Djamena zeigte, da die Rebellion de facto nie aufhörte zu existieren.

Abschließend kann gesagt werden, dass das Konfliktsystem im Tschad und im Darfur viele Kriterien und Charakteristika neuer Kriege aufweist wobei deren jeweiligen Ausprägungen schwanken, dabei allerdings Einzigartigkeiten aufweisen welche in ihrer Grundkonstellation in der letzten Dekade stark an Stellvertreterkriege erinnern lassen, da auf eine offene Austragung von Disputen zwischen dem Tschad und dem Sudan verzichtet wird, sich davon jedoch darin unterscheiden, dass die Konfliktaustragung nicht in einem Drittstaat stattfindet. Auch wenn einige der Parameter neuer Kriege nur eingeschränkt geeignet sind den Konflikt im Tschad oder jenen im Darfur beschreiben so bietet dieses Konzept doch, und vor allem aufgrund des Fehlens gesicherter quantitativer Daten in derartigen Konflikten, einen gangbaren Analyserahmen, da er wesentliche Aspekte kriegerischer Auseinandersetzungen der heutigen Zeit kategorisiert. Dabei dürfen die vorhandenen Operationalisierungen jedoch nicht dazu verleiten jene Besonderheit des Krieges zu vernachlässigen von welcher Von Clausewitz (1980: 42) spricht wenn er den Krieg als „wahres Chamäleon“ bezeichnet, welches seine Gesamterscheinung und seine Natur in Relation der auf ihn wirkenden Tendenzen zu ändern vermag, womit er dem Krieg in letzter Konsequenz eine Eigentümlichkeit attestiert welche keinen Gesetzmäßigkeiten gehorcht und für dessen Darstellung Modelle letztlich nur eingeschränkt als Anhalte geeignet sind.

5 Zusammenfassung

Die Arbeit beschäftigte sich mit der Konfliktentwicklung im Tschad und der im Osten angrenzenden zum Sudan gehörenden Region Darfur sowie deren Vernetzungen und Wechselwirkungen, wobei zusätzlich deren Einordnung in das Konzept neuer Kriege, derer Kriterien darüber hinaus als Bezugsrahmen für die Analyse fungierten, verifiziert werden sollte. Zur Fokussierung auf die ursächlichen Konfliktwurzeln im Tschad und im Darfur erfolgte zunächst eine nationale Betrachtung dieser, aus welcher sich bereits Schnittstellen ergaben, welche bei näherer Untersuchung auf drei wesentlichen Faktoren beruhten. Diese waren verwandtschaftliche Bande zur Bevölkerung jenseits der Grenze welche eine Nichteinmischung in dortige Konflikte erschwerte, der Versuch seitens der Regierung in Khartum beziehungsweise N'Djamena deren Position als lokaler Machtfaktor unter Beweis zu stellen, beziehungsweise die amtierende Regierung des Nachbarlandes durch eine wohl gesonnene, leicht beeinflussbare zu ersetzen. Konfliktverschärfend erwiesen sich dabei die Ambitionen externer staatlicher Akteure, allen voran Libyens, unter deren imperialistischen beziehungsweise neoimperialistischen Ansprüchen die Konflikte einerseits erst an Dynamik gewannen, während sie andererseits Fortschritte in der Konflikteinhegung hintanhielten. Der grenzüberschreitende Charakter der Konflikte geht dabei auf die Kolonialzeit zurück mit welcher eine Grenzziehung einherging die, auf Siedlungsgebiete ethnischer Gruppen keine Rücksicht nahm, sodass sich diese sowohl im Osttschad als im Darfur befanden, was in weiterer Folge in einem regen unkontrollierten Grenzverkehr zum Ausdruck kam und dazu führte, dass Einwirkungen auf Teile der Gruppe diesseits der Grenze über kurz oder lang auch eine Reaktion der Gruppenangehörigen jenseits dieser entfachten (Human Rights Watch 2006: 6). Das Konfliktgeschehen im Tschad und im Sudan, speziell im Darfur, ist seit Jahrzehnten miteinander verwoben und erreichte in den letzten Jahren einen Höhepunkt. Die Situation hat sich mittlerweile auf einem Niveau geringerer Intensität stabilisiert was jedoch nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass die bilaterale Konfliktkonstellation nachwievor in ihrer Komplexität besteht, entsprechend schwierig zu konsolidieren ist, und die Gewalt jederzeit und ohne Vorwarnzeit erneut eskalieren kann.

Die geographische Vielgestaltigkeit des Raumes findet ihre Fortsetzung in der ethnischen Vielfalt der Region welche auch in präkolonialer Zeit nie frei von Konflikten, welche jedoch räumlich und zeitlich eng begrenzt war.

Im Tschad waren bereits in der Kolonialzeit Spannungen entlang ethnischer beziehungsweise religiöser Linien latent vorhanden, welche sich in weiterer Folge in der Unabhängigkeit in Form von gegenseitigem Misstrauen und der Etablierung ethnisch homogener Regierungen, deren Ziele vorwiegend opportunistischer Natur waren, manifestierten. Die Beteiligung anderer ethnischer Gruppen erfolgte dabei nur insofern wenn deren Partizipation der Stützung der eigenen Vormachtstellung zweckdienlich war. Die so entstandene, mit Repressalien Nachdruck verliehene, politische Praxis war in weiterer Folge Kennzeichen jeder Regierung, wobei repressive Handlungen nicht gegen andere ethnische Gruppen gerichtet waren sondern vielmehr auf die Bekämpfung oppositioneller Kräfte abzielte. Ähnlich gelagert ist die Aufstellung von Rebellengruppen bei welchen es Usus ist, dass der Kern sich entlang ethnischer Gruppen formiert wobei hierfür vor allem der leichtere Zugang zur Angehörigen der eigenen Ethnie und damit gekoppelt die schnellere Aufstellung von Verbänden ausschlagend sind. Daraus entstand zwar fallweise eine Überbetonung der Zugehörigkeit zu ethnischen Gruppen, welche jedoch nicht aufrechterhalten werden konnte, wodurch letztendlich zwar Alltagsrassismus verbreitet war eine Mobilisierung gegen andere Ethnien, welche sich gewaltsam äußerte, jedoch weitgehend ausblieb. Die Politik der Identität wurde dabei im Tschad in erster Linie für die Mobilisierung von Kämpfern und zum etablieren strategischer Allianzen instrumentalisiert.

Im Darfur lebten Nomaden, Halbnomaden und Ackerbauern in den letzten Jahrhunderten stets in einem System wechselseitiger Dependenzen wobei deren Konkurrenz um knappe Ressourcen zwar auch gewaltsam ausgetragen wurde, jedoch durch traditionelle Systeme deren Eskalation eingedämmt wurde. Nichtsdestotrotz war die Situation von einem fragilen Gleichgewicht und dem weitgehend friedvollen nebeneinander ethnischer Gruppen geprägt, deren Koexistenz auf Inklusion und Akkulturation beruhte und deren Zugehörigkeit somit einer stetigen Dynamik unterworfen war. Die Dichotomie „Araber versus Afrikaner“ entwickelte sich in erster Linie aus der Bildung politischer Parteien im Darfur und der daraus resultierenden Konkurrenz. Der Kampf um Wählerschaften führte zu Demagogie und zu einer rassistisch-ethnischen Rhetorik welche den Grundstein für die bevorstehende Konsolidierung der Dichotomie legte (Mamdani 2009: 182ff; Prunier 2006: 59f). Es begann eine Mobilisierung auf Basis einer Identität welche zu diesem Zwecke artifiziell konstruiert und entsprechend verstärkt wurde und den Zweck verfolgte mit Hilfe der daraus resultierenden Spannungen den Machterhalt sicherzustellen (Kaldor 2000:

139ff). Van Arsdale (2009: 33) beschreibt am Beispiel der Fur im Darfur die Schwierigkeit der Kategorisierung ethnischer Gruppen aufgrund ihrer Sprache oder religiöser Praxis und führt schließlich deren Lebensweise als Schlüssel dazu an.

„Yet this is complicated. Many are farmers. Some are livestock herders. Some are both. Of those who maintain herds of cattle, some have been labeled as “Fur el Baggara” owing to their connections – putative and real – with “traditional” Baggara cattle Arabs, who themselves are not easy to categorize ethnically. To use a different example, it is possible to meet a member of the Berti “tribe” who also is “Fur” and “Baggara.” Adoption of a migrant into a group also occurs with relative ease. One’s current community membership usually is deemed more important than one’s ancestry.” (Van Arsdale 2009: 33)

Die beschriebene Komplexität mit ihrem dynamischen Moment unterstreicht den künstlichen Ursprung der ethnischen Spannungen, welche aus opportunistischen Gesichtspunkten konstruiert wurden. Dies erfolgte gleichzeitig mit der Aufstellung bewaffneter Milizen für den Kampf gegen den Süden sowie der Präsenz libyscher und tschadischer Soldaten im Darfur, die Soldaten im Kampf gegen die tschadische Regierung mobilisierten, welche die Region rasch mit Handfeuerwaffen nahezu überschwemmten, wodurch sich die Lage, in Kombination mit der Verschärfung ökologischer Faktoren, zunehmend der kritischen Masse annäherte. Als schließlich al-Bashir 1989 an die Macht kam und ebenfalls mit der Aufrüstung von Milizen begann, welche unter der Bezeichnung Dschandschawid traurige Berühmtheit erlangten, um unter anderem die Basis der Umma zu zerschlagen (Peter 2004: 16), eskalierte die Situation zusehends, wobei es durch den Einfluss lokaler Autoritäten welche versuchten möglichst viele Anhänger um sich zu scharen und ihren Einfluss zu mehren, zu weiteren ethnischen Etikettierungen kam, wodurch die Region Darfur drohte in einem Sumpf ethnischer Anarchie unterzugehen. Die Ursachen vieler Kampfhandlungen, sowie Zusammenhänge waren dabei immer schwieriger auszumachen und legen den Schluss nahe, dass die zuvor erfolgte künstliche ethnische Etikettierung, welche als geförderte Politik zur Festschreibung populärer Vorurteile zu verstehen ist, zusehends eine Eigendynamik gewann, was mit dem Verlust der Möglichkeiten einherging, diese Gruppen, welche regional zum Teil die Aufgaben des Staates beziehungsweise traditioneller Autoritäten übernehmen, zu kontrollieren (Tubiana 2008b: 50f). Der Export dieser Entwicklungen in den benachbarten Tschad konnte zwar eingedämmt werden, nichtsdestotrotz vermehrten sich auch im Osttschad Anfang des Jahrhunderts Berichte über Aktivitäten von Dschandschawid welche unter anderem zur Bildung auf Ethnien basierter Milizen führten.

Abseits der Interessen lokaler Konfliktakteure erhielt die Sicherheitslage in der Region durch die Einmischung externer staatlicher Akteure weitere Impulse, welche sich auf den Konfliktverlauf und deren Komplexität nachteilig auswirkten. Nationale strategische Interessen speisten die Kriegsökonomien finanziell, materiell und durch Know-how, förderten die Fragmentierung der Fraktionen, begünstigten die Grabenbildung zwischen ethnischen Gruppen und blockierten Konflikteindämmungsmaßnahmen im Sicherheitsrat. Dabei ist es letztendlich sekundär ob die Ursachen in der Sicherung strategischer Ressourcen, neoimperialen Tendenzen oder der eigenen Etablierung als Regionalmacht liegen, da in letzter Konsequenz nationalstaatliche Interessen über die vitalen Interessen der Bevölkerung einer ganzen Region gestellt werden. Waren diese Tendenzen in der Vergangenheit noch deutlich kenntlich so gestaltet sich dies in der Gegenwart differenzierter obwohl der Effekt, die Prolongierung der gewaltsam ausgetragenen Antagonismen, ident ist. Dies offenbart sich an den zahlreichen Friedensinitiativen welche von Nationalstaaten in den letzten Jahren initiiert wurden und weniger auf einem nachhaltigen Friedensprozess abzielten, als auf das Unterstreichen des eigenen Nimbus. Jeder Staat gründete seine Bemühungen auf der Einflussnahme jener Akteure welchen das Land, historisch betrachtet, nahe stand, während andere Gruppierungen eine Teilnahme überwiegend ablehnten. Dies kristallisiert sich schlussendlich aber als kontraproduktiv heraus, da so die Maßnahmen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union zu einer Friedenskonsolidierung unterwandert werden, und eine weitere Fragmentierung der Konfliktparteien gefördert wird, welche eine nachhaltige Beilegung der Auseinandersetzungen hemmt. Da die Beeinflussung durch Staaten eine wesentliche Einflussgröße auf die Konfliktevolution in der Vergangenheit und in der Gegenwart darstellt, sind signifikante Fortschritte eines Friedensprozesses nur dann zu antizipieren wenn diese deren nationale Ambitionen zu Gunsten eines prozessualen Vorantreibens einer Friedensinitiative unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen beziehungsweise der Afrikanischen Union zurückstellen.

Regionale Konfliktpotentiale sind bereits seit der Kolonialzeit latent vorhanden und haben sich in weiterer Folge in der Unabhängigkeit manifestiert, wobei bestimmte lokale Gewaltmuster, Rahmenbedingungen und Charakteristika sich bis heute nahezu unverändert erhalten haben, wie zum Beispiel die Konstellation der Gewaltakteure oder die Rolle Frankreichs im Tschad, während andere sich erst nach und nach entwickelten wie beispielsweise die Ethnisierung des Konfliktes im Darfur welche als Muster des von

Kaldor (2000: 131ff) als „Politik der Identität“ bezeichneten Phänomens dienen könnte. Vergleicht man diese gewaltsamen Auseinandersetzungen mit jenen im ehemaligen Jugoslawien, in Sierra Leone oder in der Demokratischen Republik Kongo welche in der Literatur als modellhaft für neue Kriege bezeichnet werden, so offenbaren sich einerseits zahlreiche Parallelen jedoch gleichzeitig auch gravierende Unterschiede. Der Tschad und der Sudan sind geprägt von einem fortgeschrittenen Verfall der empirischen Staatlichkeit, sowie dem fehlgeleiteten Versuch dieser Entwicklung durch repressive Maßnahmen entgegenwirken zu wollen, wodurch die Ablehnung gegenüber den Regierungen noch intensiviert wurde. Von einem schrittweisen Verlust des Gewaltmonopols, wie es für neue Kriege charakteristisch ist, kann hier nicht gesprochen werden da ein solches bereits in der Kolonialzeit im Tschad nie und im Sudan nur eingeschränkte existierte und aus ökonomischen Gründen auch nur begrenzt angestrebt wurde. Dies hat sich bis heute nicht geändert. Darüber hinaus sprechen auch die Verwendung von Kindersoldaten, exzessive Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und Flüchtlingsströme als Indizien für eine klare Kategorisierung als neuer Krieg, während die Kriegsökonomien und handlungsleitenden Motive auf Seiten der Rebellion, für welche eine Konfliktverlängerung mehr Risiken birgt als sie dadurch an Vorteilen lukrieren könnten, Spezifika aufweisen welche uncharakteristisch sind, womit eine Einordnung in die spezifische Konfiguration neuer Kriege letztlich nur eingeschränkt möglich ist. Nichtsdestotrotz erwies sich das Konzept dennoch als zielführend da es einen Anhalt für einen Analyserahmen für Konflikte bietet, welcher ungeachtet dessen ob es sich um vermeintlich neue Erscheinungsformen auf dem Gefechtsfeld handelt oder nicht, eine Orientierung schafft welche um die konfliktindividuelle Spezifika, welche das „chamäleonhafte“ des Krieges ausmachen, erweitert werden müssen.

6 Ausblick

Das gegenwärtige Geschehen in der Region ist geprägt von einer Annäherung der beiden Staatsoberhäupter, welche sich in wiederholten Staatsbesuchen und der Übereinkunft die Unterstützung für die Rebellion des Nachbarlandes einzustellen und diesen ihre Rückzugsgebiete zu nehmen, äußerte (International Crisis Group 2010; Tubiana 2010). Zusätzlich kam es zu einer Übereinkunft über einen gemeinsamen Grenzschutz, welcher bereits in der Vergangenheit wiederholt Kernpunkt von Verhandlungen war, der bereits in Ansätzen Umsetzung gefunden hat (CBC-News 2010). Diese Entwicklung dürfte in erster Linie auf al-Bashir zurückzuführen sein, welcher danach trachtet die Konflikte in Darfur möglichst noch vor dem voraussichtlich im Jänner 2011 stattfindenden Referendum über die Autonomie des Südens unter Kontrolle zu bringen. Aufkeimende Diskussionen innerhalb der tschadischen Rebellen nach den Gefechten von 2009, wo sich die Rebellion zunehmend über die mit tschadischen Öleinnahmen finanzierte Aufrüstung Debys bewusst wurde, führten zu einem zunehmenden Bruch zwischen jenen, welche mangels Optionen die Zeit für Verhandlungen gekommen sahen und jenen die an einem gewaltsamen Umsturz festhalten wollten. Dies ließ letztlich in Khartum wiederum Stimmen laut werden, welche Zweifel am Nutzen der Unterstützung des tschadischen Widerstands anmeldeten, sodass infolgedessen das Abkommen mit dem Tschad im Hinblick auf den sudanesischen Fokus auf die Situation im Südsudan nur die logische Konsequenz darstellte. Deby hingegen konnte die Rebellen 2009 zunehmend besser kontrollieren, solange diese jedoch rückwärtige Basen im Darfur unterhalten können, in welchen sie darüber hinaus auch versorgt werden und sich reorganisieren können, stellen sie ungeachtet bisheriger Erfolge eine Gefährdung für sein Regime dar. Nichtsdestotrotz ist die jetzige Position Debys insofern überraschend als er sich mit der Ausweisung der JEM erneut der internen Kritik der eigenen ethnischen Gruppe aussetzt, welcher er infolge von Putschversuchen unter Federführung einflussreicher Zaghawa einst nachgab. Dies würde bedeuten, dass Präsident Deby zwischenzeitlich seine Stellung innerhalb der Gruppe festigen konnte oder aber, dass die JEM an deren Unterstützung eingebüßt hat. Gleichzeitig erreicht der tschadische Präsident durch die Verfolgung einer Politik der Versöhnung einen positiven Impuls für die bevorstehenden Wahlen. Inwieweit die gemachten Vereinbarungen zwischen den beiden Staatsoberhäuptern auch mittelfristig eingehalten werden, speziell wenn die bevorstehenden innenpolitischen Herausforderungen bewältigt wurden, ist allerdings fragwürdig. Gegenwärtig wird

versucht die getroffenen Abkommen auch zu realisieren, wobei allerdings angemerkt werden muss, dass das Grenzgebiet groß und unüberschaubar ist, was effektive Gegenmaßnahmen erschwert, zusätzlich hat Libyen bereits den ausgewiesenen JEM-Führer Khalil Ibrahim die Zuflucht ermöglicht während sich die Kämpfer in einem Niemandsland entlang der Grenze befinden (Scheen 2010).

Angesichts der Tatsache, dass beide Staaten nicht flächendeckend über das Gewaltmonopol verfügen, werden sich Rückzugsgebiete finden wodurch wiederum ein latentes Konfliktpotential bewahrt bleibt. Darüber hinaus erscheint aus dem bisherigen Konfliktverlauf unwahrscheinlich, dass es zu einem völligen Bruch mit der Opposition des Nachbarlandes kommt da dies mit dem Verlust einer Option gleichzusetzen ist, während hingegen eine verminderte Unterstützung, möglicherweise über andere Kanäle wahrscheinlicher ist. Wie die Konfliktsituation sich weiter entwickeln wird ist offen, fest steht jedoch, dass die Lage welche sich über die letzten Jahrzehnte generierte, nicht binnen kurzer Zeit befriedet werden kann sondern im Sinne eines langwierigen Prozesses verstanden werden muss, um die Nachhaltigkeit gewährleisten zu können.

7 Forderungen zur Konflikteinhegung

Aus der Analyse der gewaltsam ausgetragenen Antagonismen im Tschad und dem angrenzenden Westsudan ergibt sich, dass die Konfliktdynamik unter Rücksichtnahme deren historisch gewachsener regionaler Verflechtung und deren Synergien, sowie der Einflussnahme externer Akteure und der kulturellen Spezifika verstanden werden muss, um so in weiterer Konsequenz als Anknüpfungspunkt für die Konfliktdeskalation Anwendung zu finden. Besonders der Verflechtung mit den verschiedenen konkurrierenden Konfliktakteuren, auch externen, muss dabei in jeglichem Lösungsansatz Rechnung getragen werden.

Die Analyse der Gegebenheiten im Tschad und im Darfur ergab eine Verflechtung vereinzelter Konflikte welche durch ihre Verschmelzung sich teilweise verstärkt beziehungsweise verändert haben. Diese Zusammenhänge mehrerer Konflikte sind mittlerweile hinlänglich bekannt aber ungeachtet dessen hält die Internationale Gemeinschaft an ihrer Strategie der isolierten Bearbeitung von Konfliktfeldern fest, womit sie der als komplex begriffenen Situation nicht genüge tut. Hauptleidtragender an diesen Entwicklungen ist die Zivilbevölkerung, deren Schutz unmittelbar oberste Priorität zukommen müsste, während mittelfristig auch Maßnahmen zur Schaffung sicherer Lebensgrundlagen notwendig wären. Eines der Probleme bei der Umsetzung von Friedensprozessen ist, dass, aus der Auflösung der auf die Region einwirkenden nationalen Partikularinteressen resultierende Fehlen einer kohärenten Friedensstrategie, welche unter Federführung einer als neutral wahrgenommenen Organisation, wie beispielsweise der Vereinten Nationen oder der Afrikanischen Union, erfolgen sollte. Über das Maßnahmenpektrum internationaler Akteure zur Beendigung von Konflikten, welches von der Mediationsrolle über Sanktionen bis hin zu militärischen Interventionen reicht, wurde in der Vergangenheit viel diskutiert. Geht man davon aus dass militärische Interventionen unter der aktuellen Prämisse weder zweckmäßig noch opportun sind verbleiben neben Verhandlungen noch Sanktionen, welche zwiespältige Reaktionen hervorrufen. Während Sanktionen häufig keine Wirkung zeigten beziehungsweise die Zivilbevölkerung betrafen, gibt es auch Beispiele, welche durch Sanktionsdifferenzierung und die Kombination dieser, Erfolge verbuchten. Die Kontrolle von Import- und Exportrestriktionen ermöglicht dabei gezielt das Treffen der Konfliktakteure und das Vermeiden von Kollateralschäden. Asymmetrische

Sanktionen¹⁵⁹ sind gemäß Brzoska (2005: 215) zwar erfolgsversprechender, jedoch sinkt damit die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Reintegration der bewaffneten Gruppen in die Zivilgesellschaft, da deren Möglichkeit der Partizipation an Friedensgesprächen, bedingt durch die Einflussverschiebung, meist zwangsläufig sinkt. Prioritär muss ein inklusiver Dialog gesucht werden welcher allen Akteuren Gehör verschafft und nicht auf zivile Akteure vergisst, da sonst im Zuge der Reintegration bewaffneter Gruppen eine Fortführung des Demokratisierungsprozesses, welcher in der Vergangenheit häufig unter Berufung auf die krisenhaften Zustände hintangehalten wurde, gehemmt würde. Die Unterzeichnung eines Friedensabkommens darf dabei nicht als Endpunkt eines alle Protagonisten involvierenden Prozesses betrachtet werden, sondern vielmehr als Beginn, da in weiterer Folge speziell die Ausarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen der Demobilisierung das Engagement und die Bestätigung aller bedarf. Darüber hinaus darf keinesfalls auf die Integration von Kindern und Frauen in Demobilisierungsprogramme vergessen werden. Parallel zur Demobilisierung und Integration paramilitärischer Verbände ergeht die Forderung einer Sicherheitssektorreform welche auf längere Sicht gesehen die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols sicherstellen soll und bereits in der Aufstellung ihre Legitimität seitens der Bevölkerung erfahren muss.

Die aktuelle Konfliktkonstellation ist trotz aller Skepsis als Chance zu verstehen da die Rebellengruppen zunehmend in die Defensive gedrängt wurden. Wesentlich ist es nun, den Dialog zu suchen und Druck auf die Gruppierungen auszuüben um diese an den Verhandlungstisch zu bringen bevor diese alternative Versorgungswege etablieren und ihre volle militärische Handlungsfähigkeit wiedererlangen. Entsprechende Gesprächsbereitschaft wird derzeit auch von den Regierungen signalisiert womit letztendlich gute Voraussetzungen für einen entscheidenden Impuls in die richtige Richtung gegeben wären.

¹⁵⁹ Unter asymmetrischen Sanktionen sind Maßnahmen zu verstehen welche sich nicht zu gleichen Teilen auf die Konfliktprotagonisten auswirken, was letztlich mit einer Parteinahme gleichzusetzen ist.

8 Anhang

A. Abkürzungsverzeichnis

AEC	Assessment and Evaluation Commission
AFRICOM	Africa Command
AMIS	African Union Mission in Sudan
AN	Alliance nationale
ANS	Agence de sécurité ationale Tchadienne
ANT	Armées Nationales Tchadiennes; Bezeichnung der tschadischen Armee nach der Machtergreifung Debys
ANR	Alliance nationale de résistance
APRD	Armée pour la restauration de la République et la démocratie
AQIM	al-Qaeda in the Islamic Maghreb
AU	Afrikanische Union
BET	Borkou-Ennedi-Tibesti
CAR	Central African Republic
CEMAC	Communauté économique et monétaire de l'Afrique Centrale (Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft)
CCFAN	Conseil de Commandement des Forces Armées du Nord
CNS	Conférence Nationale Souveraine
CNPC	China National Petroleum Corporation
CNT	Concorde Nationale Tchadienne
CPA	Comprehensive Peace Agreement
CPDC	Coordination des Partis politiques pour la Défense de la Constitution
CSM	Conseil Supérieure Militaire
CSNPD	Comité de Sursaut National pour la Paix et la Démocratie

DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DDF	Darfur Development Front
DDR	Disarmement, Demobilization and Reintegration
DGSSIE	Direction Générale de Sécurisation des Services et Institutions de l'Etat
DIS	Détachement Intégré de Sécurité
DPA	Darfur Peace Agreement
DUP	Democratic Unionist Party
EU	European Union
EUFOR	European Union Forces – Militäroperation der EU im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (im März 2009 übergeführt in MINURCAT)
FAC	Front d'Action Commune
FACA	Forces Armées Centrafricaines
FACP	Front d'Action Commune Provisoire; kurze Zeit nach der Gründung nur mehr als FAC bezeichnet
FAN	Forces Armées du Nord; tschadische Rebellengruppe der 70er Jahre unter Führung von Hissene Habré
FANT	Forces Armées Nationales Tchadiennes; Bezeichnung der tschadischen Armee während Habrés Präsidentschaft
FAP	Forces Armées Populaires
FAT	Forces Armées Tchadiennes
FDPC	Front Démocratique du Peuple Centrafricain; Rebellengruppe in der Zentralafrikanischen Republik
FDT	Front Démocratique Tchadien
FLT	Front de Libération du Tchad; aus der UGFT hervorgegangen
FNSL	Front for the National Salvation of Libya
FPP	Front Patriotique pour le Progrès
FPS	Forces Patriotiques pour le Salut
FROLINAT	Front de Libération National du Tchad

FSR	Front pour le salut de la République
FUC	Front Uni pour le Changement
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
GUNT	Gouvernement d'Union Nationale de Transition (Übergangsregierung der nationalen Einheit), Name einer Reihe von Übergangsregierungen im Tschad Anfang der 1980er Jahre, nach dem Sturz von Präsident Oueddei auch Name der von ihm geführten Rebellengruppe
HIK	Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung
ICC	International Criminal Court
ICF	Islamic Charter Front
IDP	Internally Displaced Person (Binnenflüchtlinge)
IGAD	Intergovernmental Authority on Development
IMET	International Military Education and Training (Militärisches Trainingsprogramm der USA)
IMF	International Monetary Fund
JEM	Justice and Equality Movement
MDD	Mouvement pour la Démocratie et le Développement
MDJT	Mouvement pour la Démocratie et la Justice au Tchad
MINURCAT	Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad
MNRCS	Mouvement National pour la Révolution Culturelle et Sociale
MNRD	Mouvement National pour la Réforme et le Développement
MOSANAT	Mouvement pour le Salut National du Tchad
MPRD	Mouvement pour la Paix, la Reconstruction et le Développement
MPS	Mouvement Patriotique du Salut; Partei des tschadischen Präsidenten Deby welche aus der FPS hervorgegangen ist
NIF	National Islamic Front; 1986 erfolgte die Umbenennung der ICF auf NIF
NCP	National Congress Party; Partei des sudanesischen Präsidenten Bashir

NISS	National Intelligence and Security Service
NRF	National Redemption Front
NUP	National Unionist Party; 1979 erfolgte die Umbenennung in Democratic Unionist Party
OAU	Organisation of African Unity
PCP	Popular Congress Party; aus der NIF hervorgegangene Partei unter der Führung von al-Turabi
PDP	People Democratic Party
PPT	Parti Progressiste Tchadien; tschadische Partei 1947 bis 1973; 1973 umbenannt in Mouvement National pour la Révolution Culturelle et Sociale
RCC	Revolution Command Council; von al-Bashir bei Machtübernahme eingerichtete Regierung
RDL	Rassemblement pour la démocratie et le libérés
RFC	Rassemblement des Forces pour le Changement; tschadische Rebellengruppe unter Führung der Brüder Erdimi
RND	Rassemblement national démocratique
SAF	Sudanese Armed Forces
SCUD	Socle pour le Changement, l'Unité et Démocratie
SFDR	Sudan Federal Democratic Alliance
SLA	Sudan Liberation Army
SLM/A	Sudan Liberation Movement/Army
SLA/Abdel Wahid al-Nur	Zweig der SLA (Sudan Liberation Army) unter der Führung von Abdel Wahid al-Nur
SLA/G19	Splittergruppe der SLA
SLA/Minnawi	Splittergruppe der SLA unter dem Kommando von Minni Minnawi
SPLM/A	Sudan People's Liberation Movement/Army; seit 2005 Mitglied der Regierung der Nationalen Einheit
SSU	Sudanese Socialist Union; Staatspartei in der Zeit von Numeiris Militärdiktatur

TSCTI	Trans-Sahara Counterterrorism Initiative
UDT	Union Démocratique Tchadienne
UFCD	Union des Forces pour le Changement et la Démocratie
UFDD	Union des Forces pour la Démocratie et le Développement
UFDD-F	Union des Forces pour la Démocratie et le Développement fondamentale
UFDR	Unions des Forces Démocratiques pour le Rassemblement
UFPD	Union des forces pour le progrès et la démocratie
UGFT	Union Générale des Fils du Tchad
UN	United Nations
UNIR	Union Nationale pour l'indépendance et la révolution
UNT	Union Nationale Tchadienne
UNAMID	United Nations-African Union Mission in Darfur
UNMIS	United Nations Mission in Sudan
USAID	United States Agency for International Development

B. Literaturauswahl

Aboagye Festus: The hybrid operation for Darfur. A critical review of the concept of the mechanism. Institute for Security Studies. Paper 149. Pretoria 2007.

Adelberger Jörg: Vom Sultanat zur Republik. Veränderungen in der Sozialorganisation der Fur. Franz Steiner Verlag. Stuttgart 1990.

Adloff Richard, Thompson Virginia: Conflict in Chad. Research Series No.45. Institute of International Studies – University of California. Berkeley 1981.

Atlas Pierre M., Licklider Roy: Conflict among Former Allies after Civil War Settlement. Sudan, Zimbabwe, Chad and Lebanon. In: Journal of Peace Research. Vol. 36. No. 1. Sage Publications. London 1999. S.35-54

Azevedo Mario J.: Roots of violence. A history of war in Chad. Routledge. Oxon 2004.

Baldwin David, Papa Robert: Evaluating Economic Sanctions. In: International Security. Vol. 23. No. 2. MIT Press. Cambridge 1998. S.189-195.

Ballentine Karen, Nitzschke Heiko: Business and Armed Conflict. An Assessment of Issues and Options. In: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization. Vol. 79. No. 1. Berliner Wissenschafts-Verlag. Berlin 2004. S.35-56.

Bawtree Victoria, Marchal Roland: Chad/Darfur. How Two Crises Merge. In: Review of African Political Economy. Vol. 33. No. 109. Mainstreaming the African Environment in Development. Taylor & Francis. London 2006. S.467-482.

Berg Patrick: Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse. Konfliktodynamik im Länderdreieck Sudan, Tschad und Zentralafrikanische Republik. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2008.

Besançon Marie: Facing a Fragile Situation in Darfur. The Boston Globe August 9.
Boston 2007.

Beshir M.O.: The Sudan's Twenty-Five Years of Independence. The Continuing Search
for Systems. In: Bulletin of the British Society for Middle Eastern Studies. Vol.
9. No. 2. Taylor & Francis. London 1982. S.114-131.

Bissinger G., Frauscher M., Heissl S., Oppitz M., Pavlasek T., Trapp F., Schramm J.M.,
Wallisch M.: Tschad. Militärgeografische Landesbeschreibung. MilGeo.
Schriftenreihe des Militärischen Geowesens Nr.24. BMLV. Wien 2007.

Böcker Maike: Darfur. Zur Genese eines Konfliktes im Westen der Republik Sudan.
Interethnische Beziehungen und Kulturwandel. Ethnologische Beiträge zu
soziokultureller Dynamik Band 67. Lit-Verlag. Berlin 2009.

Bockwoldt Thorben: Alte und neue Kriege in Afrika. Ein Vergleich am Beispiel der
Bürgerkriege in Äthiopien/Eritrea und Sierra Leone. Tectum Verlag. Marburg
2007.

Boggero Marco: Darfur and Chad. A fragmented ethnic mosaic. In: Journal of
conemporary African studies. Vol. 27. No.1 2009. Routledge. London 2009.
S.21-35.

Braukämper Ulrich: Migration und ethnischer Wandel. Untersuchungen aus der
östlichen Sudanzone. Franz Steiner Verlag. Stuttgart 1992.

Bush Ray: Hunger in Sudan. The Case of Darfur. In: African Affairs. Vol. 87. No. 346
(Jan. 1988). Oxford University Press on behalf of The Royal African Society.
Oxford 1988. S.5-23.

Chapelle Jean: Le peuple tchadien. Ses racines, sa vie quotidienne et ses combats.
Editions l'Harmattan/ Agence de coopération culturelle et technique. Paris 1980.

Cheadle Don, Prendergast John: Not on Our Watch. The Mission to End Genocide in Darfur and Beyond. Hyperion Books. New York 2007.

Chojnacki Sven: Neue Kriege oder substaatliche Kriege? Gewaltakteure und Gewaltmärkte. Wandel der Kriegeformen. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Der Bürger im Staat. 54.Jahrgang. Heft 4. 2004. Schwabenverlag. Stuttgart 2004. S.197-204.

Collier Paul, Elliot Lani, Hegre Havard, Hoeffler Anke, Reynal-Querol Marta und Sambanis Nicolas: Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy. World Bank and Oxford University Press. Washington DC 2003.

Cortright David , Lopez George: Sanctions and the Search for Security. Challenges to UN Action. Lynne Rienner Publishers. Boulder 2002(a).

Cortright David, Lopez George (eds.): Smart Sanctions. Targeting Economic Statecraft. Rowman & Littlefield Publishers. Lanham 2002(b).

Daase Christopher: Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert. Nomos Verlag. Baden-Baden 1999.

Dadi Abderahman: Tchad. L’etat retrouve. L’Harmattan. Paris 1987.

Daly M. W.: Darfur’s Sorrow. The Forgotten History of a Humanitarian Disaster. Cambridge University Press. New York 2010. 2nd Edition.

Daoud Hari: The Translator. A Tribesman’s Memoir of Darfur. Random House. New York 2008.

Decalo Samuel: Regionalism, Political Decay and Civil Strife in Chad. In: The Journal of Modern African Studies. Vol.18. No.1. Cambridge University Press. New York 1980. S.23-56.

- De Soysa Indra: The Resource Curse. Are Civil Wars driven by Rapacity and Paucity. In: Berdal Mats (Ed.), Malone David M. (Ed.): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. Lynne Rienner Publishers. London 2000. S.113-136.
- De Waal Alex: Famine that kills. Darfur. Sudan. Oxford University Press. New York 2005. Revised Edition.
- De Waal Alex: Darfur's elusive peace. In: De Waal Alex(Ed.): War in Darfur and the search for peace. Global Equity Initiative. New York 2007. S.367-392.
- De Waal Alex, Flint Julie: Darfur. A new history of a long war. Zed Books. New York 2008.
- Decalo Samuel: Historical Dictionary of Chad. Scarecrow Press. Metuchen 1987.
- Decalo Samuel: Regionalism, Political Decay, and Civil Strife in Chad. In: The Journal of Modern African Studies. Vol.18. No.1. Cambridge University Press. New York 1980a. S.23-56.
- Decalo Samuel: Chad. The Roots of Centre-Periphery Strife. In: African Affairs. Vol. 79. No.317. Oxford University Press. Oxford 1980b. S.490-509.
- Duffield Mark (2001): Global Governance and the New Wars: The Merging of Development and Security. Zed Books. London 2001.
- Eppler Erhard: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt. Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main 2002.
- Eriksson Hans, Hagströmer Björn: Chad – Towards Democratisation or Petro-Dictatorship. Nordiska Afrikainstitutet. Uppsala 2005.
- Fadul Abdul-Jabbar, Tanner Victor: Darfur after Abuja. A View from the Ground. . In: De Waal Alex(Ed.): War in Darfur and the search for peace. Global Equity Initiative. Cambridge 2007. S.284-313.

Feichtinger Walter: Asymmetrie im internationalen System. Ein altbekanntes, aber an Bedeutung gewinnendes Phänomen. In: Schröfl Josef, Pankratz Thomas (Ed.): Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik? Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2004a. S.69-84.

Feichtinger Walter: Differenzierung von Asymmetrie im Kontext bewaffneter Konflikte. In: Schröfl Josef, Pankratz Thomas (Ed.): Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik? Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2004b. S.117-120.

Feichtinger Walter (Ed.), Hainzl Gerald, Walter Florian: Internationales Krisenmanagement in der Grenzregion Tschad, Sudan, Zentralafrikanische Republik. Ausgabe IV/08 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik. BMLV/Heeresdruckerei Arsenal. Wien 2008.

Foltz William J.: Reconstructing the state of Chad. In: Zartman William(Ed.): Collapsed States. The disintegration and restoration of legitimate authority. Lynne Rienner Publishers. London 1995. S.15-32.

Foucault Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main 1976.

Gordon Carey: The Legal Regime of Public Finance in the Sudan. The Legacy of Nimeiri. In: Journal of African Law. Vol. 30. No. 1 (Spring 1986). Cambridge University Press on behalf of the School of Oriental and African Studies. New York 1986. S.20-50.

Götze Catherine: Humanitäre Hilfe. Das Dilemma der Hilfsorganisationen. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Der Bürger im Staat. 54.Jahrgang. Heft 4. 2004. Schwabenverlag. Stuttgart 2004. S.210-216.

Gray Leslie, Kevane Michael: Local Politics in the Time of Turabi's Revolution. Gender, Class and Ethnicity in Western Sudan. In: Journal of the International

African Institute. Vol. 65. No. 2 (1995). Edinburgh University Press. Edinburgh 1995. S.271-296.

Grono Nick, Salih Mohamed, Van Ardenne-Van Der Hoeven Agnes: Explaining Darfur. Four Lectures on the Ongoing Genocide. Amsterdam University Press. Amsterdam 2007.

Gustafson Marc: Rethinking Darfur. Foreign Policy Briefing. No.89. CATO Institute. Washington 2010.

Harir Sharif: "Arab Belt" versus "African Belt". Ethno-Political Conflict in Dar Fur and the Regional Cultural Factors. In: Harir Sharif, Tvedt Terje.: Sudan: Shortcut to Decay. Motala Grafiska. Motala 1994. S.144–185.

Hauswedell Corinna (Ed.): Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945. Klartext-Verlag. Essen 2006.

Heupel Monika: Friedenskonsolidierung im Zeitalter der „neuen Kriege“. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005.

Holthoff Timo Alexander: Transnationale Ökonomie des Krieges in Zentralafrika und Implikationen für Konfliktlösungsstrategien. Grin Verlag. Norderstedt 2006.

Human Rights Watch: Sudan. Crackdown in Khartoum. Mass Arrests, Torture, and Disappearances since the May 10 Attack. New York 2008.

Ibrahim Hassan Ahmed: Mahdist Risings against the Condominium Government in the Sudan 1900-1927. In: The International Journal of African Historical Studies. Vol.12. No.3 1979. Boston University - African Studies Center. Boston 1979. S.440-471.

Ignatieff Michael: Die Zivilisierung des Krieges. Ethnische Konflikte, Menschenrechte, Medien. Rotbuch Verlag. Hamburg 2000.

- Jackson Robert H., Rosberg Carl G.: Why Africa's weak states persist. The Empirical and the Juridical in Statehood.:In: World Politics. Vol. 35. No.1 1982. Cambridge University Press. New York 1982. S. 1-24.
- Jackson Robert H., Rosberg Carl G.: Sovereignty and Underdevelopment. Juridical Statehood in the African Crisis. In: The Journal of Modern African Studies. Vol. 24. No.1 1986. Cambridge University Press. New York 1986. S.1-31.
- Joffe E.G.H.: Libya and Chad. In: Review of African Political Economy. No.21. Taylor & Francis. London 1981. S.84-102.
- Jung Dietrich, Schlichte Klaus: From Inter-State war to Warlordism. Changing forms of collective violence in the International System. In: Hakan Wiberg, Scherrer Christoph (Eds.): Ethnicity and Intra-State conflict. Ashgate. Aldershot 1999. S.35-51.
- Kaldor Mary: Neue und alte Kriege. Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main 2000.
- Kant Immanuel: Vom ewigen Frieden. Nebst Auszügen aus anderen Kant'schen Schriften. Verlag Max Fiala. Bern 1867.
- Karen Ballentine, Nitzschke Heiko: The Political Economy of Civil War and Conflict Transformation. In: Fischer Martina, Schmelzle Beatrix (Eds.): Transforming War Economies. Dilemmas and Strategies. Berghof Handbook Dialogue Series, Berlin 2005. S.11-34.
- Karl Terry Lynn: The Paradox of Plenty. Oil Booms and Petro-States. University of California Press. Berkeley 1997.
- Keen David: Incentives and Disincentives for Violence. In: Berdal Mats (Ed.), Malone David M. (Ed.): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. Lynne Rienner Publishers. London 2000. S.19-42.

- Keenan Jeremy H.: Chad-Cameroon Oil Pipeline. World Bank & ExxonMobil in 'Last Chance Saloon'. In: Review of African Political Economy.. Vol.32. No.104/105. Oiling the Wheels of Imperialism. Taylor & Francis. London 2005. S395-405.
- Kollmer Dieter H.: Hoffnungsschimmer Erdöl. Die Volkswirtschaft des Sudan. In: Chiari Bernhard (Ed.), Kollmer Dieter H.: Wegweiser zur Geschichte. Sudan. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn 2008. S.183-192.
- Imbusch Peter, Zoll Ralf (Hrsg): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2006. 4. überarbeitete Auflage.
- Lange Dierk.: The kingdom and peoples of Chad. In: Niane D.T. (Ed.): General History of Africa. Africa from the Twelfth to the Sixteenth Centuries. Vol. 4. University of California Press. Berkely 1984. S.238-265.
- Lange Dierk.: The Chad region as a crossroads. In: Al-Fasi M. (Ed.): General History of Africa. Africa from the Seventh to the Eleventh Century. Vol. 3. University of California Press. Berkely 1987. S.436-460.
- Lanne Bernard: Le Sud, l'État e la Révolution. In: Politique Africaine. No.16. Paris 1984. S.30-44.
- Lanne Bernard: Chad. Recent History. In: Katharine Murison (Ed.): Africa. South of the Sahara 2004. Europa Publications. London 2004. S.218-226.
- Le Billon Philippe: Fuelling War. Natural resources and armed conflicts. Routledge. Abingdon 2006.
- Lellouche Pierre, Moisi Dominique: French Policy in Africa. A Lonely Battle against Destabilization. In: International Security. Vol.3. No.4. MIT Press. Cambridge 1979. S.108-133.
- Lesch Ann Mosely: The Sudan. Contested national identities. Indiana University Press. Bloomington 1998.

Lind Jeremy, Sturman Kathryn: Scarcity and Surfeit. The Ecology of Africa's Conflicts. Institut for Securits Studies. Pretoria 2002.

Lohmann Klaus-Peter: Zur Entwicklung der modernen Kriegführung. Grundlegende Asymmetrien und eine möglich Strategie. In: Schröfl Josef, Pankratz Thomas (Ed.): Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik? Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2004. S.57-68.

Lugard Frederick J.D.: The Dual Mandate in British Tropical Africa. Routledge. London 1965. New Edition.

Mamdani Mahmood: Saviors and Survivors. Darfur, Politics, and the War on Terror. Verso. London 2009.

Marchal Roland: The Unseen Regional Implications of the Crisis in Darfur: In: De Waal Alex(Ed.): War in Darfur and the search for peace. Global Equity Initiative. New York 2007. S.173-198.

Marx Christoph: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn 2004.

Middleton Neil, O'Keefe Phil: Politics, History & Problems of Humanitarian Assistance in Sudan. In: Review of African Political Economy. Vol. 33. No. 109 Sep. 2006. Taylor & Francis. London 2006. S.543-559.

Miles William F. S.: Tragic Tradeoffs. Democracy and Security in Chad. In: The Journal of Modern African Studies. Vol. 33. No.1 1995. Cambridge University Press. New York 1995. S.53-65.

Miller Molly J.: The crisis in Darfur. In: Mediterranean Quarterly. Vol. 18. No.4 2007. Duke University Press. Durham 2007. S.112-130

- Mörz Alexandra: Der Bürgerkrieg im Sudan. Ein „neuer“ Krieg?. Grin Verlag. München 2005.
- Mückusch Andreas: Der erste Bürgerkrieg und die schwierige Unabhängigkeit 1956 bis 1983. In: Chiari Bernhard (Ed.), Kollmer Dieter H.: Wegweiser zur Geschichte. Sudan. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn 2008. S.39-50.
- Münkler Herfried: Die neuen Kriege. Rowohlt Verlag. Reinbek 2002.
- Münkler Herfried: Wandel der Weltordnung durch asymmetrische Kriege. In: Schröfl Josef, Pankratz Thomas (Ed.): Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik? Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2004a. S.85-94.
- Münkler Herfried: Die neuen Kriege. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Der Bürger im Staat. 54.Jahrgang. Heft 4. 2004. Schwabenverlag. Stuttgart 2004b. S.179-184.
- Nachtigal Gustav: Sahara and Sudan. Wadai and Darfur. Vol 4. University of California Press. Berkely 1971.
- Nathan Laurie: The Making and Unmaking of the Darfur Peace Agreement. In: De Waal Alex(Ed.): War in Darfur and the search for peace. Global Equity Initiative. Cambridge 2007. S.245-266.
- Nolutshungu, Sam C.: Limits of Anarchy. Intervention and State Formation in Chad. University Press of Virginia. Charlottesville 1996.
- O’Fahey R.S.: State and Society in Darfur. Hurst & Co Publishers Ltd. London 1980.
- O’Fahey R.S.: Islam and Ethnicity in the Sudan. In: Journal of Religion in Africa. Vol. 26. (Aug.1996). Brill. Leiden 1996. S.258-267.

Öhm Manfred: Nach dem Frieden – mitten im Krieg. Der Sudan und der Darfur-Konflikt. In: Internationale Politik und Gesellschaft. Heft 2. 2005. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin 2005. S.150-168.

Olson James S. (Ed.), Ross Marley, Ratliff William G., Rowe Joseph M., Shadle Robert (Co.Ed.): Historical Dictionary of European Imperialism. Greenwood Press. Westport 1991.

Pahl Magnus: Zeit der Fremdherrschaft (1820-1955). In: Chiari Bernhard (Ed.), Kollmer Dieter H.: Wegweiser zur Geschichte. Sudan. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn 2008. S.27-38.

Pape Robert: Why Economic Sanctions Do Not Work. In: International Security. Vol.22. No.2. MIT Press. Cambridge 1997. S. 90-136.

Petry, Martin: Wem gehört das schwarze Gold? Engagement für Frieden und Gerechtigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Erdölprojekt Tschad-Kamerun. Brandes & Apsel. Frankfurt a.M. 2003.

Powers Samantha: A Problem from Hell: America in the Age of Genocide, New York: Harpers Collins Publication, 2003.

Prunier Gérard: Darfur. Der “uneindeutige” Genozid. Hamburger Edition. Hamburg 2006.

Prunier Gérard: Darfur - Motive eines Völkermords. Der Konflikt im Sudan ist komplizierter, als die Welt wahrhaben will. In: Le Monde diplomatique. Nr. 8221 vom 09mar2007. Taz-Verlag. Berlin 2007. S.8-9.

Reyna Stephen P.: Wars without End. The Political Economy of a Precolonial African State. University Press of New England. Hanover 1990.

- Roden David: Regional Inequality and Rebellion in the Sudan. In: Geographical Review. Vol.64. No.4 1974. American Geographical Society. New York 1974. S.498-516
- Rotberg Robert I: Getting Tough Could Save Innocent Lives. The Boston Globe April 10th. Boston 2006.
- Rothchild Donald: Containing Fear. The Origins and Management of Ethnic Conflict. in Nationalism and Ethnic Conflict. ed. Michael Brown. MIT Press. Cambridge 2001.
- Ross Andrew (2003): Oil, Drugs and Diamonds. The Varying Roles of Natural Resources in Civil Wars. In: Ballentine Karen, Sherman Jake (Eds.): The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed and Grievance. Lynne Rienner Publishers. Boulder 2003. S. 47-70.
- Rufin Jean-Christophe: Kriegswirtschaft in internen Konflikten. In: Jean Francois, Rufin Jean-Christophe (Ed): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburger Edition. Hamburg 1999. S.16-46.
- Russmann Paul: Kindersoldaten. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Der Bürger im Staat. 54.Jahrgang. Heft 4. 2004. Schwabenverlag. Stuttgart 2004b. S.205-209.
- Salih Kamal Osman: The Sudan 1985-9. The Fading Democracy. In: The Journal of Modern African Studies. Vol. 28. No. 2 (Jun.1990). Cambridge University Press. New York 1990. S.199-224..
- Salih Mohamed M.A.: Understanding the Conflict in Darfur. Centre of African Studies. University of Copenhagen. Copenhagen 2005.
- Schmidinger Thomas: Der Sudan zwischen autoritärer Militärdiktatur und Staatszerfall. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Jg. 35(H.2) 2006. Facultas Verlag. Wien 2006. S.189-205.

- Schmidl Erwin A.: „Asymmetrische Kriege“ – alter Wein in neuen Schläuchen? In: Schröfl Josef, Pankratz Thomas (Ed.): Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik? Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2004. S.121-132.
- Schulz Gerhard: Die Irregulären. Guerrilla, Partisanen und die Wandlungen des Krieges seit dem 18. Jahrhundert. Eine Einführung. In: Schulz Gerhard (Hg.): Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert. Vandenhoeck und Ruprecht. Göttingen 1985. S.9-35.
- Shearer David: Aiding or Abetting? Humanitarian Aid and Economic Role in Civil War. In: Berdal Mats (Ed.), Malone David M. (Ed.): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. Lynne Rienner Publishers. London 2000. S.189-204.
- Shepherd George W., Sonko Karamo: Economic Justice in Africa. Adjustment and Sustainable Development. Greenwood Press, Westport 1994.
- Sidahmed Abdel Salam, Sidahmed Alsir: Sudan. Routledge Curzon. New York 2005.
- Slatin Rudolph: Feuer und Schwert im Sudan. Meine Kämpfe mit den Derwischen, meine Gefangenschaft und Flucht. Thienemanns Verlag. Stuttgart 1997. Neu bearbeitet.
- Steidle Brian, Steidle Wallace Gretchen: The devil came on horseback. Bearing witness to the genocide in Darfur. Public Affairs. New York 2007.
- Streck Bernhard: Sudan. Ansichten eines zerrissenen Landes. Peter Hammer Verlag. Wuppertal 2007.
- Tetzlaff Rainer: Prekäre Staatlichkeit in Afrika am Beispiel Sudan. Global governance in der Interventionsklemme. In: Nord-Süd aktuell. Nr.3. 2004. Deutsches Übersee Institut. Hamburg 2004. S.549-556.

Thielke Thilo: Krieg im Lande des Mahdi. Darfur und der Zerfall des Sudan.
MagnusVerlag. Essen 2006.

Tull Dennis M.: Sudan after the Naivasha Peace Agreement. No Champagne Yet. SWP
Comments 3. Februar 2005. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin 2005.

Van Creveld Martin: Die Zukunft des Krieges. Gerling Akademie Verlag. München
1998.

Von Clausewitz Carl: Vom Kriege. Vollständige Ausgabe im Urtext. Ferd. Dümmler
Verlag. Bonn 1980. 19. Auflage.

Von Clausewitz Carl: Vom Kriege. Auswahl. Reclam. Stuttgart 1994. Bibliographisch
ergänzte Ausgabe.

Warburg Gabriel: Islam, sectarianism and politics in Sudan since the mahdiyya. The
University of Wisconsin Press. Madison 2003.

Weber Annette: Machtstrukturen und politische Lager. In: Chiari Bernhard (Ed.),
Kollmer Dieter H.: Wegweiser zur Geschichte. Sudan. Verlag Ferdinand
Schöningh. Paderborn 2008. S.75-87.

Weber Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Mohr
Siebeck Verlag. Tübingen 1980. 5.rev. Auflage.

Wendt Reinhard: Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Europa und die Welt seit
1500. Ferdinand Schöningh Verlag. Paderborn 2007.

Wesseling Hendrik L.: Teile und herrsche. Die Aufteilung Afrikas 1880-1914. Franz
Steiner Verlag. Stuttgart 1999.

Wimmer Andreas, Goldstone Richard, Horowitz Donald L., Joras Ulrike, Schetter Conrad (Eds.): Facing Ethnic Conflicts. Toward a new realism. Rowman & Littlefield Publishers. Oxford 2004.

Wulf, Herbert: Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden. Nomos. Baden-Baden 2005.

Zartman William: Introduction. Posing the problem of state collapse. In: Zartman William(Ed.): Collapsed States. The disintegration and restoration of legitimate authority. Lynne Rienner Publishers. London 1995. S.1-14.

C. Internetquellen

Amnesty International: Sudan, Darfur. Rape as a weapon of war. Sexual violence and its consequences. Amnesty International Publications. London 2004. Electronic ed. <http://www.amnesty.org/en/library/asset/AFR54/076/2004/en/f66115ea-d5b4-11dd-bb24-1fb85fe8fa05/afr540762004en.pdf> 10aug2010.

Amnesty International: Chad. Double misfortune. Deepening human rights crisis in Chad. Amnesty International Publications. London 2008. Electronic ed. <http://www.amnesty.org/en/library/asset/AFR20/007/2008/en/7060dfb4-bd46-11dd-857f-c5541b902dd7/afr200072008en.pdf> 12sep2010.

Amnesty International: 'No place for us here'. Violence against refugee women in Eastern Chad. Amnesty International Publications. London 2009. Electronic ed. <http://www.amnesty.org/en/library/asset/AFR20/008/2009/en/a6cc4610-016f-439b-987d-4cb128679751/afr200082009eng.pdf> 07oct2010.

Baker Peter: Adding pressure in Sudan. Obama will tap retired general as Special Envoy. In: New York Times vom 17mar2009. New York 2009. Electronic ed. <http://www.nytimes.com/2009/03/18/world/africa/18prexy.html> 23aug2010.

Ballentine Karen, Nitzschke Heiko: The Political Economy of Civil War and Conflict Transformation. In: Fischer Martina, Schmelzle Beatrix (eds.): Transforming War Economies. Dilemmas and Strategies. Berghof Handbook Dialogue Series No. 3. Berghof Research Center for Constructive Conflict Management, Berlin 2005. S.11-33. Electronic ed. www.berghof-handbook.net/dialogue-series/ 04feb2010.

BBC-News: Sudanese rebels 'reach Khartoum'. BBC-News vom 10mai2008. BBC. London 2008. Electronic ed. <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/africa/7394033.stm> 13jun2010.

BBC-News: Warrant issued for Sudan's leader. BBC-News vom 04mar2009. BBC. London 2009. Electronic ed. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7923102.stm> 20jun2010.

Begholm Linnea: Heikle Beziehungen. Vereinte Nationen, Afrikanische Union und Friedensmissionen in Afrika. In: GIGA Focus Nr.10/2009. GIGA German Institute of Global and Area Studies. Hamburg 2009. Electronic ed. http://www.giga-hamburg.de/index.php?file=gf_afrika.html&folder=publikationen#2009 19sep2010.

Bernstein Richard: France plays down latest Libyan air raid in southern Chad. In: New York Times vom 09jan1987. New York 1987. Electronic ed. <http://www.nytimes.com/1987/01/09/world/france-plays-down-latest-libyan-air-raid-in-southern-chad.html?scp=51&sq=goukouni%20chad%20habr%C3%A9&st=cse> 15mai2010.

Böge Volker, Fitzpatrick Christopher, Jaspers Willem, Paes Wolf-Christian: Who's Minding the Store? The Business of Private, Public and Civil Actors in Zones of Conflict. In: BICC Brief No. 32. Bonn International Center for Conversion. Bonn 2006. Electronic ed. www.bicc.de/uploads/pdf/publications/briefs/brief32 26feb2010.

Böhm Andrea: Wenn Frieden Männersache ist. Gegen die Frauen im Kongo wird immer noch Krieg geführt. In: Zeit Online Nr.50. 2006. Hamburg 2006. Electronic ed. <http://www.zeit.de/2006/50/Kongo> 30aug2010.

Boyd Gerald M.: A Third of Sudanese said to face Starvation. In: New York Times vom 07mar1985. New York. Electronic ed. <http://www.nytimes.com/1985/03/07/world/a-third-of-sudanese-said-to-face-starvation.html?scp=10&sq=darfur+&st=nyt> 21mai2010.

- Brzoska Michael: Gezielte Sanktionen als Mittel der Konflikteinhegung in Afrika – Erfahrungen und Aussichten. In: Sicherheit und Frieden. Vol. 23. No. 4. S.209-215. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Hamburg 2005. Electronic ed. www.security-and-peace.de/archiv/2005-4.htm#5 10feb2010
- Brzoska Michael, Paes Wolf-Christian: Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara. Deutsche Stiftung Friedensforschung. Osnabrück 2007. Electronic ed. www.bundesstiftung-friedensforschung.de/pdf-docs/berichtbrzoska.pdf 22feb2010.
- CBC-News: Chad refuses to arrest Sudan's al-Bashir. CBC-News vom 21jul2010. CBC. Toronto 2010. Electronic ed. <http://www.cbc.ca/world/story/2010/07/21/chad-sudan-bashir.html> 10oct2010.
- Coalition to Stop the Use of Child Soldiers: Child soldiers global report 2008. Coalition to stop the use of child soldiers. London 2008. Electronic ed. http://www.childsoldiersglobalreport.org/files/country_pdfs/FINAL_2008_Global_Report.pdf 13oct2010.
- Copnall James: President Omar al-Bashir got exactly what he wanted from Sudan's elections. In: BBC-News. 27apr2010. Electronic ed. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/8645661.stm> 20jun2010.
- Cupido Mikhaila Alana: Internal Displacement in Darfur. Actors or victims in the current conflict. Masterarbeit. Universität Wien. Wien 2008. Electronic ed. http://othes.univie.ac.at/2446/1/2008-10-22_0600316.pdf 14nov2010.
- Dagartz Anja: US-sudanesische Beziehungen im Aufwind. Kehrtwende oder „business as usual“. In: Friedrich-Ebert-Stiftung: Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika. Friedrich-Ebert-Stiftung – Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Naher Osten und Nordafrika. Berlin 2009. Electronic ed. <http://library.fes.de/pdf-files/iez/06779.pdf> 11nov2010.

De Waal Alex: Die historischen Wurzeln des Darfur-Konflikts. Wie die Fur zu Afrikanern wurden. In: Le Monde diplomatique. No 7458. Taz-Verlag. Berlin 2004. Electronic ed. www.monde-diplomatique.de/pm/2004/09/10/a0054.text.name,ask2nnvHD.n,43 04feb2010.

De Waal Alex: Who are the Darfurians? Arab and African identities, violence and external engagement. In: African Affairs. Volume 104. Number 415. Oxford 2005. S.181-205. Electronic ed. <http://afraf.oxfordjournals.org/content/vol104/issue415/index.dtl> 01apr2010.

Der Standard: UNICEF verhandelt über die Freilassung von Kindersoldaten. Mehr als 80 Kinder und Jugendliche bei Kämpfen mit Rebellen festgenommen. Der Standard vom 31mai2009. Wien 2009. Electronic ed. <http://derstandard.at/1242317131802/UNICEF-verhandelt-ueber-Freilassung-von-Kindersoldaten> 12mai2010.

Eriksson Hans: Chad – from Civil Strife and Electoral Fraud to Petro-Dictatorship. In: News from the Nordic Africa Institute. Nr.1/2002. Uppsala 2002. S.6-9. Electronic ed. <http://www.nai.uu.se/publications/news/archives/021eriksson/> 10mai10.

European Union: The EU and Africa. Towards a strategic partnership. Council of the European Union. Brüssel 2005. Electronic ed. http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/87673.pdf 20oct2010.

Gerdesmeier Volker: Gewaltsame Konflikte im Tschad. Ursachen, Akteure und Handlungsoptionen. Gruppe Friedensentwicklung MISEREOR. Bonn 2008. 2. aktualisierte Fassung. Electronic ed. [www.frient.de/downloads/Konfliktanalyse Tschad_aktualisiert](http://www.frient.de/downloads/Konfliktanalyse_Tschad_aktualisiert) 22feb2010.

Handy Paul Simon: Chad. Wading through a domestic political crisis in a turbulent region. Institute for Security Studies. Pretoria 2007. Electronic ed.
<http://www.issafrica.org/uploads/SITREPCHADDEC07.PDF> 18mai2010.

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung: Methodik ab 2003.
Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. Heidelberg 2003.
Electronic ed. http://www.hiik.de/de/methodik/methodik_ab_2003.html
15apr2010.

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung: Konfliktbarometer 2008.
Krisen – Kriege – Putsche – Verhandlungen – Interventionen – Friedensschlüsse.
Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. Heidelberg 2008.
Electronic ed.
http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/Konfliktbarometer_2008_Panorama.pdf 12jul2010.

HSBA: The militarization of Sudan. A preliminary review of arms flows and holdings.
Number 8. April 2007. HSBA. Genf 2007. Electronic ed.
<http://www.smallarmssurveysudan.org/pdfs/HSBA-SIB-6-militarization.pdf>
20mai2010.

Human Rights Watch: HRW-Report. Hissène Habré - The Political Police Files. Human Rights Watch. New York 2003. Electronic ed.
www.hrw.org/justice/habre/habre-police.htm 20jul2010.

Human Rights Watch: Darfur Documents Confirm Government Policy of Militia Support. A Human Rights Watch Briefing Paper. Human Rights Watch. New York 2004. Electronic ed.
<http://www.hrw.org/english/docs/2004/07/19/darfur9096.htm> 30mai2010.

Human Rights Watch: Violence Beyond Borders. The Human Rights Crisis in Eastern Chad. Human Rights Watch. New York 2006. Electronic ed.
<http://www.hrw.org/legacy/background/africa/chad0606/chad0606.pdf>
10nov2010.

Human Rights Watch: Early to War. Child Soldiers in the Chad Conflict. Human Rights Watch Report Volume 19, No. 9(A). Human Rights Watch. New York 2007. Electronic ed.

http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/chad0707webwcover_0.pdf
12sep2010.

Humanrights: Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte(Protokoll II). Humanrights. Bern 1977. Electronic ed.

http://www.humanrights.ch/home/de/Instrumente/Humanitaeres_Voelkerrecht/Genfer_Abkommen/idcatart_5878-content.html 10sep2010.

International Criminal Court: Decision on the Prosecution's Application for a Warrant of Arrest against Omar Hassan Ahmad Al Bashir. ICC-02/05-01/09. The Hague 2009. Electronic ed. <http://www2.icc-cpi.int/iccdocs/doc/doc639096.pdf>
20jun2010.

International Crisis Group: God, Oil and Country. Changing the Logic of War in Sudan. ICG Africa Report No.39. International Crisis Group Press. Brüssel 2002. Electronic ed. <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/africa/horn-of-africa/sudan/God%20Oil%20and%20Country%20Changing%20the%20Logic%20of%20War%20in%20Sudan.ashx> 28sep2010.

International Crisis Group: Darfur Deadline. A new international action plan. Africa Report No.83. International Crisis Group Press. Brussels 2004. Electronic ed. <http://www.crisisgroup.org/en/regions/africa/horn-of-africa/sudan/083-darfur-deadline-a-new-international-action-plan.aspx> 30mai2010.

International Crisis Group: Darfur's new security reality. Africa Report No.134. International Crisis Group Press. Brussels 2007. Electronic ed. <http://www.crisisgroup.org/en/regions/africa/horn-of-africa/sudan/134-darfurs-new-security-reality.aspx> 25jun2010.

International Crisis Group: Chad. Powder keg in the east. International Crisis Group Africa Report No.149. International Crisis Group Press. Brüssel 2009a. Electronic ed. <http://www.crisisgroup.org/en/regions/africa/central-africa/chad/149-chad-powder-keg-in-the-east.aspx> 20jul2010.

International Crisis Group: Chad. Escaping from the oil trap. International Crisis Group Africa Briefing No.65. International Crisis Group Press. Brüssel 2009b . Electronic ed. <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/africa/central-africa/chad/B065%20Chad%20Escaping%20from%20the%20Oil%20Trap.ashx> 10sep2010.

International Crisis Group: Chad: Beyond Superficial Stability. Africa Report No.162. International Crisis Group Press. Brüssel 2010. Electronic ed. <http://www.crisisgroup.org/en/regions/africa/central-africa/chad/162-chad-beyond-superficial-stability.aspx> 22nov2010.

IRIN: Sudan. Darfur situation spinning out of control. Nairobi. 22nov2005. Electronic Ed. <http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=57274> 06jun2010.

Kinzel Wolf, Lange Sascha: Afrika im Fadenkreuz der USA. Warum die USA ein Afrikakommando einrichten. SWP-Aktuell. Nr. 17. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin 2007. Electronic ed. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3823 27aug2010.

Kirsten Adéle: Guns and Roses. Gender and Armed Violence in Africa. Conference Background Paper. UNDP. New York 2007. Electronic ed. http://www.undp.org/cpr/documents/armed_violence/AV_gender.pdf 14jun2010.

Kirsten Nadja: Ein Kind zum Killer zu machen ist leicht. Zeit Campus 05/2007. Hamburg 2007. Electronic ed. <http://www.zeit.de/campus/2007/05/interview-kindersoldat-baehr> 10aug2010.

Koungou Léon: Eufor im Tschad. Französischer Einsatz mit EU-Etikett. In: Le Monde diplomatique. No 8500. Taz-Verlag. Berlin 2008. Electronic ed.
<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/02/08/a0054.text.name,askuXwEvp.n,4> 12sep2010.

Large Daniel: Arms. Oil and Darfur. The evolution of relations between China and Sudan. Sudan issue brief. Number 7. July 2007. HSBA – Small arms survey. Genf 2007. Electronic ed. <http://www.smallarmssurveysudan.org/pdfs/HSBA-SIB-7-Arms.pdf> 12nov2010.

Lee Henry, Shalmon Dan: Searching for Oil. China's Oil Strategies in Africa. In: Rotberg Robert I.(Ed.): China into Africa. Trade, Aid and Influence. Brooking Institution Press. Washington D.C. 2008. S.109-136. Electronic ed.
<http://belfercenter.ksg.harvard.edu/files/Lee%20China%20into%20Africa.pdf> 12mar2010.

LeMelle Gerald: History Repeating. Militarized Foreign Policy in Africa. In: Agyeman-Duah Frederick, Shepherd George, Sobhani Negin, Tanner Nicole, Van Arsdale Peter W.: Darfur in Search of Peace. Exploring Viable Solutions to the Darfur Crisis. Working Paper No.50. Africa Today Associates. Denver 2009.
<http://www.du.edu/korbel/hrhw/workingpapers/2009/50-ATADarfur-2009.pdf> 12nov2010.

Leymarie Philippe: Der Präsident befiehlt. Paris betreibt Außenpolitik wie im Ancien Régime. In: Le Monde diplomatique. No 8530. Taz-Verlag. Berlin 2008. Electronic ed. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/03/14/a0044.text.name,askuXwEvp.n,3> 04feb2010.

Lewis Mike: Skirting the Law. Sudan's Post-CPA Arms Flows. Small Arms Survey. Genf 2009. Electronic ed.
http://smallarmssurvey.org/files/portal/spotlight/sudan/Sudan_pdf/SWP-18-Sudan-Post-CPA-Arms-Flows.pdf 12sep2010.

Lewis Scott: Rejuvenating or Restraining Civil War. The Role of External Actors in the War Economies of Sudan. In: BICC Paper No. 37. Bonn International Center for Conversion. Bonn 2004. Electronic ed.
www.bicc.de/uploads/pdf/publications/paper/paper37 28feb2010.

Lichtenberg Bianca: Kindersoldaten in Afrika. Sozialisations- und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Kriegsgebieten am Beispiel von Kindersoldaten in Afrika. Universität Potsdam. Potsdam 2008. Electronic ed.
http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2008/1985/pdf/lichtenberg_magister.pdf 10oct2010.

MacFarquhar Neil Graham: Violence Said to Be Rising in Sudan's Darfur Region. In: New York Times vom 04aug2010. New York 2010. Electronic ed.
<http://www.nytimes.com/2010/08/05/world/africa/05sudan.html> 10aug2010.

Minnawi Minni Arkou: The Sudan Liberation Movement and Sudan Liberation Army (SLM/SLA). Political Declaration. Press Release/Commentary by SLM/SLA. Electronic ed. Postet on 14thMarch 2003.
<http://www.sudan.net/news/press/postedr/214.shtml> 22mai2010.

Müller Friedemann: Chinas Energiepolitik – geopolitische Konsequenzen. In: Wacker Gudrun(Hg.): Chinas Aufstieg. Rückkehr der Geopolitik? Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin 2006. S.9-14. Electronic ed. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2808 10nov2010.

Peter Marina: Sudan. Studie zur länderbezogenen Konfliktanalyse. Friedrich-Ebert-Stiftung/Deutscher Entwicklungsdienst. Bonn 2004. Electronic ed.
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/02666.pdf> 03sep2010.

Poirson Anne-Claire: Öl im Tschad. Ein fragwürdiger Segen. In: Le Monde diplomatique. No 7770. Taz-Verlag. Berlin 2005. Electronic ed. www.monde-diplomatique.de/pm/2005/09/16/a0059.text.name.askicaU3b.n.6 04feb2010.

Prunier Gérard: Darfur – Motive eines Völkermords. Der Konflikt im Sudan ist komplizierter, als die Welt wahrhaben will. In: Le Monde diplomatique. No 8221. Taz-Verlag. Berlin 2007. Electronic ed. www.monde-diplomatique.de/pm/2007/03/09/a0040.text.name,ask2nnvHD.n,22 04feb2010.

Prunier Gérard: Chad. Caught in the Darfur crossfire. In: Le Monde diplomatique vom 05.03.2008. Paris 2008a. Electronic ed. <http://mondediplo.com/2008/03/05chad> 10sep2010.

Prunier Gérard: Patt im Tschad. Das Epizentrum der zentralafrikanischen Krise liegt in Khartum. In: Le Monde diplomatique. No 8530. Taz-Verlag. Berlin 2008b. Electronic ed. www.monde-diplomatique.de/pm/2008/03/14/a0043.text.name,ask2nnvHD.n,14 04feb2010.

Prunier Gérard: Armed Movements in Sudan, Chad, CAR, Somalia Eritrea and Ethiopia. Zentrum für Internationale Friedenseinsätze. Berlin 2008c. Electronic ed. <http://www.cmi.no/sudan/doc/?id=948> 20aug2010.

Schäfer Rita: Sexualisierte Kriegsgewalt – eine Bürde für Nachkriegsgesellschaften in Afrika. In: Afrika Spectrum. Nr.43/2008. GIGA Institute of African Affairs. Hamburg 2008. S.269-272. Electronic ed. http://www.giga-hamburg.de/openaccess/afrikaspectrum/2008_2/giga_as_2008_2_schaefer.pdf 17jul2010.

Schäfer Rita: Männlichkeit und Bürgerkriege in Afrika. Neue Ansätze zur Überwindung sexueller Kriegsgewalt. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Eschborn 2009. Electronic ed. <http://www.gtz.de/de/dokumente/de-maennlichkeit-und-buergerkriege-2009.pdf> 13jul2010.

Scheen Thomas: Kalkulierter Rechtsbruch. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21jul2010. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt 2010. Electronic ed. <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E>

9D5CB4A4CF0F4C369767B1B3267A0720~ATpl~Ecommon~Scontent.html
14nov2010.

Sudan Tribune: World lauds Doha agreement between Sudan and Darfur JEM.
18feb2009. Electronic ed. <http://www.sudantribune.com/spip.php?article30204>
20jun2010.

Tanner Victor, Tubiana Jérôme: Divided they fall. The Fragmentation of Darfur's Rebel Groups. HSBA Working Paper 6. HSBA – Small arms survey. Genf 2007.
Electronic ed. <http://www.smallarmssurveysudan.org/pdfs/HSBA-SWP-6-Darfur-rebels.pdf> 10nov2010.

The World Factbook. Central Intelligence Agency. Washington DC 2009. Electronic ed.
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/cd.html>
04apr10 22feb2010.

Timberg Craig: In Darfur's Death Grip. In: Washington Post vom 06sep2006.
Washington. Electronic ed.
<http://pqasb.pqarchiver.com/washingtonpost/access/1122917181.html?FMT=FT&FMTS=ABS:FT&date=Sep+6%2C+2006&author=Craig+Timberg+-+Washington+Post+Foreign+Service&pub=The+Washington+Post&startpage=A.1&desc=In+Darfur%27s+Death+Grip%3B+Villagers+Tell+of+Three+Days+of+Brutality+and+Killing+As+Sudanese+Troops%2C+Allies+Step+Up+Attacks+in+Region> 10jun2010.

Tubiana Jérôme: Echo effects. Chadian instability and the Darfur conflict. Sudan issue brief. Number 9. Februar 2008. HSBA – Small arms survey. Genf 2008a.
Electronic ed. www.smallarmssurveysudan.org/pdfs/HSBA-SIB-9-Chadian-instability.pdf 20mai2010.

Tubiana Jérôme: The Chad–Sudan Proxy War and the 'Darfurization' of Chad. Myths and Reality. HSBA – Small arms survey. Genf 2008b. Electronic ed.
<http://www.smallarmssurveysudan.org/pdfs/HSBA-SWP-12-Chad-Sudan-Proxy-War.pdf> 04aug2010.

Tubiana Jérôme: Im Zweifel für den Präsidenten. Der internationale Haftbefehl gegen Sudans Staatschef al-Bashir nützt vor allem ihm selbst. In: Le Monde diplomatique. Nr.9234 vom 09jul2010 Taz-Verlag. Berlin 2010. Electronic ed. http://www.monde-diplomatique.de/pm/2010/07/09/a0038.text.name_askD3qz9L.n_0 28sep2010.

Tull Denis M.: Zeitenwende in der französischen Afrikapolitik. SWP-Aktuell. Nr. 44. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin 2005. Electronic ed. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2458 22feb2010.

Tull Denis M.: Die Afrikapolitik der Volksrepublik China. SWP-Studie. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin 2005. Electronic ed. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2355 12nov2010.

UNHCR: Chad. Rebel infiltration of Oure Cassoni camp. Briefing Note 26.Mai 2006. UNHCR. Genf 2006. Electronic ed. <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/news/opendoc.htm?tbl=NEWS&id=4476dbd94> 20oct2010.

UNICEF: Cape Town principles and best practices. UNICEF. Cape Town 1997. Electronic ed. [www.unicef.org/emerg/files/Cape_Town_Principles\(1\).pdf](http://www.unicef.org/emerg/files/Cape_Town_Principles(1).pdf) 10oct2010.

United Nations – International Commission of Inquiry: Report of the International Commission of Inquiry on Darfur to the United Nations Secretary-General. United Nations. Genf 2005. Electronic ed. http://www.un.org/News/dh/sudan/com_inq_darfur.pdf 04jun10

United Nations – High Commissioner for Human Rights: Killings of civilians by militia in Buram locality, South Darfur. Fifth periodic report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in the Sudan 2006. United Nations. New York 2006. Electronic ed. <http://www.ohchr.org/Documents/Countries/5thOHCHRsept06.pdf> 10jun2010.

United Nations – Security Council: Report of the Secretary-General on children and armed conflict in Chad. S/2007/400. United Nations. New York 2007. Electronic ed. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N07/390/23/PDF/N0739023.pdf?OpenElement> 15aug2010.

United Nations – Security Council: Report of the Secretary-General on children and armed conflict in Chad. S/2008/532. United Nations. New York 2008a. Electronic ed. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N08/436/66/PDF/N0843666.pdf?OpenElement> 15aug2010.

United Nations – Security Council: Report of the Secretary-General on the United Nations Mission in the Central African Republic and Chad. S/2008/444. United Nations. New York 2008b. Electronic ed. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N08/404/59/PDF/N0840459.pdf?OpenElement> 19aug2010.

United Nations – Security Council: Report of the Secretary-General on children and armed conflict in Sudan. S/2009/84. United Nations. New York 2009a. Electronic ed. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/233/88/PDF/N0923388.pdf?OpenElement> 15aug2010.

United Nations – Security Council: Report of the Secretary-General on the United Nations Mission in the Central African Republic and Chad. S/2009/359. United Nations. New York 2009b. Electronic ed. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/397/51/PDF/N0939751.pdf?OpenElement> 11oct2010.

United Nations – Security Council: Report of the Secretary-General on the United Nations Mission in the Central African Republic and Chad. S/2009/535. United Nations. New York 2009c. Electronic ed. [http://daccess-dds-](http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/535/51/PDF/N0953551.pdf?OpenElement)

ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/550/73/PDF/N0955073.pdf?OpenElement
13nov2010.

United Nations – Security Council: Report of the Secretary-General on the African Union-United Nations Hybrid Operation in Darfur (UNAMID). S/2009/592. United Nations. New York 2009d. Electronic ed. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/594/37/PDF/N0959437.pdf?OpenElement>
12nov2010.

Van Arsdale Peter W.: Ethnicity as a Basis of Rebellion and Division in Darfur. In: Agyeman-Duah Frederick, Shepherd George, Sobhani Negin, Tanner Nicole, Van Arsdale Peter W.: Darfur in Search of Peace. Exploring Viable Solutions to the Darfur Crisis. Working Paper No.50. Africa Today Associates. Denver 2009. <http://www.du.edu/korbel/hrhw/workingpapers/2009/50-ATADarfur-2009.pdf>
12nov2010.

Wezeman Pieter D.: Arms flows to the conflict in Chad. SIPRI. Stockholm 2009. Electronic ed. <http://books.sipri.org/files/misc/SIPRIBP0908.pdf> 12sep2010.

D. Abstract/Zusammenfassung

The arisen discussion of new and old wars has fundamentally changed the way of understanding contemporary conflicts. Even if the discourse is still in contestation this process is useful to grasp the complex and dynamical expressions of violence that have come along with the ongoing globalization. One of the battlefields which are often viewed relating to new wars is the western part of Sudan – Darfur. Darfur won notoriety with famine, refugee streams and crimes against humanity at the beginning of 21st century. Reports of the severe situation became omnipresent, nevertheless the media information showed a simplified picture of a complex situation and reduced the roots of the conflict to ethnic tensions. Also Sudan's adjoining country in the west – Chad, which shares a common border with Darfur, is shattered by ongoing conflicts, and like Darfur these are covered only superficially and isolated from a regional point of view. In the course of the present thesis both conflict areas are analyzed in a view to possible reciprocities and synergy effects. Therefore the concept of new wars serves as a basic frame of reference for the following analyze and shall in addition to it, question, if and to what extent, describing the conflicts in Chad and Darfur separately is in general valid. Furthermore, the evolution of the current situation with special regard to the influence of external national actors and the significance of ethnic aspects are considered closely. Both aspects are explored in a view of their consequences for the ongoing conflicts, whereby the side-effects of external intervention, as a result of strategic state interests, are of particular importance for the dynamics within the whole region.

In the meantime, the present situation is characterized by an elusive calmness for which one should not ignore still inherent tensions which could erupt each moment. Therefore, more than ever, the international community is encouraged to promote peace efforts which imply the complex conflict parameters in Chad and Darfur with consideration of the ties which connect both.

Der gegenwärtige Diskurs über den Wandel gewaltsamer Auseinandersetzungen im Allgemeinen und eines möglichen Überganges von alten zu neuen Kriegen im Speziellen führte zu einem generellen Wandel der Sichtweise von Konflikten. Ungeachtet dessen dass die Diskussion nach wie vor nicht abgeschlossen ist, trug sie bislang zu einem besseren Verständnis der dynamischen Veränderungen von Konflikten im Kontext der fortschreitenden Globalisierung bei. Eine Region die im Zuge dieser Debatte oft Erwähnung fand ist das Darfur, welches Anfang unseres Jahrhunderts durch die Medien, die ausführlich über die Flüchtlingsströme, das Leiden der Zivilbevölkerung und massive Menschenrechtsverletzungen berichteten, traurige Bekanntheit erlangte. Berichte der Auswirkungen der Konflikte wurden allgegenwärtig zeigten jedoch ein simplifiziertes Bild einer komplexen Situation indem sie die Wurzeln des Konfliktes auf ethnische Spannungen reduzierten, wodurch der Blick auf wesentliche Aspekte verloren ging. Betrachtet man den im Westen an Darfur angrenzenden Tschad so zeigt sich ein ähnliches Bild. Der Tschad wird seit seiner Unabhängigkeit nahezu ununterbrochen von anhaltenden gewaltsamen Antagonismen erschüttert, welche bislang analog zum Darfur weitgehend innerhalb der regionalen Grenzen analysiert wurden. Im Zuge dieser Arbeit werden beide Gebiete hinsichtlich ihrer Synergien und Wechselwirkungen betrachtet, um so die Zulässigkeit einer räumlich isolierten Untersuchung zu hinterfragen. Darüber hinaus wird möglichen Konsequenzen der Einflussnahme externer Akteure besonderes Augenmerk geschenkt. Die laufende Debatte um Konflikte liefert dabei anhand der Charakteristika neuer Kriege den für die Analyse der Konfliktgenese beider Regionen notwendigen Bezugsrahmen.

Die aktuelle Situation im Tschad und im Darfur ist von einer Ruhe geprägt, welche jedoch angesichts der nach wie vor vorhandenen, latenten Spannungen trügerisch erscheint, wodurch die Internationale Gemeinschaft mehr denn je aufgefordert ist, in ihren Friedensinitiativen der komplexen Situation Rechnung zu tragen.

E. Curriculum Vitae

Persönliche Daten:

Mag.(FH) Nussgraber Hannes
geboren am 21. August 1977 in Oberwart

Schulbildung

September 1983 – Juli 1987	Volksschule Kemetten
September 1987 – Juli 1991	Hauptschule Oberwart
September 1991 – Juni 1997	Höhere technische Bundeslehranstalt für EDV und Organisation Pinkafeld

Akademische Ausbildung

August 1998 – Mai 2002	Fachhochschulstudiengang „Militärische Führung“ Wiener Neustadt
Seit Oktober 2002	Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien – Studienschwerpunkt Konfliktforschung

Berufserfahrung

Seit 1997 in diversen Funktionen im Österreichischen Bundesheer tätig